



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode: 1987/88

08.12.1988 - Plenarprotokoll 31. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

31. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. Dezember 1988

Inhalt

Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1989

Mitteilung des Senats vom 8. November 1988 (Drucksache 12/348)

- 1. Lesung
- 2. Lesung

D a z u

Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN vom 29. November und 7. Dezember 1988

(Drucksachen 12/370/1 bis 12/370/5 und 12/393)

Änderungsanträge der Fraktion der SPD vom 2. und 5. Dezember 1988

(Drucksachen 12/380/1 und 12/380/2 sowie 12/381)

Änderungsanträge der Fraktion der FDP vom 5. und 7. Dezember 1988

(Drucksachen 12/386/1 bis 12/386/6 und 12/392)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 8. November 1988 (Drucksache 12/349)

- 1. Lesung

Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 1. Dezember 1988 (Drucksache 12/375)

Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE GRÜNEN

vom 5. Dezember 1988 (Drucksache 12/383)

Gemeinsame Landesplanung Bremen/Niedersachsen

Antrag der Fraktion der FDP vom 5. Dezember 1988 (Drucksache 12/385)

Senator für Finanzen Grobecker	1904
Abg. Klatt, Berichterstatter	1908
Abg. Metz (CDU)	1912
Abg. Frau Dr. Hackstein (DIE GRÜNEN) ...	1917
Abg. Jäger (FDP)	1921
Abg. Dittbrenner (SPD)	1928
Abg. Altermann (DVU)	1935
Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	1935
Abg. Klein (CDU)	1939
Abg. Jäger (FDP)	1942
Abg. Sygusch (DIE GRÜNEN)	1944
Abg. Teiser (CDU)	1948
Abg. Neujahr (FDP)	1950
Abg. Tiedemann (SPD)	1952
Abg. Kudella (CDU)	1955
Abg. Ziegler (FDP)	1959
Abg. Frau Dr. Hackstein (DIE GRÜNEN) ...	1960
Abg. Tiedemann (SPD)	1961
Abg. Welke (FDP)	1961
Abg. Töpfer (SPD)	1963
Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung Frau Lemke-Schulte	1965
Abg. Griesche (SPD)	1966

Abg. Dr. Schulte (CDU)	1967	Abg. Barsuhn (SPD)	1977
Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP)	1970	Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst	
Abg. Frau Dr. Trüpel-Rüdel (DIE GRÜNEN) .	1972	Franke	1979

E n t s c h u l d i g t fehlen die Abgeordneten Gerhard Fischer, Frau Klöpfer, Frau Mehrkens, Thomas.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Frau Leinemann

Schriftführer Tepperwien

Vizepräsident v. d. Schulenburg

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Finanzen **Grobecker** (SPD)

Senator für Justiz und Verfassung und für Sport **Kröning** (SPD)

Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung Frau **Lemke-Schulte** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel **Beckmeyer** (SPD)

Senator für Gesundheit und für Bundesangelegenheiten Frau **Dr. Rüdiger** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Dopatka** (Senator für Gesundheit)

Senatsdirektor **Dr. Fuchs** (Senator für Finanzen)

Senatsdirektor **Dr. Haller** (Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel)

Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Jugend und Soziales)

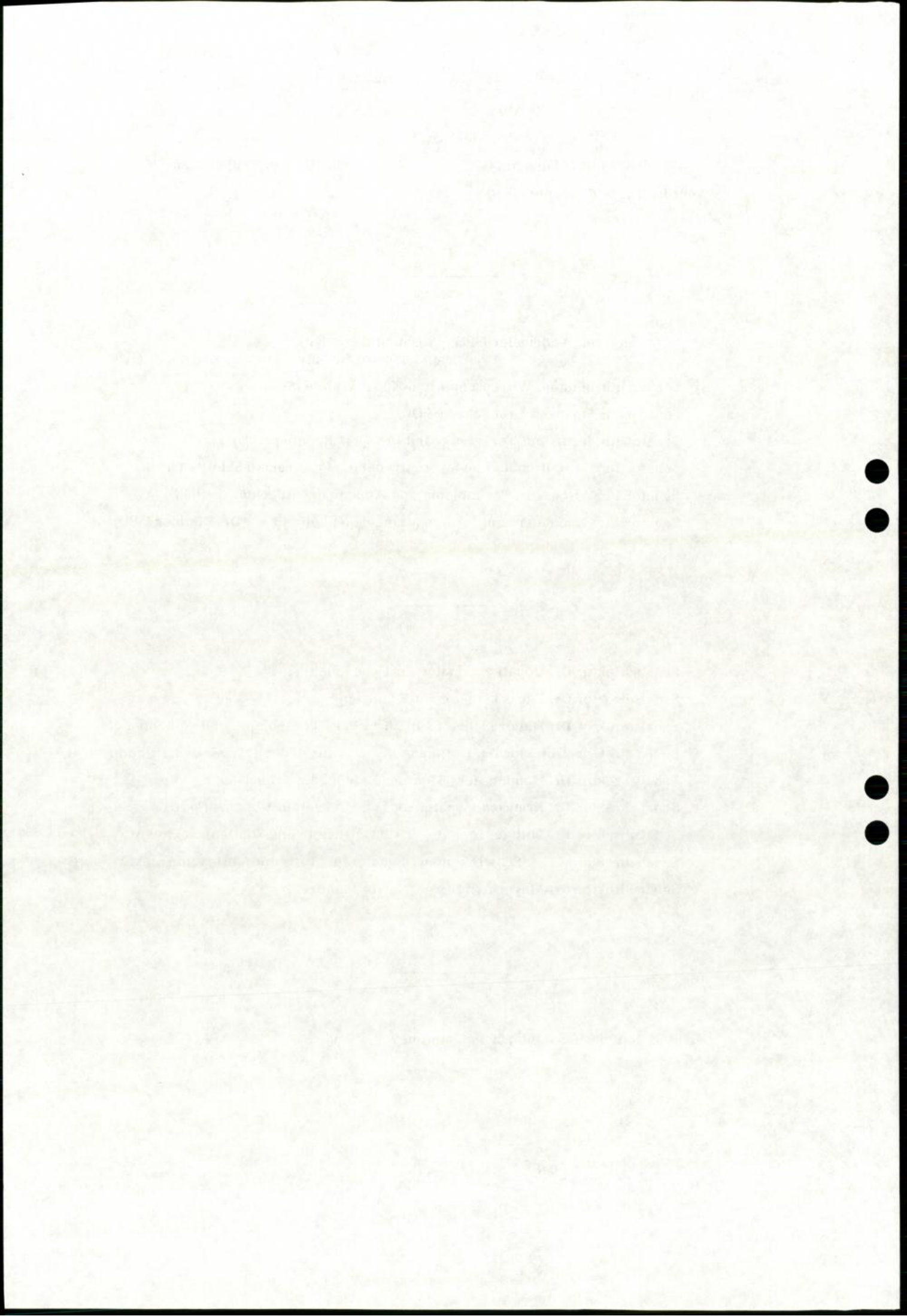
Senatsdirektor **Dr. Kratzsch** (Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr)

Senatsdirektor **Dr. Lüthge** (Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung)

Senatsdirektor **Mayer-Schwinkendorf** (Senator für Justiz und Verfassung und für Sport)

Senatsdirektor **Dr. Meyer-Arndt** (Senator für Finanzen)

Präsident des Rechnungshofs **Quantmeyer**



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.44 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 31. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend — ich weiß zwar nicht, ob nun alle anwesend sind, aber ich will sie einmal alle vorlesen —: eine Klasse der Handels- und Höheren Handelsschule, eine Klasse des Schulzentrums im Holter Feld, eine Klasse des Ökumenischen Gymnasiums, eine Klasse des Schulzentrums Kornstraße, eine Klasse des Schulzentrums Julius-Brecht-Allee und eine Klasse des Gymnasiums Hamburger Straße.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall — Abg. J ä g e r [FDP]: Es sind sehr kleine Klassen!)

Aber ich habe noch kein Verfahren gefunden, von hier aus zu erkennen, welche Klassen das sind. Deswegen sollen sie alle begrüßt sein.

Eingänge liegen nicht vor.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(B) **Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1989**

Mitteilung des Senats vom 8. November 1988
(Drucksache 12/348)

1. Lesung
2. Lesung

D a z u

Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN vom 29. November und 7. Dezember 1988

(Drucksachen 12/370/1 bis 12/370/5 und 12/393)

Änderungsanträge der Fraktion der SPD vom 2. und 5. Dezember 1988

(Drucksachen 12/380/1 und 12/380/2 sowie 12/381)

Änderungsanträge der Fraktion der FDP vom 5. und 7. Dezember 1988

(Drucksachen 12/386/1 bis 12/386/6 und 12/392)

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir vielleicht erst einmal fünf Minuten unterbrechen, damit Sie sich beruhigen, denn es ist zu laut hier! Wenn es ruhig wird, können wir fortfahren. Aber so unruhig können wir es nicht machen.

Wir verbinden mit den eben vorgelesenen Tagesordnungspunkten:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzzuweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven (C)

Mitteilung des Senats vom 8. November 1988
(Drucksache 12/349)
1. Lesung

Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 1. Dezember 1988
(Drucksache 12/375)

Finanzzuweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE GRÜNEN vom 5. Dezember 1988
(Drucksache 12/383)

Gemeinsame Landesplanung Bremen/Niedersachsen

Antrag der Fraktion der FDP vom 5. Dezember 1988
(Drucksache 12/385)

Meine Damen und Herren, ich mache an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die jetzt die Drucksachen-Nummern 12/379/1 und 12/379/2 tragen, im Ausdruck die Drucksachen-Nummern 12/380/1 und 12/380/2 erhalten, da die Nummer 12/379 versehentlich doppelt besetzt wurde. Das ist nur eine rein technische Sache. (D)

Die dringliche Behandlung der Anträge Drucksachen 12/375, 12/383 und 12/385 sowie die interfraktionellen Absprachen über den Ablauf der Haushaltsberatungen hat die Bürgerschaft (Landtag) bereits zu Beginn der Dienstag-Sitzung beschlossen.

Ich weise noch darauf hin, daß im Rahmen der jetzt folgenden Aussprache auch die Änderungsanträge besprochen werden sollen, da eine gesonderte Aussprache darüber nicht stattfindet.

Ferner soll in die Beratung einbezogen werden der Komplex Haushalt der Stadtbürgerschaft.

Wir kommen jetzt zur ersten Lesung über die von mir aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung der miteinander verbundenen Punkte ist eröffnet, und zwar beginnen wir mit der Einbringungsrede des Finanzsenators, dann kommt der Sprecher der Finanzdeputation, dann der Vertreter der CDU-Fraktion, Fraktion DIE GRÜNEN, FDP-Fraktion, SPD-Fraktion, und dann nach Eingang der Wortmeldungen, wobei das Präsidium das Recht erhalten hat, um den Dialog zu ermöglichen, bei der Reihenfolge zu mischen, so daß wir nicht an den Eingang gebunden sind.

Die Gesamtredezeiten für die Fraktionen betragen jeweils bis zu 120 Minuten. Das heißt, wenn ein Redner im ersten Beitrag 120 Minuten verbraucht, ist die Redezeit erschöpft, und wir werden nicht ein-

(A) greifen. Es ist der Disziplin der Fraktion selbst überlassen, wie sie das aufteilt. Nach 120 Minuten werden wir feststellen, jetzt ist keine Redezeit mehr da, jetzt gibt es keine Wortmeldungen. Der Abgeordnete Altermann hat eine Redezeit von bis zu 15 Minuten.

Folgende Schwerpunkte sollen dann beraten werden: erstens, Grundsatzdebatte und Finanzen, zweitens, Wirtschaft, Umwelt, Stadtentwicklung, Häfen, Verkehr, drittens, Bildung, Kultur, Hochschule und viertens Arbeit, Soziales, Gesundheit, Sport, Inneres, Justiz.

Meine Damen und Herren, ich erteile als erstem das Wort Herrn Finanzsenator Grobecker.

Senator für Finanzen Grobecker: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mitglieder des Haushaltsausschusses hatten in diesem Jahr Schwerstarbeit zu leisten. Sie mußten nämlich in einem Kalenderjahr gleich zwei Haushalte, und zwar für 1988 und 1989, beraten. Der Abgeordneten Frau Busboom, den Abgeordneten Klatt, Kahrs, Griesche, Klein, Erfurth, Fücks, Jäger sowie Herrn Kiene gilt deshalb mein besonderer Dank.

(Beifall)

Ebenso bedanke ich mich bei den Mitarbeitern der Finanzverwaltung und der Senatskommission für das Personalwesen für die geleistete Arbeit.

(B)

(Beifall)

Ich will gern eingestehen, meine Damen und Herren vom Haushaltsausschuß, daß es auch mit mir hin und wieder schwierig war. Ich bitte um Vergebung!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen heute den Entwurf des Haushaltes 1989 vor, der in seinen Eckdaten gegenüber 1988 nur geringfügige Änderungen aufweist, fast also ein Überrollungshaushalt. Mit einer Zuwachsrates von 2,9 Prozent bleibt der Haushalt mit volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben von 5,6 Milliarden DM noch unter der vom Finanzplanungsrat empfohlenen durchschnittlichen Steigerungsrate von drei Prozent. Das bedeutet in Mark und Pfennig ausgedrückt eine tatsächliche Steigerung von 160 Millionen DM für unabwiesbare Notwendigkeiten.

Diese nackten Zahlen verraten nicht, welche Anstrengungen erforderlich waren, um den Haushalt überhaupt in dieser Form vorlegen zu können.

Der Senat hat in seinen Bemühungen um einen gerechten Finanzausgleich seit dem Urteil von Karlsruhe 350 Millionen DM zusätzliche Einnahmen erzielt. Diese 350 Millionen DM wurden uns nicht etwa aufgrund der Großzügigkeit der Bundesregierung oder anderer Landesregierungen zugesprochen, sondern sie mußten in zähen Verhandlungen erstritten und erkämpft werden. Aber trotz dieser beachtlichen Mehreinnahmen konnten wir die Kredite nicht in gleicher Höhe senken.

(C) Wir brauchen das Geld dringend für zwingend erforderliche Ausgaben wie zum Beispiel die Sozialhilfe, deren Ansatz inzwischen 560 Millionen DM mit steigender Tendenz beträgt. Abgesehen davon, daß es sich um gesetzliche Pflichtausgaben handelt, kenne ich keinen in keiner Fraktion dieses Parlaments, der die Sozialhilfe kürzen wollte.

Die Kredite konnten auch deshalb nicht gesenkt werden, weil die Mindereinnahmen durch Steuer-senkungsgesetze der Bundesregierung von den Ländern und Gemeinden aufgefangen werden müssen. Sie stehen den Mehreinnahmen entgegen. Die Beschlüsse zur Umstrukturierung und Abfederung des Schiffbauverbundes vom Sommer dieses Jahres belasten den Haushalt 1989 mit 70 Millionen DM.

Trotz aller eigenen Schwierigkeiten konnten wir auch nicht unsere Schwesterstadt Bremerhaven am langen Arm verhungern lassen. Nach dem Gesetzentwurf, der der Bürgerschaft heute in erster Lesung vorliegt, übernimmt das Land ab 1989 100 Prozent der laufenden Ausgaben für die Vollzugspolizei und das Schulwesen. Ferner wird die Schlüsselzuweisung erhöht, wobei gleichzeitig eine einheitliche Einwohnerwertung erfolgt.

Zusätzlich, meine Damen und Herren, übernimmt das Land Altschulden von Bremerhaven in Höhe von 600 Millionen DM, was den Zinsanschlag des Landshaushaltes schlagartig um 40 Millionen DM erhöht. Unter dem Strich bedeutet dies eine Verbesserung der Haushaltskasse Bremerhavens in 1989 von 107 Millionen DM mit steigender Tendenz für die mittelfristige Finanzplanung.

(D)

Diese Entlastung Bremerhavens geht praktisch zu Lasten der Stadtgemeinde Bremen, denn mit der Neuregelung des Finanzausgleichs hat die Stadtgemeinde Bremen künftig 50 Prozent der Hafencosten zu tragen, und das betrifft alle Häfen in Bremen und Bremerhaven mit Ausnahme des Fischereihafens. Dieser kommunale Finanzausgleich ist vorbildlich und durchaus geeignet, auch im Verhältnis der Länder und des Bundes zu den Stadtstaaten angewendet zu werden.

Meine Damen und Herren, allein diese unvollständige Aufzählung von Aufgabenbereichen macht deutlich, daß es sich bei dem Kampf Bremens um einen gerechten Finanzausgleich, um berechnete Mindestforderungen handelt, die für die Existenz Bremens notwendig sind. Die Zuflüsse aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen sind schon deshalb notwendig, weil wir sonst unsere Investitionstätigkeit einstellen müßten.

Mit diesen Investitionen haben wir in den letzten Jahren 3500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist außer der Tatsache, daß 3500 Menschen ihr Brot durch Arbeit verdienen, auch 3500 Menschen, die Steuern zahlen, und tatsächlich hat sich auch bei den originären Steuereinnahmen der Abstand zum Bund im Durchschnitt verringert. Das ist nicht einfach nur ein kleiner Lichtblick, das ist schon allher und im wahrsten Sinne des Wortes bemerkenswert.

(A) Es wäre von großem Vorteil für uns, wenn sich die optimistischen Prognosen der Wirtschaftsforscher bestätigen würden. Ich würde gern anerkennen, wenn die vorausgesagten Steuerermehreinnahmen für 1989 wirklich kommen würden. Dennoch ist es richtig und durch Erfahrungen bestätigt, von konservativen Annahmen auszugehen. Warum deshalb der bremische Finanzsenator ausgerechnet von Konservativen kritisiert wird, will mir nicht in den Kopf. Ich bleibe dabei, Pressekonferenzen des Bundesfinanzministers können die Konjunktur zwar beeinflussen, aber auf welche Weise sie dies tun, bleibt völlig offen.

Die gesamte Finanzsituation sowie die Daten der Finanzplanung bis 1995 zeigen uns, daß eine Verbesserung des Haushaltes nur auf der Einnahmeseite möglich ist. Die bremischen Möglichkeiten, die Einnahmen zu verbessern, sind sehr begrenzt. Wir wollen weder die Gewerbesteuer noch die Grundsteuer erhöhen, aus Gründen, die ich nicht noch einmal darlegen muß. Die notwendigen Erhöhungen von Gebühren belasten die Bürger unserer beiden Städte schon erheblich.

Obwohl wir mit aller Macht neue Begehrlichkeiten abgewehrt haben, konnten wir nicht verhindern, daß die Nettokreditaufnahme bei 991 Millionen DM beträgt und angekommen ist. Wir schrammen also kurz unter der Milliardengrenze durch.

(B) Meine Damen und Herren, wer hier einzelne Vorschläge macht, was alles sonst noch zu tun ist, der muß sich vor Augen halten, daß Konsum und Investitionen sowie Kredite und Zinsen zwei Paare sind, die jeweils voneinander abhängig sind. Mehr Konsum, ob nun Sachleistung oder Personalkosten, bedeutet weniger Investitionen. Mehr Investitionen bedeuten weniger Konsum und damit weniger Versorgung unserer bremischen Bevölkerung.

Wenn dieser Logik nicht gefolgt werden kann, dann muß man mehr Kredite aufnehmen, und mehr Kredite bedeuten mehr Zinszahlungen. Das eigentliche Problem unseres Haushaltes sind eben diese Zinslasten, die ja nicht nur von der Höhe der Kreditaufnahme abhängen, sondern als Zinssatz eine eigene Dynamik haben. Und so eigenartig es klingen mag, mindestens an dieser Stelle, aber nicht nur hier, ist unser Gemeinwesen unmittelbar von den internationalen Finanzmärkten abhängig.

Eine weitere Reduzierung auf der Ausgabenseite ist nur partiell möglich. Die Ausgabenseite ist sozusagen ausgereift. Ich fürchte sogar, meine Damen und Herren, nach Jahren strengster Ausgabendisziplin brechen uns die Begehrlichkeiten aus allen Fugen. Dies abzuwehren wird unsere Aufgabe im nächsten Jahr sein.

Mit der erneuten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wird Bremen weiterhin für einen gerechten Finanzausgleich kämpfen. Wir fordern erneut die Anerkennung höherer Hafencosten, eine höhere Einwohnerwertung, höhere Sonderzuweisungen für die politische Führung und die Anerken-

nung der Haushaltsnotlage. Aber wir müssen uns immer wieder in Erinnerung rufen: In Karlsruhe gibt es kein Bargeld.

(Abg. Klein [CDU]: Fürwahr!)

Es wird dort nur über den grundsätzlichen Anspruch entschieden, und was dann die Koalitionsregierung davon macht, haben wir zu unserem Leidwesen bei dem letzten Finanzänderungsgesetz erleben müssen. Dieses Gesetz kam in einem Kartell der Bundesregierung mit den unionsregierten Ländern zustande.

(Beifall bei der SPD)

Die sozialdemokratisch geführten Länder waren bei den entscheidenden Verhandlungen ausgeschlossen und durften nur die Ergebnisse zur Kenntnis nehmen.

So richtig es ist, meine Damen und Herren, daraus den Schluß zu ziehen, Recht allein genügt nicht, wir müssen auch die Macht haben, so falsch wäre es, damit das Verhalten der Mehrheit im Bundestag und Bundesrat zu rechtfertigen und auf den Zeitpunkt des politischen Umschwunges zu warten. Nein, wir dringen darauf, in Karlsruhe, Bundestag und Bundesrat, in Verhandlung in Bonn, in der Finanzministerkonferenz, in der Ministerpräsidentenkonferenz, wir dringen darauf, daß endlich wieder ein verfassungsgemäßer Normalzustand einkehrt,

(Beifall bei der SPD)

daß alle Gliedstaaten des Bundes frühzeitig beim entscheidenden Aushandeln und Festlegen der Anteile am Gesamtfinanzaufkommen mitreden können.

Meine Damen und Herren, ein Wort zu dem Gesetzentwurf zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft, wie er im anspruchsvollen Amtdeutsch genannt wird, aber allgemein unter Strukturfonds bekannt ist! Mit sieben Ländern unter der Führung des noch CDU-regierten Niedersachsen sind wir im Bundesrat angetreten, um den Ländern zu helfen und den Bund zu 50 Prozent an den Sozialhilfeausgaben zu beteiligen.

Aber kaum hatte der niedersächsische Ministerpräsident seine Zustimmung zur Steuerreform gegeben, da zerbrach die Phalanx. Da wurde von Regierungsseite neu definiert, was strukturschwach ist, und wir mußten lernen, daß auch das reiche Bayern strukturschwach ist, weil die Bundesregierung ein Auswahlkriterium bestimmte, das insbesondere landwirtschaftlich geprägte Flächenländer begünstigt.

Bei diesen Auswahlkriterien fielen die Stadtstaaten hinten herunter. Dafür soll Bayern mit sieben Prozent Arbeitslosigkeit jetzt 158 Millionen DM erhalten, während Bremen mit einer fünfzehnprozentigen Arbeitslosigkeit nur 63 Millionen DM bekommt.

(C)

(D)

- (A) Meine Damen und Herren, so darf man mit seiner Mehrheit, auch wenn sie vom Wähler legitimiert ist, nicht umgehen, das ist schlicht Machtmißbrauch.

(Beifall bei der SPD)

Hier haben Bundesregierung im Konzert mit CDU-regierten Ländern erneut, wie beim Finanzausgleichsänderungsgesetz, unter Ausschluß der SPD-Länder bestimmt, wer bedürftig ist, und dafür Indikatoren erfunden, die skandalös sind.

(Abg. Klein [CDU]: Auch mit Zustimmung der SPD!)

Bremen ist höher verschuldet, meine Damen und Herren, als andere Länder. Bremen ist aber nicht höher verschuldet als andere Großstädte.

(Abg. Metz [CDU]: Aber Bremerhaven!)

Wir müssen als Land und als Stadt jeweils für andere Notwendigkeiten geradestehen, als andere Länder und Städte es müssen. Als Land springen wir ein bei sektoralen Krisen der Wirtschaft, als Kommune müssen wir ein Mindestmaß an Versorgung der Bevölkerung vorhalten.

Wir sind nicht aus Jux und Tollerei, zumeist in den Krisenbranchen, unternehmerisch tätig und finanziell engagiert und gleichzeitig Straßenbauer und Kindergartenträger. Wir streiten uns um die notwendigen Mittel zur Unterhaltung der öffentlichen Gebäude und sind gleichzeitig Anteilseigner bei den Werftbetrieben. Wir müssen als Land Bundesleistungsgesetze wie BAföG und Wohngeld zur Hälfte mitfinanzieren und stecken als Stadt gleichzeitig viel Geld in den Kulturbereich, um Bremen attraktiv zu halten. Museen, Theater, Orchester kosten jährlich 60 Millionen DM, und beim jüngsten Beispiel, Böttcherstraße, bleiben wir hoffentlich nicht auf einem Zehn-Millionen-DM-Anteil hängen.

Wir gehen als Land hohe Risiken ein, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, gründen Schiffahrtsgesellschaften und Technologiebetriebe, bewahren Großbetriebe vor ausländischem Einfluß und müssen zugleich als Stadt die enormen Kosten des ÖPNV tragen.

Diese Kette von unabweisbaren Notwendigkeiten ließe sich fortsetzen. Wir sind Stadt und Land, Großstadt mit Staatscharakter, eben Stadtstaat. Wir werden jedoch beim Finanzausgleich behandelt wie ein Flächenland, und das ist unser Dilemma. Unsere Chance liegt darin, daß diese Besonderheit, Stadtstaat zu sein, von Bund und Ländern anerkannt wird. Die Besonderheit Berlins, abgesehen von der geographischen Lage und dem politischen Status, wird insofern anerkannt von Bund und Ländern. Mehr als die Hälfte des dortigen Haushaltes stammt aus der Bundeskasse.

Meine Damen und Herren, wer sich die Mühe macht, diesen bremischen Haushalt 1989 nicht nur global in seinen Eckdaten und Quoten zu betrach-

ten, der wird feststellen, daß sich eine qualitative Veränderung angebahnt hat. Ich nenne zum Beispiel die Ausgaben für Umweltschutz und Umweltreparatur, die von 1988 mit 84 Millionen DM in 1989 auf 110 Millionen DM erhöht wurden, die Ausgaben für die Forschungsförderung mit einer Erhöhung von in 1988 62 Millionen DM auf 78 Millionen DM in 1989, das Wagniskapital für neue Märkte und Produkte mit 27 Millionen DM, für die Revitalisierung alter Industrieplätze, wie Fischereihafen und AG-„Weser“-Gelände, sind 20 Millionen DM veranschlagt, sowie weitere bedeutende Investitionsschwerpunkte, wie das Kongreßzentrum auf der Bürgerweide, mit fast neun Millionen DM, den Beginn des zweiten Bauabschnitts Ostseite Neustädter Hafen mit 20 Millionen DM, die Flughafenerweiterung mit insgesamt 45 Millionen DM für 1989.

Die Gesamtsumme der Investitionen beträgt 792 Millionen DM, und das sind 14,1 Prozent unseres Haushaltes. Der Abstand zwischen Kreditaufnahme und Investitionssumme beträgt 200 Millionen DM. Der Haushaltsausschuß hat sich deshalb erneut der Auffassung des Senats angeschlossen, die Bestimmungen des Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung anzuwenden, und die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes festgestellt.

(Abg. Klein [CDU]: Mehrheitsbeschluß!)

(D) Angesichts von 40 000 Arbeitslosen im Land Bremen ist diese Feststellung weder politisch noch rechtlich zu beanstanden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig müssen wir jedoch auch neue Probleme und nicht vorhersehbare gesellschaftliche Entwicklungen, wie etwa die Aussiedler oder soll man besser sagen Rücksiedlerfragen, bewältigen. Der Bund reagiert auf dieses Problem völlig unzureichend.

(Beifall bei der SPD)

Also reagieren wir, das kleine Land mit dem hohen Schuldenstand, ersatzweise bei Kindergärten, in den Schulen, in der Administration, bei der Wohnungsbeschaffung.

Meine Damen und Herren, ich rede hier über unseren Landeshaushalt und muß deshalb über den Bundeshaushalt reden, nicht als rhetorischer Verschiebeparkplatz, wie uns das oft vorgeworfen wird, sondern weil die Auswirkungen der dortigen Konsolidierung hier als Manko ankommen. Der Bund verdrängt nicht nur die 2,2 Millionen Arbeitslosen aus seinem Bewußtsein, als gäbe es sie gar nicht, nein, er saniert seinen Haushalt, indem er der Nürnberger Bundesanstalt, ich wiederhole Bundesanstalt, die Luft abschnürt, die Mittel kürzt und dem kleinen Land mit den hohen Schulden für seinen Teil die künstliche Beatmung überläßt.

(A) Wenn die neunte AFG-Novelle so, wie sie jetzt vorliegt und in zweiter Lesung im Bundestag verabschiedet worden ist, endgültig durchkommt und Bremen mit kompensatorischen Maßnahmen einspringen will, dann kostet das weit über zehn Millionen DM. Darüber werden wir uns unterhalten müssen, wenn das Gesetz endgültig verabschiedet ist und es auch über den Vermittlungsausschuß keine Chancen der Korrektur mehr gibt.

Die möglichen Auswirkungen der Gesundheitsreform werden ebenso ihren Niederschlag finden. Insgesamt, meine Damen und Herren, haben die Kürzungen der Transferleistungen aus dem Bundeshaushalt verheerende Wirkungen auf die Einkommensentwicklung der breiten Schichten unserer Bevölkerung, und das bleibt nicht ohne Auswirkung auf Landes- und Kommunalhaushalte.

Mit rund zwei Milliarden DM, meine Damen und Herren, Personalkosten, das sind nicht ganz 36 Prozent des Gesamtetats, nehmen wir im Ländervergleich eine hervorragende Position ein. In anderen Ländern liegt der Anteil an Personalkosten zwischen 40 und 50 Prozent. Zugegeben, das war nicht einfach und oftmals auch sehr schmerzlich, aber nur durch eine rigorose Stellenkürzung und einen restriktiven Einstellungsstopp konnten wir dieses Ergebnis erreichen.

Der Senat hält weiterhin an seiner Stellenzielzahl von rund 24 000 fest, allerdings wird der Einstellungsstopp flexibler gehandhabt werden. Ursache für diese Verfahrensänderung ist die Erkenntnis, daß in drei Berufsbereichen, nämlich in der allgemeinen Verwaltung, bei den Lehrern und bei der Polizei, mit vergleichsweise niedrigen Fluktuationsraten zu rechnen ist. In allen anderen Berufsfeldern wird jedoch die Personalfluktuationsrate so groß sein, daß die aufgabenkritischen Zielzahlen bei kontrollierter Neueinstellung erreichbar sind.

Der Senat wird dabei auch seiner Verantwortung aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst gerecht. Ich habe immer wieder gesagt, daß wir am Tarifabschluß nichts verdienen wollen, andere tun das. Wir können aber auch nicht unsere finanzpolitischen Möglichkeiten überschreiten, das ist ein Wort, das gilt bis zu diesem Haushalt hin und für künftige Haushalte. Für den Arbeitszeitausgleich im Schichtdienst und in der Innenreinigung wurden deshalb zusätzlich 220 Stellen bereitgestellt.

Seit Abschluß des Tarifvertrages haben wir rund 1200 Neueinstellungen durch Übernahme von Auszubildenden, Einstellungen bei der Polizei, bei den Kindergärten, bei der Feuerwehr, beim Justizvollzug sowie eine Reihe von Einzelmaßnahmen im Rahmen der Ausnahme vom Einstellungsstopp beschlossen. Damit ist der Senat seiner Verpflichtung im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten nachgekommen, und darüber hinaus geht nichts mehr.

Wir haben gleichzeitig große Anstrengungen unternommen, um den öffentlichen Dienst auf die Einführung neuer Technologien vorzubereiten. Im Som-

mer dieses Jahres hat das Aus- und Fortbildungszentrum seinen Betrieb aufgenommen. Hier werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf neue Aufgaben vorbereitet und mit der neuen Technik vertraut gemacht. Daß dieses Angebot auch gut ankommt, beweisen die Anmeldungen. Kurz nach Anmelde-schluß mußten bereits weitere Kurse eingerichtet werden. All dies machen wir, um den öffentlichen Dienst leistungsfähiger und auch ökonomischer zu gestalten.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, die Geschäftslage hier im Parlament gebietet es, zum Schluß zu kommen. Ich bin vorher darauf aufmerksam gemacht worden. Die Eckdaten des Haushaltes 1989 und die vom Senat beschlossenen Finanzplandaten einschließlich der Investitionsplanung signalisieren nicht das Ende unserer Haushaltsnotlage. Die Zinslasten der kommenden Jahre sind erdrückend. Die Nettokreditaufnahme wird die Eine-Milliarden-DM-Grenze überschreiten, und die im Ländervergleich überdurchschnittlich hohe Investitionstätigkeit wird nicht zu halten sein. Um so mehr ringt und wirbt der Finanzsenator mit Ihnen als Abgeordnete und Haushaltsgesetzgeber für strikte Ausgabenkürzungen, für den Vorrang strukturverbessernder Investitionen und um Einigkeit bei der Vertretung unserer Interessen nach draußen.

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

Die Chancen Bremens liegen in einem neuen, gerechten Finanzausgleich, der die Besonderheiten der Stadtstaaten berücksichtigt. Die Chance Bremens und Bremerhavens liegt aber auch in der Entfaltung seiner eigenen Produktivkräfte. Der Widerspruch, mit dem wir alle im Jahre 1989 und ferner leben, besteht in der zwar negativen Lage unseres Haushaltes, aber gleichzeitiger positiver Entwicklung unserer beiden Städte. Das sind die ersten Früchte unserer Anstrengungen, mit der Ernte müssen wir uns noch Zeit lassen. Die schönste Meldung der letzten Tage war für den Finanzsenator das Ergebnis der Volkszählung.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich danke den Bürgern, die sich an dieser Zählung aktiv beteiligt haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Ihnen danke ich, daß Sie mir bis dahin zugehört haben!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klatt als Sprecher der Finanzdeputation.

(C)

(D)

(A) Abg. Klatt, Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Entwürfe der Haushaltspläne 1989, die dazugehörigen Stellenpläne des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie die Haushaltsgesetze des Landes und der Stadtgemeinde liegen Ihnen schriftlich vor. Meine Aufgabe als Berichterstatter der Finanzdeputation ist es, Ihnen für die Finanzdeputation und für den Haushaltsausschuß ergänzende Informationen zu geben.

Die Beratungen der Haushaltsentwürfe im Haushaltsausschuß mit den einzelnen Fachdeputationen und mit den deputationsfreien Verwaltungen der Bremischen Bürgerschaft, der Senatskanzlei, dem Rechnungshof, der Gleichstellungsstelle und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, begannen im August und endeten im Oktober dieses Jahres.

Der Bericht des Haushaltsausschusses, der allen Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft vorliegt, ist in wesentlichen Teilen gemeinsam mit allen Fraktionen, der CDU, der FDP und der Fraktion der GRÜNEN formuliert worden. Da jedoch die gegensätzlichen Auffassungen über finanzpolitische Zielsetzungen zwischen der Opposition und uns nicht auszuräumen waren, haben wir sozialdemokratischen Mitglieder des Haushaltsausschusses wie in den vergangenen Jahren allein die Verantwortung für den Haushaltsentwurf übernommen.

Der vorgelegte Finanzrahmen bis 1995, der die Grundlage für den Haushalt 1989 bildet, ist durch das außerordentlich geringe Wachstum der Einnahmen von jährlich nur 2,1 Prozent gekennzeichnet. Die wichtigste Einnahmequelle für den Haushalt, die Steuern, wachsen jährlich nur um 2,3 Prozent. Verantwortlich dafür sind die Steuerausfälle aufgrund der Steuerreform. Ohne diese Verluste läge das Wachstum der Steuereinnahmen bei 3,4 Prozent jährlich. Durch die erste Klage des Senats vor dem Bundesverfassungsgericht wurden Mehreinnahmen im Länderfinanzausgleich und der Bundesergänzungszuweisungen erstritten. Diese Mehreinnahmen kompensieren in keiner Weise die Ausfälle aus der Steuerreform.

(B) Vor diesem Hintergrund ist weiter festzustellen, daß bei den sonstigen Ausgaben die Mehranforderungen zur Verbesserung der Finanzlage unserer Schwesterstadt Bremerhaven zu erheblichen Ausgabehöhen führen. Im Kern bedeutet dies, daß die Dynamik der Sozialhilfeausgaben die Bemühungen um eine Stabilisierung der konsumtiven Ausgaben aufhebt. Die übrigen Ausgaben sind in den nächsten Jahren nicht so weit zu reduzieren, daß die Entwicklung mit kompensiert würde.

Die volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen betragen zirka 5,6 Milliarden DM. Dies ist eine Steigerung um drei Prozent, gleich 160 Millionen DM. Die Haushaltssteigerungen sind im Land und in der Stadt unterschiedlich. So steigen die Ausgaben im Lande Bremen um 5,8 Prozent und die der Stadtgemeinde nur um 0,3 Prozent. Die Einnahmen aus Steuern, dem Länderfinanzausgleich und der Bundesergänzungszu-

(C) zuweisung betragen 1989 rund 3,4 Milliarden DM, das sind 74,4 Prozent der Gesamteinnahmen. Die Personalausgaben betragen etwa zwei Milliarden DM. Damit werden vom größten Einnahmeblock, von den Steuern, vom Länderfinanzausgleich und von der Bundesergänzungszuweisung allein 58 Prozent, also über die Hälfte, für das Personal aufgezehrt.

Werden zu den Personalausgaben noch die sächlichen Verwaltungskosten von ungefähr 414 Millionen DM hinzugerechnet, so ist erkennbar, daß für die Erhaltung des Betriebes „Öffentliche Verwaltung“ ein volkswirtschaftlich zu hoher Anteil ausgegeben wird. Die Erfolge in der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre, insbesondere im Personalbereich, sind erheblich. Hätte Bremen lediglich wie einige andere sparsame Gebietskörperschaften auf eine Stellenausweitung verzichtet, so lägen die Personalkosten im Jahre 1989 um rund 244 Millionen DM höher. Wir sind in Bremen einen Schritt weitergegangen, wir haben nicht nur einen Stellenstopp, wir haben auch nicht mehr benötigte Stellen gestrichen.

(D) Gliedert man die einzelnen Positionen des Haushalts, der Ihnen vorliegt, so stellt sich folgendes Bild dar: Die Personalausgaben steigen um 2,2 Prozent, die sonstigen konsumtiven Ausgaben steigen um 4,4 Prozent, die Sozialhilfekosten steigen um 7,7 Prozent, die Schuldenaufnahme steigt um 1,8 Prozent, die Zinsausgaben steigen aber um 18,6 Prozent. Nur die Investitionen, also die Positionen, die längerfristig Arbeitsplätze erhalten sollen und neue Arbeitsplätze schaffen, sinken um 10,7 Prozent. Dies kennzeichnet die dramatische Haushaltslage Bremens. Es ziehen nicht nur schwarze Wolken am Himmel auf, sondern wir stehen in Bremen bereits mitten im Zentrum eines Orkans. Die Investitionsausgaben für 1989 betragen 792,1 Millionen DM; dies entspricht einer Investitionsquote von 14,1 Prozent.

Bei der Festlegung der einzelnen Investitionsmaßnahmen wurden folgende Kriterien berücksichtigt: erstens, Umstrukturierung der Wirtschaft, zweitens, Verbesserung der Wirtschafts- und Steuerkraft des Landes und drittens, Sicherung von Arbeitsplätzen und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Werden die Ausgaben für Investitionen den Ausgaben für Zinsen und der Nettokreditaufnahme gegenübergestellt, so ist folgendes anzumerken: Erstens: Die Nettokreditaufnahme für 1989 beträgt 991,1 Millionen DM und liegt knapp unter der Milliarden-grenze. Zweitens: Die Ausgaben zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, also zur Erhöhung bremischer Steuerkraft, sind geringer als die Ausgaben für Zinsen, die 855,1 Millionen DM betragen. Drittens: Die Zinslastquote beträgt 15,4 Prozent und ist höher als die Investitionsquote von 14,1 Prozent. Täglich werden 2,34 Millionen DM Zinsen an die Banken überwiesen. Das bedeutet pro Stunde rund 100 000 DM Zinsen. Wenn ich meine Rede hier im Parlament beendet habe und die Redezeit von Se-

(A) nator Grobecker hinzurechne, sind bereits wieder 100 000 DM Zinsen an die Bank fällig geworden.

(Zuruf von Bürgermeister W e d e m e i e r
— Heiterkeit)

Es ist nicht schlecht, wenn wir einen schlagfertigen Bürgermeister haben!

(Abg. M e t z [CDU]: Reden Sie eine Viertelstunde, das kostet die Hälfte!)

Diesen wenigen Kennzahlen ist zu entnehmen, daß Bremen trotz aller konsequenter Anstrengungen, die bundesweit ihresgleichen suchen, immer tiefer in finanzpolitische Probleme steuert, sofern Bonn nicht die berechtigten Forderungen Bremens erfüllt.

(Abg. K l e i n [CDU]: Aha!)

Zur teilweisen Finanzierung von Mehrausgaben im Haushalt 1989 sollten die beim Jahresabschluß 1988 verbleibenden Verbesserungen der Rücklage zugeführt werden. Zur Sicherung dieser finanziellen Maßnahmen hat der Senat am 11. Oktober dieses Jahres Bewirtschaftungsmaßnahmen beschlossen. Mit sofortiger Wirkung durften Haushaltsmittel nur noch in Anspruch genommen werden, um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen und um rechtlich begründete Verpflichtungen zu erfüllen.

(B)

(Vizepräsident v. d. S c h u l e n b u r g
übernimmt den Vorsitz.)

Der Haushaltsausschuß hat diese Maßnahme des Senats diskutiert und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß er diese Entscheidung grundsätzlich befürwortet, daß aber das Recht des Parlaments, letztendlich Haushaltsmittel zu bewilligen oder zu sperren, von dieser Entscheidung des Senats nicht beeinflusst werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Die finanziellen Veränderungen durch die Novellierung des Finanzausweisungsgesetzes für Bremerhaven wurden ebenfalls in den Haushalt 1989 eingearbeitet. Ohne der Debatte, die im Januar 1989 in der Bremischen Bürgerschaft geführt werden soll, vorzugreifen, ist bereits jetzt festzustellen, daß das Gesetz wichtige vier Säulen hat: erstens, gleiche Bewertung der Einwohner beider Stadtgemeinden, zweitens, volle Übernahme der Kosten für Schulen und Polizei, drittens, angemessene Beteiligung Bremerhavens an der Wirtschaftsförderung und viertens, Übernahme von Altschulden. Das wird erhebliche Auswirkungen auf die Haushaltslage Bremens haben. Insgesamt wird die Finanzkraft der Seestadt Bremerhaven um 107,6 Millionen DM verbessert.

(Beifall bei der SPD)

Das Land und die Stadtgemeinde Bremen sind für die Zukunft Verpflichtungen eingegangen, die die Haushalte ab 1989 bis weit in die neunziger Jahre hinein belasten. Allein 1989 sind Verpflichtungsermächtigungen von 267 Millionen DM im Landeshaushalt und 197 Millionen DM im Stadthaushalt enthalten, die später in Barmittel umgewandelt werden müssen. Der Haushaltsausschuß hat diese Verpflichtungsermächtigungen für das nächste Haushaltsjahr reduziert, da der Handlungsspielraum des Parlaments durch zu hohe Vorbelastungen der nächsten Haushaltsjahre sonst immer mehr eingeschränkt würde.

(C)

Für das Haushaltsjahr 1989 wird es einige Gebührenveränderungen geben. Erstens: Krankentransportgebühr! Durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist die Gebühr für den Einsatz des Notarzwagens für nichtig erklärt worden. Rückwirkend ab 1.4.1986 soll die Gebühr von zur Zeit 900 DM auf 835 DM herabgesetzt werden. Im Haushalt ist eine Mindereinnahme von 280 000 DM bereits berücksichtigt worden.

Zweitens: Verwaltungskosten! In der Verwaltungskostenordnung sind alle Verwaltungsgebühren der Behörden Bremens und Bremerhavens sowie die Benutzungsgebühren der Untersuchungsanstalten zusammengefaßt. Die Verwaltungskostenordnung wird in Zwei-Jahres-Abständen an die Rechts- und Kostenentwicklung angepaßt. Die letzte Änderung erfolgte am 1. 4. 1987, die nächste Anpassung ist zum 1. 4. 1989 vorgesehen. Die Steigerungsrate wird durchschnittlich 8,6 Prozent betragen. Im Haushalt 1989 sind bereits Mehreinnahmen von zwei Millionen DM eingeplant worden.

(D)

Drittens: Schornsteinfegergebühren! Es ist beabsichtigt, die Schornsteinfegergebühren im Jahr 1989 anzuheben. Die Steigerung der Gebühren wird zwischen drei und vier Prozent liegen.

Viertens: Abfallentsorgung! Nach Paragraph 12 des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes soll das Gebührenaufkommen bei Benutzungsgebühren die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen errechneten Kosten decken. Die zur Zeit gültigen Gebührensätze für die Benutzung der öffentlichen Abfallbeseitigung reichen für die Jahre 1989 und 1990 nicht mehr zur Deckung der Kosten aus. Eine Gebührenerhöhung ist deshalb erforderlich. Im Haushalt ist eine Mehreinnahme für diesen Bereich von 10,4 Millionen DM bereits vorgesehen.

Der Senat hat zur Verbesserung der Betriebsabläufe im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße sowie für Sanierungsmaßnahmen in verschiedenen Klinikbereichen ein Investitionsprogramm in Höhe von 25 Millionen DM für die Jahre 1989 bis 1992 beschlossen. Da der größte Bedarf im Jahr 1989 anliegt, hat der Haushaltsausschuß für das nächste Jahr eine erste Rate von acht Millionen DM und eine Verpflichtungsermächtigung von zusätzlich zwei Millionen DM zur Verfügung gestellt. Die restlichen 17 Millionen DM sollen in der Investitionsplanung 1990 bis 1992 sichergestellt werden. Erfreulich ist,

(A) daß es erst eines Krankenhausskandals —! Unerfreulich ist, daß es erst eines Krankenhausskandals — das war Freud —,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

unerfreulich ist, daß es erst eines Krankenhausskandals bedurfte, mit all seinen negativen Auswirkungen, auch auf die politische Kultur unseres Landes, um diese Mittel, die bereits in den letzten Jahren für das Krankenhaus nötig gewesen wären, jetzt endlich zur Verfügung zu stellen.

Ich erinnere mich noch sehr genau an die gesundheitspolitischen Debatten der letzten Jahre hier in diesem Hohen Hause, in denen von dem Gesundheitsexperten meiner Fraktion, Herrn Fritz Tepperwien, und der Gesundheitsexpertin der CDU, Frau Hänecke, zusätzliche Finanzmittel für dieses Krankenhaus gefordert wurden, die aber immer abgelehnt wurden.

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

Die Politik beschränkt sich aber nicht nur darauf zu reagieren, sondern sie muß langfristig vorausschauend planen und nicht erst dann entscheiden, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist.

(Beifall bei der CDU — Bürgermeister Wedemeier: Der Haushalt wird immer noch vom Parlament aufgestellt!)

(B) Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Kritik geht nicht nur an den Senat, sondern ist auch eine Selbstkritik für dieses Hohe Haus.

(Bürgermeister Wedemeier: Eins zu eins!)

Meine Damen und Herren, diese medizinisch hochwertige Klinik mit ihren Hunderten qualifizierten und integren Mitarbeitern hat es einfach nicht verdient, durch einige wenige korrupte Vorgesetzte an der Spitze des Krankenhauses in den Schmutz gezogen zu werden.

(Beifall)

Ähnliches gilt auch für das Ressort Inneres. Erst nachdem es zu dem Verbrechen der Geiselnahme gekommen ist, wurde ein schon in Vorbereitung befindliches finanzielles Sonderprogramm für die Bremer Polizei beschleunigt. In kurzer Zeit konnten auch die erforderlichen finanziellen Mittel, die jahrelang nicht zur Verfügung gestanden haben, freigemacht werden. Begründung in der Vorlage für den Haushaltsausschuß: Mit dem Sofortprogramm sollen Mängel in der materiellen Ausstattung beseitigt werden. Bei polizeilichen Großeinsätzen der jüngsten Zeit, insbesondere bei der Geiselnahme, wurde diese Notwendigkeit bestätigt. Eine Nachbewilligung von 2,5 Millionen DM und eine Verpflichtungsermächtigung von 3,5 Millionen DM wurden beschlossen.

(C) Diese beiden Beispiele, meine Damen und Herren, Krankenhaus St.-Jürgen-Straße und Polizei, zeigen deutlich, daß Politik eher bereit ist, auf Tagesereignisse sofort zu reagieren, als eine qualifizierte und vorausschauende Planung vorzunehmen und ihre Durchsetzung in allen Bereichen zu garantieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin selbstkritisch genug, das geht auch an meine Adresse, dies hat mit seriöser Politik nichts mehr zu tun.

(Beifall)

Wenn es Schule macht, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß nur noch Untersuchungsausschüsse den erforderlichen Entscheidungsdruck bei den Verantwortlichen erzeugen können, dann gute Nacht für dieses Parlament!

(Beifall — Abg. Fluß [SPD]: Eine Selbstanzeige des Haushaltsausschusses!)

(D) Im Haushaltsentwurf 1989 sind zirka zwei Milliarden DM für Personalausgaben einschließlich der 45 Millionen DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen enthalten. Dieser Anschlag wurde unverändert aus der Finanzplanung in den Haushalt übernommen. Meine Damen und Herren, ich verstehe Ihre Unruhe, aber ich finde, wir sind ein Spiegelbild der Bevölkerung, warum soll man nicht das ausdrücken, was die Bevölkerung denkt, wir sind hier doch keine isolierte Gruppe.

(Beifall — Bürgermeister Wedemeier: Das stimmt!)

Durch die lineare Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1.3.1988 um 2,4 Prozent, jahresdurchschnittlich um zwei Prozent, gleich 36,4 Millionen DM Mehrausgaben, ist ein finanzieller Dispositionsrahmen entstanden. Eingepplant waren für das Haushaltsjahr eine Erhöhung von 3,5 Prozent, 1987 3,4 Prozent. Dieser Dispositionsrahmen wurde voll ausgenutzt für Stellenbeschaffung und Ausnahmen vom Einstellungsstopp.

Im Laufe des Jahres 1988 wurden Ausnahmen vom Einstellungsstopp in einem größerem Umfang als im Finanzplan unterstellt notwendig. Damit haben wir auch neue Arbeitsplätze für Bremen geschaffen. Es handelt sich dabei insbesondere um folgende Bereiche: Übernahme von ausgebildeten Nachwuchskräften der allgemeinen Verwaltung: 188 Arbeitnehmer, des Bibliotheksdienstes: elf Arbeitnehmer, Einstellungen insbesondere zur Ausbildung in den Bereichen der Polizei: 38 Arbeitnehmer, der Feuerwehr: je 16 in den Jahren 1988 und 1989, des Justizvollzugsdienstes: 26 Arbeitnehmer, Lehrereinstellungskorridor: insbesondere 60 Neueinstellungen zum Schuljahr 1989/90, Einstellungen in den unteren Lohngruppen: 77 Arbeitnehmer.

(A) Der Haushaltsausschuß hat bereits Stellenneuschaffungen für das Haushaltsjahr 1989 in größerem Umfang beschlossen, damit das Auswahlverfahren bereits im alten Jahr anlaufen kann; dafür hat sich auch der Sprecher der Deputation für Stadtentwicklung, Herr Schreiber, besonders eingesetzt,

(Beifall bei der SPD)

damit die Stellen zu Beginn des neuen Jahres sofort besetzt werden können!

Insgesamt wurden im Vorgriff auf 1989 138 Stellenneuschaffungen beschlossen, davon entfallen 91 auf den Bereich Stadtentwässerung und Abfallbeseitigung und 32,5 Stellen auf die Hochschulen.

Ferner wurde auch das neue Personalentwicklungsprogramm 1988 bis 1995, das sogenannte PEP II, vom Senat vorgelegt. Grundlage des neuen PEP II sind die aufgabenkritischen Beschlüsse des Senats vom April 1986 und Dezember 1987.

(Abg. K l e i n [CDU]: Haben Sie das schon, das neue?)

Eine Kurzfassung ist schon verteilt worden, Herr Kollege, auch im Haushaltsausschuß!

Seitdem hat es Veränderungen der Rahmenbedingungen gegeben. Diese erforderten, daß die Stellenzielzahlen insgesamt die aufgabenbezogenen Ressortdeckwerte 1987, 1991 und 1995 überprüft und an die Neuentwicklung angepaßt wurden. Der im Dezember 1987 beschlossene Stellenbestand bis 1995 muß von 23 580 um 1084 Stellen auf 24 664 Stellen aufgestockt werden. Durch diese neuen Zielzahlen werden Stellen neu geschaffen und Stellenkürzungen zurückgenommen.

Beides hat unmittelbare Auswirkungen auf die Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Insgesamt wird ein Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung erreicht. Unsere Zusage, daß wir am Tarifvertragsabschluß nicht verdienen wollen, wir hiermit eingehalten.

(Beifall bei der SPD)

Es erfolgt eine Reduzierung der Stellenkürzung bis 1991 um 230 Stellen. Gleichzeitig wurden nach dem Tarifvertragsabschluß im Februar dieses Jahres 220 neue Stellen und durch die Übernahme neuer Aufgaben weitere 140 neue Stellen geschaffen. Die restriktive Stellenpolitik der letzten Jahre muß jedoch im Kern konsequent fortgesetzt werden, weil sonst eine Konsolidierung des Haushalts nicht erreichbar ist.

Ein Problem bereitete uns bei den Beratungen der Haushaltsentwürfe für 1989 große Sorgen, und zwar die vom Senat beschlossenen Stellenkürzungen. Der Senat hatte bei der Aufstellung der Haushalte Anfang des Jahres beschlossen, insgesamt 539 Stellen zu streichen. Bis zum Abschluß der Einzelberatungen im Oktober wurden lediglich 243,8 Stellenkürzungen von den Ressorts erbracht.

(Abg. J ä g e r [FDP]: 40 Prozent!)

Außerdem hatte der Haushaltsausschuß 80 Stellen für das Ressort Inneres, die zur Streichung vorgeschlagen waren, gesperrt. Seit Abschluß der Beratungen wurden weitere 125,6 zur Streichung und 13 Stellen zur Sperrung von den Ressorts aufgegeben. Die Ressorts haben also bis zum heutigen Tag 462 von 539 Stellen, gleich 86 Prozent der beschlossenen Stellenkürzungen, gemeldet.

Von den verbleibenden 77 Stellen entfallen 41 auf Lehrer. Nachdem ein Teil der frei werdenden Stellen, Lehrerkorridor von 51,5 Stellen, für die Aussiedler 11,25 Stellen, wiederbesetzt werden mußte, reichte die Fluktuation nicht mehr aus, die in diesem Bereich vorgesehene Quote von 191 Stellen zu erfüllen. 7,25 Stellen können wegen anerkannter Mehrbedarfe im Ressort Soziales nicht wegfallen. Danach verbleibt noch ein Rest von 28 Stellen.

Es wird deshalb der Bremischen Bürgerschaft vorgeschlagen, in den Haushaltsgesetzen des Landes und der Stadtgemeinde die Finanzdeputation zu ermächtigen, im laufenden Haushaltsjahr die nicht mehr benötigten Stellen im Stellenplan zu streichen.

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen! Die Ihnen vorgelegten Haushaltspläne zeigen, daß eine dauerhafte Gesundung der bremischen Finanzen im wesentlichen nur durch zwei Maßnahmen erreicht werden kann, erstens, die teilweise Übernahme der Sozialhilfekosten durch den Bund, zweitens, eine gerechtere Verteilung der Strukturfondsmittel, orientiert an der Arbeitslosigkeit eines Landes.

(Beifall bei der SPD)

Wenn auch nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Volkszählung und den daraus resultierenden höheren Einwohnerzahlen Bremens eine Einnahmeverbesserung im Länderfinanzausgleich zu erwarten ist, so ist doch festzustellen, daß auch hierdurch eine dauerhafte Gesundung bremischer Finanzen nicht erreicht wird. Erst wenn die zweite Klage des Senats vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Erfolg haben sollte, würde sich die Finanzlage Bremens erheblich verbessern. Das Urteil wird für Mitte 1989 erwartet.

Gefordert wird durch Bremen, erstens, eine Erhöhung für die Hafencosten von 90 Millionen DM auf 160 Millionen DM, zweitens, eine Erhöhung der Kosten politischer Führung von 50 Millionen DM auf 100 Millionen DM, drittens, eine Anhebung für die Haushaltsnotlage von 50 auf 75 Millionen DM und viertens, eine Erhöhung der Einwohnerwertung von 135 auf 163 Prozent. Meine Damen und Herren, ein Prozentpunkt würde eine Verbesserung von 16 Millionen DM bedeuten.

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

Bekämen wir 163 Prozent, hätten wir jährlich 450 Millionen DM mehr im Haushalt.

Wir haben uns im Haushaltsausschuß und in der Finanzdeputation gemeinsam bemüht, den Verfas-

(C)

(D)

(A) sungsauftrag zu erfüllen und der Bremischen Bürgerschaft für das Jahr 1989 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Es liegt nun an Ihnen, meine Damen und Herren, den Bürgern unseres Landes zu beweisen, daß das kleinste Bundesland mit den größten Finanzproblemen trotzdem funktionsfähig bleibt und daß es ein Zwei-Städte-Staat ist, in dem man gern wohnt und in dem man sich wohl fühlt. Es lohnt sich immer noch, für Bremen zu kämpfen, jetzt erst recht!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Metz.

Abg. Metz (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute einen Haushaltsentwurf, der die Zeit, der die Politik, der das politische Wollen des Senats vor dem Neuanfang repräsentiert und widerspiegelt. Wir beraten einen Haushalt mit sozusagen, der den status quo ante hat. Dieser vorliegende Haushaltsentwurf kennt die neue Senatsstruktur und -organisation noch nicht! Er weiß noch nichts von der puren Umwelt senatorin, er hat den Arbeitssenator Wedemeier noch nicht verinnerlicht.

Dieser Haushaltsentwurf weiß noch nicht, ob der Wohnungsbau bei Herrn Senator Grobecker oder bei Herrn Senator Sakuth untergebracht wird. Er kann es auch gar nicht wissen, meine Damen und Herren, denn die beiden Herren wissen es selbst noch nicht!

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dieser Haushaltsentwurf kennt auch noch nicht den Bau-Teilsenator Konrad Kunick.

Nun hat ja der Bürgermeister vorgestern das Problem in schöner Schlichtheit mit folgenden Worten dargestellt, ich zitiere: „Jeder geht dorthin, wo er bisher auch hingegangen ist:

(Lachen bei der CDU)

zum Bauordnungsamt, zum Stadtplanungsamt, zum Amt für Straßen- und Brückenbau, zum Bauamt Bremen-Nord und so weiter.“

(Abg. Klein [CDU]: Alles im BBZ!)

Mit derselben Schlichtheit könnte man ja sagen, die Haushaltstitel, meine Damen und Herren, sind wie sie sind, egal, wo sie sind, bei Frau Lemke-Schulte oder bei Herrn Kunick oder beim Arbeitssenator Wedemeier. Man muß nur die Seiten im Haushaltsentwurf in eine neue Reihenfolge bringen. Man muß nur neu sortieren, der Gesamthalt des Gesamtwerkes bleibt identisch! Es gibt gar keinen relevanten Zusammenhang zwischen der Neuordnung vom Dienstag dieser Woche und dem Haushaltsentwurf von vorgestern. Wenn das so sein sollte, bleibt nur noch die Frage, ob das also ein Neuanfang ist,

der mit dem Haushalt 1989, mit dem Haushalt, der ja die in Zahlen gegossene Politik des Jahres 1989 sein soll, gar nichts zu tun hat!

(C)

Damit bin ich bei dem zweiten Punkt. Gerade weil ein Haushalt nicht nur Haushaltstechnik, sondern Politik darstellt, bestehen doch Haushaltsberatungen im wesentlichen darin, daß die Regierung ihre Politik argumentativ gegenüber dem Parlament und in der Praxis da wiederum in erster Linie gegenüber der Opposition vertritt. Sowohl die FDP als auch wir haben ja nicht ohne Grund davon abgeraten, Senatsneubildung, Senatsumorganisation, behaupteten Neuanfang und Haushaltsentwurf aus der Zeit vor der Senatsneubildung, vor der Senatsumorganisation, vor dem behaupteten Neuanfang in einem Zug innerhalb einer Woche zu beraten. Meine Damen und Herren, es war doch geradezu ein Akt menschlicher Zuwendung, wenn wir Herrn Senator Kunick Gelegenheit geben wollten, bei der Beratung des Haushaltes 1989 seine eigene Verkehrspolitik des Jahres 1989 zu vertreten und nicht die seiner Vorgängerin.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt allerdings Anzeichen dafür, daß Sie, meine Damen und Herren von der SPD und vom Senat, davon ausgehen, daß dieser Haushalt immer gleich bliebe, auch wenn Sie den gesamten Senat aus Ihren eigenen Reihen ausgewechselt und ergänzt hätten, weil Sie natürlich genau spüren, daß Sie kaum noch Bewegungsspielraum haben, egal, wer von Ihnen Ihre Politik im Senat vertritt.

(D)

Es muß schon zu denken geben, wenn Herr Kollege Dittbrenner vor einigen Tagen sagte, man brauche von Bonn acht Milliarden DM, acht Milliarden DM — Sie wissen ja, es gab Bundeskanzler, die wußten nicht, wieviel Nullen das hatte, ich sage es noch einmal: acht Milliarden DM, ich wiederhole: acht Milliarden DM —, wenn 1995 überhaupt noch irgend etwas in der Freien Hansestadt Bremen laufen sollte. Herr Kollege Dittbrenner, Sie haben den Mut gehabt, diese Größenordnung anzusprechen und auszusprechen. Ich weiß, daß das Denken in diesen Kategorien, in diesen Größenordnungen — jedenfalls soweit es um fremdes Geld geht — in der Freien Hansestadt Bremen um sich greift.

Jeder von uns, der die Finanzplanung in Gedanken fortschreibt, und wir reden ja zugleich über die Finanzplanung bei diesem Haushalt für die nächsten Jahre, der stößt ja unweigerlich noch weit in diesem Jahrtausend auf den Punkt, in dem sich zwei Kurven schneiden, die der Nettokreditaufnahme und die der fälligen Zinsen. Dann, meine Damen und Herren, dann spätestens geht wirklich nichts mehr! Ich persönlich bin davon überzeugt, daß, wenn Sie hier noch für eine längere Zeit regieren — aber wahrscheinlich auch, wenn jemand anders regiert, soweit haben Sie es immerhin gebracht —, wir zunehmend über Bluttransfusionen der genannten Art werden reden müssen.

(A) Überhaupt nicht durchgehen lassen, Herr Kollege, kann ich Ihnen allerdings den zweiten Teil Ihrer Aussage: Auf die Frage, was machen Sie denn, wenn diese acht Milliarden DM bis 1995 nicht kommen, antworten Sie: Darüber denke ich gar nicht nach, da bin ich Optimist!

(Abg. Klein [CDU]: Der Abschied von Politik!)

Meine Damen und Herren, wenn das ein Senator gesagt hätte, dann hätte ich dem erwidert, das grenzt an Arbeitsniederlegung bei Lohnfortzahlung!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig stellt sich der Bürgermeister vorgestern in seiner Not ans Pult und beschimpft die ganze Union über Berlin, Frankfurt, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bonn und Bremen. In Ihrer Regierungserklärung von vor einem Jahr haben Sie gesagt, wir alle, Abgeordnete und Senatoren, brauchen eine Menge Energien und Gemeinsamkeiten, wir brauchen den politischen Konsens, wo immer das möglich ist.

Herr Bürgermeister, ich will die Gelegenheit gern benutzen, hierzu ein paar deutliche Worte zu sagen. Die augenblickliche Situation des Senats und die Geschehnisse der letzten Wochen bringen es mit sich, daß Sie von uns und daß Sie von mir scharf angegriffen werden. Sie wehren sich, und das ist Ihr gutes Recht, und Sie greifen mich ebenfalls an, so weit, so gut, oder meinetwegen auch so schlecht. Sehen Sie, aber dann beklagen Sie sich beispielsweise vorgestern, daß wir Sie mit Ihren Problemen allein ließen. Ich sage Ihnen, das ist erstens falsch, und das ist zweitens geheuchelt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Wedemeier, soweit Sie das an meine eigene Adresse sagen, sagen Sie das zu jemandem, dem der bremische SPD-Senat jahrelang intern seine Wunschliste an den Bonner Haushalt schickte, weil er wußte, daß der Bundestagsabgeordnete Metz, Mitglied im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, dort so manche Mark für Bremen und zum höheren Ruhme des SPD-Senats lockermachte!

(Beifall bei der CDU)

Ob es sich um Werftzuschüsse oder um Werftaufträge, ob es sich um Finanzbeiträge für Reeder, ob es sich um Forschungsmittel, ob es sich um Geld für die Mittelweser oder ob es sich um entscheidende Geldbeträge zur Rettung des Leuchtturms „Roter Sand“ handelte oder um Seenotsrettungskreuzer, ich will die ganze Latte hier nicht aufzählen! Sie wissen das, Herr Wedemeier! Wenn Sie es nicht wissen, fragen Sie doch Ihren Finanzsenator! Fragen Sie ihn, was ich gemacht habe, was ich tun konnte, was wir gemeinsam tun konnten, auch was nicht ging! Sie wissen

auch, daß wir und ich das oft ohne großen Klamauk, ohne große Propaganda, eher hinter den Kulissen — der Sache wegen — gemacht haben. Ich brauche mir von Ihnen nicht vorwerfen zu lassen, daß ich nicht bereit sei, bereit gewesen sei und bereit sein werde, etwas für dieses Land zu tun, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Und diese ganze Bürgerschaftsfraktion braucht sich das genau so wenig von Ihnen sagen zu lassen!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Die Anträge, vor allem auch die Haushaltsanträge, die die Sozialdemokraten dieser Fraktion und ihren Vorgängern, den CDU-Bürgerschaftsfraktionen, im Laufe der Jahre und Jahrzehnte abgelehnt haben, gehen in die Tausende, meine Damen und Herren! Darum waren wir in den achtziger Jahren bereits dazu übergegangen, überhaupt keine Haushaltsanträge mehr zu stellen.

Als ich im vergangenen Jahr nach Bremen zurückkam, habe ich gesagt: Laßt es uns noch einmal versuchen, wir stellen wieder Einzelanträge! Dann haben wir das getan, einen ganzen Haufen hier vorgelegt, begründet, abgehandelt, und Sie haben wieder alle abgelehnt, in Ihrer betonartigen Borniertheit wieder alle abgelehnt!

(Beifall bei der CDU)

Das hat sie übrigens interessanterweise nicht davon abgehalten, dann klammheimlich in den jetzt vorliegenden Entwurf 1989 das eine oder andere aus unseren Anträgen doch zu übernehmen, Hauptsache, es merkt keiner!

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Aber wir haben es gemerkt!)

Ich will Ihnen deutlich sagen, meine Damen und Herren aus dem Senat, wir sind nicht Ihre heimlichen Kulis, damit das völlig klar ist!

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Da wir gerade beim Klima sind und bei Zusammenarbeit oder Nichtzusammenarbeit, Herr Bürgermeister, auf Seite 32 Ihres Redemanuskripts von vorgestern sprechen Sie von uns als den sogenannten Christdemokraten. Ich verbitte mir das, ich nenne Sie ja auch nicht einen sogenannten Sozialdemokraten!

(Anhaltender Beifall bei der CDU — Zuruf von Bürgermeister Wedemeier)

Kehren Sie zu vernünftigen Tönen zurück!

(Bürgermeister Wedemeier: Das müssen Sie erst einmal machen! Hören Sie sich Ihre eigenen Töne an!)

(C)

(D)

(A) Kehren Sie zu vernünftigen Tönen zurück, dann sind wir auch weiter bereit, mitzuhelfen bei der Lösung der großen Probleme dieses Landes!

Es mag ja sein, meine Damen und Herren, daß Sie der Meinung sind, je mehr Schulden Sie machen, desto besser kämen Sie allein klar. Ich dachte, es hätte sich auch bis zu Ihnen herumgesprochen, daß Sie mit bremischen Bordmitteln die nächsten Jahre schwerlich überstehen!

Es ist doch nur eine Frage der Zeit, daß Sie beginnen müssen, über eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel einer neuen Finanzverfassung, die eine Stadtstaatenklausel enthält, laut nachzudenken! Sie wissen doch ganz genau, daß Sie in demselben Moment, in dem Sie das tun, auch offiziell die Diskussion über die Selbständigkeit dieses Landes und seine Berechtigung eröffnen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das alles ganz allein machen wollen, dann müssen Sie so weitermachen wie bisher! Ich schreibe Ihnen hier und heute ins Stammbuch: Wenn Sie nicht aufhören, die ganze Republik zu beschimpfen, wenn Sie Ihre Politik nicht ändern beziehungsweise wenn Sie nicht von der Regierungsverantwortung abgelöst werden, dann werden Sie in absehbarer Zeit Ihre eigenen Testamentsvollstrecker sein, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen mit allem gebotenen Ernst: In der ökonomischen und in der finanziellen Situation, in der sich Bremen befindet, ist beispielsweise die Zerschlagung des Kippenberg-Gymnasiums ein mindestens ebenso schwerer wirtschaftspolitischer Fehler wie das Nichtzurverfügungstellen von Gewerbeflächen!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das nicht endlich, endlich begreifen, wenn Sie das nicht begreifen, dann ist Ihnen und leider dann eben auch diesem Land nicht zu helfen! Wenn sich in Bonn erst herumspricht, daß in Bremen Wirtschaftsförderung à la „Kremser-Klaus“ betrieben wird, dann ist der Schaden eben um ein Vielfaches größer als die 400 000 DM, um die es da geht!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie immer noch glauben, daß es besonders vordringlich ist, ein Zentrum für Sozialpolitik an der Bremer Universität aufzubauen, statt zu signalisieren, daß sie Ihre Kräfte und Mittel auf technische und naturwissenschaftliche Innovation konzentrieren wollen,

(Abg. F l u B [SDP]: Das tun wir ja immer!)

dann werden Sie eben nie ein Max-Planck-Institut in das kleinste Bundesland bekommen, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. F l u B [SPD])

Wenn Sie immer noch glauben, sie müßten staatliche Lösungen den Vorzug geben vor privaten Lösungen, während, das will ich auch einmal sagen, Politiker in Ungarn oder Herr Gorbatschow sich ja nun wirklich alle Mühe geben, diesen Unsinn nun zu lassen,

(Beifall bei der CDU)

während die sich bemühen, Privatinitiative zum Zentrum des Wirtschaftens zu machen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie nicht auf den grünen Zweig kommen.

Ich will Ihnen noch einmal etwas sagen, die gesamte bundesdeutsche Öffentlichkeit hat ja nun noch einmal mitbekommen, daß nicht Regierungserklärungen hier entscheidend sind, sondern die Partei, und die Regierungserklärung der Partei ist ja der Bremen-Plan. Ich sage Ihnen noch einmal, der Strukturbeirat, von dem Sie immer noch reden, soll zusätzlich zu den bestehenden Kooperationsformen mit Kammern, Verbänden, Einzelgewerkschaften gebildet werden, um eine noch engere Verklammerung auch auf der Ebene regionaler Strukturentwicklungsplanung herzustellen.

(D)

Ich habe mir sagen lassen, dieser Passus ist mittlerweile Chefsache geworden im Rathaus, weil es da Widerstände gibt. Ich sage Ihnen deutlich, werfen Sie die ganze Seite 15 Ihres Bremen-Plans weg! Das ist die beste Konjunkturmaßnahme, die Sie tun können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es geht ja in Wahrheit längst nicht mehr um ein paar Millionen mehr oder weniger. Wir stehen doch auf der Einnahmenseite gar nicht so schlecht da.

Vor einem Jahr, wiederum in Ihrer Regierungserklärung, Herr Bürgermeister, haben Sie behauptet, ich zitiere:

„Die sich abzeichnenden“, so Sie vor einem Jahr, „geringen haushaltmäßigen Verbesserungen für das Land Bremen durch die Neuregelung des Länderfinanzausgleiches, werden durch die finanzwirtschaftlichen Folgen des gegenwärtigen Konjunkturrucks bereits weitgehend wieder aufgezehrt. Von Steuerschätzung zu Steuerschätzung muß die Bundesregierung ihre überzogenen Wachstumserwartungen nach unten korrigieren. Die Steuermindereinnahmen erreichen für das Land Bremen geradezu die gleiche Größenordnung wie die zu erwartende Verbesserung im Länderfinanzausgleich.“

(A) Das war doch, mit Verlaub gesagt, alles Unsinn, was Sie da erzählt haben.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]:
Natürlich!)

Wenn Sie die Steuereinnahmen im Lande Bremen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres mit den ersten zehn Monaten des letzten, des vergangenen Jahres vergleichen, dann sind die Steuereinnahmen des Landes um 4,7 Prozent, die Steuereinnahmen der Stadtgemeinde Bremen um 3,2 Prozent, die Steuereinnahmen der Stadtgemeinde Bremerhaven um 5,2 Prozent und die Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden um 4,3 Prozent gestiegen. Da aber außerhalb des Landes Bremen die Steuereinnahmen in Bund und Ländern noch stärker steigen als hier und unser Land anteilig davon profitiert, erhöhen sich die Einnahmen in diesem Zehn-Monats-Zeitraum um 6,8 Prozent. Ist doch ganz stolz bei dieser schrecklichen Steuerreform, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch ganz stolz! Die Differenz von 4,3 Prozent zu 6,8 Prozent verdanken Sie ausschließlich der Leistung und der Tüchtigkeit anderer, nämlich derjenigen, die Sie dauernd beschimpfen, meine Damen und Herren, in Bund und Ländern.

(B) (Beifall bei der CDU)

In Wirklichkeit profitieren Sie von der guten Konjunktur. Ich trete Ihnen doch nun wirklich nicht zu nahe, wenn ich sage, die Wiege der Konjunkturpolitik, die zu dieser guten Konjunktur geführt hat, die steht doch am Rhein und nicht an der Weser, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

So unseriös, wie die allgemeinen Rundumschläge gegen jedermann sind, so unseriös ist natürlich auch eine Fülle Ihrer Einzelmaßnahmen, wenn man sie einmal einzeln unter die Lupe nimmt.

Bürgermeister Wedemeier hat im November — das ist ja noch nicht lange her, also vor ein paar Wochen — ein sogenanntes Sofortprogramm zur Verbesserung der Effizienz der Polizei vorgestellt. Ich will das einmal als Beispiel nehmen. Dieses Sofortprogramm ist ein Musterbeispiel Ihrer Politik. Daß es nicht ausreicht, daß es sich teilweise um Etikettenschwindel handelt, will ich einmal im Moment beiseite lassen. Ich will mich nur der Finanzierung dieses Sofortprogrammes widmen. Dieses Programm verursacht natürlich einen Mehrbedarf im Jahre 1988. Für die Deckung dieses Mehrbedarfs sind folgende Posten angegeben, und jetzt zitiere ich Ihre eigene Deputationsvorlage:

„Zusätzliche Verwarnungsgelder in Höhe von 560 000 DM, Personalkostenerstattung von der Bun-

desanstalt für Arbeit nach Paragraph 91 AfG in Höhe von einer Million DM, Beiträge für Straßenanlagen einschließlich Zinsen in Höhe von 80 000 DM, Einsparungen durch Aussetzung des Erwerbs von Straßenbahnzügen, Omnibussen und Sonderfahrzeugen von 850 000 DM.“

Also, wenn ich das richtig verstanden habe, in Höhe von gut 20 Prozent des Einsparungsbetrages bei Ihrem neuen großen Wurf haben Sie also die Bürger herangezogen. Die Bürger haben durch zusätzliche Verwarnungsgelder zur Finanzierung beigetragen, damit Sie die Polizei stärken können. Wissen Sie, das ist ein bißchen so, als wenn sich die Mäuse im Käsekeller die eigenen Fallen aufstellen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich muß sagen, das ist genial, das ist das Perpetuum mobile bei der Finanzierung von Sicherheit und Ordnung. Wobei Sie das Wort Ordnung ja aus Ihrem Gesetz mittlerweile herausgestrichen haben, wie wir wissen!

(Zuruf des Abg. Stelljes [SPD])

Ja, natürlich, aber für Sie langt es, wenn ich das sagen darf!

Meine Damen und Herren, und wenn Sie jetzt die Busse leasen, anstatt sie zu kaufen, ist ja völlig klar, daß, wenn Sie sie eines Tages kaufen wollen, sie trotzdem bezahlen müssen, meine Damen und Herren. Da bin ich ja einmal gespannt, ob Sie sie dann wieder von der Polizei wegnehmen, weil Sie dann ein anderes Sofortprogramm haben.

Ich werde ein zweites Beispiel bremischer Regierungskunst herausgreifen, das wird Sie interessieren, gerade Sie, Herr Finanzsenator Grobecker. Dann hören Sie einmal gut zu, das wird jetzt eine schöne Geschichte!

Bei den letzten Haushaltsberatungen im März dieses Jahres hatten wir uns bemüht, einen Antrag im Zusammenhang mit dem sogenannten Bremer Topf zu formulieren, also für Selbsthilfegruppen. Es gelang uns nicht herauszufinden, welche Gruppen finanziell unterstützt wurden, welche Gruppen aus Haushaltsmitteln unterstützt wurden beziehungsweise aus Lotto- und Totomitteln beziehungsweise aus AB-Maßnahmen. Die Verwaltung versicherte uns damals glaubhaft, sie sei so schnell nicht in der Lage, das herauszufinden.

Ich sagte Ihnen dann wörtlich im März dieses Jahres, aller Wahrscheinlichkeit nach findet hier nämlich ein Prozeß statt, der sich an vielen Ecken und Enden des Haushaltes vollzieht, und zwar seit Jahren. In diesem Bereich werden Haushaltsmittel gespart, und nach und nach schleichend und mehr oder weniger heimlich durch Lotto- und Totomittel beziehungsweise durch AB-Maßnahmen ersetzt. Um das zu verschleiern, verweigert man Auskünfte. Wir werden die Verwaltung durch parlamentarische Ini-

(C)

(D)

(A) tiative zwingen, hier die Wirklichkeit erkennbar offenzulegen.

Dann stürmte der Finanzsenator Grobecker an dieses Renderpult und sagte mit dem ihm eigenen Charme: „Ich bitte Sie, Fraktionssekretär oder wer immer das bei Ihnen macht, in das Archiv zu gehen, die Beantwortung dieser Kleinen Anfrage aus dem Jahre 1987 herauszuholen und sie Herrn Metz vorzulegen, damit der hier nicht so redet, wie er geredet hat!“

(Bürgermeister W e d e m e i e r: Ja, richtig!)

Sie kommen auch gleich an die Reihe, Herr Wedemeier! Da haben wir auf 100 Seiten —. Sie spielen auch eine Rolle in dieser Geschichte!

(Bürgermeister W e d e m e i e r: Bloß Sie nicht, was?)

Wir haben Gruppe für Gruppe aufgeschrieben, wer was wieviel und wo bekommt. Für den Finanzsenator war dies, so Grobecker, eine wichtige Erkenntnis. Er kann nämlich jetzt auch in Zukunft nachsehen, an welchen Stellen vielleicht noch etwas gestrichen werden kann. Aber zu sagen, wir hätten verschleiert, ist unerhört.

(B) (Senator G r o b e c k e r: Das stimmt!)

Ich war natürlich — Sie sagen, es stimmt —, ich war natürlich, wie alle hier, sehr beeindruckt. Redezeit hatten wir auch nicht mehr, und ich habe mich dann aber doch entschlossen, noch einmal eine Kleine Anfrage zu stellen. Betrifft: Förderung von Selbsthilfegruppen. Dann haben wir unter dem 12. April 1988 den Senat gefragt: Nach welchen Vorschriften, Richtlinien, Verfahren erfolgte bisher die Förderung von Selbsthilfegruppen in Bremen? Wie verteilen sich die Hilfen, aufgliedert nach Ressorts und aufgeschlüsselt nach Haushaltsmitteln und Haushaltsstellen, Toto- und Lottomitteln, sonstigen Mitteln, auf die einzelnen Selbsthilfegruppen? Welche finanziellen Hilfen sind für Selbsthilfegruppen in den Jahren 1986/1987/1988 jeweils bewilligt beziehungsweise veranschlagt worden? Das war ja das, was mir der Fraktionssekretär aus dem Archiv holen sollte, damit ich nicht so dumm frage.

(Bürgermeister W e d e m e i e r: Hat er gemacht!)

Nun habe ich doch noch einmal dumm gefragt. Und wissen Sie, was ich bekommen habe? Zwei Briefe des Bürgermeisters mit der Bitte um Fristverlängerung.

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. K l e i n [CDU]: Hört, hört!)

(C) Die Antwort auf meine Frage, die ja seit 1987 im Archiv liegt, die Antwort —.

(Bürgermeister W e d e m e i e r: Sie müssen einmal etwas Neues erzählen!)

Ich will ja nur einmal sagen, wie Sie hier Ihre Politik machen! Die Antwort, die ja im Archiv liegt, wissen Sie, wann Sie die fertig hatten, auf unsere Frage vom April? Am 29. Juni!

(Bürgermeister W e d e m e i e r: So schnell?)

So schnell! Ja, ich bin auch erstaunt. Aber eines muß man sagen, Herr Wedemeier, passen Sie bloß auf, daß Herr Finanzsenator Grobecker hier nicht gleich wieder herstürmt und sagt, sagen Sie einmal, Herr Euler, oder wer das jetzt bei Ihnen im Rathaus macht, gehen Sie einmal ins Archiv, holen Sie einmal die Antwort aus 1987! Geben Sie die einmal Herrn Wedemeier, damit er nicht solche Briefe schreibt, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wir haben ja leider innerhalb von zwei Stunden keine Zeit, im einzelnen Ihrer Politik weiter nachzugehen. Es gibt noch viele schöne solcher Beispiele, und wir werden sie Ihnen nach und nach alle präsentieren, meine Damen und Herren. Was Sie gemacht haben bisher bei der Vorstellung Ihrer Haushaltsberatungen durch den Bürgermeister, bei der Rede des Finanzsenators und auch bei der Rede von Herrn Klatt, die ja alle nicht viel anders reden können, als Sie es getan haben, was wollen sie denn machen? Ich gebe es ja zu, Sie stehen hier ja vor den Ergebnissen Ihrer eigenen jahrzehntelangen Politik, das ist ja so, und diese Politik ist leider so, daß die lockere Alternative nun so ohne weiteres nicht mehr vorhanden ist, ist ja wahr!

Jetzt haben Sie zwei Möglichkeiten, entweder Sie sagen, also legen wir die Hände in den Schoß und sagen, entweder wir bekamen acht Milliarden DM, oder die Lichter gehen aus, und es ist vorbei, oder Sie versuchen doch noch einmal, vielleicht auch mit anderen zusammen, statt andere zu beschimpfen, selbst die Ärmel hochzukrempeln und hier eigene Dinge zu machen. Fortschreibung von Prognosen, meine Damen und Herren, ist ja etwas, das einen Zustand fortschreibt unter der Voraussetzung, daß er nicht geändert wird. So ist das ja mit Finanzplanungen, mit Prognosen. Ändern Sie doch einmal etwas!

Dazu gebe ich Ihnen jetzt zum hundertsten Mal noch einmal ein paar Stichworte. Beseitigen Sie doch einen Teil des Negativimages dieser Stadt, indem Sie zukunftsgewandte Industrien herausstellen! Das ist nicht mehr negativ in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist bloß noch in manchen Kreisen Bremens negativ. Glauben Sie es doch einmal, versuchen Sie es doch einmal! Kehren Sie doch in Ihrer Bildungspolitik um! Warum machen Sie denn eine andere Bildungspolitik als die gesamte übrige Republik? Was

(C)

(D)

- (A) gibt Ihnen denn eigentlich die Legitimation, angeblich besser zu sein als alle anderen?

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch ganz unwahrscheinlich, meine Damen und Herren. Setzen Sie doch andere Prioritäten, beispielsweise bei der Universität! Bauen Sie die sozialwissenschaftlichen Bereiche noch deutlicher sichtbar weiter ab, und stärken Sie noch deutlicher sichtbar Naturwissenschaften! Naturwissenschaften sind doch etwas Gutes, die helfen doch den Menschen, wenn man sie richtig anwendet. Sie schaden doch nicht den Menschen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel-Rüdel [DIE GRÜNEN]: Tschernobyl!)

Erzählen Sie uns doch nichts! Meine Damen und Herren, lassen Sie doch private Medien zu — wir haben das ja gestern diskutiert —, und zwar solche, die in Bremen investieren, nicht nur als ein Beispiel auch moderner Wirtschaftspolitik, sondern als ein Zeichen von Offenheit. Sie brauchen mehr als andere Offenheit. Die größte Strukturkrise findet in Ihren Köpfen statt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Integrieren Sie Wirtschafts- und Kulturförderung, das hat etwas miteinander zu tun, das macht Ihnen Herr Rommel vor, das machen Ihnen andere Städte vor, in denen das aufwärts geht, in denen es einen Verbund gibt zwischen Kultur, Bildung und Ökonomie, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Fördern Sie den Wohnungsbau systematisch, den Wohnungsbau für Eigentums- und für Mietwohnungen, und versuchen Sie, die Attraktivität der beiden Städte, auch der Innenstadt in Bremen und auch der Nebenzentren, deutlich sichtbar zu verbessern! Machen Sie endlich eine Verkehrspolitik deutlich, die auch den Eindruck vermittelt, die Attraktivität Bremens würde durch sie gesteigert!

(Beifall bei der CDU)

Bereiten Sie systematisch die Industriebrachen auf, weisen Sie systematisch neue Gewerbeflächen aus! Die Bilanz, die Sie vorlegen, ist doch katastrophal. Es ist doch wahr, daß wir gesagt haben, Sie haben nichts in der Hinterhand in Wirklichkeit. Was machen Sie denn, wenn einmal zwei große Betriebe vom Himmel fielen? Sie wüßten ja gar nicht, wohin mit ihnen, Sie müßten sie ja abweisen, so sieht das ja mittlerweile in Bremen aus, denn Sie haben ja nicht die zusammenhängenden Flächen.

Meine Damen und Herren, Ihnen fehlen Konzepte, das ist offensichtlich. Das einzige Konzept, über das Sie alle gemeinsam Tag und Nacht nachdenken, ist das Konzept, wie Sie Ihre Macht um jeden Preis er-

- halten können. Das ist das einzige Konzept, das in Ihren Köpfen steckt, meine Damen und Herren! (C)

(Beifall bei der CDU)

Solange das Ihre oberste Priorität hat, so lange taugt Ihre Politik in der Sache nichts, so lange lehnen wir Ihre Politik ab und natürlich auch Ihre Haushalte. — Herzlichen Dank!

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Hackstein.

Abg. Frau Dr. Hackstein (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Um es kurz und knackig hier auf den Punkt zu bringen: Dieser Haushaltsplan 1989 belegt, daß der Senat mit seinem politischen Latein am Ende ist. Mit minimalen Variationen setzt dieser Haushaltsplan das fort, was schon bisher bestanden hat. Herr Senator Grobecker erklärte uns das am Anfang seiner Rede. Das bedeutet, daß dieser Haushaltsplan durch gescheiterte Konsolidierung, durch den Verzicht auf Neuorientierung und durch Mangel an strategischem, zukunftsorientiertem Denken glänzt. Dieser Haushalt setzt gelesen fort, was bereits gescheitert ist. Von daher, meine Damen und Herren, weist dieser Haushalt keinen Weg aus der Finanzmisere, ganz im Gegenteil, dieser Haushalt ist krisenverschärfend.

Auch 1989 stellen sinkende Investitionen und steigende Zinslasten sicher, daß eine wachsende Zahl der Bremer Bevölkerung, deren Leben durch Sozialhilfe und Langzeitarbeitslosigkeit geprägt ist, auch 1989 ohne Perspektive und ohne Hoffnung leben muß. Dieser Haushalt stellt fest, daß Umweltschutz und Stadtentwicklung auch im kommenden Jahr die Stiefkinder der Bremer Landespolitik bleiben, und er stellt fest, daß Selbsthilfegruppen weiterhin wichtige öffentliche Funktionen wahrnehmen, ohne daß ihr Engagement in entsprechender Weise gefördert wird. Die Gewinner dieses Haushaltes 1989 werden auch weiterhin die Gläubigerbanken sein. (D)

Diese Finanzmisere, meine Damen und Herren, führt dazu, daß dieser Senat immer mehr an politischer Handlungsfähigkeit verliert. Das zeigt sich vor allem darin, daß keine ressortübergreifende Schwerpunktsetzung stattgefunden hat, die eben neue Impulse geben könnte oder/und die eine Umsteuerung bewirken könnte. Hier wird auf Umsteuerung zugunsten reiner Mängelverwaltung verzichtet.

Die Fraktion der GRÜNEN hat sich entschieden, diesen Haushalt unter drei Schwerpunkten zu lesen, zum einen unter der Prämisse ökologischer Anforderungen, dann unter der Prämisse sozialer und beschäftigungspolitischer Interessen und unter dem Schwerpunkt Wissenschaft und Forschung, denn wir sehen, meine Damen und Herren, daß dieser Senat es bis heute nicht versucht hat, Erkenntnisse über steigende soziale Benachteiligung und Ausgrenzung, über Langzeitarbeitslosigkeit und über die ökolo-

(A) gische Zerstörung in politische Konsequenzen umzusetzen, die sich in diesem Haushalt widerspiegeln. Im folgenden möchte ich diesen Haushalt unter ökologischen Aspekten durchgehen.

Meine Damen und Herren, Horrormeldungen über die kommende Klimakatastrophe oder auch Schreckensvisionen über eine Bundesrepublik ohne Wald oder über Trinkwasser, das in Flaschen teuer verkauft wird, während wir aus unseren Wasserhähnen nitrat- und pestizitbelastetes Brauchwasser bekommen, das wird ja heute von keiner Partei mehr bestritten. Zum Repertoire aller hier in der Bürgerschaft vorhandenen Parteien gehört das Wissen über Waldsterben,

(Vizepräsident v. d. Schulenburg
übernimmt den Vorsitz.)

über das Nordseesterben, die Forderung nach schärferen Gesetzen und Kontrollen und die Erkenntnis, daß der Müll eine Rohstoffquelle ist. Kein ernstzunehmender Politiker dementiert heute mehr, daß es fünf nach zwölf ist. Es wurden halbherzige Gegenmaßnahmen ergriffen, so die Großfeuerungsverordnung, die TA Luft wurde novelliert, und das sollte dem Wald Entlastung bringen.

Doch die Realität hat uns mittlerweile überholt. Für Stickoxide und für Waldsterben war gerade 1988 ein Rekordjahr, und es zeigte sich, daß die bisher ergriffenen Maßnahmen, ob Gesetzesnovellierungen oder Altanlagenanierung, schlichtweg zu kurz greifen. Sie erwiesen sich nicht einmal als reparaturmaßnahmwirksam. Als im Frühjahr den Badegästen an der Nordsee die Schaumberge bis zum Hals standen und im Sommer Muschelsterben, Algenpest und Seehundtod aufeinanderfolgten, da traf viele Menschen ein tiefer Schock. Aber wenn wir uns heute fragen, wie dieser Schock sich in diesem Haushalt wiederfindet, wenn wir diesen Haushalt danach durchgehen, dann fragen wir vergeblich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gehört heute zum Allgemeinwissen, daß die Flüsse einen hohen Anteil am Nordseesterben haben. Doch welchen Beitrag wird dieser Senat an der Sanierung der Weser und damit an der Nordsee leisten? Uns wurde die Nährstoffeliminationsstufe angekündigt, doch ein Haushaltstitel fehlt nach wie vor.

(Zuruf von Frau Senator Lemke-Schulte)

Im Juli dieses Jahres beschloß der Senat großzügig ein 200-Millionen-DM-Programm, das wissen wir, zur Rettung der Nordsee. Nur, in dem fünfjährigen Finanzplan tauchen bisher ganze 50 Millionen DM auf, und die sind eingesetzt, wie auch versprochen, für die Erweiterung des Klärwerkes Seehausen. Nur möchte ich doch noch einmal den Senat daran erinnern, daß wir nicht eine, sondern vier kommunale Kläranlagen in Bremen haben. Bremer Haushalte und Unternehmen sollen durch steigende Abwasser-

gebühren dieses 200-Millionen-DM-Programm finanzieren, doch wer hindert Sie, meine Damen und Herren vom Senat, eigentlich daran, Abwasserabgaben nicht nur korrekt zu erheben, sondern anschließend auch rigide einzutreiben, um damit weitere gezielte Maßnahmen zur Gewässerreinigung durchzuführen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Senator Grobecker sagte vorhin, eine Verbesserung des Haushaltes sei auf der Einnahmenseite möglich. Das wäre ein Beispiel dafür. Wir wissen, daß Trinkwasser rar ist in Bremen, und trotzdem finden wir keine Schwerpunkte Wassersparen und Brauchwassernutzung. Eine Verbindung ökologischer Anforderungen und privater Innovation findet nicht statt. Ökologiefonds und Technologiefonds bleiben auch 1989 die Stiefkinder des Wirtschaftsressorts, energietechnische Modellvorhaben und angewandte Umweltforschung werden wiederum mit Almosen abgespeist. Es fehlt zum Beispiel die Verknüpfung des Ökologiefonds mit den Bereichen Gewässerschutz, Abfallwirtschaft und Stadtentwicklung.

Warum, meine Damen und Herren, nutzen wir eigentlich nicht die Universität, um regionale Umweltprobleme zu lösen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und fördern an dieser Universität nicht Vorhaben wie Umweltverträglichkeitsprüfung oder Technologiefolgeabschätzung, also nicht ein Technologietransfer, der Bremer Firmen oder anderen Firmen die Entwicklungskosten spart, sondern ein Transfer der umweltrelevanten Fragestellungen in die Universität, damit diese Fragen dort gelöst werden?

(Beifall bei den GRÜNEN — Frau Senator
Lemke-Schulte: Lesen Sie einmal das
Programm „Arbeit und Umwelt“!)

Dazu komme ich noch, Frau Senatorin, verlassen Sie sich darauf, das habe ich nicht übersehen!

Der SPD-Parteitag in Nürnberg wird ja gern zitiert, und es lohnt sich auch. „Nichts ist so teuer und arbeitsplatzgefährdend wie unterlassener Umweltschutz“, wurde dort festgestellt. Doch dieser Haushaltsplan zeigt gerade im Bereich Abfallpolitik besonders deutlich, daß diese Erkenntnis am Bremer Senat spurlos vorbeigegangen ist.

Auch 1989 werden 70 Millionen DM für umweltschädigende Müllbeseitigung ausgegeben, also für Blocklanddeponie und MVA. Für Müllverwertung und Kompostierung fallen erheblich weniger an. Wir denken, daß sich der Senat hier endlich entscheiden muß, ob er weiterhin hilflos mit leeren Töpfen hantieren will, weil er Jahr für Jahr Millionen durch den MVA-Schornstein jagt, oder ob er endlich einmal mit einem umweltverträglichen Müllkonzept herüberkommen will.

(C)

(D)

(A) Besonders im Bereich Abfallwirtschaft, und hier komme ich zum Programm „Arbeit und Umwelt“, Frau Senatorin, im Bereich Abfallwirtschaft besagt das Programm „Arbeit und Umwelt“, es soll zur Lösung regionaler Umweltprobleme beitragen, den umweltschonenden Umgang mit dem Müll fördern. Und was sehen wir, wenn wir dieses Programm durchsehen? Die Titel, die unter dem Programm „Arbeit und Umwelt“ stehen, werden weitestgehend zum Unterhalt der MVA, der Blocklanddeponie und für die Müllabfuhr verpulvert. Ein solches Programm, Frau Senatorin, im Bereich der Abfallwirtschaft kann ich doch nur als billigsten Etikettenschwindel bezeichnen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn statt zur Lösung der Müllprobleme werden hier Gelder des Programms eingesetzt, um diese Müllprobleme, die wir in Bremen haben, auf die Zukunft festzuschreiben.

Für uns mutet es geradezu zynisch an, wenn Gelder dieses Programms „Arbeit und Umwelt“ zur Umstellung der Müllabfuhr auf einmalige Abfuhr benutzt werden, also zur Personaleinsparung. Im Bereich Abfallwirtschaft würde ich doch dieses Programm eher Rationalisierung und Umweltschutz benennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Das Bremer Müllproblem ist ein Beispiel für hausgemachte Umweltproblematik und der Ausdruck eines Mangels an zukunftsorientiertem Denken. Wenn wir heute Millionen in die Erweiterung der Blocklanddeponie stecken müssen, meine Damen und Herren von der SPD, das wissen Sie genausogut wie wir, dann doch nur, weil Umlandgemeinden zu Dumpingpreisen ihren Müll in Bremen abladen können. Auch bei Industrie und Gewerbe mangelt es an konsequenter Müllvermeidung und Wiederverwertung, und hier ist der Senat in der Pflicht, Subventionen für Industrie und Gewerbe an ökologische Innovation zu binden, statt sie weiterhin für Rationalisierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Bereich Verkehrspolitik: Hier kann man sagen, daß der Haushaltsplan statt unter dem Motto „In die Zukunft“ mehr unter dem Motto „In die politische Dummheit investieren“ steht,

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn dieser Haushalt spiegelt ganz klar das Primat der autogerechten Stadt wider. Wir sehen, daß Millionen veranschlagt werden, damit weiterhin der Individualverkehr bequem bis in die Innenstadt fahren kann und auch dort genügend Parkraum findet. Der Straßenbau hat also nach wie vor absoluten Vorrang, doch der ÖPNV, den wir alle als besonders

umweltverträglich hochjubeln, was ja richtig ist, bleibt wieder buchstäblich auf der Strecke. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Straßenbauorgien werden auch für das kommende Jahr festgeschrieben, das zeigt dieser Haushaltsplan, nur, Planungs- und Investitionsmittel für den ÖPNV sind leider nicht vorgesehen. Genausowenig wie dieser Senat den Mut hat, zehn Jahre alte menschenfeindliche Verkehrskonzepte über Bord zu werfen und neue Konzepte zu entwickeln, genauso mangelt es dem Senat an Phantasie, neue, zukunftsorientierte Verkehrsmodelle zu entwerfen, die eben diesem ÖPNV den Vorrang geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An kritischen Stimmen in den eigenen Reihen, meine Damen und Herren von der SPD, da mangelt es ja bei Ihnen nun wirklich nicht. Der neue Senatsdirektor Schulte zum Beispiel hat in aller Deutlichkeit die bestehenden Planungen kritisiert.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Neu? Der ist schon ein Jahr im Amt!)

Er hat aufgezeigt, daß diese Planungen ungeeignet sind. Also, wenn Sie die Papiere nicht gelesen haben, meine Damen und Herren von der SPD, wir stellen sie Ihnen gern zur Verfügung!

Herr Senatsdirektor Schulte hat in aller Deutlichkeit auch zu den Heerstraßen Stellung genommen. Hier vertragen sich die berechtigten Ansprüche der Anwohner nicht mit dem Verkehrsaufkommen, der Fahrgeschwindigkeit, dem Lärm und Gestank. Das ist dort eindeutig nachzulesen. Trotzdem wird der seit Jahren geforderte Ausbau des Stadtbahnnetzes nur dort umgesetzt, wo sie den Auftakt zu gigantomanischen Bauprojekten darstellt, eben beim Ausbau der Schwachhauser Heerstraße. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der ÖPNV besitzt eine Schlüsselstellung auf dem Weg zu einer zukunftsorientierten und menschengerechten Stadt. Die Verkehrskonzepte des Senats müssen sich eindeutig daran messen lassen, ob sie die Lebensqualität dieser Stadt verbessern und ob diese Lebensqualität dadurch langfristig gesichert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zerstörung des Bremer Ostens als Lebensraum durch ungehemmte konzeptionslose Industriean siedlung, durch unerträgliche Belastung der Bewohner durch Abgase, Lärm und Gestank ist doch das Ergebnis einer SPD-Politik, die eben langfristige Ziele ökologischer Stadterneuerung schlichtweg privatwirtschaftlichen Interessen unterordnet.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Das macht alles Niedersachsen!)

- (A) Wir sind nun einmal beim Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen, und insofern, denke ich, reicht es auch durchaus aus, hier einmal zu Bremen Stellung zu beziehen, verehrter Herr Kollege!

(Abg. Meyer [SPD]: Mal ein bißchen mehr Substanz! Herumgeschwätz ist das doch!)

Herr Senator Meyer, das Niveau dieser Zwischenbemerkung kann doch wirklich nur noch von Micky Maus unterboten werden.

(Abg. Meyer [SPD]: Nicht Senator Meyer, Kollege Meyer! — Glocke)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Meine Damen und Herren, ich bitte, von den Zwiesgesprächen abzusehen! Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Hackstein.

Abg. Frau **Dr. Hackstein** (DIE GRÜNEN): Kommen wir doch wieder zur Stadt Bremen zurück! Menschengerechte Stadt, was wir für Bremen fordern, meine Damen und Herren, heißt auch, ein dezentrales Stadtmodell entwickeln, und das heißt, die Lebensqualität in Außenbezirken, eben wie Bremen-Nord, Gröpelingen und Osterholz, zu steigern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Die mangelhafte Verkehrsanbindung eben dieser Nebenzentren — magere 0,4 Millionen DM stehen zur Attraktivitätssteigerung der Nebenzentren zur Verfügung — und die drastischen Kürzungen von sieben auf 1,8 Millionen DM zur Wohnumfeldverbesserung zeigen doch, daß hier in Bremen gefördert wird, was schnellen Gewinn verspricht, denn zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt fließen immerhin ganze fünf Millionen DM ein. Sollten diese fünf Millionen DM ihren Zweck erfüllen, meine Damen und Herren von der SPD, dann würden wir doch raten, daß Ihre Stadtplaner einmal neuere Ideen entwickeln als Kunststeinpflasterung, Plexiglashäuschen und diese kleinen provinziellen Leuchtturm-Imitationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Fehlen eines umweltverträglichen Müllkonzeptes, die autogerechte Verkehrsplanung und diese als Entsiegelungsmaßnahmen getarnten Bäumchenpflanzaktionen auf Parkplätzen zeigen doch in aller Deutlichkeit, daß es auch in den Bremer Behörden an ökologischem Denken mangelt. Fortbildungsseminare zu den Komplexen ökologische Stadterneuerung und angewandte Umwelttechnologien fehlen leider.

Herr Senator Grobecker, Sie wiesen vorhin auf große Fortbildungsprogramme hin, es reicht aber nicht, immer nur im Bereich EDV fortzubilden. Selbst wenn Qualifikationsprogramme in dem Bereich Umwelt angeboten würden, könnten doch die durch Personaleinsparung restlos überlasteten Behörden-

mitarbeiter diese Angebote überhaupt nicht nutzen, denn der akute Personalmangel in den vollziehenden Behörden bewirkt doch schon heute, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen gar nicht umgesetzt werden können. Der Vollzug der TA Luft hinkt Jahre hinter den gesetzten Fristen hinterher. Der Grund ist ganz einfach akuter Personalmangel im Gewerbeaufsichtsamt, der eine wirkungsvolle Kontrolle der Altanlagen verhindert. Meine Damen und Herren, das Gewerbeaufsichtsamt ist auch ein Beispiel dafür, was stattfindet, wenn Personaleinsparung ohne qualitative Neubestimmung von Aufgabenschwerpunkten stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Investitionen in die Gesundheit sind ebenfalls rigoros dem Rotstift zum Opfer gefallen. Ich denke zum Beispiel an die Abteilung Umweltmedizin im Gesundheitsamt, die diskutiert wurde und wieder zu den Akten gelegt wurde. Im Bereich Arbeitsschutz liegt sowieso vieles im argen, zum Beispiel eine systematische Auflistung arbeitsgefährdender Stoffe steht aus, und eine systematische Aufklärung über Gefahren am Arbeitsplatz ist unter diesen Bedingungen überhaupt nicht leistbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, um eine langfristige ökologische Umorientierung zu initiieren, muß ökologisches Bewußtsein heute gefördert werden, zum Beispiel durch berufliche Fortbildungsprogramme, und vor allem aber durch eine qualifizierte Ausbildung in den Berufsschulen. Umwelterziehung muß als fachübergreifendes Unterrichtsprinzip hier in Bremen ausgewiesen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Biologisches Bauen zum Beispiel und umwelt- und gesundheitsverträgliche Behandlung von Baumaterialien sind bis heute nicht in die Lehrpläne der Bauberufsschulen aufgenommen worden. Wenn biologisches Bauen dann doch im Unterricht vorkommt, ist es ein Glücksfall durch einen engagierten Lehrer.

Der Mangel an ökologischer Umorientierung zeigt sich besonders deutlich im Umgang mit Grund und Boden. Unbebaute Flächen werden hier weiterhin als reiner Produktionsfaktor behandelt. Schon heute entspricht die Fläche, die in Bremen von Industrie und Gewerbe genutzt wird, 37 Prozent der Wohnfläche der Bremer Bevölkerung. Die Dumpingpreis-Politik für neue Gewerbeflächen begünstigt weiterhin den extensiven Flächenverbrauch und ebenfalls Grundstücksspekulation. Während naturbelassene Flächen Mangelware werden, fehlt ein Programm zur systematischen Aufbereitung von Gewerbebrachen.

Die 6,8 Millionen DM im Stadthaushalt, meine Damen und Herren, reichen angesichts der Vielzahl kontaminierter Standorte nun wirklich nicht aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) Gerade diese kontaminierten Standorte! Wenn Bremen heute vor einer Vielzahl kontaminierter Gewerbebrachen steht, dann doch vielfach deshalb, meine Damen und Herren, weil eben gute Beziehungen und Gefälligkeiten gepflegt wurden. Ich denke nur an diese Geschichte des Industriellen aus Bremen-Nord, ich will hier keine Namen nennen, der sehr enge Beziehungen zum Bauamt Bremen-Nord unterhielt und dann ungehindert zyanithaltige Schlämme in Kühlen auf dem alten Ziegeleigelände abkippen konnte.

Genau hier, meine Damen und Herren, und das betrifft nun die Ausgabenseite, Herr Senator Grobecker, genau hier könnte der Senat auf einfache, und intelligente Weise viel Geld sparen, wenn er nämlich durch Kontrollen und Auflagen eine Kontaminierung von Grund und Boden im Vorfeld verhindern

(Beifall bei den GRÜNEN)

und damit auch sicherstellen würde, daß die Firmen ihre Gelände in saniertem Zustand verlassen. Wenn die Firmen nämlich erst einmal pleite sind, ist nichts mehr zu holen, und es bleibt am Land Bremen hängen, diese Scherben dort zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen! Zusammenfassend kann man sagen, bezüglich Umweltschutz und ökologischer Stadterneuerung fehlt diesem Senat jegliches Profil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B)

Diesem Senat mangelt es an Fähigkeit, Bremen für Menschen mit neuen Ideen attraktiv zu machen. Diese Politik des Senats ist eine Politik der vertanen Chancen. Im Haushalt fehlt als Antwort auf Umweltzerstörung durch Industrieansiedlungen, daß Investitionszuschüsse an ökologische Kriterien gebunden werden.

An Umweltverträglichkeitsprüfungen und an Technologiefolgeabschätzungen zu sparen, das ist eine Milchmädchenrechnung, denn die Folgekosten der Umweltzerstörung liegen um ein Vielfaches höher. Man denke nur an das Waldsterben oder in Bremen an das Verkehrskonzept! Beim Hollerland zum Beispiel hat ja der Senat noch Handlungsmöglichkeiten, wenn er nämlich die un bebauten Reste aus dem Flächennutzungsplan herausnimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vertane Chance allerdings ist die Nutzung der alten Hafendreiecke, die nämlich schlichtweg vom Zufall bestimmt wurde. So blieb es auf dem AG-„Weser“-Gelände der Firma Grunau überlassen, harte Fakten zu schaffen. Erst dann ging der Senat dahin, bastelte um diese Fakten herum ein Konzept. Nur an der Flächenverschwendung ließ sich nachträglich nichts mehr rückgängig machen.

Vertane Chancen auch die Werften, die Diskussion hatten wir gestern! Mehr als zehn Jahre ersetzen reine Erhaltungssubventionen den drohenden

Kollaps. Zukunftsweisende Konzepte, die neue Technologien fördern, fehlen hier, und solche zukunftsweisenden Konzepte sind die einzige Garantie dafür, daß die Bremer Werften auf Dauer als Arbeitsplätze für die Bevölkerung erhalten bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Abhängigkeit von der militärischen Schiffsproduktion rächt sich ja gerade beim Vulkan, weil hier zu wenig Augenmerk auf schiffsbaufremde Produktion, also auch vor allen Dingen auf Umwelttechnik, gelegt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Senator Grobecker, Sie sagten, es hat sich eine qualitative Änderung angebahnt, Sie nannten Umweltschutz und Umweltreparatur. Ich muß leider nach Lesen dieses Haushaltsplans feststellen, daß hier keine qualitative, höchstens eine geringfügige quantitative Änderung stattgefunden hat, die sich auf Krisenmanagement und auf reine Reparaturmaßnahmen beschränkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wird Sie daher nicht erstaunen, daß wir diesen Haushalt ablehnen. Unsere Anträge sind ganz und gar nicht flächendeckend, sie stehen exemplarisch für einzelne Schwerpunkte, die wir für das kommende Jahr als vorrangig ansehen. So fordern wir zur Bewältigung des Hafenschlickbereichs Gelder ein. Nach der gestrigen Debatte erübrigt es sich wohl, hierauf noch näher einzugehen, denn der dringende Handlungsbedarf wurde gestern in aller Deutlichkeit sichtbar. Viele unserer Anträge beschäftigen sich mit dem Verkehrskonzept, und diese Anträge stehen eben für die Forderung, die Planung grundsätzlich neu zu orientieren und dem ÖPNV Vorrang zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die weiteren Anträge werden wir im Debattenverlauf begründen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zu Beginn ein Wort zu Ihnen zu sagen, Herr Senator Grobecker, zu Ihrer Einbringungsrede des Haushalts! Ich meine, in dieser Rede findet sich, in locker verständlichen Worten formuliert, vieles von dem, was wir bereits wissen, was wir durch die Mitteilung, die jeder Abgeordnete bekommen hat, nachlesen können. Aber ich vermisse in dieser Rede auch nur ein einziges Wort dazu, wie sie die Probleme, die vor

(C)

(D)

(A) Ihnen als Finanzsenator stehen, nicht vor Herrn Klatt als Sprecher des Haushaltsausschusses, angehen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich vermisse sogar die Bestandsaufnahme, die Analyse.

Herr Klatt, in diesem Zusammenhang einen ausdrücklichen Dank an Sie als Sprecher des Haushaltsausschusses, der Sie sich zumindest bemüht haben, die Probleme, vor denen wir stehen, im Zinshaushalt, bei den Investitionen, bei den Personalhaushalten anzusprechen! Herr Klatt hat das Wort verwendet von dem Orkan — davon war bei Ihnen keine Rede, Herr Grobecker —, von dem Orkan, in dem sich dieses Bundesland befindet.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Er hat vom Auge gesprochen!)

Nein, Herr Dittbrenner, ich komme darauf, er hat vom Zentrum des Orkans gesprochen

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Was ist das denn?)

und wollte damit zum Ausdruck bringen die unerhörten Turbulenzen, denen wir uns hier gegenübersehen. Er hat nicht den Begriff des Auges verwandt, er hat aber recht,

(B) (Abg. Dittbrenner [SPD]: Das Zentrum ist das Auge, und da ist es ruhig!)

Herr Dittbrenner, er hat in einem doppelten Sinn recht. Im Auge des Orkans herrscht nämlich eine trügerische Ruhe, die diejenigen, die sich darin befinden, einlullt, als wäre alles ruhig. Tatsächlich fällt aber um sie herum nahezu alles zusammen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist die zutreffende Beschreibung der Situation hier.

Weil die Beschreibung von Haushalten ja sehr abstrakt ist mit Zahlen, will ich damit beginnen, daß ich versuche, Ihnen durch einen Vergleich einen Einstieg zu liefern in die Problematik. Wenn Sie einmal die Situation des bremischen staatlichen Haushälters vergleichen mit der einer Durchschnittsfamilie in Bremen, in der Bundesrepublik Deutschland, mit einem Nettoeinkommen monatlich von 2500 DM, dann gibt diese Familie, die über ein eigenes Einkommen von 2500 DM verfügt, jeden Monat 3000 DM aus. So ist diese Situation! Wir haben eine Deckungsquote von um die 80 Prozent, und diese 500 DM zusätzlich, die jeden Monat ausgegeben werden, werden jeden Monat durch Kredite aufgenommen.

Meine Damen und Herren, es gibt für diese Familien selbstverständlich — das wird jedem einleuchten, der einen solchen Kreditantrag bei einer Bank stellt — überhaupt keine Chance, jemals von den

Schulden herunterzukommen. Exakt so, Herr Grobecker, ist die Situation in diesem Land! Gleichwohl, das ist ja das Erstaunliche, finanzieren die Banken die Kreditanforderungen der Gebietskörperschaften nach wie vor, und zwar ohne jeden Abschlag.

(C)

(Abg. Fluß [SPD]: Die verdienen ja auch sehr gut daran!)

Herr Fluß, irgendwann, fürchte ich, wird dies nicht so weitergehen können, irgendwann wird man möglicherweise zu der Erkenntnis kommen, und dann sieht es schlimm aus für uns, daß man das einfach so nicht fortsetzen kann.

Herr Grobecker, Sie haben angesprochen den Rückgang bei den Investitionen. Die Investitionen sind ja im Grunde genommen der Gradmesser, der Sie überhaupt in die Lage versetzt, Zinsen aufzunehmen, weil man Kredite aufnehmen darf in dem Maße, wie man Substanz schafft. Wir haben bei den Investitionen bereits in diesem vorgelegten Haushalt im Vergleich zum Vorjahr einen eklatanten Rückgang, Herr Klatt hat es ausgeführt.

Wir haben aber darüber hinaus, Herr Grobecker, einen weiteren Rückgang. Davon war nicht die Rede. Sie haben von den veranschlagten Investitionen sozusagen im Hinterkopf 55 Millionen DM gestrichen, die Sie als Minderausgabe einstellen. Das heißt, das Ungleichgewicht, das der Paragraph 18 der Landeshaushaltsordnung beschreibt, wird zu Lasten der Investitionen weiter vergrößert. Das ist die Situation.

(D)

Selbstverständlich bestreite ich Ihnen nicht, wir haben eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Davon ist in Paragraph 18 Landeshaushaltsordnung die Rede, dort finden Sie die Ermächtigung, abzuweichen von dieser Parität zwischen Investition und Zinsen. Aber, Herr Grobecker, Sie müssen doch einmal ein Wort darüber verlieren, ob denn dieser Ausnahmezustand zur permanenten Regel für alle Zukunft werden darf!

(Beifall bei der FDP)

Das ist doch die eigentliche Frage. In der Perspektive, die Sie hier aufgeführt haben, gibt es doch nicht den geringsten Ansatz dafür, daß sich das einmal umkehrt. Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß die Ausnahmegesetzgebung zur Regel gemacht und permanent unterlaufen wird. Dazu, meine ich, hätten Sie Stellung nehmen müssen.

Gibt es überhaupt für diesen Haushalt, meine Damen und Herren, die Perspektive einer grundlegenden Trendumkehr? Um das Ergebnis vorwegzunehmen, Herr Metz, Sie haben es auch gesagt, eine Perspektive zur Trendumkehr gäbe es überhaupt nicht. Weder diese Landesregierung noch eine andere ist in der Lage, dies aus eigener Kraft umzudrehen. Das, Herr Wedemeier, ist zu einem Gutteil Folge von Versäumnissen der Vergangenheit. Aber es ist auch zu einem überwiegenden Teil Ausdruck von Gesetzes-

(A) Veränderungen von konjunkturellen Entwicklungen, die Sie nur bedingt steuern können.

Herr Grobecker, in die Analyse, in die Bestandsaufnahme der Einnahmen gehört aber doch auch die Mitteilung dieser Fakten, und es gehört in eine solche Haushaltsrede von Ihnen hinein, daß dieser Haushalt Mehreinnahmen bringt, Mehreinnahmen, die Sie vor einem Jahr vehement bestritten haben.

(Beifall bei der FDP)

Diese Mehreinnahmen, ich bringe das jetzt einmal auf den Punkt, sind das Ergebnis einer Politik der Bundesregierung, die Sie permanent als Umverteilungs- und Zweidrittelgesellschaft diffamieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Grobecker, das gebietet doch die Ehrlichkeit! 27,6 Millionen DM sind im Haushalt mehr, als Sie im Finanzplan veranschlagt haben. Da gehört es sich doch einmal, das hier mindestens festzustellen, daß dies aufgrund einer erheblich besser laufenden wirtschaftlichen Konjunktur eingetreten ist. Darüber können wir uns doch alle freuen. Die Pessimisten hatten unrecht, auch das Jahr 1989 gibt Veranlassung, daß die Konjunktur so weiterläuft. Das heißt, von jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme profitiert Ihr Haushalt, profitieren Sie. Im Grunde genommen, um das noch einmal zu sagen, sind Sie die Gewinner dieser Steuerreform, die Sie gleichzeitig diffamieren als Umverteilungsprinzip!

(B)

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesen Zusammenhang gehört meines Erachtens auch ein Dank, nicht nur an Bonn, sondern wegen der Unterstützung durch andere Bundesländer. Sie haben hier ausgeführt, daß Bremen in manchen Fragen des finanzpolitischen Ausgleichs benachteiligt worden ist, Stichwort Strukturhilfe. Herr Grobecker, Sie wissen, das mindestens bei dieser Frage wir, was die Vorschläge anging, was die politischen Möglichkeiten anging, Sie sogar noch überholt haben. Wir sind der Meinung, bis heute habe ich von Ihnen ein klares Wort dazu nicht gehört, daß Sie eine Überprüfung, die die Koalitionsregierung unter maßgeblicher Mitwirkung der FDP in Hessen vornehmen läßt, die verfassungsrechtliche Überprüfung dieses Gesetzes, mindestens auch erklären sollten.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bürgermeister Wedemeier, ein Wort an Sie zu Ihrer Erklärung hier vor zwei Tagen! Sie können ganz sicher sein, Ihre Behauptung, die Opposition, pauschal haben Sie das behauptet, habe überhaupt keine konstruktiven Perspektiven anzubieten, wird uns nicht veranlassen, so zu verfahren, wie Sie uns diffamierend vorwerfen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie wissen ganz genau, daß bei der Kritik an der Verteilung dieser Strukturhilfefonds ich mich in ganz klaren Gegensatz beispielsweise zu unseren Kollegen in Niedersachsen gebracht habe. Das wissen Sie. Ich habe mich auch in einen Gegensatz zur Bundesregierung gebracht, denn natürlich ist dieser Gesetzentwurf als Kompromiß beschlossen und insofern auch von der FDP mitgetragen worden. Aber ich unterstreiche, Herr Wedemeier, es gehört doch wohl zur Redlichkeit, daß Sie sagen, da wo sich Bremer bemühen, daß dieser Stadt, daß diesem Land Gerechtigkeit widerfährt, da unterstütze ich das, und da diffamiere ich sie nicht wider besseres Wissen.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Herr Grobecker, ich bestreite überhaupt nicht, ich sage das noch einmal ausdrücklich hier, daß das, was sich da abgespielt hat an politischer Kungelei bei der Strukturhilfe, schlimm war, aber Sie dürfen nicht so tun, als träfe in diesem Fall der Schwarze Peter die Bundesregierung oder gar nur die CDU-regierten Länder. Die Kungelei war arrangiert von der CDU, völlig klar, aber die Gewinner der Kungelei sitzen doch genausogut in Ihrer Partei. Das ist doch die Situation. Es hat sich doch niemand gefunden — nicht Nordrhein-Westfalen, nicht Saarland, nicht Schleswig-Holstein, da hätten Sie es doch überall bewirken können —, der wirklich ernsthaft die Ungleichbehandlung Bremens hier politisch mitvertreten hätte. Das ist doch der Punkt!

(D)

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zur Redlichkeit gehört natürlich auch in diesem Zusammenhang, daß die unterschiedliche Behandlung des Nordens durch Bundesregierungen keine Neuigkeit ist, seitdem diese Koalition regiert, sondern in den siebziger Jahren, als Helmut Schmidt als Hamburger das Sagen hatte, doch mindestens in demselben Umfang praktiziert wurde.

(Abg. Metz [CDU]: Richtig! — Bürgermeister Wedemeier: Das habe ich hier aber schon gesagt!)

Meine Damen und Herren, das gehört, wenn man hier Klage führt, zur Redlichkeit, es mit zu nennen.

Herr Grobecker, ich habe mich besonders gefreut über den letzten Absatz Ihrer Rede. Da haben Sie einen Dank abgestattet bezogen auf das Ergebnis der Volkszählung, an alle diejenigen, die sich daran beteiligt haben. Herr Grobecker, ich meine, daß Sie in diesem Zusammenhang einen besonderen Dank beziehungsweise eine besondere Genugtuung darüber zum Ausdruck gebracht haben, daß es dem SPD-Fraktionskollegen Isola nicht gelungen ist, noch mehr Leute zu Verweigerern dieser Volkszählung zu machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

- (A) Was wäre denn gewesen, wenn Bremen sich auf seine Eigeninteressen besonnen hätte und hier Vorreiter für die Beteiligung an der Volkszählung gewesen wäre, statt, Herr ehemaliger Innensenator, in einem Zickzackkurs zunächst die Durchsetzung dieser Volkszählung zu verlangen und sich nachher klammheimlich herauszustehlen?

(Beifall bei der FDP)

Das anzusprechen hätte zur Redlichkeit dazugehört.

(Abg. M e y e r [SPD]: Das Ergebnis läßt sich aber sehen!)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Volkszählung! Erstaunlich ist doch, daß diejenigen, die dies als Ausforschung, als unverantwortlich, als wider das Selbstbestimmungsrecht des Menschen angeprangert haben, sich jetzt freuen, daß diese Zählung offenbar bei den Wohnungsbeständen Ergebnisse gebracht hat, auf die sie aufbauen können, die sie veranlassen, mit Forderungen an den Bund heranzutreten, was die zusätzliche Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen angeht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU — Präsident Dr. K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das ist doch wirklich erstaunlich.

- (B) Zu der Frage, wie es denn einen Ausweg für Bremen aus dieser Misere geben kann, hat ja immerhin der Kollege Dittbrenner einen Vorstoß gemacht. Herr Dittbrenner hat vorgeschlagen, macht das so wie die Weltbank oder der Weltwährungsfonds mit Entwicklungsländern, streicht Bremen einmal acht Milliarden DM von seinen Schulden, dann kommen wir hin. Recht hat er, daß das Ergebnis so eintreten würde. Recht hat er auch, daß ohne eine irgendwie so geartete Aktion es künftig nicht gehen wird. Das sage ich auch hier. Aber, meine Damen und Herren, wer Hilfe einfordert, wer an die Solidarität anderer Länder und des Bundes appelliert, der hat doch in allererster Linie zunächst einmal im eigenen Haus Ordnung zu schaffen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir wollen uns einmal damit beschäftigen, wie das aussieht, meine Damen und Herren! Da schauen wir uns einmal die Ausgaben an, Ihr Ausgabenverhalten im laufenden Haushalt. Ich will nicht so sehr darauf eingehen, Ihre Fehler der Vergangenheit aufzuzeigen. Irgendwann wird man es leid, und die Leute können es ja auch nicht mehr hören. Ich gebe das zu Protokoll, diese Fehler bestehen unverändert fort. Ich will mich jetzt beschäftigen mit dem ganz aktuellen Haushaltsverhalten, und zwar des laufenden Jahres 1988.

Da hatten wir mit Unterstützung aller Fraktionen dieses Hauses beschlossen, die Landebahn des Flug-

- hafens Bremen soll verlängert werden. Es war politisch nicht ganz einfach, bei allen Fraktionen nicht ganz einfach, wir haben es aber einvernehmlich beschlossen. Wir haben zu konstatieren, daß für die bauenden Ämter in Bremen die Bautätigkeit seit Jahren rapide zurückgegangen ist, und nun kommt eine Investitionsmaßnahme, Flughafen ausbau, insgesamt zirka 100 Millionen DM auf zwei Jahre verteilt, Herr Grobecker hat es gesagt, ungefähr 45 Millionen DM im laufenden Haushalt. Da stellt sich heraus, unsere aufgrund rückgängiger Konjunktur gerade im Baubereich eigentlich unterausgelastete Verwaltung ist nicht in der Lage, dies durchzuführen. Sie brauchen, um eine solche Investitionsmaßnahme überhaupt darstellen zu können, 28 neue Stellen im laufenden Haushalt, vor dem Hintergrund des generellen Einstellungsstopps und der Einsparungsnotwendigkeiten.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Am Hafengebäude sind doch kaum noch Leute!)

Ich war — Herr Gassdorf, hören Sie genau zu, jetzt wird es kritisch! — im Haushaltsausschuß der einzige, der dieser Maßnahme widersprochen hat, der einzige!

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Das ist falsch!)

- Nehmen Sie Kontakt auf mit dem Kollegen Klein, er wird es Ihnen sicher wortreich erläutern können, warum er dem zugestimmt hat! Ich meine aber, wenn ich vom Senat Sparen verlange, dann muß ich insofern auch konsequent sein,

(Beifall bei der SPD)

auch in der Opposition!

(Abg. K l e i n [CDU]: Die Frist war unverzichtbar!)

Herr Klein, es war ein gravierender Fehler. Sie haben es leider nicht so genau gecheckt in der Sitzung.

(Abg. K l e i n [CDU]: Prioritätenentscheidung!)

Ein weiteres Beispiel für Fehler! Wir haben kürzlich im Haushaltsausschuß gehabt eine Vorlage zur Neuerrichtung eines Einkaufszentrums auf dem ehemaligen Zentralbadgelände, eine Maßnahme, die wir alle richtig finden im Rahmen der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Für diese Maßnahme sind planerische Untersuchungen vorzunehmen. Meine Damen und Herren, das Stadtplanungsamt oder welche Abteilung des künftigen Bauressorts oder des Hafengebäudes auch immer sah sich nicht in der Lage, diese Untersuchung vorzunehmen. Da mußten für 200 000 DM Aufträge an freie Träger gegeben werden, an Architekten.

- (A) Ich habe dies ausdrücklich begrüßt, weil ich das richtig finde, daß wir so etwas machen.

(Bürgermeister W e d e m e i e r : Ich auch!)

Herr Wedemeier, selbstverständlich, ich finde es richtig, daß wir das, was der Staat nicht machen muß, durch andere, die Steuern zahlen, durchführen lassen, aber es kennzeichnet doch in schlaglichtartiger Weise, daß Ihre Verwaltung noch nicht einmal in der Lage ist, so etwas durchzuführen.

Ein weiteres Beispiel, das zentrale Beispiel, an dem Sie praktisch wie in einem Kristallglas deutlich machen können die totale Konzeptionslosigkeit dieses Senats, ist das sogenannte Behördenraumkonzept. Meine Damen und Herren, sogenannt sage ich deshalb, weil wirklich die Bezeichnung Konzept eine Verdummung in diesem Zusammenhang ist. Ich will das einmal plastisch Ihnen vorführen anhand der Saga des Berufsbildungszentrums Bremen.

- (B) Wir führen jetzt keine bildungspolitische Debatte, Frau Grotheer-Hüneke ist bedauerlicherweise nicht da, sonst hätte ich einen Zwischenruf erwartet. Ich will Ihnen aber nur soviel sagen: Der politische Ansatz, aus der Zentrale der Innenstadt die Bildungseinrichtung, in die alle Berufsschüler aus dem Umland gekommen sind und die sich deshalb attraktivitätsfördernd ausgewirkt habe, weil die ja alle einmal Bremen kennengelernt haben, die Innenstadt kennengelernt haben und in Zukunft dann auch als Käufer wiederkommen, herauszunehmen und die Schulen zu verlegen an die Peripherie der Stadt, liegt in Ihrem Schulgesetz,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

liegt an der Konzeption, es müssen auf Teufel komm heraus die berufliche Bildung und die gymnasiale Oberstufe verzahnt werden.

Fachleute haben Ihnen gesagt, daß das nur in einem ganz bedingten Maße überhaupt möglich ist. Das hat dazu geführt, daß Sie nach Horn, nach Huchting, an andere Standorte dieses Berufsschulzentrum verlagert haben, Sie haben es zerschlagen. Das führte dann zu folgenden Leerständen, und die sind interessant in diesem Zusammenhang mit dem Haushalt: Die Blöcke B und C stehen seit 1986 leer, der Block D seit August 1987, der Block A seit Oktober 1987, ungenutzte Fläche zirka 14 500 Quadratmeter, jährliche Heizkosten für Leerstände 200 000 DM. Die Kosten der Auslagerung der Berufsschulen, die ja dort hätten bleiben können, wäre ja ganz vernünftig gewesen, betragen, aufgrund einer Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion ermittelt, zirka 6 200 000 DM.

Dann hatten wir in der letzten Haushaltsausschußsitzung in diesem Zusammenhang wieder einmal eine Vorlage, man kann es nur als Groteske bezeichnen. Da ist die Hochschule für Öffentliche Verwaltung vor Jahren einmal einquartiert worden in das Gebäude der Hochschule für Nautik, weil die Studentenzahlen zurückgingen. Insofern war das sicher

- (C) auch eine sinnvolle Maßnahme. Diese Hochschule für Öffentliche Verwaltung soll ab Sommersemester 1989, also in einem halben Jahr, genutzt werden für Zwecke der Hochschule Bremen, aber keineswegs sicher ist jetzt, ob das endgültig so bleiben wird.

Die Hochschule für Öffentliche Verwaltung soll langfristig ihren Platz finden in der Schule Leibnizplatz. Auch da ist ein dreifaches Fragezeichen anzumerken, weil im Gebäude am Leibnizplatz die Shakespeare Company untergebracht ist und die geeigneten Räume in hohem Maße in Anspruch genommen hat und weil außerdem die Abendschule möglicherweise ganztätig da untergebracht werden soll. Also, es ist keineswegs sicher, ob das überhaupt passieren kann. Diese Schule für Öffentliche Verwaltung wird nun in Räumlichkeiten des Berufsschulzentrums einquartiert, die sich in einem Zustand befinden, der es schlicht unzumutbar macht, da überhaupt Unterricht durchzuführen.

Meine Damen und Herren von der SPD, das haben Sie schließlich nach drei Monaten begriffen und kamen dann mit einem Nachbewilligungsantrag von 290 000 DM in den Haushaltsausschuß. Ich habe dieser Nachbewilligung, auch hier der einzige, Herr Klein, nicht zugestimmt.

(Abg. K l e i n [CDU]: Aber die jungen Leute können nichts dazu, daß sie keine Toiletten haben!)

- (D) Nein, Herr Klein, sie können nichts dafür, daß sie keine Toiletten haben, aber es gab ja eine viel bessere Lösung, Herr Klein! Diese Schule hätte man für einige tausend DM Umzugskosten dahin zurückbringen können, wo sie herkam, nämlich in die Hochschule für Öffentliche Verwaltung,

(Beifall bei der FDP)

Herr Klein, dann wären die zufrieden gewesen.

Man muß dazu wissen, diese Maßnahme der Unterbringung im ehemaligen BBZ war befristet für etwa ein Jahr. Das, was da an Investitionen hineingesteckt wird in dieses Berufsschulzentrum, ist nur für eine vorübergehende Maßnahme. Meine Damen und Herren, ich glaube, deutlicher kann man nicht machen, daß es sich hier bei der Umsetzung des Behördenraumkonzeptes um eine schlichte Leuteverdummung, um eine völlige Konzeptionslosigkeit handelt!

(Beifall bei der FDP)

Wer, meine Damen und Herren, Herr Klatt, da appelliere ich jetzt einmal an Sie auch als Haushälter, als Mitglied des Haushaltsausschusses, sieht, wie in so eklatanter Weise Steuergelder verschleudert werden aufgrund völliger Planungslosigkeit, der kann doch daraus nur eine Konsequenz ziehen, die Konsequenz haben wir als Fraktion in unseren Anträgen gezogen: Die Mittel für diese Verschwendung müssen gestrichen werden.

(Beifall bei der FDP)

- (A) Herr Klatt, nur auf diese Art und Weise kann das Parlament zum Ausdruck bringen, daß es sich es nicht bieten läßt, weder von dieser noch von irgendeiner Landesregierung, wenn so mit öffentlichen Mitteln umgegangen wird.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Beispiel, meine Damen und Herren: Personalkonzept! Auch hier kann man sagen, auch dies ist eher Ausdruck einer Konzeptionslosigkeit. Herr Klatt hat freundlicherweise die Zahlen Ihnen schon bekanntgegeben, ich will das noch einmal unterstreichen. Wir hatten bei den Haushaltsberatungen des Haushalts 1988 festzustellen, daß der Senat seine selbstgesetzten Vorgaben, Stellen einzusparen, um 880 Stellen nicht erreicht hat. Das hat er dann einfach vorgetragen auf neue Rechnung bis 1995, es wurde verschoben nach dem Motto, kommt Zeit, kommt Lösung.

Bei der Beratung des Haushaltes 1989 haben wir ebenfalls festgestellt, der Senat hat bei der Eröffnung der Beratung im Haushaltsausschuß sein Ziel, 539 Stellen zu sparen, nur zu knapp 40 Prozent erreicht. Meine Damen und Herren, der Senat gibt sich Vorgaben und vollzieht sie permanent nicht und schickt sich dann noch an, Herr Klatt — und dies lehnen wir ab, ich hoffe, daß wir das auch gemeinsam ablehnen —, den Haushaltsausschuß zu mißbrauchen als Vollzugsorgan für Entscheidungen, zu denen er nicht den Mut hat.

(B)

(Beifall bei der FDP — Abg. Klein [CDU]:
Da hat er wieder recht!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sparen im Personalbereich, dann müssen Sie das tun aufgrund einer ganz klaren Prioritätensetzung. Sie wissen doch selbst, man kann nicht alle Verwaltungsbereiche einheitlich behandeln. Wir erleben es bei jeder Haushaltsausschußsitzung, die Ausnahmen vom Einstellungsstopp, dort, wo also der an sich vorgegebene politische Wille wieder zurückgenommen werden muß, sind zur Regel geworden.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Das ist doch Quatsch! Das ist absoluter Unsinn!)

Die Ausnahme ist zur Regel geworden, und ein solches Prinzip, Herr Wedemeier, hat sich ad absurdum geführt. Herr Dittbrenner, Sie haben doch noch Gelegenheit, darauf einzugehen. Sie gehören nicht dem Haushaltsausschuß an, aber vielleicht sollten Sie sich einmal erkundigen, wie das praktisch läuft.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Eins zu drei!)

Die Ausnahme ist zur Regel geworden, und daraus müssen Sie die Konsequenz ziehen, daß das Konzept nichts taugt. Das muß anders gemacht werden, und da gibt es, Herr Wedemeier, ich habe Ihnen das schon einmal vorgetragen, ich tue es heute erneut, da gibt es natürlich vernünftige Lösungen.

Wir haben da jetzt die Situation, daß das Bauresort, daß Sie nach Ihrer ursprünglichen Konzeption gestärkt und vereinheitlicht zusammengefaßt im neuen Senat vertreten haben wollen, unter vier Ressorts, ich sage das einmal salopp, verramscht wird. So sieht das ja aus. Vor diesem Hintergrund muß man auch sagen: Was soll eigentlich, auch dazu ist kein Wort gesagt worden, die Konzeption der Nutzung des Berufsbildungszentrums durch das Bauresort vor dem Hintergrund, daß es dieses Ressort überhaupt nicht mehr gibt?

(Beifall bei der FDP)

Herr Wedemeier, dazu fehlt bislang jede Perspektive. Ich räume ein, Sie waren in den letzten Wochen mit anderen Sachen beschäftigt, aber Sie müssen sich einmal schleunigst daransetzen, das mindestens bis zum Beginn des Jahres 1989 noch hinzubekommen.

Künftig wird Herr Kunick für einen Teil des Bauresorts zuständig sein. Er hat in seinem Hafensort bislang auch schon Verwaltungen, die sich dafür in ähnlicher Weise eignen, privatisiert zu werden. So, wie die Bremer Lagerhausgesellschaft den Hafenumschlag oberhalb der Kaje privatwirtschaftlich organisiert, kann man die gesamte Unterhaltung der Häfen von einer Betriebs GmbH machen lassen. Ich weiß ja auch, daß darüber nachgedacht worden ist, Herr Wedemeier, das Ergebnis des Nachdenkens ist nur in der Schublade verschwunden, weil von vornherein der Personalrat dagegen sein Veto eingelegt hat. Das ist ja die Situation.

Wenn Sie einmal den Vergleich mit dem Flughafen anstellen, die Flughafen GmbH macht ja erfreulicherweise Gewinne, da wollen wir auch, daß das so bleibt, deshalb finden wir es ja auch richtig, daß die Voraussetzungen mit der Startbahn dafür geschaffen worden sind, aber warum können Sie den trockenen Hafen in der Form einer GmbH organisieren und den nassen nicht? Das ist doch in überhaupt keiner Weise begründbar! Denken Sie darüber nach, da finden Sie eine Fülle von Einsparungsmöglichkeiten!

Ich komme zu einem Lieblingsbeispiel von mir! Selbstverständlich kann man die Müllabfuhr, die in Bremen durch das Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung durchgeführt wird, durch eine andere Firma machen lassen, wie das in Bremen-Nord geschieht, wie das in nahezu allen Umlandgemeinden geschieht, völlig unabhängig von der politischen Zusammensetzung. Das wissen Sie doch, das kann man machen, das kann man effektiver machen, als es bislang gemacht wird.

Wenn Sie diese Fülle von Chancen nutzen, sich auf das zu konzentrieren, was unbedingt der öffentliche Dienst machen muß, daß ist der hoheitliche Bereich, das ist im Bereich der Bauverwaltung der Genehmigungsbereich, das ist der gesamte Rechtspflege- und Strafvollzugsbereich, wenn Sie sich darauf konzentrieren, dann werden Sie Personaleinsparungen erreichen können, die wirklich eine Trendumkehr hier möglich machen, aber dieses konzeptionslose Wei-

(C)

(D)

- (A) terwursteln, wo eine Ausnahme zur Regel gemacht wird, die Sie ständig zurücknehmen müssen, ist der Irrweg, Herr Wedemeier!

(Beifall bei der FDP)

Das sollten Sie einmal aufnehmen und hier ansprechen, Herr Grobecker. Dann könnte man davon sprechen, daß Sie eine Perspektive haben, wie die Haushaltsmisere beseitigt werden muß.

Meine Damen und Herren, wichtig in diesem Zusammenhang ist auch noch ein Gesichtspunkt, der immer wieder von uns angesprochen wird und den sie mit genauso immer wiederkehrender Böswilligkeit nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Wenn wir für diese Stadt, für diese beiden Städte die Einnahmen verbessern wollen, dann kann das doch nur geschehen, indem hier Firmen Steuern zahlen und Arbeitnehmer Steuern zahlen.

(Bürgermeister Wedemeier: Ja, richtig!)

Das heißt, Sie brauchen, Herr Dittbrenner, Leute, die es attraktiv finden, sich in Bremen niederzulassen und zu investieren.

(Beifall bei der FDP)

Da kann ich nur unterstreichen, Herr Wedemeier, wer sich informiert über Bremen und dann zur Kenntnis nehmen muß, in welcher einer kaum zu überbietenden Arroganz und Dummheit, weil es ja wider eigene Interessen ist, Sie in Sachen Kippenberg verfahren, wie soll denn der animiert werden, hierherzukommen, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben sich hier hingestellt vor einem Jahr in der Regierungserklärung und wollten als Signal, so war es doch gemeint, die japanische Schule und das zweisprachige Gymnasium verkaufen. Sie haben doch, indem Sie das vorgestellt haben, den möglicherweise guten Willen, den Sie dadurch erzeugen wollten, vollends eingerissen, mehr als eingerissen durch diese abenteuerliche Entscheidung in Sachen Kippenberg.

(Beifall bei der FDP)

Herr Wedemeier, ich sage es noch einmal, nicht Richtlinienkompetenz ist das Entscheidende, fachliche Kompetenz, Durchsetzungsvermögen, darauf kommt es an, und da haben Sie hier in dieser Frage leider kläglich versagt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU — Abg.

Klein [CDU]: Autorität!)

Wir brauchen, um für Bremen eine Perspektive zu eröffnen, eine Politik der Stetigkeit, der Verlässlichkeit. Es reicht nicht, wenn Herr Haller und Herr Beckmeyer akquirieren im technologischen Bereich, und diese Bemühungen werden von Ihnen durch Dinge wie Kippenberg und andere von vornherein

wieder konterkariert. Das reicht nicht aus, das kann niemanden überzeugen hierherzukommen. Es reicht nicht aus, wenn Sie von eigenem Verschulden ablenken wollen und permanent mit dem Finger auf Dritte zeigen, auf Bonn, auf Gott und die Welt. Es begreift jeder, Herr Wedemeier, ganz besonders die Menschen draußen, daß das der falsche Weg ist, der nur weiter in die Sackgasse führen wird.

(C)

Meine Damen und Herren, Herr Metz, wir haben, anders als Sie, eigene Anträge vorgelegt, trotz der sehr geringen Erfolgsaussichten von Anträgen der Opposition, das wissen wir, daß die Erfolgsaussichten, hier einen Antrag durchzubekommen, ausgesprochen gering sind, aber ich glaube, Herr Metz, das kann nicht der Gradmesser für uns sein. Wenn das der Gradmesser wäre, dann hätten wir schon vor Jahren darauf verzichtet. Der Gradmesser für das Verhalten in bezug auf eigene Anträge muß sein, ob man dadurch seine politischen Vorstellungen zum Ausdruck bringen will, und das wollen wir, Herr Metz.

Wir haben die Minderausgabe, die der Senat vorgesehen hat bei den Investitionen, durch die das Ungleichgewicht zu Lasten der Investitionen vergrößert wird, verringert. Wir haben durch unsere Anträge, insbesondere was das Behördenraumkonzept angeht, Geld freigemacht, das dann investiert werden kann in zukunftssträchtige Ansiedlungsvorhaben und nicht verbraucht wird durch solch einen Unsinn wie den Umzug von Behörden und Schulen.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Meine Damen und Herren, wir haben auch in den Bereichen, wo wir politische Forderungen stellen, beispielsweise Kindergärten, beispielsweise bei Drogenhilfe, gemeint, daß es zur Glaubwürdigkeit dazugehört, dies auch im Haushalt durch Anträge zu untermauern, auch wenn es mehr Geld kostet. Insofern haben wir auch derartige Anträge eingebracht. Aber, meine Damen und Herren, wir haben uns an die Vorgabe gehalten, an die wir uns immer gehalten haben. Wir haben mit unseren Vorschlägen den Haushalt nicht ausgeweitet, sondern Deckung angeboten.

(Beifall bei der FDP)

Wir fühlen uns insofern auch in der Kritik, die wir diesem Haushalt gegenüber anbringen, in vollem Umfang gerechtfertigt.

Gestatten Sie mir abschließend ein Wort zu dem Gesetz in bezug auf Bremerhaven, was wir heute mitberaten! Herr Senator Grobecker, wir hatten das in einer Sondersitzung der Finanzdeputation an einem Sonnabend schon einmal beraten, ich kann es deshalb sehr kurz machen in meinem Eingehen darauf. Dieses Gesetz hat ja eine Doppelfunktion, es hat einmal die Funktion, daß Bremen gegenüber Bremerhaven, das in einer noch schwierigeren Lage ist, Hilfe bietet, sich solidarisch zeigt. Ich sage, wir

- (A) unterstreichen ausdrücklich, daß das geschieht, aber, meine Damen und Herren, wir vergessen dabei nicht, daß natürlich dieser Beitrag Bremens an die kleinere Stadt Bremerhaven in gewisser Weise den Ausgleich gibt für fundamentale Fehlentscheidungen, die in Bremerhavens Verantwortung in den siebziger Jahren getroffen worden sind.

(Zuruf des Abg. Töpfer [SPD])

Das Beispiel Müllverbrennungsanlage, Herr Töpfer, das wissen Sie doch!

(Abg. Töpfer [SPD]: Das war keine Fehlentscheidung!)

Die Müllverbrennungsanlage ist eine katastrophale Fehlentscheidung gewesen von der Dimensionierung her.

(Abg. Tiedemann [SPD]: Das war der Wortbruch des Landkreises Wesermünde!)

Auch das wird durch diesen Ausgleich mit abgedeckt.

Die zweite Funktion, die Sie damit verbinden, Herr Senator Grobecker, ist ja folgende, auch das habe ich verstanden, Sie haben es zurückhaltend in Ihrer Rede zum Ausdruck gebracht: Sie wollen mit dieser Schuldenübernahme ein Beispiel setzen, wie man sich als Gebietskörperschaft gegenüber notleidenden Betroffenen verhält. Sie wollen damit ein Signal setzen gegenüber dem Bund und den anderen Ländern. Auch das verstehe ich! Ich finde es auch gerechtfertigt, daß Sie sich darum bemühen, aber, Herr Grobecker, wenn Sie wirklich wollen, daß dieses Beispiel von anderen Ländern ernsthaft als Modell genommen wird, dann müssen Sie zunächst — und da fordere ich Sie auf, diese Debatte zu nutzen — uns dazu noch einige Antworten sagen. Da müssen Sie zunächst diesem Hause und der deutschen Öffentlichkeit darlegen, was Bremen bereit ist, was Sie politisch wollen, um aus eigener Kraft die Fehler zu beseitigen, die Sie permanent fortsetzen.

Herr Grobecker, wenn Sie dazu die Kraft haben, wenn Sie das politisch ansprechen, dann, sage ich Ihnen, sind wir und sind wahrscheinlich auch andere politische Freunde und Gegner in anderen Ländern bereit, Hilfe für Bremen zu gewähren. Solange Sie das nicht sind, bauen Sie, wie ich meine zu Recht, auf Sand.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dittbrenner.

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Keine Sorge, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist immer das gleiche Spiel: Schimpfereien der Opposition, Alternativen dagegen relativ dürftig!

(Beifall bei der SPD)

(C) Das macht nichts, meine Damen und Herren von der Opposition, weil Sie gleich am Anfang klargemacht haben, welche Bedeutung Sie dieser Debatte beimessen. Das, was Sie sagen, wird sowieso allein von der Mehrheitsfraktion getragen, und wir werden das politisch nicht mitmachen. So gesehen finde ich die Konsequenz der CDU auch richtig, keine Anträge zu stellen, im Gegensatz zu Ihnen!

Lassen Sie mich auf ein paar Aussagen eingehen, bevor ich zu meinen Ausführungen komme, Herr Kollege Jäger! Man hatte teilweise den Eindruck, als seien die Fragen zum Behördenraumkonzept, Fragen zur Senatsumbildung, die wir am Dienstag diskutiert haben, Fragen zu Ausnahmen vom Einstellungsstopp als Regelausnahme nun die zwingenden und dringlichsten Probleme dieses Haushalts für das nächste Jahr. Also, ich muß mich schon wundern!

(Beifall bei der SPD)

Auch Ihre Kompetenz in bezug auf die Müllverbrennungsanlage in Bremerhaven macht mich außerordentlich nachdenklich.

(Abg. Meyer [SPD]: Er hatte sich nicht vorbereitet!)

(D) Das will ich jetzt nicht untersuchen! Aber wer das noch nicht begriffen hat, gerade was die Müllverbrennungsanlagen insgesamt anbetrifft! Wenn ich mir die Zielzahlen anschau, die das Bundesumweltamt hier prognostiziert für die nächsten Jahre, in denen wir Sozialdemokraten versuchen, genau den entgegengesetzten Weg zu gehen in Kooperation mit der Müllverbrennungsanlage in Bremerhaven, da frage ich mich nun in der Tat, was eine solche Aussage, die Sie hier gemacht haben zu der Müllverbrennungsanlage — die sei angeblich zu groß —, denn wirklich bedeutet. Das spricht von wenig Sachkompetenz.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen außerdem ganz deutlich, die Bartwickelmaschine, die Sie hier angebracht haben in punkto Kippenberg, überzeugt mich auch nicht, überzeugt mich auch nicht dadurch, daß Herr Metz das gebracht hat. Warum sagen Sie in diesem Zusammenhang eigentlich kein Wort zur japanischen Schule? Warum sagen Sie kein Wort zum bilingualen Gymnasium, obgleich das doch in unmittelbarem Zusammenhang damit steht und doch auch mitdiskutiert werden müßte?

(Beifall bei der SPD)

Aber nein, das macht man sich das ganz einfach und sagt, damit haben wir nichts zu tun!

Wir werden hier unsere bildungspolitischen Ansätze weiterhin voranbringen. Ich erinnere noch einmal daran, es ist wohl anscheinend doch so, daß der Umschwung, den die Bremer CDU versucht hat, nämlich anzuerkennen, daß es Bremer Schulzentren

(A) gibt, ins Leere gelaufen ist. Ich kann mich an einen Landesparteitag erinnern, der vor wenigen Wochen stattgefunden hat, von dem hören wir heute hier nichts mehr. Das war die alte Position, die der Kollege Metz uns hier heute verkaufen wollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme auf die CDU nachher noch im Laufe meiner Rede zurück. Dieser Haushalt, einschließlich der Stellenpläne, ist nach Meinung der SPD-Fraktion maßvoll, nach vorn gerichtet, ehrlich und mutig.

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Er ist ein notwendiger und positiver Beitrag für die Bewältigung der Zukunft unseres Zwei-Städte-Staates.

Der Haushalt ist maßvoll, weil wir den Ausgabenanstieg trotz drängender Probleme auf 2,9 Prozent begrenzt haben, um nicht weiter in eine Steigerung der Nettokreditaufnahme hineinzulaufen. Wir bleiben trotz der Belastungen, die der Bund in immer größerem Umfang auf uns sowie auf die anderen Kommunen der Republik abwälzt, mit den Steigerungsraten unseres Haushalts weit unter denen des Bundes.

Der Haushalt ist nach vorn gerichtet. Warum? Er ist nach vorn gerichtet, weil er eine überdurchschnittliche Investitionsrate aufweist, die dazu beitragen soll, unsere Infrastruktur nachhaltig zu verbessern. Dieser Haushalt weist eine Investitionsquote von über 14 Prozent aus, die im Vergleich zu anderen Bundesländern außerordentlich hoch ist.

(B) Der Haushalt ist ehrlich, weil wir die Haushaltsaufstellung nicht zum Anlaß genommen haben, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Land Bremen um die Früchte des für sie erreichten Tarifabschlusses zu bringen.

Der Haushalt ist ehrlich, weil wir die Haushaltsaufstellung nicht zum Anlaß genommen haben, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Land Bremen um die Früchte des für sie erreichten Tarifabschlusses zu bringen.

(Beifall bei der SPD — Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]; Schön wäre es!)

Hierin unterscheiden wir uns von anderen Ländern und Kommunen, die erst dem beschäftigungswirksamen Lohnverzicht das Wort reden und sich dann, wenn geübter Lohnverzicht zu Beschäftigung führen müßte, daran nicht mehr erinnern können.

Für die Fraktion haben wir uns nicht auf die Richtschnur festgelegt, daß gegenüber dem Zustand vor dem Tarifvertrag eine Ausweitung um 1500 Beschäftigte angemessen wäre. Wie das umgesetzt wird, werden wir auch in den nächsten Monaten im Laufe des Tarifvertrages sehen. Ich wiederhole noch einmal, wir als Fraktion der Sozialdemokratischen Partei werden uns für die Laufzeit des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst dafür einsetzen, daß wir in der Umsetzung und in der Nutzung der Finanzmittel in der mittelfristigen Finanzplanung mindestens 1500 Neueinstellungen im öffentlichen Dienst zu verzeichnen haben.

(Beifall bei der SPD)

(C) Die sozialdemokratischen Mitglieder im Haushaltsausschuß werden dafür Sorge tragen, daß dies, gewichtet nach inhaltlichen Schwerpunkten, auch umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt ist mutig, weil in seinem Vollzug auch höhere Belastungen für den Bürger dort, wo sie zumutbar sind, vorgesehen werden.

Meine Damen und Herren, der Spielraum zwischen Einnahmen und Ausgaben und den Zins- und Tilgungszahlen wird in den nächsten Jahren immer enger, wenn sich nicht die Rahmenbedingungen insgesamt verändern. Ich hatte schon festgestellt, daß wir als SPD-Fraktion in diesem Haus die Verantwortung für diesen Haushalt, wie in den letzten Jahren auch, allein tragen, und wir stehen das auch durch. Wir stehen damit vor den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt dafür ein, daß hinter dem Zahlenwerk des Haushalts eine vernünftige, eine sozialdemokratische Konzeption steht, die zugegebenermaßen ohne Illusionen ist.

Die Umsetzung dieser Konzeption, meine Damen und Herren, wird erschwert durch die wirtschaftlichen und bundespolitischen Rahmenbedingungen. Seit meiner letzten Haushaltsrede im März dieses Jahres hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik gemessen an den Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts nicht wesentlich verbessert. Es bleibt festzustellen: Die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung verringert nicht die Arbeitslosigkeit. Auch im siebten Jahr nach der Regierungsübernahme durch CSU/CDU/FDP werden 1989 nach der amtlichen Statistik weit über zwei Millionen, nach der inoffiziellen weit über drei Millionen Frauen und Männer ohne Arbeit sein. Die Zahl der Arbeitslosen wird unserer Meinung nach weiter steigen.

Wenn aber Arbeitslosigkeit tatsächlich ein Zeichen für Faulheit wäre, wie diese Bundesregierung und einige Unternehmensverbände uns immer wieder weismachen wollen, dann müßte man sagen, daß die Bundesregierung Faulheit produziert!

(Abg. K l e i n [CDU]: Unerhört!)

Es ist aber anders. Durch das freiwillige Nichtstun dieser Bundesregierung werden die Arbeitslosen zur unfreiwilligen Arbeitslosigkeit gezwungen. Lösungsvorschläge von Sozialdemokraten und Gewerkschaften werden weiter ignoriert. Vom Zukunftsprogramm Küste über ein Sonderprogramm Arbeit, Umwelt und Investitionen, bis hin zur Arbeitszeitverkürzung könnte vieles sofort beschäftigungswirksam umgesetzt werden, jedoch die Bundesregierung bleibt weiter untätig.

Gleichzeitig ist festzustellen, die Struktur der Arbeitslosigkeit hat sich gewandelt, verschlimmert. Der Anteil der Bezieher von Arbeitslosengeld ist von 51 Prozent im Jahr 1980 auf knapp 37 Prozent gesunken. Der Anteil der Bezieher von Arbeitslosen-

(C)

(D)

(A) Hilfe ist im gleichen Zeitraum von 14 Prozent auf 26 Prozent gestiegen. Warum sage ich das? Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Kommunen immer mehr die Krisenlasten einer verfehlten und unzureichenden Arbeitsmarktpolitik des Bundes zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Folgen tragen die Gemeinden, indem sie die Sozialhilfelasten für einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung voll aufgebürdet bekommen, wie die Antwort der Bundesregierung zur Lage der Städte vom 24. August 1988 ja selbst zugibt. Allein für Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen zahlten Städte und Gemeinden 1980 insgesamt 13,3 Milliarden und 1986 24,2 Milliarden DM. Dabei sind die Kosten, die sonst noch ausgegeben werden über die Bundesanstalt für Arbeit, nicht mitgerechnet. Eine solche Situation hat es innerhalb dieser Bundesrepublik noch nie gegeben!

(Beifall bei der SPD)

(B) Ein wirksames Konzept der Bundesregierung zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist im Bundeshaushalt 1989, soweit ich ihn kenne, nicht enthalten. Die in der bereits angesprochenen neunten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes vorgesehenen Leistungskürzungen, die mittelbar der Entlastung des Bundeshaushalts dienen, verschärfen zusätzlich die brisante Arbeitsmarktsituation und erhöhen auch wieder die Kosten für Länder und Gemeinden. Sie schwächen die Investitionsfähigkeit der Länder und der Gemeinden und somit auch Bremens und führen uns immer tiefer in den Teufelskreis steigender Arbeitslosigkeit bei sinkender Finanzkraft.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Und wie reagieren Sie darauf?)

Aber es geht weiter! Zur Verschärfung dieser Situation tragen auch die Verbrauchsteuererhöhungen der Bundesregierung bei, die nicht nur die Binnen- nachfrage schwächen, sondern zum Teil wieder über gestiegene Sozialhilfekosten aufgefangen werden müssen. Wir nennen dies eine Politik der Umverteilung von arm nach reich. Dies, meine Damen und Herren, ist der Weg in die Zweidrittelgesellschaft, den wir uns nicht länger gefallen lassen wollen!

(Beifall bei der SPD)

Dieser Umverteilungsprozeß findet übrigens auch noch auf eine andere Art und Weise statt, zum Beispiel von Nord nach Süd. Dieser Schub in den Süden ist aber nicht etwas, was im freien Spiel der Kräfte entstanden wäre. Er ist die Folge einer Entwicklung, die durch staatliches Tun und Unterlassen gefördert wurde. So analysierte die sicherlich uns nicht nachstehende „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Ende Oktober, daß sowohl der Norden als auch der Westen

(C) als Standort von traditionellen Industrien, von rohstoffgebundenen Branchen benachteiligt gewesen sei, daß dem Süden fehle, was sich im Norden und Westen häuft. Es ist offensichtlich, daß die staatliche Investitionslenkungs- politik von der Großforschungseinrichtung über die Massierung von Autobahnbauten bis hin zum Rüstungsauftrag überwiegend in den Süden ging. Dies trägt nun seine Früchte, erfordert, daß nun auch eine für den Norden angemessene Strukturpolitik gemacht werden muß, die die Folgen der Umverteilung weitestgehend ausgleicht. Wir wollen dabei nicht Rüstungsproduktionen, sondern sinnvolle Investitionen in menschenfreundliche und umweltverträgliche Techniken.

Ein weiterer Schritt in die falsche Richtung ist das Strukturhilfegesetz. Das Ergebnis der Albrecht- Initiative ist, daß keine gezielte Hilfe stattfindet. Statt dessen werden selbst die Wachstumsgewinner unter den Bundesländer, wie zum Beispiel Bayern, weiter bezuschußt. Mit anderen Worten, wir stellen heute fest, von elf Bundesländern sind angeblich neun strukturschwach, mit dem Ergebnis, daß nach Bremen nur schlappe 65 Millionen DM von insgesamt 2,45 Milliarden DM fließen sollen. Neun von elf Ländern sind strukturschwach. Eine Absurdität!

(Abg. M e t z [CDU]: Das ist wahr!)

(D) Ich begrüße in diesem Zusammenhang außerordentlich, und ich habe das auch nicht in Frage gestellt gesehen durch den Debattenbeitrag des Kollegen Jäger, die Haltung der Bremer FDP, weil Sie sich dafür ausgesprochen haben, jedenfalls vor einigen Tagen noch, das Ergebnis gerade dieses Strukturhilfegesetzes so nicht zu akzeptieren und zusammen mit dem Bremer Senat auf eine Änderung hinzuwirken.

Meine Damen und Herren, wir fordern den Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes als notwendige Voraussetzung für eine Stabilisierung des Landes Bremen.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern zu Recht gleiche Lebensbedingungen für alle Regionen, auch für dieses Bundesland, und ich wundere mich, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie sich hier von einer solchen grundgesetzlich abgesicherten Formulierung abkoppeln, das wundert mich in der Tat!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen habe ich gesagt, daß man ernsthaft mit dem Bund über eine spürbare Entschuldung dieses Landes reden müßte, so wie wir Ende des Monats und Anfang nächsten Jahres Bremerhaven von rund 600 Millionen DM durch Umschuldung entlasten wollen mit den anderen Maßnahmen. Dies ist um so wichtiger und von daher gesehen auch begründet, als die Stadt-

(A) staaten Wunschkinder der Verfassungsväter sind und ihre Finanzausstattung schon aufgrund der Konstruktionsmängel, aber auch durch andere unzureichend sein muß. Das gilt für Berlin, das gilt für Hamburg, und das gilt auch für Bremen.

Hier haben wir nun festzustellen, meine Damen und Herren, daß man das bei Berlin ja macht, zugestimmt, Herr Senator Grobecker ist darauf eingegangen, auch veranlaßt durch besondere politische Rahmenbedingungen. Aber wir stellen natürlich fest, daß heute rund 52 Prozent des Haushalts Jahr für Jahr durch den Bund übernommen werden, was den Berliner Haushalt betrifft, und nun bin ich so vermessend, für die SPD-Bürgerschaftsfraktion zu erklären, uns kommt es noch gar nicht einmal auf eine jährliche Übernahme der Schulden an, sondern es geht um eine Entschuldung, um einen Akt der einmaligen Entschuldung.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]:
Das Wort „vermessen“ trifft zu!)

Herr Kollege Klein, Sie haben das ja immer gut darauf, weil Sie nach Alternativen fragen: Sie nennen keine, aber Sie fordern Alternativen. Ich frage Sie einmal: Was haben Sie denn gegen eine solche Idee, über die man ja wenigstens einmal nachdenken kann? Ich bin ziemlich sicher, daß auch die Hamburger demnächst sehr schnell darüber nachdenken werden, ob sie nicht eine ähnliche Forderung erheben müssen. Mir scheint dies eine Möglichkeit zu sein, über die wir in den nächsten Jahren in der Tat, wegen des Überlebens dieses Landes, nachdenken müssen.

(B)

(Abg. Metz [CDU]: Ja, habe ich doch eben gesagt!)

Dann sind wir uns einig, Herr Kollege Metz, dann freue ich mich, daß Sie diesen meinen Vorschlag heute unterstützen, schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Sollte ich Sie mißverstanden haben,

(Abg. Metz [CDU]: Teilweise!)

dann müssen wir das gleich noch einmal klären!

Es gibt zwei andere Möglichkeiten, die ich ganz gern noch mit einbringen wollte in die Debatte. Ein Vorschlag, den ich für durchaus überlegenswert halte, ist natürlich das Festhalten an der Stadtstaatsklausel. Senator Grobecker hat darauf hingewiesen. Es gibt auch eine dritte Möglichkeit, daß wir über die Neuuzuweisung der Steuerlasten über eine Enquete-Kommission zu einem gerechteren Finanzausgleich kommen. Ich sage einmal, das sind zumindest drei Möglichkeiten, die man, wenn wir über eine mittelfristige Konsolidierung der bremischen Finanzen reden, wenn wir über Perspektiven reden, eben nicht mit einer Handbewegung zur Seite wischen kann, sondern daß man sich damit auseinander-

setzen muß, wenn es um ein Überleben, wenn es um das Überleben dieses Landes geht. Daran, meine ich, sollten wir alle, ob Opposition oder Regierungsfraktion, ein Interesse haben.

(C)

Nun will ich noch einmal auf das eingehen, was auch der Landesvorsitzende der CDU vor einigen Tagen gesagt hat, als er nämlich feststellte, solange das hier so weitergehe mit den Bremer Sozialdemokraten, sehe er nicht ein, weshalb er sich in Bonn für Bremen einsetzen müsse. Kollege Metz hat in seinem Beitrag wenig eindrucksvoll, was diese Passage betrifft, etwas Ähnliches gesagt, weil er nämlich den Bezug hergestellt hat zu seinen früheren Bemühungen in Bonn. Ich frage aber erst recht Herrn Neumann: Wofür sitzt denn eigentlich der Abgeordnete Neumann in Bonn?

(Beifall bei der SPD)

Ist es nicht die Pflicht, unabhängig vom Parteibuch die Position des Landes Bremen in Bonn zu vertreten?

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

Ich kann das Gelächter gar nicht verstehen und die Zwischenrufe dahinten auch nicht! Sie müssen sich einmal, Herr Kollege Fischer, wenn Sie Zeit haben, in Bonn umhören, wie dort in den einzelnen Landesverbänden Politik für das jeweilige Land gemacht wird, und zwar unabhängig davon, welcher Fraktion man angehört.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Das erwarte ich auch von einem Herrn Neumann, das erwarte ich von Herrn Hinrichs, und das erwarte ich von dem Kollegen Richter. Das, meine ich, müssen auch alle Bremer Bürgerinnen und Bürger erwarten, daß es hier darum geht, für die Interessen Bremens zu kämpfen.

Ich halte das für ein sehr merkwürdiges Demokratieverständnis. Ich sage noch eins hinzu! Ich kann verstehen, daß man sich über den Weg streitet, wie man im Dialog mit Bonn Gelder bekommt, und man kann auch unterschiedlicher Auffassung sein, ob vielleicht das eine oder andere an der Kritik der Bundesregierung immer so glücklich oder richtig ist, das gebe ich gern zu, aber was natürlich nicht passieren darf, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, daß man uns quasi dahin prügelt, daß wir katzbuckeln und daß wir betteln um das, was uns hier in Bremen zusteht.

(Beifall bei der SPD)

Das kann nun weiß Gott nicht der Weg sein, in devoter Haltung dort vor dem Bundeskanzleramt zu stehen.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Sind Sie der Meinung, daß Ihnen die acht Milliarden zustehen?)

(A) Das ist natürlich eine Position, die ich menschlich auch nicht nachvollziehen kann. Meine Damen und Herren —.

(Abg. Metz [CDU]: Sie sollen nicht katzbuckeln, Sie sollen Ihre Politik ändern!)

Darauf komme ich nachher noch, zu den Alternativen!

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Das ist so, wie die Bundesregierung mit den Entwicklungsländern umgeht!)

Meine Damen und Herren, wir als Mehrheitsfraktion haben in diesen Haushaltsberatungen, hier insbesondere für den Stadthaushalt, einige Änderungsanträge zur Veränderung der Struktur eingebracht, die deutlich machen, welche besonderen Schwerpunkte die Fraktion gegenüber den Vorlagen des Senats gesetzt hat. In dem Landeshaushalt ist es insbesondere die Verbesserung der personellen Situation der Verwaltung, ich habe es bereits dargelegt. Das gilt darüber hinaus auch für den Sozial- und Kindergartenbereich. Die Schwerpunkte, die wir uns zu Beginn der Legislaturperiode in Form des Bremen-Plans, in Form der Regierungserklärung und der Antworten darauf gesetzt haben, bleiben weiterhin gültig, sie werden umgesetzt, und das gilt auch für den von Ihnen, Herr Metz, kritisierten Strukturbeirat.

(B) Ich halte den Strukturbeirat nach wie vor für ein Instrument, das es möglich macht, mit den beteiligten Arbeitnehmern wie auch Arbeitgebern zusammen mit den politisch Verantwortlichen über Fragen der Weiterentwicklung bremischer Wirtschaftspolitik zu reden.

(Beifall bei der SPD — Abg. Metz [CDU]: Das scheint nicht zu klappen!)

Ich halte es weiterhin für ein geeignetes Instrument, und ich kann den Bürgermeister in dieser Beziehung nur unterstützen, mit sehr viel Nachdruck, aber auch Hartnäckigkeit, diese Idee weiterzuverfolgen.

Sie finden die anderen strukturellen Veränderungen wieder im Investitionshaushalt. Die einzelnen Investitionen sollen bewertet und nach unterschiedlichen Prioritäten geordnet werden. An erster Stelle sind hier zu nennen unsere Anstrengungen, Forschungs- und Technologiepolitik für Bremen zu bündeln, zu verstärken und arbeitsplatzwirksam umzusetzen. Die rege Bautätigkeit rund um die Universität, das immer größer werdende BITZ, die erfolgreiche BremTech, aber auch Bemühungen, Sonderforschungsbereiche nach Bremen zu bekommen, zeigen, daß eine zukunftsgerechte Politik für Bremen über den Investitionshaushalt umgesetzt wird, und zwar nicht nur angekündigt, sondern auch umgesetzt wird. Ich gebe aber denen recht, die sagen, Geld sei nicht alles.

(C) Die vielen ideellen Träger, die vielen Gruppen, die mit Innovation und Wissenschaftstransfer zu tun haben, aber auch die Handwerksmeister und die Selbständigen, die mittelständischen Unternehmen, die sich auf geschäftliches Neuland begeben, um neuer Technik zum Durchbruch zu verhelfen, sind die Praktiker dieser Umsteuerung, die dazu beitragen soll, diese Stadt zu einem wachsenden Gemeinwesen weiterzuentwickeln. Dazu gehört aber auch die ganz normale Gewerbeansiedlung. Nach unserer Auffassung ist gerade nach der Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft hier doch ganz erheblicher Schwung hineingekommen. Das gilt auch für die Rückwanderung alter Betriebe aus Niedersachsen oder aus anderen Gebieten der Republik nach Bremen, wo wir ja Erfolge darstellen können.

(Beifall bei der SPD)

Ganz besonders hervorzuheben, und hier spreche ich insbesondere die Fraktion der GRÜNEN an, sind neben den üblichen zahlenmäßig weit bedeutenderen Politikfeldern auch die Aktivitäten im Bereich Arbeit und Umwelt, innerhalb des Aktionsprogramms überhaupt, in dem in einer Kombination von Technologiepolitik und ökologischen Erfordernissen nicht nur Lösungen für die Probleme von heute und morgen erdacht werden, sondern auch die Entwicklung von neuen Produkten und Verfahren und die Erschließung von Zukunftsmärkten betrieben wird.

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Wo denn?) (D)

Wir stellen bei unseren Bemühungen um eine Verbesserung der kommunalen Infrastruktur fest, daß es abermals Entscheidungen des Bundes sind, die unsere Aktivitäten vielfach erschweren. Auch Eisenbahnen sind ein Wirtschaftsfaktor. Ihr Abbau oder eine Preisgestaltung, die bremischen Häfen im Gegensatz zu den Westhäfen unattraktiv machen, beeinträchtigen auch unsere Wirtschaftskraft.

(Beifall bei der SPD)

Die Post und Telekommunikation sind notwendige Voraussetzungen für wirtschaftliches Arbeiten, um so mehr, als Handel und Dienstleistung einen bedeutenden Sektor der Wirtschaft unserer Stadt ausmachen. Zu den Maßnahmen, die mit diesem Haushalt ermöglicht werden, gehört auch der Straßenbau. Es geht uns Sozialdemokraten darum, eine zukunftssichere Verkehrsinfrastruktur zu schaffen beziehungsweise zu behalten, die sich sowohl an den Bedürfnissen der hier in dieser Stadt lebenden und arbeitenden Bevölkerung als auch an den Bedürfnissen von Handel und Gewerbe ausrichtet.

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Das letztere ist wichtig!)

Wir dürfen nicht vergessen, Bremen ist eine Handelsstadt. Wir müssen konkurrenzfähig bleiben, wir

- (A) müssen tragfähige Kompromisse finden, den einerseits notwendigen Verkehr nicht zu behindern, aber so weit wie möglich Pkw-Benutzer auf den ÖPNV und auf das Fahrrad zu lenken.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß die Diskussion über das Verkehrskonzept im Bremer Osten, die sich ja niederschlagen wird im nächsten Frühjahr, zeigen wird, daß wir mit diesem Kompromiß, auf der einen Seite den Schwerlastverkehr zu bündeln, herauszuhalten aus den Wohngebieten, ihn zu führen auf den Straßen, die notwendig sind, und auf der anderen Seite erhebliche Investitionsleistungen zu ermöglichen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs,

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Deswegen Stadtautobahn gegen die Bürger!)

in der Lage sein werden, diesen Diskussionsprozeß neu zu beginnen, und zwar gemeinsam mit allen Teilen der Bevölkerung und nicht nur mit denen in Schwachhausen, die jene, welche in Horn und in Oberneuland und sonstwo wohnen, außen vor lassen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir können Verkehrspolitik und Straßenbaupolitik nicht sektoral diskutieren, wir müssen das in der Gesamtheit diskutieren, und deshalb ist es wichtig, daß wir uns auch mit denen auseinandersetzen,

(Beifall bei der SPD)

die nicht unmittelbar in dem Bereich wohnen. Das vermissen ich teilweise bei den Diskussionen, die eben doch sehr abgegrenzt in Bürgerinitiativen stattfinden. Das, was die Beiräte in den letzten Wochen hier initiiert haben, indem es gemeinsame Sitzungen gegeben hat, ist in der Tat ein begrüßenswerter Schritt, weil dann auch alle anderen Interessen einfließen in diesen Diskussionsprozeß, und danach werden wir,

(Zuruf der Abg. Frau J a h n k e [DIE GRÜNEN])

verehrte Frau Kollegin, entscheiden, wie es denn in diesem Bereich weitergeht.

Daß wir, gerade was den ÖPNV anbetrifft, noch einen erheblichen Nachholbedarf haben, das können Sie mir glauben, das bestätige ich hier ganz deutlich, aber daß wir dort nichts getan hätten, ist nun auch wieder der falsche Vorwurf. Dann wären, ich sage Ihnen einmal ganz offen, wenn wir das nicht so in dieser Intensität diskutiert hätten in dieser Fraktion, mit dem Senat, heute noch nicht in diesem riesigen Maße behindertengerechte Busse eingesetzt

worden. Das war doch die SPD, die dies durchgesetzt hat, und nicht Sie. (C)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Haushalt aber auch Mittel zur Verfügung gestellt, um die zwingend erforderlichen Investitionen in den Einrichtungen des Gesundheitswesens vorzunehmen und die Modernisierung der Polizei zu ermöglichen. Dieser Haushalt zeigt auch unsere Verantwortung für den Wohnungsbestand in Bremen und Bremerhaven. Ich erinnere: Der Kauf der Gewoba im letzten Jahr, Gegenstand heftiger Kritik durch Opposition und Presse, hat sich, das kann man bereits heute sagen, ausgezahlt. Wie würde der Wohnungsmarkt heute aussehen, wenn diese Wohnungen in der Hand privater Spekulanten gelandet wären? Ohne dieser Frage weiter nachzugehen, komme ich auf ein Thema, das auch von Bedeutung ist, nämlich die Frage der Aussiedler.

Bremen muß in den nächsten Jahren mit zirka 3000 Menschen aus Ost- und Südosteuropa rechnen, die ihr durch das Grundgesetz geschütztes Recht in Anspruch nehmen wollen, sich als Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland anzusiedeln. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß die finanziellen und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen für die Aufnahme, für die Förderung und für die Versorgung mit Wohnraum und Arbeit geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD) (D)

Für uns ist es unbestritten, daß die Bundesrepublik Deutschland, und damit auch wir, zur Aufnahme und Hilfesleistung verpflichtet sind.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings ist für uns der Artikel, in dem das Recht auf Asyl geregelt ist, ebenso verbindlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden nicht zulassen, daß Aussiedler, Asylsuchende und Ausländer gegeneinander ausgespielt werden!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vom Bund Hilfe einzufordern heißt nicht, auf die Effektivierung der internen Strukturen zu verzichten. Kontrolle der Personalausgaben bedeutet, daß man bei einer ständig wachsenden Aufgaben- und Ausgabenflut, bei neuen Problemen, die an die Verwaltung und an die ausführenden Ämter herangetragen werden, mit dazu beiträgt, daß der öffentliche Dienst effektiver wird, daß Arbeiten intensiviert werden und daß rationalisiert wird. Wir betreiben hier nicht nur eine Politik, die auf die ungeteilte Begeisterung der Betroffenen im öffentlichen Dienst stößt, eine Politik, die von ihnen aber akzeptiert wird, weil sie

- (A) wissen, daß öffentlicher Dienst kein Selbstzweck ist, sondern Mittel zur Erfüllung wichtiger Aufgaben.

Die langfristige Personalentwicklungsplanung, es ist bereits davon gesprochen worden, ist in den Personalentwicklungsplänen festgeschrieben. Festgeschrieben sind Zielzahlen bis zu den Jahren 1991 bis 1996, Zielzahlen einer Reduktion der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die wir ausdrücklich unterschreiben. Gleichzeitig erwarten wir auch für neue Aufgabenbereiche, daß für eine kontrollierte, beschäftigungswirksame Öffnung des Einstellungsstopps gesorgt wird. Auch das wird im Bereich der Umsetzung des Haushalts erfolgen. Die im Bundes- und Ländervergleich nach wie vor strenge Sparpolitik Bremens kann nur umgesetzt werden, wenn es gelingt, neue Arbeitsmethoden im öffentlichen Dienst einzuführen. Wir unterstützen ganz ausdrücklich das Anliegen des Senats, zu einem verstärkten Technikeinsatz in allen Bereichen der bremischen Verwaltung zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich habe die Zukunft nicht rosiger geschildert, als sie ist, nicht rosiger, als ich sie sehe, aber wenn sie hoffnungslos, nicht zu ändern wäre, stünde ich nicht hier, brauchten wir uns, nach meiner Auffassung, in der Tat nicht zu streiten. Ich erwarte nicht die Kritik, ich fordere diese Kritik, gerade von den Damen und Herren der Opposition. Wenn ich dann höre, was Herr Kollege Metz vorhin in seinem Beitrag genannt hat an sogenannten neuen Ideen, an neuen Vorschlägen uns unterbreitet hat, dann will ich mir die doch einmal im einzelnen ansehen.

- (B) Er spricht auf der einen Seite von einem neuen Image, das geschaffen werden solle. Bremen braucht ein neues Image, Herr Kollege Metz? Wenn ich diese Landesgrenzen verlasse und mich in anderen Städten dieser Bundesrepublik aufhalte, stelle ich komischerweise immer fest, daß das Image von Bremen dort so schlecht gar nicht ist, daß manchmal eine Überzeichnung stattfindet durch uns selbst, ja selbst wenn man dieses Haus verläßt, ist manchmal das Image dieser Stadt so schlecht nicht. Ob Sie das hören wollen, oder nicht, das ist so!

(Beifall bei der SPD)

Dazu trägt natürlich auch das Verhalten der Oppositionsparteien bei, wie das Image draußen bewertet wird.

(Widerspruch bei der CDU)

Ja, natürlich! Sie können sich doch davon nicht freisprechen! Sie sind doch Repräsentanten Ihrer Wählerschaft, auch dieser Bürger, die Sie gewählt haben. Da können Sie doch nicht so tun, als wenn Sie nicht dazugehörten! Sie stehen doch nicht abseits, meine Damen und Herren, Sie gehören mit dazu und müssen sich mit diesen Fragen auseinandersetzen!

(Beifall bei der SPD)

(C) Der Kollege Metz spricht weiter von Zukunftsinvestitionen. Ich glaube, ich bin relativ deutlich darauf eingegangen, Herr Kollege Metz, welche erheblichen Anstrengungen, gerade was die Investitionen, die Zukunftsinvestitionen betrifft, die in den letzten Monaten und Jahren von dem Senat und durch diese Bürgerschaftsfraktion geleistet wurden. Ich weiß jetzt im Augenblick nicht die konkrete Zahl, aber das, was wir allein ausgegeben für Investitionen im Wissenschaftsbereich, ist, glaube ich, an der Spitze im Vergleich aller Bundesländer. Das ignorieren Sie hier einfach! Das nehmen Sie noch nicht einmal zur Kenntnis! Trotz dieser schwierigen Finanzsituation eine solche riesige Anstrengung in dem Bereich als Teil einer wirtschaftspolitischen Umstellung, das nehmen Sie nicht zur Kenntnis!

(Beifall bei der SPD)

Dann sprechen Sie davon, daß im Bereich der Universität nun, bitte schön, endlich damit begonnen werden solle, den sozialwissenschaftlichen Bereich abzubauen. Also, da frage ich einmal ganz offen, was haben eigentlich die Wissenschaftsbehörde, der Wissenschaftssenator, der Sprecher der Deputation in den letzten Jahren gemacht! Wenn ich mich recht erinnere, sind gerade im Bereich der Universität Investitionen im sozialwissenschaftlichen Bereich gleich null gewesen, aber Investitionen, ich will nur einmal Beispiele nennen, im Produktionsbereich, Produktionstechnik, da kommt diese Riesenklammer, dieser Fallturm hin, im Institut für Härtereitechnik, wenn ich an Biogenetik denke, wenn ich das BIAS nenne! Was ist das denn anderes als eine Umsteuerung, weg vom sozialwissenschaftlichen Bereich, hin zu diesem naturwissenschaftlichen Schwerpunkt. Was ist das denn?

(Beifall bei der SPD — Abg. Fluß [SPD]:
Geowissenschaften!)

(D) Also, man könnte die Aufzählung der Bereiche noch lustig fortsetzen, wir kommen ja nachher noch in den Einzelberatungen dazu. Aber ich sage einmal, das sind schon Klopfer! Da fragt man sich wirklich, ob das ernst gemeint war oder ob das ironisch gemeint war von Ihnen, diese Frage stelle ich.

(Abg. Klein [CDU]: Sie haben etwas verdrängt!)

Und es geht weiter. Sie sprechen von einer integrierten Wirtschafts- und Kulturförderung. Eine Verbindung zwischen Wirtschafts- und Kulturförderung, Herr Kollege Klein, hat Ihr Fraktionsvorsitzender gefordert. Das finde ich auch ganz spannend. Aber, mein Gott noch einmal, haben wir nicht gerade vor kurzem alle zusammen, wir waren alle stolz darauf, zur Kenntnis genommen, daß es dem Senat gelungen ist, zum Beispiel die Böttcherstraße zu retten?

(Beifall bei der SPD — Abg. Metz [CDU]:
Ist doch gut!)

- (A) Mit vielen anderen Mäzenen, mit vielen anderen Dritten, die das mit unterstützt haben, wofür ich mich an dieser Stelle auch einmal bedanken will, daß Sie das mitgemacht haben!

(Beifall bei der SPD)

Das war eine bremische Leistung. Man darf es ja nicht sagen, aber darauf sind wir stolz, daß wir das in Bremen behalten haben, Herr Senator. Was machen wir jetzt? Ich habe gerade die Vorlage gelesen, die ja dieses Haus auch noch beschäftigen wird, im Bereich der Kulturförderung auf dem Teerhof die Bildung des Museums für moderne Kunst. Ist das nicht ein erheblicher Schritt in die Richtung, herauszukommen aus dieser Provinzialität, was diesen Bereich anbetrifft, daß es dem Senat mit anderen gemeinsam gelungen ist, ein neues Museum zu errichten an der Ecke des Teerhofs, das sich sehen lassen kann, wenn es fertig ist, ohne Beispiel in der ganzen Republik? Ist das nicht eine hervorragende Maßnahme?

(Beifall bei der SPD)

Beide Beispiele verstehe ich zum Beispiel so, wie Sie es formuliert haben, nämlich als Verbindung von Wirtschafts- und Kulturförderung, weil wir sehr wohl wissen, daß die Höhe der Gewerbesteuer nicht das alleinige Kriterium ist für die Ansiedlung von Industriebetrieben, sondern daß sehr wohl das Umfeld dabei eine außerordentlich wichtige Rolle spielt, und ich kann den Senat und auch meine Fraktion nur aufmuntern, daß wir, gerade was den Kulturbereich anbetrifft, nicht nachlassen in den Anstrengungen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Aber das bedeutet, und damit will ich auch schließen, meine Damen und Herren, daß das, was von Ihnen zum großen Teil hier heute gekommen ist, uns im Lande Bremen nicht weiterbringt. Ich unterstreiche voll und ganz das, was Herr Kollege Jäger zum Schluß seiner Ausführung gebracht hat, nämlich, daß wir eine Politik der Stetigkeit und der Verlässlichkeit brauchen. Aber dies finden Sie nur bei der Sozialdemokratischen Partei.

(Beifall bei der SPD — Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich gebe jetzt dem Abgeordneten Altermann das Wort.

Abg. **Altermann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es kurz, es ist gleich Mittag. Ich schließe mich den Vordnern der Opposition an. Wir können uns hier doch alle erinnern, vorgestern hat Herr Wedemeier das Loblied auf die SPD gesungen und hat etliches gebracht. Er hat nur eines vergessen, die SPD ist es gewesen, die in 40 Jahren Bremen an den Rand des finanziellen Ruins brachte, und ich muß Herrn Wedemeier fragen, wann er Konkurs anmeldet. Ist es schon soweit, oder ist es vergessen worden? Das

möchte ich zum Haushalt sagen. Außerdem frage ich mich immer, warum die SPD nicht auf gute Vorschläge der GRÜNEN und der anderen Parteien eingegangen ist und sich nicht zusammengesetzt hat mit diesen Leuten ohne politisches Gerangel.

(C)

(Unruhe)

Doch, das ist so!

Weiterhin ein kleines Wort an Herrn Metz! Herr Metz, Sie haben vorhin der SPD vorgeworfen, sie würde teilweise bei Ihren Anträgen abschreiben. Möge sein, aber die CDU tut es auch.

(Heiterkeit)

Die CDU tut es auch! Ich möchte daran erinnern, im April zum Thema Mutter und Kind, und siehe da, da brauchen Sie nicht zu lachen, im November war das gleiche der Fall von der CDU aus in Bremerhaven. — Ich danke Ihnen!

(Abg. **Teiser** [CDU]: Darüber reden wir seit fünf Jahren, da konnten Sie Politik noch gar nicht schreiben!)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, jetzt haben wir die allgemeine Aussprache abgeschlossen. Wir werden jetzt am Nachmittag die Debatte fortsetzen. Wir kommen zusammen, ich bitte um Aufmerksamkeit, um 14.45 Uhr. 14.45 Uhr kommen wir wieder zusammen, also eine Viertelstunde später, als ursprünglich vorgesehen war. Bis dahin ist die Sitzung der Bürgerschaft unterbrochen.

(D)

(Unterbrechung der Sitzung 12.58 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.45 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen Besucher der Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Huckelriede/Kattenturm teil.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Wir befinden uns in der Beratung des Haushalts 1989 und der damit verbundenen Vorlagen. Wir setzen die Aussprache zum ersten Schwerpunktthema, Grundsatzdebatte und Finanzen, fort.

Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier.

Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nur auf zwei, drei Punkte eingehen, die Herr Jäger und Herr Metz hier angesprochen haben. Herr Jäger ist

(A) nur nicht mehr da, nachdem er seine Rede gehalten hat,

(Abg. Neujahr [FDP]: Er kommt sofort wieder!)

aber Sie übermitteln ihm das vielleicht. Ich kann nicht so lange warten, weil der Präsident mir das von meiner Redezeit abzieht, wenn ich jetzt auf Herrn Jäger warten sollte, 14.45 Uhr war angesagt.

(Abg. Jungclaus [FDP]: Erst zu Herrn Metz und dann!)

Nein, man muß das richtig steigern, man muß das ja dramaturgisch auch richtig machen, obwohl ich mit ihm viel freundlicher gleich umgehe.

Ich glaube, daß Herr Jäger immer noch nicht begriffen hat, meine Damen und Herren, daß das Problem des bremischen Haushalts kein Ausgabenproblem ist, Herr Jäger, ich wiederhole für Sie den Satz, das Problem des bremischen Haushalts ist kein Ausgabenproblem, sondern ein Problem auf der Einnahmeseite. Wir müssen uns über die Einnahmeseite unterhalten. Dazu komme ich, und wenn ich um Hilfe bitte, komme ich gleich noch mit etwas ganz Konkretem. Sie tun aber so, Herr Jäger, als sei das Problem auf der Ausgabenseite zu suchen. Sie machen erneut Privatisierungsvorschläge, zum Beispiel Müllverbrennung, Sie kritisieren das Behördenraumkonzept, wissen aber genau, daß wir bei dem Behördenraumkonzept auch im Auge haben, die enorm hohen Mietausgaben des Landes und der Stadtgemeinde zu senken. Daß es hier immer wieder zu Schwierigkeiten kommt, ist klar, weil nicht alles, was man sich am Anfang vorgestellt hat, auch so umzusetzen ist. Das dürfte Ihnen nicht neu sein.

(B) Aber besonders geärgert hat mich Ihre erneute Einlassung zur Privatisierung der Müllabfuhr. Das ist ja ein Thema in der Bundesrepublik seit Monaten und Jahren. Es gibt inzwischen Gutachten, Herr Jäger, und ich denke, wir können Ihnen die auch besorgen, die aussagen, daß eine Privatisierung der Müllabfuhr in den Großstädten keine Kostenersparnis für den öffentlichen Haushalt bringt, aus einem Grund schon nicht, weil es ein Gebührenhaushalt ist.

Nun kann man aber noch argumentieren, wenn die Gebühren dadurch gesenkt werden, ist das auch etwas Gutes. Sie sagen aber und nehmen das als Vorschlag, dies würde die Ausgabenseite des Haushalts entlasten. Das ist völlig falsch. Es würde, wenn überhaupt, die Müllabfuhrgebühren senken. Nur, es senkt die Müllabfuhrgebühren auch nicht. Wir haben in Bremen-Nord die gleichen Kosten, die wir auch in Bremen haben. Das sind Ihre beiden Musterbeispiele für die Ausgabenseite des bremischen Haushalts.

Jetzt sage ich dazu noch etwas: Sie unterstellen uns da ja bei der Nichtprivatisierung auch Ideologie. Das ist richtig, aber Privatisierung ist auch eine Ideologie. Unsere Ideologie ist, daß wir nicht auf dem

Rücken von Müllwerkern versuchen, den Haushalt zu entlasten, (C)

(Beifall bei der SPD)

und das passiert so lange nicht, solange dieser Senat von Sozialdemokraten besetzt ist! Das gleiche gilt für die Reinigungskräfte, und da können wir hier noch jahrelang darüber reden, ob wir hier privatisieren sollen. Ich denke, da müssen andere Vorschläge her, als immer auf dem Rücken der Kleinen zu versuchen, den Haushalt zu sanieren. Die haben eh genug an manch anderen Stellen zu leiden.

Ein zweiter Punkt: Kippenberg-Gymnasium! Es ist ja Ihr gutes Recht, das gute Recht aller, die diese Schule erhalten möchten, dafür zu streiten, völlig klar. Nur, bitte, dann wollen wir auch im Gegenzug zumindest sagen, wenn Sie es schon nicht sagen, daß die Frage der Ausbildung und der Chancen Bremer Jugendlicher nun nicht davon abhängt, ob wir das Kippenberg-Gymnasium erhalten oder nicht. Es kommt, ich will das Wort einmal benutzen, nahezu auch einer Diffamierung aller anderen bremischen Schülerinnen und Schüler gleich, die in unserem Schulsystem zu guten Abschlüssen kommen, wenn nur noch das durchgängige Gymnasium als die Musterschule dargestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich streite Ihnen aber das Recht nicht ab, ich sehe die Probleme, die damit auf anderen Gebieten entstehen. Das sage ich dazu. Wir haben in Bremen aber, bei allen Schwierigkeiten, unbestritten, ein Schulsystem entwickelt, in dem Kinder, die früher keine Chance gehabt hatten, Abitur zu machen, heute ein Abitur ablegen können, durch die besondere Förderung. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich will das nur dazu sagen, ohne Ihnen das Recht auf Kritik abzusprechen, was nun das Kippenberg-Gymnasium angeht.

Mit Herrn Metz bin ich in zwei Punkten einig, wenn ich Sie richtig verstanden habe, man hätte Sie vielleicht auch anders verstehen können. Sie haben sich dafür ausgesprochen, Zukunftsindustrien zu entwickeln und auch die Struktur der Universität zu ändern. Beides ist geschehen oder geschieht. Die Struktur der Universität wird geändert, nur, jetzt das Zentrum für Sozialforschung in den Gegensatz zu stellen zur Wirtschaftsförderung oder zu dem, was eigentlich nötig wäre, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist falsch. Ich bin einer von denen gewesen, die ganz vehement die Umstrukturierung der Universität mit vertreten haben, aber, meine Damen und Herren, eine Universität ohne Geisteswissenschaften ist eine arme Universität, das müssen wir wissen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

(A) Darum brauchen wir beides an der Universität. Wir brauchen die Naturwissenschaften, und das kann sich ja wirklich sehen lassen, ich will Herrn Frankes Beitrag nicht vorwegnehmen, aber was wir hier geleistet haben, ist ein Stück Zukunftsvorsorge, wie man es sich besser nicht hätte vorstellen können unter den schwierigen Rahmenbedingungen, die wir gehabt haben. Aber das kann doch nicht heißen, daß wir auf die Geisteswissenschaften verzichten. Wenn wir uns da einig sind, ist das in Ordnung.

Bei der Wirtschaftspolitik möchte ich nur anmerken, daß wir seit drei Jahren nicht nur wieder ein noch nicht bundesdurchschnittliches, aber doch Wachstum des Bruttosozialprodukts haben, der Abkopplungsprozeß also gestoppt worden ist, daß wir heute 6000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr haben als noch vor wenigen Jahren. Ich habe immer, auch im Wahlkampf, gesagt, daß wir die Arbeitslosigkeit im Lande Bremen nicht allein mit Bordmitteln und schon gar nicht in der kurzen Zeit, in der sie entstanden ist, bewältigen können. Dazu sind ja auch ganz andere Instrumente erforderlich, als sie ein Land oder eine Stadtgemeinde hat. Ich meine also, wir sind da auf einem guten Weg.

(B) Wir haben Abschied genommen von der Vorstellung, man könne Arbeitsmarktpolitik über die Einstellungspolitik des öffentlichen Dienstes betreiben. Wir haben mit dem Programm Wirtschaft, Häfen, Arbeit, Umwelt ein zukunftsweisendes Konzept entwickelt, wie man, weil ich mit Ihnen der Meinung bin, Steuern müssen erst einmal eingenommen werden, bevor man sie ausgibt, wie man Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft schaffen kann, um über die Steuern dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Unternehmenssteuern Ausgaben finanzieren zu können.

Das ist ein Programm, das wir nun über Jahre diskutiert haben, das vielleicht hier und da noch Schwachpunkte hat, wie das bei allen Programmen so ist, das kann man ja auch gar nicht vermeiden, aber doch die richtige Richtung anzeigt. Der Wirtschaftsförderungsgesellschaft kann man eigentlich von hier aus nur für ihre wirklich kreative Arbeit danken. Sie hat, seitdem Herr Schmädeke dort Geschäftsführer ist, viel geleistet, auch im Hinblick auf Beschaffung von Ausbildungsplätzen übrigens, nicht nur von Arbeitsplätzen.

Nun komme ich zu einem anderen Punkt, den auch Herr Jäger angesprochen hat. Es hat mich besonders geärgert, aber Sie verfolgen das ja nun erst seit einem Jahr, insofern muß ich das auch verstehen. Sie sagen sinngemäß, wortwörtlich habe ich das nicht mitgeschrieben, daß das, was wir an Stelleneinsparungen uns vorgenommen haben, aufgehoben wird durch die Ausnahmen vom Einstellungsstopp.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Weitgehend!)

Ja, weitgehend!

Jetzt will ich Ihnen aber die Zahlen nennen, gut, aus der Zeit, in der Sie nicht dabei waren, aber auch

(C) da kann man ja Politik verfolgen. Wir haben 1981 31 245 Stellen im öffentlichen Dienst gehabt, Ende 1988 werden wir 27 404 haben. Also, meine Damen und Herren, das ist ein Stellenabbau von 3800. Das finden Sie in der Relation in keinem deutschen Bundesland, das finden Sie nirgends! Das war für die Betroffenen, das will ich hier eingestehen, auch äußerst schmerzlich. Wir konnten aber nicht anders handeln.

Es kommt hinzu, daß wir in der Projektion bis 1995 3600 weitere Stellen einsparen wollen. Heute morgen ist ja schon etwas zur Korrektur von Zielzahlen gesagt worden. Wir werden diese vielleicht auch nicht erreichen, haben ja auch nicht die Zahl erreicht bis 1988, die wir uns vorgenommen hatten, obwohl 3800, das kann sich ja schon sehen lassen. Wenn Sie das umrechnen, sind das 200 Millionen DM Lohn- und Gehaltskosten mehr pro Jahr, wenn wir das nicht gemacht hätten, ungefähr. Hier kann man uns nun wirklich nicht den Vorwurf machen, daß wir keine Haushaltskonsolidierung betreiben.

(D) Was natürlich für uns, gut, und das im Gegensatz vielleicht auch zu Freunden in anderen Ländern, nicht in Frage kam, war, einen Tarifabschluß zu unterschreiben und sich hinterher nicht daran zu halten. Das kam nicht in Frage. Wir wollen an dem Tarifabschluß nicht verdienen, aber wir wollen auch nicht zulegen. Trotzdem werden wir unsere Personalkostensteigerung im Zeitraum bis 1995 im großen und ganzen einhalten. Ob das 100 Millionen DM mehr oder weniger sind, das wird man dann sehen, aber die Einsparung ist doch beachtlich.

Nun komme ich zu der Frage der Unterstützung. Herr Metz, es ist richtig, daß es eine ganze Reihe, auch bei Herrn Neumann übrigens, von Einzelpunkten gegeben hat, wo wir gut zusammengearbeitet haben, aber ich muß doch einmal an die entscheidende Frage, da waren Sie noch im Bundestag, der letzten drei Jahre seit meinem Amtsantritt erinnern, das war die Klage in Karlsruhe. Da fragen Sie einmal Ihren Kollegen Klein, was wir uns hier im Parlament haben vorhalten lassen müssen mit dieser Klage, wie hochgesteckt das sei, wie illusorisch das sei, was wir dort an Klage eingereicht haben!

Das war in der Tat ein hohes Risiko, aber in der Situation, in der wir waren, mußten wir dieses Risiko eingehen, und am Ende, und das kann man nun wirklich in allen deutschen Zeitungen nachlesen, darüber ist ja damals überall berichtet worden, hat Bremen sich beim Bundesverfassungsgericht in nahezu allen Punkten durchgesetzt!

(Beifall bei der SPD)

Da sind wir schon mit gemischten Gefühlen hingefahren, als wir uns das Urteil abgeholt haben, weil man ja bei Gott und den Richtern nie weiß, wie man behandelt wird.

(Heiterkeit — Abg. Dr. Koring [SPD]:
Im Rathaus soll das auch so sein!)

(A) Bei beiden kann man nur hoffen und beten.

Das Interessante war, daß wir dies, Ihnen von der FDP kann ich das nicht vorwerfen, nun wirklich im Alleingang machen mußten, und auch danach hätte ich mir mehr Unterstützung gewünscht, ich sage das einmal so.

Jetzt stehen wir vor der nächsten Frage, und da darf ich mir eine Anregung erlauben, auch wenn das eigentlich für ein Senatsmitglied sich nicht gehört. Wir müssen in der nächsten Woche in den Bundesrat und um den Strukturfonds ringen. Ich bin Herrn Jäger sehr dankbar gewesen, habe ich aber auch schon einmal öffentlich gesagt, für seinen Einsatz. Das ist nichts Neues heute, daß ich ihm dafür dankbar war. In der nächsten Woche stehen wir vor der Situation, daß, natürlich gemischt, CDU und SPD, beim Geld die Freundschaft ja bekanntlich aufhört.

(Abg. Klein [CDU]: Eben!)

Natürlich, Herr Klein, habe ich nie bestritten! Ich war derjenige, der hier schon als Fraktionsvorsitzender die sozialliberale Koalition massiv kritisiert hat wegen der Vernachlässigung des Nordens.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dittbrenner [SPD]: Das ist zehn Jahre her!)

Das tue ich heute auch noch. Es war ein großer Fehler, das haben wir aber gemeinsam gemacht in der großen Koalition, diese Steuergesetzgebung zu ändern, aber wenn die sozialliberale Koalition Fehler gemacht hat, was ich hier überhaupt nicht bestreite, sondern im Gegenteil immer wieder beklage, dann heißt das doch nicht, daß Sie die gleichen Fehler wiederholen müssen. Sie wollten es doch besser machen, und deshalb denke ich jetzt an die Sitzung des Bundesrates in der nächsten Woche.

Es ist völlig klar, da hat Herr Jäger recht, da hatte die SPD nichts damit zu tun, da hatte die FDP nichts damit zu tun, die GRÜNEN hatten nichts damit zu tun, das war eine Frage des CDU-Präsidiums, was aus diesem Strukturfonds herauskommt, und da sind Länder arm gerechnet worden, die erstens reich sind und zweitens dies auch sagen.

Es wäre für mich und für Herrn Grobecker oder umgekehrt sehr hilfreich für die Debatte der nächsten Woche, wenn wir in Sachen Strukturfonds, ich sage einmal im Sinne von Herrn Jäger und Herrn Klatt, was er heute morgen gesagt hat, einen einstimmigen Beschluß als Rückenstärkung dieses Parlaments hinter uns hätten, das wäre sehr hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Da können wir, weil ich denke, wir sind doch einer Meinung, Gemeinsamkeit für Bremen über Parteigrenzen hinweg demonstrieren. Ich bin natürlich daran gehindert, einen solchen Antrag zu formulieren.

Jetzt zu der Frage, wenn Herr Dittbrenner sagt, acht Milliarden DM, beinahe hätte ich gesagt Millio-

nen, acht Milliarden DM Schuldenübernahme wäre eine Hilfe für das Land Bremen, und daran die Frage angeknüpft wird, ob das nicht das Eingeständnis sei, daß dieses Bundesland als selbständiges Bundesland nicht zu halten sei! Sie wissen, daß ich mit Herrn Stavenhagen das Thema auch schon diskutiert habe, das hat er ja auch gegenüber der Presse gesagt, also nicht dieses Thema konkret, aber das Thema Stadtstaaten, Aufgabenverteilung, Ausgabenverteilung und konkrete Hilfen für die Stadtstaaten, daß dies im nächsten Jahr in Bonn auch zum Thema wird hinter verschlossenen Türen zunächst. Eines ist völlig klar, und das gilt für Hamburg, wo die FDP mitregiert, ebenso wie für Bremen, wenn sich nichts tut in der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und insbesondere in der Finanzverteilung zu den Stadtstaaten hin, dann muß entschieden werden, ob die beiden Stadtstaaten im föderativen System der Bundesrepublik noch gewollt sind oder nicht. Das ist die Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Dann muß man das sagen!

Wenn der Bundestag, wenn die Bundesregierung, Bundesrat, wenn die gesetzgebenden Körperschaften sagen, wir wollen das nicht mehr, dann müssen sie entsprechende Schritte einleiten. Man kann aber nicht sagen, wir wollen die Stadtstaaten erhalten aus den vom Verfassungsgericht genannten Gründen, aber wir halten sie nicht lebensfähig, dann nützt auch der Vergleich mit Ihrer Familie nichts. Das Problem, wenn ich auf diesen Vergleich komme, ist, daß wir inzwischen, seit 1980 übrigens, bei Personalausgaben, bei konsumtiven Ausgaben so weit gekürzt haben, daß weitere Einsparungen über die April-Beschlüsse 1986 des Senats hinaus der bremischen Bevölkerung nicht mehr zuzumuten sind.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das trotzdem verlangt wird, dann verlange ich, daß Sie mir sagen, wo. Ich finde, da muß man konstruktiv sein, nicht nur über Müllabfuhr reden, das ist ja keine Einsparung, sondern muß man sagen, hier und da. Ich erlebe aber das Gegenteil. Ich erlebe von Herrn Metz, von Herrn Jäger die Warnungen, was die Ausgabenseite angeht, von Herrn Klein auch immer, aber Sie kennen das alte Spielchen, daß gleichzeitig natürlich, ob Kindergarten oder sonst etwas, andere in Ihrer Fraktion Mehrausgaben fordern, das ist konzeptionell nicht zusammenzubekommen. Aber bitte, wenn Sie meinen, wir geben zuviel aus, dann kommen Sie mit ganz konkreten Vorschlägen, die den Haushalt auch wirklich entlasten!

Auf Bundesebene müssen wir wohl gemeinsam die Frage vorantreiben, ob die Stadtstaaten noch gewollt sind oder nicht gewollt sind. So wie das zur Zeit dort gehandhabt wird und auch in anderen Ländern, ich spreche da auch eigene Freunde an, geht das mit den Stadtstaaten natürlich nicht weiter.

(A) Ich will Ihnen, Herr Jäger, noch etwas sagen zu den Ausgaben konsumtiver Art und zu der Steuerreform. Ich glaube nicht, daß die Steuermehreinnahmen dieses Jahres schon als Erfolg der Steuerreform verkauft werden können. Das müssen wir einmal abwarten.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Da sind die Wirtschaftsforscher aber völlig anderer Meinung!)

Das mag sein, Sie erlauben mir aber auch, eine andere Meinung zu haben! Warten wir einmal ab, der große Schwung der Steuerreform soll ja 1990 kommen, wir haben ja verschiedene Stufen, und die große Entlastung findet 1990 statt.

Wir gehen im Augenblick davon aus, daß wir dann 245 Millionen DM Mindereinnahmen haben, und ich verspreche Ihnen, daß ich hier alles, was ich zur Steuerreform jemals gesagt habe, zurücknehme, wenn diese 245 Millionen DM Mindereinnahmen nicht eintreten, dann bekenne ich, daß ich gefehlt habe. Aber auch das sagen viele, die sich mit dem Thema beschäftigen, übrigens auch CDU-regierte Länder, die haben ja die gleiche Rechnung, für Niedersachsen, Baden-Württemberg, fragen Sie einmal Herrn Rommel!

(Abg. J ä g e r [FDP]: Er sagt das, und er hat sich geirrt!)

(B) Fragen Sie überall, wo Sie dabei sind! Ob wir uns geirrt haben, wird sich 1990 herausstellen. Die Millionen, die jetzt an Steuermehreinnahmen zu verzeichnen sind, als Erfolg der Steuerreform zu verkaufen, ist voreilig. Ich glaube nicht, daß das funktioniert.

Ihnen, Herr Jäger, sei noch gesagt, daß unsere konsumtiven Ausgaben um jährlich, in der Planungsperiode jetzt, nur um 1,44 Prozent steigen. Das ist die geringste Steigerungsrate aller mittelfristigen Finanzplanungen. Es war auch 1980 bis 1986 so. Also, dies zeigt nun wirklich deutlich, daß wir nicht mehr einsparen können, als wir bis jetzt eingespart haben.

Meine Damen und Herren, noch zwei, drei Sätze zu einigen anderen Anmerkungen! Zur Universität habe ich schon etwas gesagt. Herr Metz, zum Strukturbeirat! Es ist ja das Bedauerliche, daß, wenn solche Ideen entwickelt werden, dies immer gleich verteufelt wird als sozialistisch oder ideologisch, wie auch immer.

(Abg. M e t z [CDU]: Aber das gibt es doch seit 60 Jahren!)

Ich will einmal über den Ansatz des Strukturbeirats reden und dann sagen, was wir jetzt gemacht haben. Klar muß uns allen doch sein, daß die Lage, in der wir sind, alle gemeinsam, ob Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Arbeitgeberseite, Politik oder andere, nur zu bewältigen ist, wenn wir so weit wie möglich, natürlich bleiben politische Auseinandersetzungen, bleiben unterschiedliche Einschätzungen

zwischen Arbeitgeberseite und Gewerkschaften, (C) zusammenarbeiten. Darum ist der Strukturbeirat diskutiert worden, um ein Gremium zu haben, das gemeinsam, und nicht nur immer über die Presse, sich Gedanken darüber macht, was man denn auch gemeinsam entwickeln kann.

Inzwischen, das wissen Sie vielleicht noch nicht, weil man es Ihnen nicht gesagt hat, gibt es zwar nicht den Strukturbeirat, weil das von der Arbeitgeberseite abgelehnt worden ist, aber wir sitzen an einem Tisch, und das war mir das Wichtige. Handelskammer, Industrie- und Handelskammer, der Präsident des Arbeitgeberverbandes, Angestelltenkammer, Arbeiterkammer, DGB Bremerhaven, DGB Bremen, Präsident des Senats sitzen inzwischen an einem Tisch und haben bereits ein Arbeitsprogramm, haben sich ganz konkrete Dinge vorgenommen, die sie in den nächsten Monaten beraten wollen. Also, wir sollten über Strukturbeirat nicht mehr reden, sondern wir sollten jetzt hilfreich sein für die, die da zusammensitzen und etwas zustandebringen wollen!

Meine Damen und Herren, was mich bei solchen Haushaltsdebatten oder auch anderen Debatten ärgert, ist nicht, daß wir hier die politische Auseinandersetzung führen, und Haushaltsberatungen sind immer dazu da, auch eine scharfe Klinge zu kreuzen, aber das, was in Bremen in den letzten drei Jahren an Zukunftsperspektiven für dieses Land entwickelt worden ist, verdient aufmerksam begleitet und unterstützt zu werden. Wir haben mit den Programmen, ich habe nur über eines geredet, es gibt andere, auch was die Kultur angeht, dazu hat aber der Fraktionsvorsitzende der SPD schon etwas gesagt, Vorstellungen entwickelt, um diesen Standort attraktiv zu machen. Viele Ansiedlungen haben bereits gezeigt, er ist attraktiv, und da bitte ich doch sehr darum, ein Vorkommnis oder eine Auseinandersetzung in Bremen nicht zu benutzen, um dieser Stadt die Attraktivität abzustreiten. (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich greife das letzte Wort von Bürgermeister Wedemeier, Zukunftsperspektive, unter Bezugnahme auf die Politik der SPD der letzten drei Jahre auf. Herr Bürgermeister, diese Haushaltsdebatte ist gekennzeichnet von einer bestürzenden Analyse der von der bremischen SPD zu verantwortenden finanziellen Situation Bremens, und aus Ihren eigenen Erklärungen, aus Ihrem Finanzplan ist nichts, aber auch gar nichts zu entnehmen, das Anlaß böte, von einer Zukunftsperspektive zu sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Zu meinem großen Bedauern zitiere ich Ihren eigenen Finanzplan. Sie sprechen dort zum Schluß von

(A) der „massiven Drohung des Verlustes der Handlungsfähigkeit“, und Sie sprechen dort von der „sich andauernd verschärfenden Haushaltsnotlage Bremens“. In einer solchen Situation, gestützt auf eine bestürzende Zahlenanalyse, ist es völlig unverständlich, daß Sie hier ohne substantiierte Begründung versuchen, eine Zukunftsperspektive an die Wand zu zaubern.

Die Analyse beweist — und ich will hier gar nicht das Bild vom Zentrum des Orkans bemühen —, daß sich die Talfahrt Bremens beschleunigt fortsetzt und daß die Talsohle nicht zu erkennen ist. Dies beweisen nicht nur Ihre eigenen Unterlagen, sondern auch die zitierten Erklärungen. Tatsache ist, daß die Zinsausgaben in Kürze die Milliardenangrenzlinie erreichen und damit die prognostizierte jährliche Neuverschuldung. Tatsache ist auch, daß Sie nach Ihrem eigenen Plan bereits im Jahr 1993 die Tilgung erheblich auf 43 Prozent des derzeitigen Anschlages reduzieren.

Meine Damen und Herren vom Senat, durch Ihr Verhalten bewahrheitet sich zu unserem großen Bedauern der Inhalt des Kabinettsbriefs des SPD-Finanzministers Posser aus Nordrhein-Westfalen von vor mehr als einem Jahr, der Bremens Situation allen Ernstes mit der finanziellen Situation Brasiliens und Mexikos verglich und die Kabinettskollegen in Nordrhein-Westfalen dringend davor warnte, nicht eine ähnliche Verschuldenspolitik zu betreiben. Sie haben die Grenze zum südamerikanischen finanzpolitischen Entwicklungsland erreicht, und wir werden sie überschreiten müssen, wenn es uns nicht im letzten Augenblick unter Aufbietung aller Kräfte gelingt, hier eine große Wende herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU)

Die Lage ist ferner gekennzeichnet durch den totalen Zusammenbruch der vom SPD-Senat aufgelegten langfristigen Globalplanung bis 1995, vor der Wahl ein großer Renner. Ich habe es noch einmal mit den Unterlagen ihrer Senatsklausur in Cuxhaven verglichen, es liegt ja alles schriftlich vor. Damals wollten Sie bei einer zu niedrigen Investitionsrate von zehn Prozent, 1995 eine Neuverschuldung von nur noch 460 Millionen DM erreichen. Nach Ihren neuesten Unterlagen erreichen Sie 1995 eine Neuverschuldung von 1,4 Milliarden DM, dreimal so viel und eine noch niedrigere Investitionsrate, Herr Grobecker, nämlich von nur noch 9,9 Prozent. Damit können Sie kein wirtschaftsförderndes Feuerchen mehr entfachen. Das sind die Unterlagen Ihrer eigenen Klausur, und daß Sie auf Personalfragen ausgewichen sind, liegt auf der Hand, der Sache gegenüber konnten Sie sich überhaupt nicht mehr rechtfertigen.

(Beifall bei der CDU)

Die Lage ist schließlich gekennzeichnet durch ein fatales Eingeständnis der SPD, keine Perspektive bieten zu können. Die Sache mit den acht Milliarden DM muß man ja ernst nehmen. Es fehlt aber der Anspruch, daß acht Milliarden DM Bremen vorentthal-

ten worden seien. Das hat selbst Dittbrenner sich nicht getraut, öffentlich zu erklären. Solange er das nicht erklärt, und er kann es nun wirklich nicht, ein bißchen Realitätsbewußtsein muß ja in jedem Politiker noch vorhanden sein, solange er das nicht erklären kann, räumt er ein, daß ein Geschenk von acht Milliarden DM nichts anderes ist als die eigene politische Bankrotterklärung.

(Beifall bei der CDU)

Eine Erklärung, die beweist, daß man sich von der Politik als der Möglichkeit der Gestaltung des Schicksals der Bürger letztlich verabschiedet hat!

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auch etwas Positives anmerken. Ich habe mich sehr über die Rede von Herrn Klatt gefreut, in der Mitte enthielt sie einige starke Passagen. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß das Durcheinander innerhalb der SPD — und Sie werden das sicherlich nicht als eine Abwertung empfinden, sondern als eine sachliche Feststellung — auch etwas Gutes hat. Wie es so ist, es gibt immer zwei Seiten einer Medaille. Unabhängige Köpfe wagen, sich öffentlich zu äußern, und, Herr Klatt, Sie sind der zweite gewesen, den ich in der letzten Zeit kennengelernt habe. Hoffentlich werden es mehrere!

(Beifall bei der CDU)

Das Aufbrechen des Frustes dient dem Gemeinwohl, und deswegen sollte man solche Bemühungen stützen jenseits aller Parteipolitik!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben ja recht, Herr Klatt, das, was sich mit der Klinik St. Jürgen abgespielt hat, daß es jetzt plötzlich möglich ist, die nicht funktionsgerechten Altbauten in einer Größenordnung von 27 Millionen DM zu sanieren, nachgereicht dem Haushaltsausschuß, der konnte es in seiner normalen Haushaltsberatung noch gar nicht behandeln, oder daß es möglich ist, die uralten Forderungen der CDU in Richtung auf bessere Ausstattung der Polizei in einem Sonderprogramm, nachgereicht dem Haushaltsausschuß, zu erfüllen, ist natürlich eine Angelegenheit, die wir alle gemeinsam hätten vermeiden können, wenn wir die Wirklichkeit ernster genommen hätten.

Wenn die alten Forderungen — zum Beispiel die Forderung von Frau Hänecke, die nicht funktionsgerechten Altbauten im Klinikum St. Jürgen rechtzeitig zu sanieren — hier nicht abgeblockt worden wären, dann hätte es anders ausgesehen. Die hygienischen Mißstände wären früher beseitigt worden und wären nicht weiter gewuchert. Ich war selbst über das Ausmaß der Beschwerden, der Klagen über diese Mißstände in den Krankenhausakten und in den Akten der Gesundheitsbehörde überrascht. Daß es dann eben doch Ausschüsse gibt, die so etwas in die Öffentlichkeit tragen, ist so etwas wie die letzte Rettung des Parlamentarismus. Aber der Normalfall ist es nicht!

(C)

(D)

(A) Der Normalfall ist, daß die Abgeordneten selbst wissen, was Sache ist, und daß sie im richtigen Augenblick das Richtige tun. Dann wäre sehr viel Unbill von Bremen und von den bremischen Bürgern abgehalten worden, davon bin ich fest überzeugt!

(Beifall bei der CDU)

Daß Sie das in Ihrer eigenen Weise so mutig gesagt haben, das verdient meinen Respekt, und den möchte ich Ihnen, und ich glaube, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, zollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein Wort zu Herrn Grobecker, Verschuldungsgrenze! Herr Grobecker, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt, ich muß es wiederholen. Seit 1981 überschreiten Sie mit Ihren Haushaltsentwürfen — und Sie sind da in der Kontinuität Ihrer Vorgänger — die Bruttoinvestitionsgrenze als Verschuldungsgrenze. Das ist die Regel. Ich verweise darauf, daß sich Ihr Kollege in Niedersachsen, der dort Ministerpräsident werden will, in einer Drucksache, die ich Ihnen zeigen kann, bitter darüber beklagt, daß die von der CDU getragene niedersächsische Landesregierung in die Nähe der Nettoinvestitionsgrenze, also der eigenfinanzierten Investitionen, mit ihrer Verschuldung kommt. Er will den Staatsgerichtshof in Bückeburg alarmieren. Nehmen Sie sich ein Beispiel an SPD-Kandidaten in der Opposition,

(B)

(Bürgermeister Wedemeier: Nein!)

dann kommen Sie wenigstens von der Regel des dauernden Überschreitens der Verschuldungsgrenze weg!

(Beifall bei der CDU)

Eine Ausnahme können Sie nur — auch gilt das für Sie, Herr Bürgermeister Wedemeier — begründen, wenn Sie die Chance durch Politik substantiieren, daß Sie einen Wandel herbeiführen. Aber Sie machen einfach auf dem Weg nach unten weiter, machen aus der Ausnahme die Regel, ohne strukturverbessernde Erfolge aufweisen zu können, die dann wieder das Einhalten der Verschuldungsgrenze ermöglichen würden. Das ist genau das, was die Verfassung nicht will, und ich bin davon überzeugt, das würde auch ein Verfassungsgericht nicht mitmachen.

(Bürgermeister Wedemeier: Das petze ich Albrecht!)

Meine Damen und Herren, es ist darüber hinaus zu berücksichtigen, daß in dieser Klausur des Senats in Cuxhaven erneut versucht worden ist, mangels eigener Perspektive, mangels eigener wesentlicher Konzeption der Abhilfe, die Bundesregierung, die CDU/CSU und damit natürlich auch die FDP als Ko-

alitionspartner für die bremische Misere allein verantwortlich zu machen. Selbst der Herr Finanzsenator hat es heute noch einmal in seiner Rede versucht. Er spricht vom Kartell der Bundesregierung beim Finanzausgleichsgesetz, und er spricht von Machtmißbrauch im Zusammenhang mit dem Strukturfondsgesetz.

(C)

(Bürgermeister Wedemeier: Das hat sogar Herr Jäger kritisiert!)

Es ist alles falsch, und ich weise es erneut zurück. Ich werde das immer wieder tun, weil ich auch hier an die Kategorie der Wiederholung als Glaubwürdigkeitsvermittlung denke, wenn man recht hat und wenn man weiß, daß der Sachverhalt dafür spricht.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dittbrenner [SPD]: Das gilt für Sie aber auch!)

Es ist die Wahrheit, daß in beiden Gesetzesberatungen des Bundesrates die SPD-Länder gegen Bremen gestimmt haben. Es ist die Wahrheit, daß Schleswig-Holstein, Saarland und NRW für diese Strukturmittelverteilung gestimmt haben. 1,3 Milliarden DM gehen allein — das ist mehr als die Hälfte — an die SPD-Länder. Es ist wahr, daß Sie für die Einwohnerwertung von 163 Prozent im Bundesrat außerhalb Bremens keine einzige Stimme gefunden haben.

(Bürgermeister Wedemeier: Hamburg!)

(D)

Sie haben noch nicht einmal in Hamburg die Stimme gefunden, Hamburg war für 150 Prozent. Es ist wahr, daß die eigene Bundestagsfraktion äußerstenfalls auf 145 Prozent gehen wollte. Schminken Sie sich doch bitte diese illusionären Erwartungen ab, damit wir zu einem realistischen Kurs der Analyse und der Diagnose kommen! Allein ein solcher Kurs ist eine Möglichkeit, eine Therapie zu begründen.

(Beifall bei der CDU — Zurufe)

Dann komme ich natürlich auf dieses Angebot zurück, Herr Wedemeier! Wir haben das gehört.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Das ist doch gut! — Abg. Metz [CDU]: Ja, das haben wir auch immer gesagt!)

Irgendeiner spricht von Konsens, den brauchen wir. Sie haben es in Ihrer Rede erwähnt, Herr Grobecker, obwohl Sie den Machtmißbrauch ebenfalls wieder gegeißelt haben, der ja gar nicht vorhanden ist.

Sie, Herr Wedemeier, haben jetzt in einer erstaunlich zurückhaltenden Rede eine Unterstützung durch die CDU/CSU, vor allen Dingen durch die CDU-Bürgerschaftsfraktion in Sachen Strukturmittelverteilung, darf ich das so sagen, erbeten. In der Sache ist es doch so: Wir haben hier von Anfang an, und ich durfte das für die Fraktion sagen, die Verteilung kritisiert. Sie ist deswegen ungerecht, weil der

(A) ursprüngliche Wille, auch von Albrecht, das Süd-Nord-Gefälle auszugleichen, völlig umgekehrt worden ist.

Wir haben jetzt eine Strukturmittelverteilung, die dafür Sorge trägt, daß auch in den Regionen besser finanzierter Länder Strukturängel ausgeglichen werden sollen. Das ist in der Tat eine andere politische Zwecksetzung als die, die wir verfolgt haben. Wir sind selbstverständlich dafür, in Konsequenz dieser unserer Aussage eine entsprechende sachliche Unterstützung zu gewähren. Ich bin sicher, ohne daß wir das jetzt noch im einzelnen formalisieren konnten, daß ich da die volle Unterstützung der CDU-Bürgerschaftsfraktion habe.

Aber eines geht natürlich nur! Wenn wir gemeinsam marschieren, dürfen wir uns auf dem Marsch nicht gemeinsam von hinten in die Hacken treten — darf ich das einmal so kurz sagen —, sondern gemeinsam marschieren bedeutet Kooperation, bedeutet, daß man sich dem Marsch entsprechend verhält. Da müssen die Hackentreter außen vor bleiben. Hackentreter können wir im Interesse Bremens nicht gebrauchen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Entschuldigen Sie dieses improvisierte Beispiel! Es sollte nicht militaristisch klingen, aber ich glaube, ich habe mich verständlich gemacht. Das, was Reinhard Metz heute morgen völlig zu Recht gesagt hat, wir sind nicht die Kulis der SPD, wir sind nicht die Kulis des Senats, ist eine wohlverstandene, sachlich begründete, politische Aussage. Wenn Sie das respektieren und wir dann noch, was die Verteilung der Strukturmittel angeht, einig sind, dann habe ich keine Bedenken, daß wir in einer größeren Einheit in die richtige Richtung marschieren und dabei auch entsprechende Erfolge erzielen werden. Wollen wir das einmal als eine gute Zwischenbilanz, als ein gutes Zwischenergebnis dieser Haushaltsberatung annehmen!

(Beifall bei der CDU — Abg. Dittbrenner [SPD]: Das ist ja mehr, als man erwarten durfte! Donnerwetter, Herr Klein, da muß ich Sie loben! — Abg. Metz [CDU]: Nicht provozieren lassen, wir haben keine Zeit mehr!)

Meine Damen und Herren, Herr Dittbrenner, es ist ja der Sinn einer solchen Debatte, daß man sich in der Sache nähert! Wenn Sie als weiteres Ergebnis der Debatte Ihren abenteuerlichen apolitischen Versuch mit den acht Milliarden DM noch einmal überdenken würden, wäre mir auch im Interesse der bremischen Zukunft wohlher!

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Wir können über sieben Milliarden reden!)

(C) Das möchte ich dieser ehrwürdigen alten freien Stadt nicht antun, daß wir uns hier mit Mexiko-City vergleichen müssen.

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Das haben Sie doch getan!)

Verstehen Sie? Ohne Weltbank und ohne alles das, was man für Entwicklungsländer auch im Interesse ihrer Ideologie letztlich tun muß! Dieses Schicksal gönne ich Ihnen allenfalls nur dann, wenn Sie sich auch mit Ihrer Gruppierung entsprechend umsiedeln, aber nicht in Bremen als wesentlicher Bestandteil unserer Politik.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dittbrenner [SPD]: Lassen Sie Dr. Siegel da heraus!)

Wir sind ein Glied einer prosperierenden Föderation der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik hat hervorragende wirtschafts- und finanz- und sozialpolitische Kennzahlen. Wir haben in den letzten Jahren eine reale Steigerung des Masseneinkommens von sage und schreibe 12 Prozent. Alle Kommunen, ich habe die Liste hier, haben reale Wachstumssteigerungen, die die Einbußen der Steuerreform vergessen lassen. Die Steuerreform war die große Anregung wirtschaftlichen Erfolges und einer damit verbundenen Stärkung der Steuerkraft. Das können Sie alles nicht wegreden.

(D) In einer solchen Föderation wollen wir auch in Bremen prosperieren. Wenn Sie die Politik entsprechend unseren Vorstellungen gestalten, dann wird uns das gemeinsam gelingen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Wir befinden uns in der Grundsatzdebatte und wollen an die Grundsatzdebatte dann Bremerhaven/Bremen anschließen.

(Abg. Jäger [FDP]: Das geht jetzt nicht zu Lasten meiner Zeit, Herr Präsident?)

Nein! — Bitte, Herr Jäger!

Abg. Jäger (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wedemeier, ich will zeitnah versuchen, auf Ihre Ausführungen kurz zu replizieren. Sie haben gesagt, ich hätte —.

(Unruhe — Glocke — Zuruf von Bürgermeister Wedemeier)

Ja, das ist sicher ein Glück, Herr Wedemeier, das Sie gerade in Ihrer Situation gebrauchen können.

(Vizepräsident Frau Leinemann übernimmt den Vorsitz.)

(A) Sie haben gesagt, ich hätte mich nicht zu den Einnahmen, sondern zu den Ausgaben geäußert. Ich glaube, das haben Sie völlig mißverstanden.

Selbstverständlich, ich habe es hier doch ganz eindeutig bekannt, ist dies ohne eine nachhaltige Verstärkung der Einnahmesituation und durch Hilfe von außen überhaupt nicht zu reparieren. Aber wir reden über einen Haushalt, den Sie zu verantworten haben, und insbesondere über die laufende Situation. In dem Zusammenhang habe ich gesagt, Ihr Stelleneinsparungskonzept, dieser Versuch, alle gleich zu behandeln, den Sie dann selbst wieder unterlaufen müssen, weil Ausnahmen zwingend genommen werden müssen, da die Stellen nicht dort freiwerden, wo sie freiwerden sollten, führt sich mit jedem weiteren Jahr selbst ad absurdum. Das ist das, was wir jetzt haben.

Ich bestreite gar nicht, daß die Einsparung der 3800 Stellen eine unerhörte Kraftanstrengung war. Das habe ich in keiner Weise in Abrede gestellt, nur, Sie kommen jetzt in die Situation, daß das nicht mehr greift. Deshalb müssen wir permanent Ausnahmen vom Stellenstopp bewilligen. Ich habe Ihnen als Alternative das aufgezeigt, was Sie ja faktisch bereits tun, nämlich Gutachten, Planungen und so weiter an freie Träger vergeben, weil die Verwaltung es nicht mehr schafft. Machen Sie ernst damit! Ziehen Sie die Konsequenzen daraus und verzichten Sie auf diese Teile der Verwaltung, Stadtplanungsamt, Hochbauamt!

(B) Ich habe das Beispiel der bauenden Ämter im Hafenbereich genannt. Dazu haben Sie nichts gesagt. Sie haben sich statt dessen dieses wohlfeile Beispiel der Müllabfuhr vorgenommen, und jetzt will ich dazu auch noch einmal etwas ausführen.

Herr Wedemeier, Sie haben mir vorgehalten —

(Zuruf von Bürgermeister W e d e m e i e r)

ja, ich gehe gern darauf ein —, daß man durch Privatisierung der Müllabfuhr keinen Haushalt entlastet. Völlig klar, man entlastet keinen Haushalt, weil der Bereich Müllabfuhr einen eigenständigen Haushalt, einen Gebührenhaushalt bildet. Gleichfalls haben Sie sich aber unter großem Beifall Ihrer Mehrheitsfraktion dann hingestellt und haben gesagt, wir werden keine Privatisierung zulassen, damit der bremische Haushalt nicht auf Kosten der Arbeitnehmer entlastet wird. Das machen wir nicht mit. Mit diesem Argument haben Sie sich sozusagen selbst widerlegt. Aber eines ist natürlich bei der Müllabfuhr richtig: Führt man sie kostengünstiger durch, entlastet das die Abgabeverpflichtung der Bürger dieses Landes insgesamt.

Es liegt uns hier eine Gebührenerhöhung vor, die eklatant ausfällt. Nach unserer Überzeugung — ich werde Ihnen das an dieser Stelle gleich mitteilen — ist die Erhöhung in keiner Weise ausreichend begründet. Wenn Sie das machen würden, was Ihnen reihenweise Gebietskörperschaften, zu einem sehr großen Teil unter sozialdemokratischer Regierung,

vorexerzieren, nämlich den Müll kostengünstig durch beauftragte Unternehmen beseitigen zu lassen, auf diesem Gebiet gibt es eine Fülle von Konstruktionen, dann könnte man zu einer Entlastung der Aufgaben kommen und insofern insgesamt mitteilbar zu einer Standortverbesserung.

Dann noch ein Wort zu den Stadtstaaten, den Wunschkindern der Verfassung! Ich finde das gut, daß das Bundesverfassungsgericht das festgestellt hat, weil ich als Bremer Bürger weiterhin gern in einem selbständigen Bremen wohnen will, leben will. Aber, Herr Dittbrenner, ich glaube, Sie haben gesagt, Bremen und Hamburg seien gleichermaßen am Ende, und es müsse daher die Aktion der Haushaltsentlastung durch den großen Schuldenerlaß für beide greifen. Wenn Sie das fordern, dann garantiere ich Ihnen, daß Sie diese Forderung für Bremen vergessen können. Kommt es so, das Saarland ist ja in einer ähnlichen Situation, daß nahezu alle, die mit dem Haushalt Schwierigkeiten haben, sagen, nun wollen wir einmal unisono das dem großen Bund aufhalsen, dann wird nicht nur der Bund, sondern dann wird auch die Gemeinsamkeit aller Länder dafür sorgen, daß das nicht passiert. Deshalb müssen Sie die gravierenden Unterschiede herausarbeiten, die zwischen Hamburg und Bremen bestehen, Herr Grobeker, und sie bestehen natürlich.

Sieht man sich den Haushalt Ihres Hamburger Kollegen an, sieht man sich die Wirtschaftskraft Hamburgs an, das gesamte Volumen, das dort pro Kopf der Bevölkerung bewegt wird, dann ist Hamburg in einer ungleich besseren Situation. Weil Hamburg in einer ungleich besseren Situation ist, hat natürlich auch die Forderung der Einwohnerwertungserhöhung — so sehr sie etwas für uns bringen würde, sie wäre der größte Entlastungsbrocken — praktisch keine Aussicht, durchgesetzt zu werden. Das ist doch die Situation!

Hamburg ist als Partner und Stadtstaat sehr viel stärker als Bremen, so daß man sich hüten sollte, solche Vergleiche anzustellen. Bremen hat hier nur eine Chance, wenn es exzeptionell seinen Status herausstellt, und das kann es, Herr Wedemeier, das kann es! Die Lage ist in Bremen sehr viel schlimmer als irgendwo sonst, Bremen ist annähernd nur noch mit dem Saarland vergleichbar.

Sie haben noch einmal an die Gemeinsamkeit appelliert. Ich habe Ihnen schon vorher gesagt, daß wir dazu jeder Zeit bereit sind. Ich habe Ihren moderaten Ton, mit dem Sie auch an die CDU herangetreten sind, aufgegriffen. Ich wünsche ihnen nur, daß Sie in derselben Weise, wie Sie es heute in Ihrem Debattenbeitrag zum Ausdruck gebracht haben, auch bei anderer Gelegenheit verfahren. Das, was Sie in der Debatte vor zwei Tagen geäußert haben, indem Sie praktisch der gesamten Opposition jeden konstruktiven Beitrag abgesprochen haben, ist nicht der Weg, Mitstreiter dafür zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Chance, Herr Wedemeier, die Gemeinsamkeit der Kollegen in diesem Haus dafür zu gewinnen, draußen gemein-

(C)

(D)

(A) sam für Bremen zu streiten. Geben Sie sich und geben Sie uns die Chance, die Hindernisse, die uns permanent entgegengehalten werden und Ihnen ja auch, aus dem Wege zu räumen. Dann haben Sie den Beitrag geleistet, der Ihres Amtes ist. Dann können wir auch gemeinsam etwas durchsetzen. — Danke sehr!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frau Leinemann: Weitere Wortmeldungen zum Komplex der allgemeinen Aussprache liegen nicht vor. Zum Thema Bremerhaven hat sich als erster der Abgeordnete Sygusch, Fraktion DIE GRÜNEN gemeldet. Bevor ich dem Abgeordneten Sygusch das Wort erteile, bitte ich darum, daß die Scherben weggeräumt werden, ich habe ein bißchen Angst, daß sich jemand verletzt.

Das Wort hat der Abgeordnete Sygusch.

Abg. **Sygusch** (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dem innerbremischen Finanzausgleich war es schon sehr interessant, die Reaktionen von SPD, CDU und FDP zu beobachten, die Anfang November, nach der Bekanntgabe des innerbremischen Finanzausgleichs, in der Lokalpresse zu lesen waren. Bei der SPD gab es fast euphorische Zustimmung. Man wartete jeden Tag auf den Vorschlag, daß Finanzsenator Grobecker jetzt in einer Sänfte über den Bremerhavener Weihnachtsmarkt getragen werden sollte, damit die Bürgerinnen und Bürger ihn angemessen feiern konnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden dem Gesetz über den innerbremischen Finanzausgleich zustimmen. Wir sagen, es ist ein überfälliges, ein gutes Gesetz, aber wir können ihm nicht euphorisch zustimmen, sondern wir sehen auch Bereiche darin, die wir problematisieren wollen. Dies werde ich im Verlauf der Rede tun, und dann erklärt sich auch, warum wir ihm nicht vorbehaltlos, ohne etwas dazu zu sagen, zustimmen können.

Bei CDU und FDP war so eine Art Urheberstreit zu beobachten, beide reklamierten für sich, jahrelang genau das gefordert zu haben, was jetzt im innerbremischen Finanzausgleich verwirklicht wird. Wir denken, das war sicher so, aber es bringt uns hier nicht weiter, wenn wir in einen Urheberstreit eintreten. Würden wir in einen Urheberstreit eintreten, müßte ich das gleiche jetzt im Hinblick auf die Vorschläge tun, die Herr Dittbrenner heute morgen hier in bezug auf den Bundesfinanzausgleich gemacht hat, denn es waren DIE GRÜNEN, die seit 1984 in diesem Haus gesagt haben, ohne Hilfe von außen, ohne Hilfe aus Bonn wird es zu keiner Konsolidierung in Bremen kommen, wird es nicht die Möglichkeit geben, in Bremen neu anfangen zu können.

Ich will beides lassen und statt dessen jetzt zu einer qualitativen Analyse des innerbremischen Finanz-

ausgleichs kommen. Vorab will ich nur noch eine kritische Frage stellen: Warum war dieser innerbremische Finanzausgleich nicht früher möglich? Mein Kollege Manfred Schramm und ich haben doch geraume Zeit vor der Bekanntgabe des Ergebnisses des innerbremischen Finanzausgleichs, nämlich am 26. 9., an die Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven aus allen Fraktionen einen Brief geschrieben — ich darf daraus zitieren —:

„Uns Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordnete der Partei DIE GRÜNEN berührt es nun höchst seltsam, daß das Land Bremen beim Bundesverfassungsgericht auf Gleichbehandlung beim Länderfinanzausgleich klagt und gleichzeitig und seit längerer Zeit die Stadtgemeinde Bremerhaven beim innerbremischen Finanzausgleich nachdrücklich benachteiligt.“

Insofern muß schon die kritische Frage erlaubt sein: Wäre der innerbremische Finanzausgleich auch dann gekommen, wenn das Land Bremen nicht vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts Klage eingereicht hätte? Ich vermute, leider nein! Es ist schade, daß der innerbremische Finanzausgleich erst jetzt kommt, denn die Stadt Bremerhaven befindet sich schon seit geraumer Zeit in einer verzweiferten Haushaltslage, die dieses Gesetz notwendig macht.

Bei der Analyse des innerbremischen Finanzausgleichs kann ich viele Punkte wirklich schnell abhandeln, weil wir ihnen vorbehaltlos zustimmen können, weil wir der Auffassung sind, es ist in seiner Struktur ein gutes Gesetz, ein überfälliges Gesetz. Es wäre schön gewesen, wenn es früher gekommen wäre, aber nichtsdestoweniger beinhaltet es eine Reihe von sehr guten Elementen. Ich führe es nur schlagwortartig und abgekürzt an.

Alles, was sich unter dem Aspekt gerechte Einwohnerwertung im innerbremischen Finanzausgleich widerspiegelt, findet unsere Zustimmung. Alles, was sich unter dem Thema verbesserte Instrumente zur Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen darstellt, auch eine gerechtere Stellung von Bremerhaven, sogar eine gewisse Bevorteilung von Bremerhaven, wenn ein Viertel der Mittel an die Unterweser geht, begrüßen wir ausdrücklich und halten wir angesichts der Finanzlage in Bremerhaven für dringend geboten.

Wir begrüßen auch die Übernahme der Kosten im Bereich — jetzt wieder nur stichwortartig gesagt — Polizei und Lehrer, hundertprozentige Übernahme der Personalkosten, auch der konsumtiven Sachkosten, und bei der Polizei eine fünfunddreißigprozentige Investitionspauschale, im Schulbereich von 27,5 Prozent. All das ist angesichts der Haushaltslage in Bremerhaven überfällig und dringend geboten, nichtsdestoweniger begrüßen wir es und stimmen dem zu.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, an dem man doch etwas problematisieren muß, denn im Zusammenhang mit der zweiten Lesung werden wir uns hier ganz sicher mit der Verabschiedung der Veränderungen der Landeshaushaltsordnung beschäftigen

- (A) müssen. Wir sehen es schon ein bißchen kritisch, wenn der Paragraph 118 der Landeshaushaltsordnung durch das Einfügen eines neuen Absatzes 4 a verändert werden wird, denn es muß sich erst mittelfristig zeigen, zu welchen Auswirkungen dieser neue Absatz 4 a führen wird.

In diesem Abschnitt geht es bekanntlich um die Genehmigungen des Landes im Hinblick auf Kredite und Ermächtigungen, die nur unter bestimmten Bedingungen und Auflagen gegeben werden. Diese Auflagen definiert natürlich das Land. Ich habe die Befürchtung, daß sich dieser neue Absatz 4 a des Paragraphen 118 der Landeshaushaltsordnung mittelfristig zu einer Knebelungsmöglichkeit Bremens gegenüber Bremerhaven entwickeln kann. Ich stelle mir vor, daß er immer ein Hekel bleiben wird, mit dem Bremen sagen kann, wenn ihr in bestimmten Punkten nicht so wollt, wie wir es wollen, dann bitte schön, verweisen wir darauf und stimmen dem Bremerhavener Investitionsteil mit Hinweis auf diesen Paragraphen nicht zu.

Wir können uns auch mittelfristig vorstellen — obwohl gerade bei der Kostenübernahme für die Polizei und den Bereich der Lehrer ausdrücklich gesagt ist, daß das Bremische Polizeigesetz und das Schulverwaltungsgesetz nicht geändert werden sollen —, daß mit einem Blick auf Bremen gesagt wird, Bremerhaven habe eine ganz andere Struktur, investiv nehme es sich ganz andere Maßnahmen vor, wir möchten das nicht, wir möchten eine Novellierung haben, wir möchten eine Angleichung an bremische Verhältnisse, auch wenn in Bremerhaven ganz andere Bedürfnisse vorliegen. Wir denken, der Paragraph 118 der Landeshaushaltsordnung kann dann ganz schnell benutzt werden, um Bremerhaven in diesem Bereich in den Griff zu bekommen.

- (B) Diese zarten Ansätze zeigen sich ja schon bei Vorschlägen, die jetzt von der FDP im Hinblick auf die Lehrerfortbildung kommen. Es soll zu einer gewissen Zentrierung auf Bremen kommen, so daß die Eigenständigkeit Bremerhavens schrittweise eingeschränkt wird.

Zu einem weiteren Bereich besteht Aufklärungsbedarf, nicht unbedingt im Zusammenhang mit dem Gesetz, aber grundsätzlicher Aufklärungsbedarf: In Bremen existiert bekanntlich die „Arbeitsgruppe Perspektivplanung bis 1995“. Sie hat die Vorgabe, gerade auch für den Haushalt 1989 im Personalbereich, im sächlichen Bereich eine Million DM global einzusparen. Hier besteht Aufklärungsbedarf, weil bis heute dem Haushaltsausschuß in Bremerhaven nichts vorgelegt worden ist. Insofern müssen wir schon fragen, wann die Inhalte vorgelegt werden, denn dieser Bereich ist sicher auch von der Bremerhavener Seite zustimmungsbedürftig.

Wir können aber auch, und das ist jetzt wieder im Hinblick auf Bremerhaven, verstehen, warum Bremen und auch der Senat darauf gedrungen haben, diesen Paragraphen 118 der Landeshaushaltsordnung zu verändern. Bei diesem Bremerhavener Magistrat und bei seiner Verschuldungspolitik in der

Vergangenheit ist es natürlich nur allzu verständlich, daß von Bremer Seite jetzt eine Art Bremsmoment eingebaut werden soll.

(C)

Im übrigen erzählt man sich zur Zeit in Bremerhaven die Geschichte, daß Finanzsenator Grobecker im Rahmen der Verhandlungen um den innerbremischen Finanzausgleich Oberbürgermeister Willms dezent zum Rücktritt aufgefordert und ihm nahegelegt haben soll, mit diesem Erfolg, mit diesem Quasihöhepunkt, doch seine politische Karriere zu beenden. Herr Willms ist bisher nicht darauf eingegangen. Wer seinen Rücktritt angekündigt hat, ist bekanntlich Herr von Hassel, einer der wenigen in diesem hauptamtlichen Magistrat, von dem ich doch sagen möchte, man muß ihm in gewissen Fragen eine gewisse Offenheit bescheinigen.

Ich komme zum Bereich Entschuldung, der bei der Veröffentlichung des innerbremischen Finanzausgleichs als die Schlagzeile der „Nordsee-Zeitung“ in Bremerhaven aufgemacht wurde: „Bremerhaven ist ein Drittel seiner Schulden los.“ Wenn man dies auf einen Privathaushalt überträgt, Sie haben sich ein Haus gekauft, man hat sich bei dem Kauf eines Autos vielleicht finanziell übernommen, und man erfährt, man ist ein Drittel seiner Schulden los, dann ist das natürlich eine großartige Sache. Nun verhält es sich bei der Verschuldung von Kommunen natürlich ein bißchen anders!

Natürlich ist es auf der einen Seite sehr erfreulich, daß die Zinslast um 40 Millionen DM sinkt. Dies ist sehr notwendig und auch sehr erfreulich für Bremerhaven! Nur, auf der anderen Seite sind zwei Dinge faktisch durch die Entschuldung in diesem Rahmen nicht verändert worden. Der erste Fakt ist: Bremerhaven bleibt die am höchsten verschuldete Kommune der Bundesrepublik. Daraus läßt sich haushaltspolitisch ableiten, daß der Spielraum für Bremerhaven immer noch extrem gering ist.

(D)

Der zweite Punkt ist, und da führe ich jetzt nicht meine eigenen Argumente ins Feld, sondern das, was Heinz Brand, bekanntlich Stadtkämmerer in Bremerhaven, im Haushaltsausschuß gesagt hat, es geht um die Mittelfristigkeit dieses Gesetzes, Heinz Brand hat gesagt: Die Entschuldung von 600 Millionen DM und damit die Entlastung von 40 Millionen DM für den Haushalt pro Jahr helfe Bremerhaven vielleicht für fünf Jahre. Vielleicht für fünf Jahre!

Vielleicht für fünf Jahre, weil auf der anderen Seite bekanntlich die Sozialhilfekosten und die Leistungen, die zum Glück nicht durch Sparmaßnahmen reduziert werden können, weiter bestehenbleiben! Insofern sagt der Stadtkämmerer und Bürgermeister selbst, dieses Gesetz helfe für fünf Jahre. An dieser Stelle setzt auch einer unserer Hauptkritikpunkte an. Es ist nämlich wirklich ein bißchen so, das sollte eben wieder in Abrede gestellt werden, wie bei den Entwicklungsländern. Einerseits findet eine teilweise Entschuldung statt, andererseits werden keine

- (A) Mittel für ein beschäftigungswirksames Investitionsprogramm zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von Senator Beckmeyer)

Das ist der Hauptkritikpunkt, den wir hier einbringen! Die Entschuldung ist gut, soweit sie jetzt erfolgt ist, überfällig. Sie ist gut von der Struktur her, aber es bleiben keine Mittel, um jetzt praktisch Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, um ein beschäftigungswirksames Investitionsprogramm auflegen zu können.

Der Senator hat eben einen Einwurf gemacht, ich glaube, er bezog sich, und das wird auch von sozialdemokratischer Seite jetzt sicher mitgedacht, auf das aufgelegte wirtschaftsstrukturpolitische Aktionsprogramm 1995, von dem sich Sozialdemokraten einen Beschäftigungseffekt erhoffen oder erhofften. Nur, in diesem Punkt sind wir uns in unserer Kritik mit dem DGB in Bremerhaven einig, das WAP läuft letztlich seit 1984, die Arbeitslosenquote ist aber bei 16 Prozent geblieben, eher in diesem Zeitraum noch gestiegen —

(Abg. Jungclaus [FDP]: Sehr erfreulich!)

nein, das ist sehr traurig! —, das heißt, eine Beschäftigungswirksamkeit ist bei den jetzigen Maßnahmen des WAP leider nicht wahrzunehmen, und ich möchte auch sagen warum.

- (B) Zum einen Teil sind es sicher gutgemeinte Institutsgründungen, von denen man sich eine strukturelle, mittelfristige Veränderung der Wirtschaftssituation erhofft, man ist der Auffassung, im Prinzip Hoffnung, dieser Teil des WAP werde erst später greifen. Das sei zugestanden. Aber wenn man sich das WAP gerade für 1989 qualitativ anschaut und es qualitativ analysiert, dann ist es doch schon sehr seltsam, daß 54 Prozent der Mittel in den Straßenbau gehen. Das sind bekanntlich keine Mittel, die nachhaltig beschäftigungswirksam sein werden.

Zum anderen sind es auch einige Klöpse, ich will das nicht weiter ausdehnen, es ist hier nicht der Ort, und ich habe auch nicht die Zeit, eine Kritik am wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramm in aller Breite zu entfalten, aber es sind auch einige Klöpse darin, zum Beispiel sollen unter dem Aspekt Tourismus — für 1989 eingeplant — 1,2 Millionen DM für den Bau eines Straßenturms in der Fußgängerzone in Bremerhaven ausgegeben werden.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Von dort kann man den Schuldenberg besser übersehen!)

Wahrscheinlich! Das ist ein Punkt, der natürlich schon ein bißchen seltsam ist. Wenn Bremerhaven etwas benötigt, dann ist es nicht ein Straßenturm in der Fußgängerzone. Der ist etwa so überflüssig wie ein fliegender Rasierapparat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) Wir haben statt dessen, und da möchte ich jetzt formal etwas ausführen, einen Antrag eingebracht, mit dem wir ein beschäftigungswirksames Investitionsprogramm einleiten möchten. Aus haushaltstechnischen Gründen möchte ich sagen, daß wir die Drucksache 12/383 zurückziehen. Unser Investitionsprogramm ist zum Haushaltstitel 706, Drucksache 12/393, eingebracht worden. Ich möchte jetzt ganz kurz die Eckdaten dieses beschäftigungswirksamen Investitionsprogrammes darlegen. Bei der zweiten Lesung dieses Gesetzes im Februar werden sie dezidiert ausgeführt, und es werden dezidiert Erläuterungen gegeben.

(Abg. Jungclaus [FDP]: Herr Sygusch, ziehen Sie das zurück?)

Nein, wir ziehen die Drucksache 12/383 zurück. Das war ein Antrag, der sich auf das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzaufweisungen bezog. Statt dessen haben wir, um auch die Mittel sicherzustellen, allein aus haushaltsformalen, aus haushaltstechnischen Gründen einen Antrag, Drucksache 12/393, eingebracht, der sich auf das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan bezieht.

(Abg. Neujahr [FDP]: Aber damit wollen Sie 12/383 verwirklichen!)

(D) Richtig, inhaltlich besteht kein Unterschied, und deshalb sage ich jetzt etwas zu den inhaltlichen Kriterien! Inhaltlich gibt es keinen Unterschied, es war nur haushaltstechnisch notwendig, es unter einem anderen Titel aufzunehmen. Zu den Inhalten sage ich nur ganz schlagwortartig etwas, weil wir, wie gesagt, im Februar bei der zweiten Lesung auf dieses beschäftigungswirksame Investitionsprogramm eingehen wollen. Wenn Sie die Drucksache 12/383 zur Hand nehmen, können Sie das mitverfolgen.

Wir schlagen unter der großen Überschrift „Bremerhaven, Tourismusförderung, Bremerhaven, Tourismus am Meer“ den Beginn des Baus eines tideabhängigen Jachthafens vor. Der tideabhängige Jachthafen hat nicht nur den Vorteil, daß er gegenüber einem Schleusenhafen enorme Kosten spart, nämlich die Kosten für den doch sehr teuren Schleusenbau, sondern wir glauben auch, daß von der touristischen Attraktivität ein Hafen, der praktisch am Sahnestück Bremerhavens, zwischen der Strandhalle und dem Deutschen Schiffahrtsmuseum, außen vor liegt, allein vom Atmosphärischen her touristisch viel attraktiver sein wird, als es ein Schleusenhafen jemals sein kann, der etwas versteckt im neuen Hafen angesiedelt wird.

Unser zweiter Punkt befaßt sich mit dem „Beginn der Realisierung des Konzeptes Museums-, Theaterinsel“. Dahinter verbirgt sich ein ganzes Paket. Es geht zum Beispiel darum, die historischen Hafenschuppen, die ja teilweise aus dem Jahr 1862 stammen, mit sehr schöner Architektur zu erhalten, sie insofern umzuwidmen, so daß dort Künstlerateliers, Kunstgewerbehöfe eingerichtet werden können und

- (A) daß jährlich einmal ein attraktiver maritimer Sommer in Bremerhaven stattfinden könnte. Wer einmal in Hamburg war, weiß so in etwa, was ich meine, nicht die Mischung aus Frittenbuden und Heißluftballons, die man zur Zeit in Bremerhaven leider manchmal findet, sondern etwas touristisch Attraktives.

Unter dem Punkt „Weiterführung des Umbaus des Fischereihafens zur reinen Gewerbefläche“ möchte ich hier sagen, daß wir einzelne Vorschläge, die zum Beispiel auch der SPD-Kollege Hoyer gemacht hat, ich nenne das Stichwort „Kulinarische Meile“, für sehr überlegenswert und gut halten. Wir denken, es ist attraktiver, sie zwischen der Strandhalle und dem Schifffahrtsmuseum, dem Bereich, den ich eben charakterisiert habe, anzusiedeln und den Fischereihafen als Gewerbefläche vorzusehen, denn dort ist genügend Gewerbebrache vorgesehen. Bei einem entsprechenden Ausbau in diesem Bereich sparen wir nämlich die Erschließung zum Beispiel in Weddewarden-Ost, die wir bekanntlich ablehnen.

Stichwort: „Ausbau des ÖPNV“: Dies ist nicht blauäugig gemeint. Wir haben heute morgen schon einmal gehört, daß jede Mark, die in ÖPNV gesteckt wird, wirklich so lange hinausgeworfenes Geld ist, wie gleichzeitig an der autogerechten Stadt weitergebastelt und die autogerechte Stadt favorisiert wird. Aus diesen Gründen möchten wir erst einmal ein grundsätzliches Gutachten erstellen lassen, das für Bremerhaven und eventuell sogar für die Einbeziehung des Umlands aufzeigt, welche Möglichkeiten bestehen, den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt zu favorisieren.

(B)

Aufgrund dieses Gutachtens, denke ich, werden dann Strukturmaßnahmen für den ÖPNV möglich sein, die qualitativ zu einer wirklichen Verbesserung führen, so daß der ÖPNV letztlich von der Bevölkerung akzeptiert wird. Abgesehen davon haben wir nach der Analyse Bremerhavens als sofortige Investition die Anschaffung von sechs Niederflurbussen und einzelne weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung vorgesehen.

Hinter dem Stichwort „Sanierung des Abwassernetzes“ verbirgt sich ein ganzes Paket. Wir haben des öfteren in der Bürgerschaft in ökologischen Debatten über die Notwendigkeit von Regenrückhaltebecken und die Schließung der Notüberläufe debattiert. Wir haben auch über die dritte Stufe, die chemische Klärstufe für die zentrale Kläranlage, hier des öfteren debattiert. Daneben ist es in Bremerhaven so, daß Bremerhaven bekanntlich ein sehr altes, extrem sanierungsbedürftiges Kanalnetz hat und die Stadt selbst nur die Sanierung von einem Kilometer vorsieht.

Wir stellen uns vor, daß aus ökologischen Gründen gerade in diesem Bereich Investitionen dringend geboten sind. Wir können uns gleichzeitig die innovative Förderung von Pilotprojekten zum Brauchwasserrecycling für Betriebe vorstellen, aber auch für Privathaushalte, beispielsweise im Neubaubereich, vielleicht in einer Großwohnanlage von 120

Wohnungen, und bei der Sanierung von Altbauwohnungen in Bremerhaven. Dazu gehören im Hafengebiet, und dies ist von meinem Kollegen Schramm schon eingefordert worden, die Einrichtung von Fäkalienanschlüssen an die Docks im Fischereihafen, und zwar zusätzlich zu dem, was an Ölsorgung in Bremerhaven jetzt schon eingeleitet ist.

(C)

Zum Bereich Energieversorgung möchte ich nur ganz kurz etwas anmerken! In der Stadt Kassel gibt es seit 1979 eine neutrale Energieberatungsstelle. Sie hat sich in den vergangenen neun Jahren für den lokalen Bereich als sehr beschäftigungswirksam im Hinblick auf den Installationsbereich, im Hinblick auf Wärmedämmmaßnahmen erwiesen. Wir glauben, daß das schon nachahmenswert ist.

Im Bereich Energieversorgung begrüßen wir zunächst einmal das Umdenken, das wir jetzt gerade in letzter Zeit bei der BVV und den Stadtwerken registriert haben. Am Buß- und Bettag haben wir eine Veranstaltung in Bremerhaven durchgeführt, auf der auch Bürgermeister Scherf anwesend war. Es war interessant zu hören, daß uns der Bremerhavener DGB-Vorsitzende, Herr Lüdemann, bestätigt hat, daß bei der Umsetzung des Energiebeiratskonzepts im Hinblick auf Rekommunalisierung der Energieversorgung in diesem Bereich mittelfristig 650 Arbeitsplätze zu sichern wären.

Wir haben auch zur Kenntnis genommen, daß sich Herr Kiene als Stadtwerkedirektor inzwischen mit Herrn Traube zusammengesetzt und sich im Hinblick auf das Konzept Nahwärmeinseln schlau gemacht hat.

(D)

Wir begrüßen ebenso, daß ein gewisses Umdenken bei der BVV stattfindet. Es ging ja bereits durch die Presse, daß im Bereich Blink und im Bereich Carl-Schurz-Kaserne Blockheizkraftwerke doch umgerüstet werden sollen. Wir gehen davon aus, daß die Eigenversorgungsquote Bremerhavens nach dem Konzept, das jetzt in Bremerhaven umgesetzt werden soll, neun Prozent, so konnte man es auch heute wieder in der „Nordsee-Zeitung“ lesen, betragen wird. Wir schlagen daher vor, dieses Programm forciert anzugehen, damit man über die Einrichtung weiterer Nahwärmeinseln, zum Beispiel in Leherheide oder auch in Grünhöfe, relativ schnell auf eine Eigenversorgungsquote zwischen 30 und 40 Prozent kommt.

(Glocke)

Vizepräsident Frau Leinemann: Herr Sygusch, verwechseln Sie die Bürgerschaft nicht mit der Stadtverordnetenversammlung?

Abg. **Sygusch** (DIE GRÜNEN): Nein! Wir haben diesen Antrag vorgelegt, weil wir der Auffassung sind, daß dieses beschäftigungswirksame Investitionsprogramm ohne zusätzliche Landesmittel nicht zu verwirklichen ist. Aber ich komme jetzt gleich zum Schluß!

(A) In Bremerhaven besteht, und das ging auch schon durch die Presse und ist Einwohnern Bremerhavens bekannt, ein wirkliches Defizit im kulturellen Bereich. Wenn man gewisse Dinge in Bremen wahrnimmt — und das ging mir ganz persönlich so, ich halte mich seit einem halben Jahr doch intensiver in Bremen auf, als ich es bei meiner vorherigen Beschäftigung getan habe —, dann bemerkt man den qualitativen kulturellen Unterschied zwischen den Städten, der sicher auch mit der Größe und mit der Infrastruktur zusammenhängt.

(Abg. Jungclaus [FDP]: Aber das Bett ist immer noch zu Hause!)

In Bremerhaven besteht auf kulturellem Gebiet wirklich ein extremer Nachholbedarf. Wir schlagen deshalb analog zum Konzept der Bremer Bürgerhäuser, aber doch qualitativ mit einem anderen Akzent, vor, das werden wir im Februar noch dezidiert darstellen, das ehemalige Stadtbad Mitte zu einem zentralen Kultur- und Jugendtreff auszubauen.

Wir können uns vorstellen, daß im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen die Ansiedlung neuer überbetrieblicher Ausbildungsgänge gefördert werden kann, auch hier besteht ein Nachholbedarf gegenüber Bremen. Vorstellungen, die bei Brass, die bei Rhizom, die bei Quirl in Bremen praktisch institutionalisiert sind, sind in Bremerhaven überhaupt nicht vorhanden. In Bremerhaven gibt es nur eine überbetriebliche Ausbildung der Kreishandwerkerschaft, die gut ist. Aber wir vermissen die Ansiedlung neuer Ausbildungsgänge, wie sie in Bremen mittelfristig schon Realität sind.

(B)

(Abg. Jungclaus [FDP]: Welche?)

Ich kann Ihnen direkt antworten! Die Initiative Rhizom bildet zum Beispiel Vollwertküche aus. Sie beliefert inzwischen mehrmals in der Woche die Ganztagschule Mitte mit Mittagessen. Sie bietet Ausbildungsgänge zum Ökogärtner an, es gibt verschiedene Ausbildungsgänge, die bei der Kreishandwerkerschaftsausbildung in Bremerhaven so traditionell nicht angesiedelt sind, obwohl dort sicher gut ausgebildet wird.

Wir haben unsere Vorstellungen also hier nicht dargestellt, weil wir glauben, daß das hier die Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven ist, sondern weil wir glauben, daß ohne die zusätzliche Hilfe des Landes die Entschuldungsmaßnahme des innerbremischen Finanzausgleichs, die wir begrüßen und die wir für richtig halten, zu kurz greifen wird, da keine Mittel für ein beschäftigungswirksames Investitionsprogramm übrigbleiben werden. Dies ist aber dringend notwendig, denn ohne mehr Beschäftigung wird es leider für Bremerhaven keinen Neuanfang geben. — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. Teiser (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erste Vorbemerkung: Möge Werder Bremen nie vor so leeren Rängen spielen, wie ich vor Senatsbänken sprechen muß!

(C)

(Senator Franke: Wir kommen alle!)

Zweite Vorbemerkung zu den hier im Raum stehenden acht Milliarden DM, die von irgendwelchen Kräften in der SPD gefordert werden: Ich melde wegen des politischen Erstgeburtsrechts schon heute die 1,6 Milliarden DM, sprich 20 Prozent, für Bremerhaven an,

(Beifall bei der CDU)

sollten Sie denn diese acht Milliarden bekommen.

Eine dritte Vorbemerkung noch zu dem Antrag der GRÜNEN: Herr Sygusch, Sie nennen das ein beschäftigungswirksames Investitionsprogramm. Also, ganz ehrlich, dagegen sind selbst die Programme der SPD Gold wert. Es ist doch nicht möglich, mit so einem Papier von Herrn Traube über die Segelschiffe bis zur Müllentsorgung hier in fünf Minuten eine Tour d'horizon durch die Politik Bremerhavens zu machen! Fragen Sie einmal die stadtbremischen Kollegen, wer Ihnen hier folgen konnte! Selbst mir ist das schwergefallen, der ich seit 36 Jahren in Bremerhaven wohne.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in diesem Parlament haben wir in den vergangenen Jahren oftmals Ihnen und der Öffentlichkeit deutlich zu machen versucht, daß die finanzpolitische Situation Bremerhavens immer aussichtsloser wird. Insofern begrüßen wir, daß hier endlich ein neues Finanzausgleichsgesetz vorgelegt wurde. Sie wissen auch, daß wir diesem Finanzausgleichsgesetz in der Finanzdeputation schon zugestimmt haben, weil dieses Gesetz Forderungen beinhaltet, die wir seit vielen Jahren erhoben haben.

(D)

Ich weise allerdings an dieser Stelle den untauglichen Versuch der SPD zurück, hieraus ein großzügig verpacktes Geschenk für die Seestadt Bremerhaven zu machen. Hier wurden endlich, und das muß in aller Deutlichkeit festgestellt werden, in einem wesentlichen, wenn auch nicht ausreichenden Umfang die gerechtfertigten Ansprüche der Seestadt Bremerhaven erfüllt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist wohl unstrittig, daß dieses Gesetz mit großer Verspätung kommt! Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, früher auf uns, auf die CDU gehört hätten, wäre vieles in der finanz- und wirtschaftspolitischen Entwicklung Bremerhavens vermieden worden, was heute irreparabel vor uns liegt. Die Lage Bremerhavens ist weiterhin gekennzeichnet durch eine Verschuldung, die mit großem Abstand die höchste in der Bundesrepublik ist. Auch nach Übernahme der Schulden von 600 Millionen DM durch das Land Bre-

(A) men wird die Pro-Kopf-Verschuldung in Bremerhaven mit fast annähernd 9000 DM mit großem Abstand die höchste in der Bundesrepublik sein.

In diesem Zusammenhang darf ich eine Anmerkung zum Finanzsenator machen, der hier auch davon gesprochen hat, daß die Stadt Bremen ja schließlich auch belastet wird, indem sie künftig die Hafencosten dafür übernimmt. Wir wären dafür gewesen, daß diese Schuldenübernahme durch die Stadtgemeinde Bremen erfolgt wäre, denn bei einer Übernahme durch das Land Bremen ist selbstverständlich die Stadt Bremerhaven als Teil des Landes Bremen ebenfalls wieder mitbetroffen. Wenn Sie denn bereit sind, künftig großzügig 50 Prozent der Hafencosten zu übernehmen, so muß ich Ihnen sagen, das sind schließlich stadtbremische Häfen, und für das, was einem gehört, muß man schließlich auch bezahlen, das ist halt überall so.

Vielleicht noch eine Anmerkung dazu zum Finanzsenator! Auch die dort anfallenden Gewerbesteuern sind ja schließlich — er ist gar nicht mehr da, doch, Entschuldigung! — von der Stadt Bremen kassiert worden und nicht von der Stadt Bremerhaven.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt im Zusammenhang mit der Situation in Bremerhaven ist die Arbeitslosigkeit. Diese Arbeitslosigkeit von über 16 Prozent wird auch noch durch einen überproportionalen Einsatz von ABM-Kräften überdeckt. Der Einsatz von ABM-Kräften hat aber immer zwei Seiten, eine davon ist sicherlich die positive, die auch sozialpolitisch wirksame zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

(B)

Es muß aber auch erkannt werden, daß der Einsatz von ABM-Kräften nur kurzfristig Wirkung auf den Arbeitsmarkt hat. Seitdem die Genossen in Bremerhaven begonnen haben, durch den Einsatz von ABM-Kräften in Unternehmensform der gewerblichen Wirtschaft Konkurrenz zu machen und zum Beispiel Baumaßnahmen in Eigenhilfe erstellen, werden sich die negativen Entwicklungen Bremerhavens im finanz- und wirtschaftspolitischen Bereich beschleunigt fortsetzen. Von Nürnberg erheblich unterstützte „ABM-Staatsbetriebe“ vernichten Arbeitsplätze und reduzieren das Steueraufkommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich brauche nicht im Detail darauf hinzuweisen, daß auch in vielen anderen Bereichen die Handlungsfähigkeit der Stadt Bremerhaven aufgrund der Finanzsituation erheblich eingeschränkt ist. So ist die Investitionsquote zum Beispiel mit rund 33 Millionen DM Eigenmitteln überproportional niedrig, und das, was hier in Bremen als Erfolg gefeiert wird, nämlich das Ergebnis der Volkszählung, sieht in Bremerhaven etwas anders aus. In Bremen gibt es mehr Einwohner, in Bremerhaven weniger. Ich hoffe nicht, daß da irgend jemand welche „umgebucht“ hat.

Meine Damen und Herren, die finanzpolitische Handlungsfähigkeit wird also leider auch durch die-

ses Finanzausgleichsgesetz nicht zurückgewonnen, hier wird nur die Konkursanmeldung verhindert. Das ist, sinnbildlich gesprochen, die Wiederbelebung eines Scheintoten, bei dem das Leben zwar gerettet wird, der aber letztendlich gelähmt bleibt, und das alles vermieden werden können.

(C)

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Sie sehen aber sehr lebendig aus, Herr Teiser!)

Das ist so unsere Art an der Küste!

Meine Damen und Herren, selbst die Bremerhavener SPD hat ja seinerzeit erkannt, daß etwas geschehen muß. Am 15. März 1977, und so steht es wörtlich in dem mir vorliegenden Protokoll der SPD-Stadtverordnetenfraktion, hieß es: „Es ist darauf hinzuwirken, daß die Gleichbehandlung aller Bürger im Lande Bremen erreicht wird.“

Leider hat man seitens der SPD diese Mißstände und Ungerechtigkeiten, aus welchen Gründen auch immer, nicht ernst genommen. Ja, man ist sogar noch einen Schritt weitergegangen: Die gleichfalls von uns erhobenen Forderungen in dieser Richtung hat man öffentlich verunglimpft und zurückgewiesen. Nach öffentlichen Huldigungen an den Senat, wie der damalige Oberbürgermeister Lenz Sie noch im Dezember 1979 gemacht hat, hat die SPD hier in der Bürgerschaft am 20. Februar 1980 als Höhepunkt den Gesetzentwurf der CDU, wonach die schrittweise Gleichstellung Bremerhavens — wir wollten Ihnen das nicht in einem Rutsch zumuten — in der Einwohnerwertung vorgesehen war, einstimmig, auch mit den Stimmen der Bremerhavener SPD-Bürgerschaftsabgeordneten, abgelehnt. Ebenso wurden auch in der Vergangenheit Anträge der GRÜNEN abgelehnt, wo es um Erhöhungen von Sonderzuweisungen an Bremerhaven ging. Auch Anträge der CDU, die das beinhalteten, wurden abgelehnt.

(D)

All diese Maßnahmen hätten in der Vergangenheit dazu geführt, die Lage Bremerhavens zu verbessern, wenn ich allerdings auch zugebe, daß das allein nicht ausgereicht hätte, bei der Praßsucht der Bremerhavener Genossen letztendlich auch kein Wunder.

Meine Damen und Herren, wir halten die Neuregelung des Finanzausgleichs trotz alledem für einen Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt aber die Tatsache, daß die Differenz zwischen der Verschuldung der Stadt Bremen und der Stadt Bremerhaven sehr groß ist. Immer noch liegt die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Bremen bei eben über 2000 DM, bei Bremerhaven wird sie künftig bei fast 9000 DM liegen. Wir halten das für untragbar, und zumindest rein rechnerisch wäre ungefähr ein Gleichstand erreicht, wenn weitere 800 Millionen DM an Schulden von Bremerhaven genommen werden würden.

Es bleibt auch fraglich, ob auf Dauer der Verteilerschlüssel von jetzt 80 Prozent Land, 15 Prozent Stadt Bremen und fünf Prozent Stadt Bremerhaven beibehalten werden kann. Die Konkurrenz, die hier in Bremen zwischen Stadt und Land bei den Finanzen und bei den Aufgaben besteht, deutet im Grunde genom-

(A) men darauf hin, daß hier ein Verteilerschlüssel gefunden werden müßte, der für Bremerhaven günstiger wäre, zum Beispiel 80 zu zehn. Es gibt auch andere Möglichkeiten, aber auf jeden Fall muß hier in der Zukunft eine Veränderung angestrebt werden.

Bedauerlich ist auch, daß bei der ganzen Schuldenfrage der MBA Bremerhaven keine Regelung gefunden wurde. Weiterhin werden die Bürger Bremerhavens hier mit Gebühren belastet, die erheblich über denen der Stadt Bremen liegen. Hier in Bremen gibt es großen Aufruhr, wenn die Gebühren angehoben werden. Wenn unsere Gebühren in Bremerhaven auf das Niveau gesenkt werden würden, wie es hier in Bremen nach Erhöhung sein wird, wären die Bremerhavener alle froh.

Ich möchte auch noch zu der damit im unmittelbaren Zusammenhang stehenden Änderung der Landeshaushaltsordnung drei Sätze anführen. Ich darf Ihnen, Herr Senator Grobecker, sagen, daß die von Ihnen als Rute vor dem Hintern apostrophierte Änderung der Landeshaushaltsordnung in Bremerhaven, schon bevor sie beschlossen ist, in folgender Form dargestellt wird: Diese Vorschrift ist nicht unproblematisch. Schon 1989 tritt eine Überschreitung ein, und bis 1992 steigt die Überschreitung auf 18 Millionen DM. Das heißt also, bevor wir hier beschließen, ist die Überschreitung, die eigentlich vermieden werden sollte, schon gegeben.

Unsere Fraktion wird trotz der Anraten der Bremerhavener CDU-Bürgerschaftsabgeordneten zustimmen, allerdings nur unter dem Aspekt, daß wir in Bremerhaven nicht regieren, sonst wäre das überflüssig. Nur weil Ihre Genossen regieren und mit dem Geld nicht umgehen können,

(B) deshalb stimmen wir dem also letztendlich zu. In diesem Zusammenhang, selbst wenn der eine oder andere das vielleicht auffaßt als — —.

(Beifall bei der CDU — Präsident Dr. Klein übernimmt wieder den Vorsitz.)

(Abg. Frau Janz [SPD]: Ich sage nur Wäscheschrank, ich sage nur Wäscheschrank!)

Oh, nein, das war jetzt aber schwach, wirklich!

Ein letzter Hinweis sei mir noch gestattet, selbst wenn der eine oder andere meint, das sei möglicherweise gegen Bremerhaven gerichtet! Ich fordere hier den Senat ganz deutlich auf, auch bezüglich der Arbeit der Sparkommission in Bremerhaven, ein waches Auge auf seine Bremerhavener Genossen zu haben. Kaum daß sein Ansatz bemerkbar war — die Genossen wußten das etwas eher als wir —, was da auf Bremerhaven an Entlastung zukommen sollte, gingen in Bremerhaven bei den Sozialdemokraten schon die Diskussionen los, wo man denn jetzt wieder neues Geld verbraten könnte, ob man Personal einstellen sollte oder was man eigentlich alles machen könnte, und da wurde der Begriff der Sparorgie, die jetzt zu Ende sein müßte, geprägt.

(C) Ich kann Ihnen nur sagen, und ich nehme die Zahlen einmal so hin, die hier im Parlament für die Stadt Bremen genannt werden, sorgen Sie nur dafür, daß Ihre Bremerhavener Genossen den gleichen Sparwillen beweisen, der hier im Ansatz schon bewiesen worden ist, dann hat auch die Stadt Bremerhaven eine Zukunft! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Das war eine sehr staatstragende Rede! — Bürgermeister Wedemeyer: Sie wollen ihn wohl auf den Arm nehmen!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

Abg. Neujahr (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem der Kollege Klein eben dem Kollegen Teiser beschneit hat, eine staatstragende Rede gehalten zu haben, muß ich einen Augenblick Pause machen, damit der Erfolg auch ankommt!

In der letzten Haushaltsdebatte im März dieses Jahres hat die FDP in diesem Hause versucht, eine Analyse der Situation Bremerhavens vorzutragen und die Diagnose als eine Grundlage für Ursachenforschung auszuwerten. In diesem Zusammenhang haben wir damals durchaus anerkennend erwähnt, daß die damalige außerordentliche Finanzzuweisung von zirka 70 Millionen DM ein erster richtiger Ansatz war, weil die Entwicklung der finanziellen Situation beider Städte ein deutliches Mißverhältnis offenbarte.

(D) Ich habe damals betont, Sie können das nachlesen, daß die Stadt Bremen von 1981 bis 1987 ihre Schulden um rund 547 Millionen DM, knapp 40 Prozent, abbauen konnte, während die Bremerhavener Schulden um rund 680 Millionen DM, das sind 70 Prozent, und die des Landes Bremen um 4,9 Milliarden DM, zirka 105 Prozent, stiegen. Während die Stadt Bremen also eine Schuldenverlagerung auf das Land vornehmen konnte, trug Bremerhaven die gesamte Last anteilig mit.

Es ist richtigerweise hier in diesem Hause auch niemals der ernsthafte Versuch gemacht worden, bei dieser Steigerung der Stadt Bremerhaven die Schuld allein zuzuschieben, weil ja die Schuldenerhöhung beim Land anteilig mitstieg und weil im übrigen jeder Haushalt der Genehmigung des Senats bedurfte. Die Fehler dieser Schuldenpolitik sind hier mehrfach genannt worden, und sie werden auch noch im Verlauf dieser Debatte weiterhin mehrfach genannt werden.

Das eben bezeichnete Mißverhältnis der Schuldenentwicklung war für die FDP in Bremen der ausschlaggebende Grund, in der Kooperationsvereinbarung mit der SPD festzulegen, daß der Finanzausgleich Bremen/Bremerhaven neu verhandelt werden muß. Dabei muß ich fairerweise betonen, daß dieser Punkt auf keinerlei Schwierigkeiten bei der SPD stieß, Herr Senator Beckmeyer wird mir dies bestätigen, wir beide waren bei diesen Verhandlungen dabei. Richtig ist aber auch, daß die Patt-

(A) Situation in Bremerhaven diese Verhandlungen erst erzwang, weil der Haushalt nicht mehr nach dem Gutdünken des SPD-Unterbezirks Bremerhaven erarbeitet werden konnte.

Der damals richtige Ansatz dieser außerordentlichen Finanzausweisung war natürlich, das erkannten beide Partner, keine Lösung auf Dauer. Noch bevor die Finanzausweisung realisiert wurde, stand die Vereinbarung zwischen FDP und SPD. Unter Punkt eins dieser Vereinbarung steht im Grunde genommen haargenau der Inhalt dieser Gesetzesänderung. Ich zitiere Punkt eins dieser Vereinbarung:

„Der Finanzausgleich Bremen/Bremerhaven muß aktuell neu verhandelt werden. Bremerhaven muß in die Lage versetzt werden, seinen kommunalen Aufgaben im gleichen Maße wie die Stadt Bremen nachkommen zu können. Die Bremerhavener Schulden müssen mit dem Ziel umgeschichtet werden, daß sich bei der Verringerung der Bremerhavener Schulden diese und die der Stadt Bremen, bezogen auf ihre Einwohnerzahlen, angleichen.“

Das Ergebnis liegt Ihnen heute vor. Die FDP in Bremerhaven hält dieses Ergebnis zunächst für zufriedenstellend, und wir haben gar keine Scheu, denjenigen, die verhandelt haben, auch zu bescheinigen, daß ein akzeptables Ergebnis für uns in Bremerhaven dabei herausgekommen ist.

(Beifall bei der FDP — Zuruf des Abg. Wilhelm s [CDU])

(B)

Ich gehe gleich noch kurz auf diesen Zwischenruf ein, Herr Wilhelms, weil diese Bemerkung ein gewisses Schlaglicht auf das Verhalten der CDU wirft.

Das Ergebnis dieser Neuordnung des innerbremischen Finanzausgleichs mit einem Minus von 152,5 Millionen DM bei der Stadt Bremen, einem Plus von 44,9 Millionen DM bei dem Land Bremen und einem Plus von 107,6 Millionen DM bei der Stadt Bremerhaven bei einer Übernahme von Altschulden in der Höhe von 600 Millionen DM scheint uns der eingangs skizzierten Situation zunächst einmal durchaus gerecht zu werden. Die weitere Entwicklung muß genau unter den Prinzipien einer restriktiven Haushaltsführung beobachtet, eventuell korrigiert werden. Sie können sich darauf verlassen, die FDP wird das genau beobachten!

Man muß natürlich die Kritik an diesem Ergebnis, die von anderer Seite kommt, durchaus verstehen. Natürlich will jeder versuchen, in irgendeiner Form ein Urheberrecht geltend zu machen. Zum Beispiel hat die CDU in der vergangenen Zeit immer gesagt, wir fordern die gleiche Einwohnerwertung. Das ist richtig, das hat sie gemacht. Ich weiß dies selbst, habe dies oft in der Stadtverordnetenversammlung gehört, nur erreicht hat sie es eben nicht.

Die Neuordnung des bremischen Finanzausgleichs ist eben auch das Ergebnis der genannten Vereinbarung zwischen FDP und SPD, darin besteht überhaupt kein Zweifel, weil nämlich ohne dieses Ergeb-

(C) nis ein Haushalt Bremerhavens nicht möglich gewesen wäre, das wissen Sie auch!

(Abg. Klein [CDU]: Wir haben von 120 auf 110 heruntersgesetzt, da waren Sie in Urlaub!)

Über die einzelnen Positionen können wir uns unterhalten, aber daß dieses Ergebnis überhaupt möglich war, werden Sie dem Ursprung nach wohl nicht bestreiten können.

(Beifall bei der FDP)

Im übrigen ist es wohl nicht vermittelbar, wenn eine Fraktion wie die Bremerhavener CDU, und nun haben Sie mir, Gott sei Dank, das Stichwort geliefert, Anträge, ich glaube, 20 an der Zahl, von FDP und SPD abschreibt und sie in der Stadtverordnetenversammlung in Form eines Geistesklus als eigene Initiative scheinheilig darstellt, um am Erfolg teilzuhaben. Das ist Fakt, meine Damen und Herren. Nicht vermittelbar ist sicherlich auch — —.

(Abg. Metz [CDU]: Woran, am Erfolg? — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Neujahr (FDP): Bitte! Oder geht das von meiner Zeit ab?

(D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Teiser!

Abg. Teiser (CDU): Sind Sie bereit, von 1987 das zur Kenntnis zu nehmen, woraus Sie Ihre Punkte für Ihr Kooperationspapier mit der SPD abgeschrieben haben und uns dann vorgelegt haben?

Abg. Neujahr (FDP): Ich stelle fest, daß Sie 20 Punkte abgeschrieben haben, daß Sie Geistesklau betrieben haben und dies als eigene Initiative in den Bremerhavener Raum gestellt haben!

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Die SPD wird das sicherlich bestätigen können, denn von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in Bremerhaven, Herrn Bruns, ist dies in gleicher Form festgestellt worden.

Nicht vermittelbar ist sicherlich auch der Schrei der GRÜNEN nach einem Erfolg, wenn sie gleichzeitig 200 Stellenneuschaffungen fordern. Nicht vermittelbar ist sicherlich auch die Seriosität der GRÜNEN, wenn sie in einem Antrag 77 Millionen DM zusätzlich fordern und damit zugleich das Programm der GRÜNEN durchdrücken wollen. Das ist doch der Punkt, den Sie hier vorgetragen haben, Herr Sygusch. Sie haben den Brief der GRÜNEN erwähnt. Ich habe ihn persönlich beantwortet, das wissen Sie auch. Ich habe ihn mit der Information beantwortet, daß die Stadtverordnetenversammlung, zum Teil mit

- (A) Ihren Kollegen, beschlossen hat, daß der Magistrat verhandeln solle.

(Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Ich habe jetzt keine Zeit mehr, ich muß mich beeilen.

Diese Taktik, meine Damen und Herren, gehört wirklich zum billigen Blendwerk, und an diesem Blendwerk wollen wir uns nicht beteiligen. Wir werden uns an die Dinge halten, die in der Kooperationsvereinbarung ausgehandelt worden sind und die im Ergebnis feststehen.

Diese Politik, die jetzt neu eingeleitet worden ist, kann natürlich nur dann erfolgreiche sein, wenn sie durch intensive und beharrliche Bemühungen begleitet wird, die Schwächen der Bremerhavener Wirtschaft zu beseitigen. Zeichen der Zeit, wie zum Beispiel Strukturwandel, Flexibilität, werden bislang in Bremerhaven von der SPD und auch von den Gewerkschaften nur in sehr ungenügender Weise begriffen.

Nach wie vor ist die Überwindung der Monostruktur der Wirtschaft in unserer Region die vordringlichste Aufgabe der Politik. Die Erkenntnis, daß diese Strukturveränderung und vor allen Dingen auch die Strukturverbreiterung die wahrscheinlichste Lösung für diese Probleme sind oder Problemlösungen einleiten können, ist wahrlich nicht neu. Die hohe Zahl der arbeitslosen Bürger in Bremerhaven kann nur dann verringert werden, wenn es gelingt, verschiedene Betriebe aus verschiedenen Branchen in Bremerhaven anzusiedeln und damit die Wirtschaftsstruktur zu verbreitern. Eine solche Ansiedlungspolitik muß natürlich in gleicher Weise mit einer straffen Politik der Haushaltssanierung kombiniert werden, der die GRÜNEN völlig fremd gegenüberstehen. Dies sind die Ziele der FDP. Die kommunale Aufgabenübernahme muß sich in diesem Zusammenhang auf das Notwendigste beschränken.

(Beifall bei der FDP)

Unter dieser Zielrichtung ist es richtig gewesen, daß die FBG im Fischereihafen zur FBEG umgewandelt wurde. Sehr problematisch, unter Sachkennern ausgesprochen skeptisch beurteilt, war in diesem Zusammenhang aber auch die durch die SPD zugleich vorgenommene Stellenneuschaffung. Bislang ist es der SPD nicht gelungen, Standortvorteile Bremerhavens bundesweit bekanntzumachen, eventuell Ansiedlungswillige von den Vorteilen zu überzeugen. In diesem Zusammenhang haben wir mehrfach darauf hingewiesen, mein Kollege Jäger hat dies auch in seiner Rede getan, daß allein die Bildungspolitik bisher verhindert hat, daß sich Ansiedlungswillige hier einrichten, weil sie Nachteile für Bildung und Ausbildung ihrer Kinder befürchten.

Aber auch die Pleiten der letzten Zeit schädigen den Ruf Bremerhavens als Wirtschaftsstandort. Der Konkurs der Hanseatischen Lloyd-Yachtwerft und jetzt der Zusammenbruch der Dr. Elbel Schleifschei-

ben GmbH, zwei politische Objekte des Stadtrats Lenz übrigens, schädigen den Ruf Bremerhavens als Wirtschaftsstandort in kaum wiedergutzumacher Weise. Schädigungen entstehen auch, wie bereits in der Fragestellung angesprochen, durch die Streitereien des vorgenannten Stadtrats mit der Außenstelle der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremerhaven, die über die Grenzen des Landes hinausgetragen werden. Hier sind schwere wirtschaftspolitische Fehler begangen worden, die man nicht mit aufgeblasenen Tourismusideen vernebeln kann.

Die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes bietet für Bremerhaven einen neuen Anfang, ich sage noch einmal, den neuen Anfang einer langfristigen Sanierung, die, wenn überhaupt erreichbar, nur unter den vorgenannten wirtschaftspolitischen Prinzipien erreichbar sein wird. Dieses Ziel, meine Damen und Herren, werden wir konsequent verfolgen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiedemann.

Abg. **Tiedemann** (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es als ausgesprochen unangenehm empfunden, wie sich hier Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordnete darüber streiten, wer denn nun wohl der Urheber für den neuen Finanzausgleich für Bremerhaven gewesen sein könne.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will mich nicht einreihen in die Reihe derjenigen, die solch eine Urheberschaft suchen, sondern zur Sache kommen. Bei den Haushaltsplanberatungen vor etwa einem Jahr und auch bei der Regierungserklärung von Bürgermeister Wedemeier und der Rede meines Kollegen Dittbrenner ist eines deutlich geworden: Die SPD-Fraktion und der Senat wie auch der Magistrat in Bremerhaven hatten erkannt, daß es nicht so weitergehen konnte, wie es in den vergangenen Jahren immer war, daß man nämlich jeweils über die Schließung der Deckungslücke verhandeln mußte.

Der Herr Finanzsenator Grobecker hat mir damals gesagt, wir müssen erreichen, daß auch Bremerhaven in die Lage versetzt wird, mit den Zuweisungen, auf die es dann einen Anspruch hat, auch umzugehen, das heißt, Politik zu machen aufgrund der eigenständigen Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven.

Meine Damen und Herren, das ist mein zweiter Kritikpunkt. Herr Sygusch, ich sehe Ihnen das nach. Manch einem anderen Kollegen sehe ich das nicht so sehr nach, wenn er sich hier um kommunale Projekte der Stadt Bremerhaven sorgt, obgleich er doch wissen mußte, daß unsere Kollegen, die Stadtverordneten in Bremerhaven, auch heute das schwierige

(B)

(C)

(D)

- (A) Geschäft betreiben, den Haushaltsplan 1989 zu verabschieden.

Es ist hier nicht unser Bier, den Bremerhavenern zu sagen, wie sie ihren innerstädtischen Verkehr regeln sollen, es ist nicht unsere Sache zu sagen, was sie mit dem Stadtbad in Bremerhaven machen sollen und was daraus werden soll. Ich könnte diese Reihe fortsetzen, ich will mir das aber ersparen. Ich komme nachher auf Ihren Antrag zurück.

Fakt ist also, daß Bürgermeister Wedemeier eine Neuordnung des innerbremischen Finanzausgleichs angekündigt hat. Zu diesem Zweck ist eine Verhandlungskommission eingesetzt worden, die über einen längeren Zeitraum im Verhandlungswege eine Regelung herbeiführte. Das Ergebnis scheint offenbar so gut zu sein, daß sich hier alle bemühen, nun ihre Urheberschaft nachzuweisen.

(Abg. Klein [CDU]: Auch, was die Einsparung angeht?)

In diesen Fehler will ich nicht verfallen, aber ich will kurz werten, was dieser neue Finanzausgleich für Bremerhaven gegenüber der bisherigen Regelung bringt. Daß die Einwohner im Lande Bremen gleichbehandelt werden nach diesem Finanzausgleich, ist zugegebenermaßen eine alte Forderung

(Abg. Klein [CDU]: Der CDU!)

- (B) von Sozialdemokraten, von CDU und von FDP, eigentlich von allen Politikern im Lande Bremen. Es wäre ja wohl auch ein Witz, wenn man bei Verhandlungen mit einem Land nicht eine solche Position hätte. Ich meine, das ist nicht erst bei diesen Verhandlungen erreicht worden, sondern in den Verhandlungen durch eine neue Struktur des Finanzausgleichs verbessert worden. Darauf, meine Damen und Herren, ist bisher niemand so recht eingegangen.

Herr Teiser hat sich ein bißchen geirrt bei den Zahlen, das will ich ihm aber auch einmal nachsehen. Fakt ist jedenfalls, daß die Schulden der Stadtgemeinde Bremerhaven, 1,6 Milliarden DM, dadurch gemindert werden sollen, daß das Land Bremen einen wesentlichen Teil, nämlich etwa 600 Millionen DM, übernimmt. Dies ist im Ergebnis nun nicht nur insofern positiv zu beurteilen, als diese Schulden getilgt sind und sich die Pro-Kopf-Verschuldung jedes Bremerhavener verringert, aber immer noch hoch genug ist, sondern was wichtig ist für die Zukunft und weswegen Bremerhaven nun nicht jedes Jahr wieder neue Verhandlungen erbitten muß, ist, daß der Schuldendienst, darunter die Zinsen für aufgenommene Darlehen, zukünftig vom Land übernommen wird. Meine Damen und Herren, es ergibt sich also eine Einnahmeverbesserung für den städtischen Haushalt in Bremerhaven von 40 Millionen DM pro Jahr, und das bedeutet natürlich eine Dauerentlastung dieses Haushalts.

Der zweite Schwerpunkt, ebenfalls eine wesentliche Dauerentlastung der Bremerhavener Finanzen, ist darin zu sehen, daß zukünftig zu 100 Prozent die

Kosten für Lehrer und für den Bereich Bildungswesen einschließlich der Sachkosten übernommen werden. Auch das ist eine wesentliche Neuerung gegenüber dem vorherigen Stand. Rechnet man die hundertprozentige Übernahme der Kosten der Polizei hinzu, so macht das mindestens weitere 30 Millionen DM pro Jahr aus.

Die Bremerhavener Stadtverordneten werden damit in die Lage versetzt, in der Tat die Bürger Bremerhavens genauso zu behandeln, wie die Bürger in der Stadtgemeinde Bremen behandelt werden. Es wäre wohl unverständlich, wenn man die hundertprozentige Kostenübernahme für Bildung und Polizei durch das Land erreicht hätte und anschließend nicht so verfahren würde. Also auch daran kann es keine Kritik geben.

Herr Neujahr, wir haben ja eine gute Kooperation miteinander in Bremerhaven, auch die Scherben

(Abg. Neujahr [FDP]: Welche Scherben?)

Ihres Kollegen mögen ja ein gutes Omen für die weitere Zusammenarbeit sein, und Sie haben das eigentlich sehr moderat und sachlich dargestellt. Ich reihe mich ein bei denjenigen, die sagen, das waren schwierige Verhandlungen, und innerhalb der Verhandlungen gab es auch Situationen, in denen sehr hart gestritten wurde. Ich gebe das auch für meine Person zu! Aber ich muß heute anerkennend sagen, das Endergebnis ist zunächst einmal für einen überschaubaren Zeitraum, denn auch das Land Bremen muß ja seine Finanzen überschauen können, ein sehr gutes Ergebnis. Ich stelle das hier ausdrücklich fest, Bürgermeister Wedemeier hat die Ankündigung in seiner Regierungserklärung wahr gemacht.

(Beifall bei der SPD — Bürgermeister Wedemeier: Eine von vielen!)

Finanzsenator Grobecker,

(Abg. Klein [CDU]: Wird in der Sänfte getragen!)

der das nun auch auf die richtigen Füße stellen mußte und mit den Bremerhavenern handeln mußte, das hat er ja manchmal gemacht wie ein Pferdehändler, hat ein ausgezeichnetes Ergebnis erzielt, und das wird von den Bremerhavenern anerkannt!

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Haben Sie die Sänfte schon?)

Meine Damen und Herren, alles in allem also für den Bremerhavener Haushalt ein Betrag von 107 Millionen DM, der die Bremerhavener Stadtverordneten gegenwärtig in die Lage versetzt, bei ihren Überlegungen nun auch einen geringen Spielraum ausnutzen zu können, den sie andernfalls nicht gehabt hätten! Über die mangelnden Perspektiven der Finanzplanung in Bremerhaven ist hier genug gesagt worden. Ich will mir das deswegen heute ersparen,

(C)

(D)

(A) wir haben ja im Januar noch Gelegenheit, darüber zu reden.

Aber ich möchte hier auch einmal, Herr Neujahr, mit einem Märchen aufräumen, das Ihr Kollege Jäger leider wieder einmal aus der Tasche gezaubert hat.

(Abg. Klein [CDU]: Jetzt bekommen Sie trotzdem einen mit!)

Herr Klein, Sie werden mir da bestimmt folgen in der Argumentation. Sie sind ja ein erfahrener Finanzpolitiker und Haushälter, und ich denke, das werden Sie genauso beurteilen wie ich.

Herr Kollege Jäger hat also gesagt, die Schulden in der Stadtgemeinde Bremerhaven seien zurückzuführen auf Fehlinvestitionen der siebziger Jahre. Dann hat er ein Beispiel dafür gebracht, nämlich die MBA Bremerhaven. Das war aber auch alles. Jeder Bremerhavener, der damals die Beschlußlage verfolgt hat, weiß, wie es zu der Größe der MBA in Bremerhaven gekommen ist. Natürlich hat man daran gedacht, auch für das Umfeld eine solche Einrichtung anzubieten.

Meine Damen und Herren, deswegen will ich das hier einmal deutlich sagen, die Fraktionen, insbesondere auch die CDU-Fraktion des Landkreises Wesermünde, hatte sowohl gegenüber dem Bremerhavener Magistrat als auch gegenüber mehreren Bürgermeistern der umliegenden Gemeinden signalisiert, man wolle sich an diese MBA anschließen, und vielleicht hat man dann einen Fehler gemacht,

(B)

(Abg. Neujahr [FDP]: Heute haben Sie Dumpingpreise, Herr Tiedemann, hören Sie doch auf!)

das gebe ich zu, nämlich daß sie mit ihren Versprechungen leider so lange gewartet haben, bis die Bremerhavener in einer schlechten Lage waren.

Meine Damen und Herren, ich kann mir ja denken, daß Sie das nicht gern hören wollen, denn für die Schulden der Stadtgemeinde Bremerhaven, das ist hier vorhin schon gesagt worden, gibt es wie für den Schuldenstand anderer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland objektive Kriterien, und der Bericht, der nun auch von der Bundesregierung endlich einmal zur Kenntnis genommen worden ist, wurde hier vorhin erwähnt, und deswegen brauche ich das nicht erneut zu tun.

Ich muß Sie eigentlich nicht auf die Sozialhilfe-lasten hinweisen, die in Bremerhaven auf mittlerweile 106 Millionen DM gestiegen sind. Ich muß Sie nicht darauf hinweisen, daß in Bremerhaven der Anteil der Beschäftigten in Problembranchen bei 85 Prozent liegt, bei der Struktur dieser Stadt.

(Abg. Neujahr [FDP]: Aber auf die Investitionslasten müssen Sie hinweisen!)

Das alles können wir uns ersparen. Auch die gestiegenen Zinsen muß ich hier nicht ins Feld führen. Ich

(C) will nur sagen, der Eindruck, den man hier zu erwecken versuchte, ist falsch, und deswegen wird er deutlich von mir zurückgewiesen.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu dem Antrag 12/383 vom beschäftigungswirksamen Investitionsprogramm. Den anderen Antrag, diesen Dringlichkeitsantrag 12/393, haben Sie ja zurückgezogen, wenn ich das richtig verstanden habe.

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Andersherum!)

Andersherum, schön! 12/383 haben Sie zurückgezogen, und den anderen lassen Sie bestehen, aber im Grunde genommen steht ja in beiden Anträgen, was die Sache betrifft, genau das gleiche, und deswegen ist die Argumentation gegen diesen Antrag auch gleich und relativ einfach. In Wirklichkeit handelt Ihr Antrag nicht von einem beschäftigungswirksamen Investitionsprogramm, und das wissen Sie auch. In Wirklichkeit haben Sie alle Einzelmaßnahmen oder fast alle Einzelmaßnahmen aus dem wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm abgeschrieben, Sie haben einige städtische Maßnahmen, die der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung unterliegen, hinzugefügt, und zum Teil haben Sie Maßnahmen hineingeschrieben, die überhaupt noch nicht genügend ausgeplant sind, das wissen Sie wahrscheinlich aus den Wirtschaftsförderungsausschüssen, in denen Ihre Fraktion ja auch vertreten ist.

(D) Vor kurzem haben wir gerade Planungsmittel verwendet. Wenn Sie in dem Antrag einen tideabhängigen Hafen fordern, muß ich Ihnen eigentlich nicht erklären, was das nun wieder an Neuplanung und Umplanung voraussetzt. Es würde mindestens einige Jahre in Anspruch nehmen und würde wahrscheinlich überhaupt nicht die Zustimmung des Bundes, der Wasser- und Schifffahrtsdirektion und anderer finden. Mit anderen Worten, meine Damen und Herren, das ist kein wirkliches beschäftigungswirksames Investitionsprogramm, das ist ein Pseudoprogramm aus der Windmachermaschine.

(Beifall bei der SPD — Abg. Töpfer [SPD]: Das ist richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Zeit her sind den einzelnen Rednern ja auch immer Grenzen gesetzt, er soll sie nicht über Gebühr beanspruchen. Ich habe sie beim letzten Mal ausgeschöpft, will aber diesmal meinen Kollegen auch noch ein bißchen Redezeit belassen. Deswegen mache ich an dieser Stelle zunächst einmal Schluß und danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren. Ich gehe davon aus, daß damit die Grundsatzdebatte Finanzen und der Bremerhavener Teil abgeschlossen sind und daß wir uns jetzt dem Bereich Wirt-

(A) schaft, Umwelt, Stadtentwicklung, Häfen, Verkehr zuwenden.

Ich will Ihnen aber vielleicht erst einmal eine Zwischenmeldung über die Redezeit durchgeben.

(Abg. Klein [CDU]: Das macht Spaß!)

Ja, spannend vor allen Dingen! Ich lese die verbrauchte Zeit vor, nicht daß der Irrtum entsteht, das sei die noch vorhandene Zeit! Das ist die verbrauchte Zeit, und das müssen Sie jetzt hochrechnen auf 120 Minuten, dann wissen Sie, was Sie noch zur Verfügung haben.

Die SPD hat 49 Minuten verbraucht, die CDU 60 Minuten, also die halbe Miete. DIE GRÜNEN haben 48 Minuten und die FDP hat 55 Minuten benötigt. Der Abgeordnete Altermann hat zwei Minuten gesprochen, hochgerechnet auf 15 Minuten hat er also noch 13 Minuten.

Es geht in die nächste Runde. Bitte teilen Sie sich die Zeit so ein, daß Sie auch noch für das letzte Thema etwas haben, nicht daß dann das große Murren ausbricht, wenn wir sagen müssen, die Zeit ist verbraucht, wir können das Wort nicht mehr erteilen.

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wechseln also das Thema. Nach der Bremerhavenrunde rede ich jetzt über Pfusch am Bau oder, besser gesagt, Pfusch am Bauressort.

(B)

(Zurufe von der SPD: Na, na!)

Meine Damen und Herren, Bürgermeister Wedemeier hat mit seinem Notkonzept, das der Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei dann ausgefüllt hat, eine Mißgeburt in die Welt gesetzt, die keinerlei Überlebenschancen hat und wahrscheinlich unseren beiden Städten schweren Schaden zuführen wird. Man braucht wirklich kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß sich bereits in einigen Monaten erweisen wird, daß es in den Verwaltungen des Baubereichs knirscht, daß es krachen wird und, um im Bild zu bleiben, daß der Bau nicht vorankommt, daß Stützpfeiler falsch gesetzt sind,

(Abg. Meyer [SPD]: Was?)

daß Mauern an der falschen Stelle stehen, und als bald wird der Einsturz dieses Ressorts drohen, und dann wird das Chaos herrschen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dann wird es die krampfhaften Versuche geben, das Chaos zu ordnen.

(Abg. Klein [CDU]: Es gibt keine Fluchttreppen!)

Meine Damen und Herren, zunächst werden die Bauherren und all diejenigen, die mit dem Ressort zu tun haben, also die Bürger Bremens, sich an die Poliere wenden, wie das beim Bau im allgemeinen so üblich ist, und sie werden die Poliere beschimpfen und ihnen Vorwürfe machen. Das sind in dem Fall die armen Senatoren, die davon betroffen sind. Sie wissen vielleicht auch gar nicht, zu wem sie gehen müssen und gehen sollen, entweder zu Eva-Maria Kunick oder Konrad Schulte-Lemke oder wie auch immer!

(C)

(Heiterkeit)

Aber, meine Damen und Herren, wenn die Pleite dann eines Tages untersucht wird, wenn man feststellen wird, daß die konstruktiven Mängel ursächlich für den Zusammenbruch waren, dann, Herr Wedemeier, wird der Konstrukteur zur Kasse gebeten, und das werden Sie sein.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]:
Der saniert dann Co op!)

Der Konstrukteur, der Bürgermeister Wedemeier, wird dann schweren Zeiten entgegengehen. Wer sich, Herr Wedemeier, wie Sie das Heft des Handelns von SPD-Ortsvereinen, von SPD-Unterbezirken und vom SPD-Landesparteitag aus der Hand nehmen läßt, wer versucht, einen völlig mißlungenen Befreiungsschlag als den großen strategischen Erfolg zu verkaufen, wird eines Tages seinem gerechten politischen Urteil nicht entgehen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es geht bei dieser Frage in der Tat darum, ob dieses Ressort in der neuen Aufteilung lebensfähig und ob dieses Ressort arbeitsfähig ist und ob die Bürger mit diesem Ressort zurechtkommen können. Wenn Sie sich jetzt die Aufteilung einmal ansehen, dann werden Sie feststellen, daß es eine geradezu absurde Zuordnung zu einzelnen Senatsbereichen gibt. Ausgerechnet der Hafensenator — der ist auch deswegen wahrscheinlich, doch, der sitzt jetzt rechts bei dieser Debatte —

(Abg. Töpfer [SPD]: Immer an Steuerbord!)

bekommt das Amt für Straßen- und Brückenbau, das Bauordnungsamt, das Fernmeldetechnische Amt, das Hochbauamt und das Bauamt Bremen-Nord. Die Fachaufsicht für das Bauamt wird allerdings bei Umwelt und Stadtentwicklung liegen.

(Abg. Stelljes [SPD]: Sind Sie Dienstag nicht an die Reihe gekommen?)

Herr Stelljes, seien Sie vorsichtig!

(Abg. Stelljes [SPD]: Nein, das brauche ich nicht, bei Ihnen nicht!)

- (A) Herr Stelljes, seien Sie vorsichtig, Sie sind doch Bürger Bremen-Nords, Sie kommen vielleicht noch einmal in die Lage, bauen zu müssen, und da kann ich Sie nur bedauern bei dieser Konstruktion, wie alle anderen Bürger, die in Bremen-Nord wohnen, das kann überhaupt nicht funktionieren beim Bauamt Bremen-Nord!

(Beifall bei der CDU)

Bei dem Ressort Umwelt und Stadtentwicklung bleiben Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft, das Gartenbauamt, das Wasserwirtschaftsamt und schließlich das wichtige Stadtplanungsamt. Bei Finanzen wird die Kataster- und Vermessungsverwaltung angesiedelt, und unklar ist, ob der Wohnungsbau nun bei Finanzen oder bei Inneres bleiben soll, wobei ich höre, daß der Finanzsenator sich bemüht, den Wohnungsbau sozusagen an Land zu ziehen, weil er meint, in Bremen würde zuviel gebaut und die öffentliche Förderung müßte erheblich reduziert werden, was natürlich auch eine totale Fehleinschätzung wäre und sich zum Schaden Bremens auswirken würde.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dittbrenner [SPD]: Das sind blöde Gerüchte, Peter, falle darauf nicht herein, Peter!)

- (B) Tatsache ist allerdings, Herr Kollege Dittbrenner, daß damit Bremen der einzige Stadtstaat ist, der eine solch absurde Kombination von Bauämtern im weitesten Sinne hat. Das finden Sie weder in einer anderen Großstadt noch in den beiden Städtestaaten, mit denen wir uns am ehesten vergleichen können, also Berlin und Hamburg.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Berlin hat auch keine Häfen!)

Einen Sinn, meine Damen und Herren, macht das jedenfalls alles nicht. Wir haben hier die Aufteilung eines klassischen Städteressorts nach dem Zufallsprinzip. Zustande gekommen ist es, weil zuletzt der Landesparteitag innerhalb eines vorgegebenen Korsetts ohne Sachverstand entschieden hat und es dem Regierungschef zu diesem Zeitpunkt schon völlig egal war, was da herauskommt, Hauptsache, er konnte vordergründig sein Gesicht wahren, und daran liegt es, daß es zu solch einer absurden Situation kommen konnte!

(Beifall bei der CDU)

Nun sagte Bürgermeister Wedemeier vorgestern in seiner Begründung zur Aufteilung der verschiedenen Ämter, es habe sich gezeigt, daß das Zusammenführen verschiedener Ansprüche und Interessen in einem Ressort nicht vermittelbar sei. Damit wollte Herr Wedemeier sagen, Frau Lemke-Schulte konnte die unterschiedlichen Ansprüche, auch die Widersprüche, die es natürlich zwischen Umwelt und Bau gibt, in einem Ressort, in einer Person sozusagen

nicht aushalten. Deshalb, so sagt der Bürgermeister, ergebe sich die Notwendigkeit einer geänderten Geschäftsverteilung.

(Bürgermeister Wedemeier: „Deshalb“ ist falsch!)

Diese Aussage des Bürgermeisters, meine Damen und Herren, belegt, genau wie die Entscheidung des SPD-Landesparteitags, daß Sie wohl inhaltlich gar nicht begriffen haben können, was Sie da beschlossen haben. Das Stadtplanungsamt verbleibt bei der Umweltsenatorin Lemke-Schulte. Damit bleiben aber die unterschiedlichen Ansprüche, aber auch die Widersprüche im Ressort bei derselben Person, das heißt, Sie haben im Grundsatz die gleiche Aufteilung und die gleiche Problematik, wie sie vorher auch vorhanden war. Die Wirklichkeit der anstehenden Aufgaben und die Wirklichkeit der Ressortverteilung stimmt mit der Sicht des Bürgermeisters in dieser Frage nicht überein. Frau Lemke-Schulte bleibt verantwortlich für die Bauleitplanung, das heißt also für den Flächennutzungsplan beispielsweise oder auch für Bebauungspläne.

(Abg. Klein [CDU]: Das zerreißt sie!)

Wenn Änderungen auch ohne diese beiden Instrumente durchgeführt werden müßten, auch dann muß sie planerisch dies jeweils vertreten. Sie brauchen sich ja nur einmal die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Baudeputation zur Hand zu nehmen, die am 15. Dezember tagen wird, und zu schauen, wie viele Bebauungspläne und wie viele Baumaßnahmen hier vorbereitet werden. Es beginnt mit der Hafendrandstraße als einer großen Baumaßnahme und endet bei den Bebauungsplänen Burglesum zwischen den Straßen Auf den Delben, Grambker Heerstraße und Klöckner-Bahn. Dazwischen liegen die Tagesordnungspunkte eins bis 15, im wesentlichen alles Bebauungspläne, fast alle Probleme, die angeblich Frau Lemke-Schulte in ihrem Ressort nicht aushalten kann, die sie aber behält. Daran wird doch schon sichtbar, daß Sie das Problem überhaupt nicht gelöst haben, sondern daß Sie mit dem gleichen Problem weiterleben müssen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wenn man nun sieht, welche gewaltigen Aufgaben Bremen in den nächsten Jahren zu bewältigen hat, kann man um so weniger die Entscheidung, das Bauressort zu zerschlagen, verstehen.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Wir sind doch nicht am Dienstag, sondern am Donnerstag! Was hat das mit Haushalt zu tun?)

Das gesamte Verkehrskonzept des Bremer Ostens, Herr Dittbrenner, Tunnel Hemelingen, Beneckendorffallee, Steubenstraße, Tunnel, Verlängerung der Straßenbahn, ÖPNV-Ausbau, Georg-Bitter-Straße, A 281, Hafendrandstraße, Niedervieland einschließ-

(C)

(D)

- (A) lich Niedervieland III, Ausbau der Häfen am linken Weserufer, Anbindung an die A 1, Straßenerweiterung und und und — Sie könnten diese Liste beliebig fortsetzen —

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Osterholzer Heerstraße!)

sind Maßnahmen, die auch teilweise im Widerspruch stehen zu den Ansprüchen, die Umweltschützer stellen,

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

und es müssen Antworten gefunden werden von ein und derselben Senatorin.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Und was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Frau Lemke-Schulte, meine Damen und Herren, wird zumindest immer planerisch die verantwortliche Senatorin im Senat sein, die das nach außen vertreten muß. Das heißt, Sie können hieran erkennen, Ihre Argumentation stimmt vorn und hinten nicht, ist eine Notoperation, die ohne Sinn und ohne Verstand ist und das Bauen in Bremen erschwert, obwohl wir wichtige Infrastrukturmaßnahmen vor uns haben.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Herr Kollege Dittbrenner, Sie haben ja einen Antrag in der Stadtbürgerschaft eingebracht, in dem Sie die beschleunigte Umsetzung der Verkehrskonzepte ansprechen, und die Investitionsreserve, da wird die Verpflichtungsermächtigung von 60 Millionen DM um 55 Millionen auf 115 Millionen DM erhöht. Meine Damen und Herren, die Planungen dafür muß die Umweltsenatorin machen,

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Und wo ist das Problem?)

und sie muß sich mit den Konflikten, die sie bisher gehabt hat, auseinandersetzen, das heißt, Sie lösen dieses Problem überhaupt nicht, von dem Sie behaupten, es sei eines, und Sie müßten deswegen die Ämter aufteilen. Genau das Gegenteil ist richtig!

(Zuruf des Abg. Dittbrenner [SPD])

Herr Kollege Dittbrenner, wir führen hier eine politische Debatte und reden auch über Politik, wie Sie Politik hier anregen!

(Beifall bei der CDU)

Entweder, meine Damen und Herren, wissen Sie nicht, was Sie hier beschlossen haben, oder Sie geben sich Illusionen hin!

Meine Damen und Herren, dazu kommt ja, wenn Sie sich das jetzt praktisch vorstellen, die relative Hilflosigkeit der Frau Senatorin, die wir hier in der

Bürgerschaft, aber auch außerhalb dieses Hauses wiederholt erlebt haben. Dies ist kein Weg, der Erfolg versprechen kann. (C)

(Vizepräsident Frau Leinemann übernimmt den Vorsitz.)

Dies ist kein Weg, wo schwierige Entscheidungen auf den Weg gebracht werden, dies ist keine Senatorin, die in der Lage wäre, den Knoten durchzuschlagen, wo es notwendig ist. Das geht schief, Herr Bürgermeister Wedemeier!

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine falsche Entscheidung, in der Sache und in den Personen!

Meine Damen und Herren, ein Neuanfang? Nein, eher der Anfang vom Ende in diesem Bereich! Die Architektenkammer, meine Damen und Herren, hat ja dazu Stellung genommen, und ich möchte aus einem Brief, den sie am 6. 12. an Bürgermeister Wedemeier geschrieben hat, zitieren. Da heißt es:

„Mit ernster Sorge hören wir, daß das Ressort Stadtentwicklung in eine planende und eine bauende Verwaltung aufgeteilt werden soll, was uns in keiner Hinsicht sachlich begründet erscheint und lediglich zur Zerschlagung dieses funktionsfähigen Ressorts führt. Da die Architektenkammer die gesetzliche Aufgabe hat, Baukultur und Bauwesen zu fördern und bei der gesetzlichen Ordnung des Bauwesens die zuständigen Stellen zu beraten, können wir hierzu nicht schweigen. Wir fühlen uns der Stadt und ihren Bürgern verpflichtet, mit allem Nachdruck vor einer Entwicklung zu warnen, durch die dem Bauwesen in Bremen ernster, nicht wiedergutzumachender Schaden droht. (D)

Abgesehen davon, daß die Bauverwaltung nicht konsequent in planende und bauende Verwaltung getrennt werden kann, ohne ganze Behörden funktionsunfähig zu machen, wird ihre Effektivität in einem nicht vertretbaren Maße verringert. Hinzu kommt, daß unter dem Gesichtspunkt der Kosteneinsparung die vorgesehene Ämterverteilung nicht zweckmäßig ist, weil die erforderlich werdende Verdoppelung einiger Funktionen eine Steigerung der Personal- und Sachkosten mit sich bringt, denen gegenüber die Kosten für einen zusätzlichen Senator vergleichsweise gering ausfallen.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Ist das Ding lang?)

Die Folgen dieser geplanten Neuaufteilung der Bauverwaltung widersprechen den Zielen der Verwaltungsvereinfachung und Bürgernähe. Der Vorstand der Architektenkammer der Freien Hansestadt Bremen fordert einstimmig ein fachlich hochqualifiziert geführtes Bauressort, das nur ungeteilt die Aufgaben der Stadtentwicklung fach- und sachgerecht erfüllen kann. Im Interesse einer erfolgreichen Stadtentwicklung bitten wir Sie, sich gegen die Um-

(A) setzung dieses SPD-Parteitagbeschlusses zugunsten einer sachgerechten Lösung einzusetzen.“ Wir tun das, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Es gibt aber auch Vermutungen, wenn man an die Senatsdirektoren denkt, die da agieren und zukünftig nicht mehr agieren. Der eine wird agieren, Herr Dr. Lühge, und der andere, wie ich höre, Herr Schulte, wird nicht mehr agieren.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Was wird er denn tun?)

Wenn Sie das wissen, ist die Vermutung vielleicht berechtigt, daß in Bremen zukünftig Bauen eher verhindert als gefördert werden soll.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Das wäre nicht schlecht!)

Vielleicht steckt das in Wirklichkeit hinter Ihren Plänen!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn das Umweltressort weniger Pläne produziert, wenn Pläne dann mit Auflagen, mit Behinderungen des Bauens versehen werden, dann, meine Damen und Herren, wird dieser Stadt der Strick um den Hals gelegt, und er nimmt Bremen die Luft zum Überleben. Meine Damen und Herren, bedenken Sie, was Sie mit dieser Ressortaufteilung anrichten, überlegen Sie es sich noch einmal, ob das, was der Landesparteitag beschlossen hat, wirklich für Sie vertretbar erscheint! Werden Sie nicht zum Sklaven eines Landesparteitages, von Leuten, die nicht über den Sachverstand verfügen, in einer solchen Frage zu entscheiden!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Fragen Sie Herrn Senator Meyer beispielsweise, der jetzt Abgeordnetenkollege ist, was er Ihnen dazu sagen wird, wenn Sie ihn unter vier Augen fragen,

(Abg. K l e i n [CDU]: Unter sechs Augen!
— Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Das habe ich gern, erst ihn abschießen und dann ihn fragen!)

ob er das für eine vernünftige Lösung hält. Er würde solch ein Modell hier nie verteidigen, weil ich weiß, welche Auffassung er dazu jahrelang vertreten hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Diese Zuordnung der Ämter, wie Sie sie betreiben wollen, ist nicht sachgerecht, diese Zuordnung der Ämter führt zu Reibungsverlusten und wird die dort arbeitenden Menschen schnell frustrieren und ihre Leistungsbereitschaft hemmen. Es wird alles dazu

(C) führen, daß wir eine bürgerferne und keine bürgernahe Verwaltung haben. Meine Damen und Herren, diese Konstruktion wird Bremen insgesamt schaden, und sie wird dazu führen, daß Bauwillige noch eher aus dem Lande Bremen verschwinden, als dies bisher schon der Fall war.

Ein führender Beamter hat zu der neuen Konstruktion in der letzten Woche zu mir gesagt,

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Immer diese Anonymität! Nennen Sie doch Namen!)

bis jetzt habe er, bevor er ins Amt gegangen sei, immer die Zeitung lesen müssen, damit er gewußt habe, was in der Amtsleitung gedacht werde. Nach der Neuordnung werde ihm selbst das nichts mehr helfen, man könne da wahrscheinlich sich nur noch in die innere Immigration zurückziehen. Das ist die Auffassung eines leitenden Beamten Ihrer Bauverwaltung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU — Bürgermeister W e d e m e i e r: Haben Sie erfunden! — Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Die Politiker sind für die Beamten da oder umgekehrt? Wer bestimmt hier denn?)

(D) Meine Damen und Herren, ich will hier zum Schluß die Meinung eines Journalisten zitieren. Hans-Peter Bernd schreibt: „Im Zusammenhang mit der Senatsumbildung gab es erhebliche Irritationen, nicht nur innerhalb der Partei. Da wurde mit Namen und Zahlen jongliert, daß manchem schwindelig wurde. Die Wahrnehmung politischer Verantwortung in den festgeschriebenen zehn Senatsressorts wurde nach und nach durchschaubaren Kriterien verteilt, die Sache und die Qualifikation der jeweiligen Personen schienen dabei wahrlich keine Rolle zu spielen, und am Ende gab es beim SPD-Parteitag nicht etwa heftige Debatten von engagierten Politikern, sondern es wurde ein Zustimmungskongreß, Beifall war angesagt, und alle, alle klatschten.“

Meine Damen und Herren, das ist die Wirklichkeit. Das ist eine realistische Beschreibung. Sie selbst tun sich mit dieser Regelung keinen Gefallen. Sie werden politisch ins schwere Wetter kommen. Das könnte uns noch relativ egal sein. Was aber schlimm ist, ist die Tatsache, daß den Bauwilligen in Bremen Steine in den Weg gelegt werden,

(Abg. F ü c h s [DIE GRÜNEN]: Bausteine!)

das die Prosperität dieser Stadt unter einer solchen Entwicklung leiden wird und der schlechte Ruf Bremens damit weiter gefestigt wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ziegler.

(Bürgermeister W e d e m e i e r: Wann kommen wir denn zum Haushalt?)

- (A) Abg. **Ziegler** (FDP*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Aufforderung des Bürgermeisters versuche ich, wieder den Bezug zum Haushalt herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Einordnung meines Beitrages möchte ich mich konzentrieren auf den Wirtschaftsteil. Mein Kollege, Herr Welke, wird Ihnen den Bereich Bau dann noch darbringen.

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Reden Sie man länger, Ihnen kann man besser zuhören!)

Ich kann nicht sehr viel länger reden, Herr Dittbrenner, weil auch unsere Zeit limitiert ist. Wir liegen zwar hinsichtlich unseres Zeitverbrauchs in der Mitte, wie das häufig bei uns der Fall ist, aber ich möchte natürlich unsere Zeit nicht überstrapazieren.

Die letzten Haushaltsberatungen, meine Damen und Herren, sind erst zirka ein halbes Jahr her. Schon im März hatte ich darauf hingewiesen, daß Wirtschaftspolitik nicht nur mit Geld etwas zu tun hat, sondern auch viel mit Klima und Image. Wir begrüßen, daß das Wirtschaftsressort nicht in den Strudel der Senatsumbildung hineingezogen wurde, daß zumindest das Wirtschaftsressort zu einer kalkulierbaren Größe, ich sage nicht zu einem kalkulierbaren Risiko, geworden ist. Gleichwohl müssen wir jedoch konstatieren, daß die Situation des Senats insgesamt, wir haben am Dienstag ausführlich darüber diskutiert, eine katastrophale Außenwirkung hat.

(B)

Hinzu kommt, daß häufig gutgemeinte, sicherlich auch gutgewollte Wirtschaftspolitik durch eklatante Fehlleistungen anderer Ressorts konterkariert wird.

(Beifall bei der FDP)

Dazu gehört die Bremer Bildungspolitik, die sich wie ein roter Faden durch alle Beiträge zieht, dazu gehört auch die nicht auf ein vernünftiges Maß, auf einen Ausgleich gezielte, von der Umweltsenatorin bestimmte Gewerbeflächenpolitik und Baupolitik,

(Beifall bei der FDP)

die die Planungssicherheit von Unternehmen drastisch einschränkt.

Aber auch innerhalb des Wirtschaftsressorts gibt es Fälle, die wir nicht nachvollziehen können und auch nicht nachvollziehen wollen, ein suspekter Förderantrag, der in Bonn die Frage aufkommen läßt, nach welchen Kriterien oder, besser, Beziehungen in Bremen Geld verteilt wird, eine Diskussion über Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die nach außen die Frage aufkommen läßt, wer eigentlich hier etwas zu sagen hat. Schädlich sind auch Zeitungsmeldungen, in denen nachzulesen war, welche Fir-

*) Vom Redner nicht überprüft.

ma welchen Betrag zu welchen Zweck bekommen hat. So kann man kein Vertrauen schaffen. Das hat übrigens nichts mit Mausehelei zu tun, sondern allein mit dem schutzwürdigen Interesse von Firmendaten. Mit solchen Fällen kann man die Einnahmeseite nicht steigern.

(C)

Wir freuen uns, mit Ihnen allen sicherlich, daß die Arbeitslosenquote in Bremen das erste Mal sich vom Bundestrend abgekoppelt hat, und zwar diesmal in positiver Weise, wenn auch nur hinter dem Komma, sie ist ganz leicht gesunken. Wir warnen jedoch davor, in Euphorie zu fallen und dies als herausragenden Erfolg Bremer Wirtschaftspolitik zu feiern. Es ist leider schlicht und einfach der erste Ansatz, sich dem allgemeinen Bundesniveau wieder anzunähern, ein Nachholbedarf also. Das gleiche gilt aus unserer Sicht auch für die Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

Zum Haushalt selbst! Auch dieser Haushalt ist wieder wesentlich durch die Umsetzung des wirtschaftspolitischen Arbeits- und Aktionsprogramms determiniert. Schon vor einem halben Jahr und an anderer Stelle haben wir jedoch kritisiert, daß dieses Programm oft Lückenfüllerfunktion für andere Etats zu spielen hat, insbesondere trifft das auf den Etat Bildung und Wissenschaft zu, hier besonders auf den Bereich der universitären Forschung, aber auch für den Etat Umwelt und Stadtentwicklung. Wir kritisieren an diesem Haushalt, daß der gesetzgeberische Wille des Parlaments durch die diversen Töpfe, die gegenseitig deckungsfähig sind, und durch pauschal angesetzte Minderausgaben, die eben nicht an bestimmte Haushaltstitel gebunden sind und damit zur freien Verfügungsmasse der Behörde beziehungsweise des Senats werden, unterlaufen wird.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Der Grundsatz der Wahrheit und der Klarheit, den ein Haushalt beinhalten soll, ist hier für uns nicht zu erkennen, insbesondere dann, wenn Förderanträge und Projekte in bestimmten Größenordnungen ohne die Entscheidung der Deputation verabschiedet werden können. Dies mag zu einer Arbeiterleichterung der Verwaltung führen, kann aber nicht parlamentarischem oder besser öffentlichem Willen entsprechen. Wenn man das so will, dann sollte man entweder konsequenterweise diesem Parlament einen Topf pauschal zur Verabschiedung stellen und die Aufteilung, Vergabe und Kontrolle den Deputations- und Haushaltsausschüssen überlassen oder aber diesem Parlament eine differenzierten, bindenden Haushalt vorlegen.

Wir haben in den vergangenen Monaten alle Maßnahmen und Projekte des Senats unterstützt, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bremen/Bremerhaven, der Unternehmer und der in ihnen arbeitenden Menschen verbessern. Als Beispiele seien genannt das Werftenkonzept, der Technologiepark an der Universität, das Kongreßzentrum und auch die Revitalisierung des AG-„Weser“-Geländes. Wir werden dieses Verhalten sicherlich auch in Zukunft

(A) nicht ändern. Wir haben aber ebenso konsequent, und dies gilt auch für die Zukunft, Vorlagen abgelehnt, die diesem Ziel nicht entsprochen haben oder nicht für die Zukunft entsprechen werden.

Die im Haushalt vorgesehenen pauschalen Minderausgaben im Bereich Wirtschaft sehen wir mit großer Sorge an, weil sie unseres Erachtens die Gefahr beinhalten, auf einem jetzt endlich eingeschlagenen Weg auf halber Strecke stehenzubleiben. Wir fordern Sie deshalb konsequenterweise in unseren Ihnen als Anträge vorliegenden Einsparvorschlägen auf, diese für die Senkung der Minderausgaben einzusetzen, quasi ein doppeltes Minus, das ergibt ein Plus.

(Beifall bei der FDP)

Damit wird zum einen das Haushaltsrisiko vermindert, denn es steht noch gar nicht fest, wie diese Minderausgabe erwirtschaftet werden soll, zum zweiten stärken wir damit den investiven Anteil in diesem Haushalt.

Abschließend müssen wir feststellen, daß der von uns seit langem geforderte Beginn konsequenter Privatisierung öffentlicher Dienstleistung zur Haushaltsentlastung noch nicht aktiv begonnen hat. Herr Wedemeier und Herr Jäger haben diverse Beispiele kontrovers hier schon angeführt.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

(B) Für uns gehört eben nicht nur die Müllabfuhr dazu, sondern es ist zu diskutieren über das Gartenbauamt, das Hochbauamt, über Regiewerkstätten und sehr wohl auch über den Reinigungsdienst. Wir warten in diesem Zusammenhang gespannt auf die erste wissenschaftliche Untersuchung einer deutschen Hochschule, es ist nicht die Bremer Universität, die im Frühjahr veröffentlicht werden wird, und wir werden dann sicherlich mit konkreten Vorschlägen auf Sie zukommen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Hackstein.

Abg. Frau **Dr. Hackstein** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Im Rahmen dieser Haushaltsdebatte soll über eine neue Müllgebührenordnung entschieden werden, und wir lehnen diesen Entwurf ab. Ich möchte das in aller Kürze begründen, denn im Grundsatz ist unsere Position schon lange klar.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, gestern in der Fragestunde hatten wir ja wieder die Diskussion über ihre Müllpolitik hier in Bremen, die seit Jahren von der Ankündigung eines Abfallwirtschaftsplans bestimmt wird. Frau Senatorin Lemke-Schulte erklärte uns gestern wieder, daß wir auch weiterhin darauf warten können. 1989, Mitte des Jahres, haben wir vielleicht Glück, und er wird uns hier auf den Tisch gelegt. Auf der anderen Seite be-

gegen wir aber immer wieder Entscheidungen, die Bestandteil eines solchen Abfallwirtschaftsplans sein sollten, und das gilt auch für die Müllgebührenordnung. (C)

In der Debatte zur Änderung der Abfallbeseitigungsgesetze sagte uns im Juni die Kollegin Frau Wischer, für die in Paragraph 4 Absatz 1 vorgeschlagene Änderung, also die Reduzierung des Mindestgefäßvolumens von Abfallbehältern, ergebe sich insofern kein Bedarf, weil schon 1989 ein völlig veränderter Gebührenmaßstab erarbeitet werden solle, der sich nicht mehr am Gefäßvolumen orientiere, sondern ein personenbezogener Gebührenmaßstab sein werde. Leider ist Frau Wischer nicht da, so kann ich ihr nicht persönlich sagen, wie sehr ich mir gewünscht hätte, daß Frau Wischer recht behalten hätte und der völlig veränderte Gebührenmaßstab hier und heute auf dem Tisch liegen würde.

Diese Gebührenordnung, die uns heute präsentiert wird, dieser Änderungsvorschlag, ist im Prinzip ein Spiegel dessen, was wir als Bremer Müllpolitik erleben: Wer viel Müll produziert, der wird finanziell dafür belohnt, was ich ausgesprochen bedauerlich finde. Wir wissen alle, daß die Müllgebühren unter anderem zum Betrieb und zur Umrüstung der MVA eingesetzt werden, und dadurch erscheint es besonders perfide, daß bei dieser Gebührenordnung Bremer Bürger, die Müll vermeiden und verwerten, damit besonders viel zum Umrüstung der MVA beitragen. Diese vorgeschlagene Gebührenordnung, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, zeigt uns wieder in aller Deutlichkeit, daß die einzige Vermeidungsstrategie, die Ihre Umweltsenatorin wirklich perfekt beherrscht, die Vermeidung ökologischer Umsteuerung ist. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Vorstellungen, meine Damen und Herren, haben wir schon mehrfach aufgezeigt, daher kann ich es noch einmal ganz kurz sagen: Unserer Meinung nach soll der, der sich umweltfreundlich verhält, wer also vermeidet und verwertet, durch die Gebührenordnung belohnt werden. Wer zur Zeit noch nicht bereit ist, sich durch Müllverwertung umweltfreundlich zu verhalten, soll entsprechend durch höhere Gebühren zumindest für die mit bezahlen, die recyceln. Wer gestern morgen die Zeitung gelesen hat, wird ganz erstaunt gemerkt haben, daß mittlerweile auch in der Umweltbehörde ein Umdenken stattgefunden hat, denn wir konnten im „Weser-Kurier“ lesen, daß Herr Pösel, der große Koordinator der Behörde für Abfallwirtschaft, für 1991 nun endlich eine neue Gebührenordnung ankündigt, in der der Bürger durch Vermeidung und Verwertung die Höhe der Müllgebühren zumindest mitbestimmen kann.

Wenn also die Behörde für Abfallwirtschaft mittlerweile erkannt hat, daß Müllrecycling belohnt werden muß, dann sehen wir nicht ein, warum das wie-

- (A) der auf 1991 verschoben werden soll und warum das nicht heute sofort umgesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher fordern wir die Bremische Bürgerschaft auf, die vorgeschlagene Änderung der Gebührenordnung abzulehnen und eine gestaffelte Gebührenordnung entsprechend Umweltkriterien vom Senat einzufordern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiedemann.

Abg. **Tiedemann** (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind ja immer der Zeitpunkt, zu dem die Opposition abrechnet mit den Vorstellungen der Regierung. Im Bereich Wirtschaft, Technologie und Außenhandel sieht das so aus, wenn man die bisherige Debattenlage an sich vorbeiziehen läßt, daß Programme, die die Sozialdemokraten auf ihren Parteitag entwickelt haben — Bremen-Plan —, die von Fraktion und Senat entwickelt wurden — Wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm und so weiter —, überhaupt nicht in Frage gestellt werden.

(Abg. **Metz** [CDU]: Ich habe gesagt, werfen Sie es weg!)

- (B) Herr Metz hat zwar mehrfach gesagt, Ihnen fehlen die Konzepte, und dann hat er immer auf die Regierungsbank geschaut, ab und zu hat er auch einmal nach links geschaut. Ich stelle jedenfalls für meine Fraktion —.

(Abg. **Metz** [CDU]: Da sitzen auch Senatoren!)

Richtig, ich hatte nicht gedacht, daß Sie nur Senatoren anschauen, wenn Sie hier zum Haushalt reden, weil Haushaltsdebatten natürlich immer Debatten des Parlaments sind über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel!

(Abg. **Metz** [CDU]: Als ich vom Bremen-Plan geredet habe, habe ich Sie angesehen, das ist richtig!)

Das mögen Sie machen, wie Sie möchten, ich will jedenfalls zurückkommen zum Haushalt! Ich meine, daß die Investitionsschwerpunkte deutlich beweisen, daß die Ziele, die wir uns gesetzt haben, auch erreicht werden können. Die Investitionsschwerpunkte sind Arbeitsplatzwirkung, Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes Bremen, Erhöhung der Steuerkraft des Landes Bremen und Bedeutung für die Umwelt.

Wenn ich mir ansehe, welche Änderungsanträge eingegangen sind zu den Bereichen, muß ich feststellen, der einzige Änderungsantrag, jedenfalls soweit

es den Landeshaushalt betrifft, ist von der FDP vorgelegt worden, und zwar eine WAP-bezogene Minderausgabe. Es handelt sich um den Antrag 12/392. Dessen Annahme würde bedeuten, daß mehr ausgegeben werden könnte, weil die FDP die veranschlagten Minderausgaben verringern will,

(Abg. **Jäger** [FDP]: Ein Minus vom Minus ist eben Plus!)

Im Prinzip müßte man sagen, das wäre eine feine Sache. Aber Sie beklagen einerseits, wie auch andere Fraktionen, daß insgesamt nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, und andererseits versuchen Sie dann in einzelnen Bereichen, die Ansätze wieder nach oben zu bringen. Ich gebe zu, daß Sie in anderen Bereichen des Haushalts dafür Einsparungsvorschläge angeboten haben. Diese Einsparungsvorschläge finden aber nicht die Zustimmung meiner Fraktion, und deswegen lehnen wir Ihren Antrag 12/392 ab.

(Beifall bei der SPD)

Zum Antrag der GRÜNEN, 12/393, habe ich schon gesprochen. Dieser Antrag wird von uns abgelehnt, wie auch der Antrag 12/383, der ja jetzt weg ist, abgelehnt worden wäre.

(Abg. **Fücks** [DIE GRÜNEN]: Sie sind aber heute destruktiv!)

Meine Damen und Herren, man könnte jetzt noch einmal versuchen, eine Bestandsaufnahme bremischer Wirtschaftspolitik hier anzuschließen. Ich bin der Meinung, daß darauf, weil Alternativen von Ihnen, von der Opposition, überhaupt nicht aufgezeigt worden sind, verzichtet werden kann. Ich denke, daraus kann man ableiten, daß Sie im wesentlichen den Zielsetzungen zustimmen, die sich im Regierungsprogramm wiederfinden und die im Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm einschließlich der Programme für Häfen, Umwelt und Arbeit enthalten sind. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann ich es an dieser Stelle zunächst einmal dabei belassen und brauche zu anderen Themen keine Stellung zu beziehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Welke.

Abg. **Welke** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat Ihnen zum Bereich Bau und Umwelt vier Anträge vorgelegt. Zwei Anträge beziehen sich auf den Ausbau des Concordia-Tunnels. Ich hatte das in der Debatte im letzten Monat schon erläutert. Wir halten diesen Ausbau für überflüssig, folglich finden Sie entsprechende Streichungsvorschläge jetzt auch zum Einzeletat Bauwesen. Ich habe gesehen, die Fraktion der GRÜNEN hat auch einen entsprechenden Streichungsantrag eingebracht. Abstimmungsmäßig, Herr Präsi-

(C)

(D)

(A) dent, das bitte ich auch morgen zu bedenken, muß man natürlich sehen, daß nicht nur die Streichung bei den Ausgaben notwendig ist! Da ja Komplementärmittel vom Bund dazukommen, muß man logischerweise dann auch die eine Million DM Bundesmittel auf der Einnahmenseite streichen.

Neben diesen rein haushaltstechnischen Anträgen haben wir Ihnen einen Dringlichkeitsantrag zum Ortsgesetz Veränderung der Gebührenordnung für die Benutzung der öffentlichen Abfallbeseitigung vorgelegt. Herr Jäger hat vorhin schon begründet, daß wir es für notwendig halten, daß einmal eine Überprüfung stattfindet, ob die Form der Abfalleinsammlung, wie heute in Bremen durch die Stadt selbst praktiziert, wohl die kostengünstigste ist. Wir möchten gern, daß einmal ein Kostenvergleich stattfindet zwischen dem Verfahren, das in Bremen-Nord praktiziert wird, und dem Verfahren, das in der übrigen Stadt praktiziert wird, sowie zum Vergleich auch Kostensituationen bei privaten Unternehmen im niedersächsischen Umland oder in anderen Städten, in denen der Müll getrennt eingesammelt wird, wie zum Beispiel in der Stadt Iserlohn. Dann hätte man auch einmal einen Vergleichsmaßstab für den Fall, daß in Bremen irgendwann die Getrenntsammlung eingeführt wird.

(B) Außerdem haben wir Ihnen einen Antrag vorgelegt unter dem Betreff „Gemeinsame Landesplanung“. Diesen Antrag hatten wir Ihnen in ähnlicher Form schon im Frühjahr bei den Haushaltsberatungen nahegelegt. Wir haben jetzt noch ergänzend hinzugenommen als zusätzliche Aufgabe für eine Reaktivierung der Gemeinsamen Landesplanung das Problem Abfallwirtschaft.

Ich hoffe, daß das Problembewußtsein in diesem Hause inzwischen etwas gewachsen ist, so daß Sie diesem Antrag jetzt etwas positiver gegenüberstehen. Im Frühjahr wurde dieser Antrag noch von SPD und GRÜNEN abgelehnt. Inzwischen sollte sich aber doch ein gewisser Meinungswandel vollzogen haben, wenn Sie das ernst nehmen, was Sie selbst in der Umweltdeputation gefordert haben. Ich darf einmal aus einer Vorlage vom Juni dieses Jahres vorlesen. Da heißt es unter anderem:

„Das von den GRÜNEN angesprochene ökologische Gesamtkonzept Unterweserraum sollte länderübergreifend von der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen geleistet werden.“

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie dieser Auffassung sind, meine Damen und Herren, Sie von den GRÜNEN und auch Sie von der SDP, denn das ist ja die Senatsvorlage Ihrer Senatorin, dann, meine ich, sollten Sie sich auch jetzt dafür einsetzen, daß wir dieses Instrument eines gemeinsamen Agierens nun endlich wieder beleben.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Da haben wir immer zugestimmt!)

(C) Ich habe mich, Herr Fücks, vorhin noch einmal vergewissert, möglicherweise haben Sie sich verstimmt im Frühjahr im Gewühl der vielen Anträge, die dann im Schlußgalopp zu bearbeiten waren, aber das Protokoll weist aus: gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN. Ich hoffe, daß das ein Mißverständnis war und daß wir zumindest jetzt Ihre Unterstützung finden werden.

Der Kollege Kudella hat vorhin schon auf die Probleme hingewiesen, die es insgesamt mit dem Bauressort gibt. Auch wenn es Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, nicht gefällt, ich werde dieses Thema ebenfalls ansprechen, denn ich glaube, im Rahmen einer Haushaltsdebatte kann man über dieses Chaos nicht hinweggehen, denn letzten Endes hat dies natürlich auch negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage Bremens.

(Beifall bei der FDP)

Die Fehlentscheidung des vorigen Jahres, nämlich Bau und Umwelt in einem Ressort zusammenzufassen, wird jetzt möglicherweise noch verschlimmert, indem man die bauenden Ämter dem Hafenressort zuschlägt und andererseits das Stadtplanungsamt bei der Umweltsenatorin beläßt. Daß diese Einschätzung, diese Sorge, nicht nur eine Sorge der Opposition in diesem Hause ist, hat Herr Kudella schon mit dem Zitieren aus der Stellungnahme der Architektenkammer unterstrichen. Ich möchte zusätzlich, um zu verdeutlichen, daß alle am Bau Interessierten eigentlich diese Sorge teilen, hier aus einer Presseerklärung des Bundes Deutscher Architekten vom 5.12.1988 zitieren. Da heißt es unter anderem:

„Der Bund Deutscher Architekten im Lande Bremen protestiert gegen die Absicht der bremischen Regierung, im Zusammenhang mit der Umordnung der Senatszuständigkeiten die bauenden und planenden Verwaltungen in verschiedene Ressorts aufzusplitteln. Die Trennung der Stadtentwicklungsplanung von der Baugenehmigung und Objektdurchführung steht einem geordneten Ablauf des Baugeschehens entgegen. Unverständlich ist die damit verbundene Zerstörung übergreifender Zusammenhänge. Die Entwicklung von Baukultur wird einmal mehr erschwert. Der bauwillige Bürger wird auf Entscheidungen noch länger warten müssen. Architekten wissen nicht mehr, woran sie sind, und Behördenmitarbeiter werden verunsichert und verbringen ihre Zeit auf verlängerten Dienstwegen.“

Weitsichtige Entwicklungsplanung und Beeinflussung realen Baugeschehens werden zu zwei linken Händen, von denen die eine nicht weiß, was die andere zu tun hat. Die geplante Zusammenfassung aller mit dem Bauen und Planen befaßten Ämter in einem Gebäude (Berufsbildungszentrum) — das war ja einmal die ursprüngliche Konzeption — „wird unmöglich. Irgendwelche sachlichen Gründe für die Aufspaltung gibt es nicht. Das sach- und bürgerfeindliche Hin- und Herschieben von Zuständigkeiten ist vordergründig taktisch und wird sich durch ineffektive Verwaltung und Qualitätsverlust von gebauter

- (A) Umwelt bitter rächen. Noch wäre es Zeit, das Schlimmste zu verhindern und Zusammengehörendes zu bündeln.“ — Soweit der BDA!

(Beifall bei der FDP)

Diese Auffassung von BDA und Architektenkammer, die Herr Kudella hier vorgetragen hat, wird von der gesamten Bauwirtschaft geteilt. Auch der Verband der Bauindustrie und die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohnungsunternehmen in Bremen teilen diese Sorge. Wir bitten deshalb Senat und SPD-Fraktion eindringlich, sich diese Frage noch einmal vorzunehmen und sie gründlich zu beraten, denn ich glaube, dieser Lösungsansatz, der jetzt da ist, wird Bremen schwer schaden.

(Beifall bei der FDP)

Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man die bisherige Debatte verfolgt hat, und ich will jetzt zum Bereich Umweltschutz sprechen, dann kann man unter dem Strich feststellen, große Teile dieses Hauses teilen die Umweltschutzpolitik des Senats und unterstützen die Umweltschutzaktivitäten. Bei der CDU, Beitrag von Herrn Metz — —.

(B)

(Abg. **J ä g e r** [FDP]: Seien Sie doch froh, daß wir uns nicht überall streiten, Herr Töpfer!)

Nein, nein, aber solch eine Haushaltsdebatte soll ja auch dazu dienen, auch besondere, neue Ansätze, die der Senat mit dem Haushalt 1989 vorgelegt hat, hier herauszustellen. Da möchte ich zunächst einmal zu Herrn Metz etwas sagen! Ich verstehe ja, daß die CDU keine Anträge einbringt, aber daß sie in ihren Grundsatzausführungen kein Wort zum Umweltschutz gesagt hat, das ist zu bedauern. Ansonsten kommen Sie ja alle Augenblicke mit irgendwelchen Aktivitäten, aber hier ist nun Zeit und Gelegenheit, im Parlament deutlich zu machen, welche Alternativen Sie zum Umwelthaushalt 1989 haben.

Zweiter Adressat: FDP! Da sind die beiden Punkte eigentlich Privatisierung der Müllabfuhr und Reaktivierung der Gemeinsamen Landesplanung. Welche weiteren Ansätze sind vorhanden! Keine! Ich habe bisher keine von Ihren Debattenrednern gehört.

(Abg. **N e u j a h r** [FDP]: Sie haben die Fragestunde nicht mitbekommen!)

Ja, die Fragestunde hat doch nichts damit zu tun, wenn wir uns mit dem Haushalt 1989 hier auseinandersetzen!

Zu den GRÜNEN, Frau Dr. Hackstein, die sich ein paarmal gemeldet hat: Es sind natürlich auch Ansätze erkennbar, aber ich denke, das, was Sie uns hier vorgeworfen haben, entspricht so nicht der Wahrheit. Ich möchte Sie darauf hinweisen, doch einmal näher in den Haushaltsplan hineinzuschauen.

(C)

Da sagen Sie zum Beispiel, Haushaltstitel Kläranlagen fehle. Das stimmt nicht! Da sind Millionenbeträge vorhanden. Auch eine VE ist vorhanden. Sicherlich ist das noch nicht der Ansatz, den wir angepeilt haben mit dem 200-Millionen-DM-Programm des Senats, aber dazu ist auch deutlich geworden, daß man 1989 vermutlich noch gar nicht anfangen kann, weil viele Genehmigungen noch notwendig sind, Gutachten eingeholt werden müssen und so weiter.

Dann haben Sie hier deutlich machen wollen, daß eine Verknüpfung von Umweltschutzaktivitäten mit der Wissenschaft und mit der Wirtschaft überhaupt nicht stattfindet. Ich bitte Sie, schauen Sie einmal in das Programm Arbeit und Umwelt! Schauen Sie doch einmal, wie gerade der Ökologiefonds schon gegriffen hat! Über 114 bremische Firmen haben 1988 Mittel bewilligt bekommen in einer Höhe von 22 Millionen DM. Das sind doch gerade die neuen Ansätze, Arbeit und Umwelt miteinander zu verknüpfen. Oder hat Herr Fücks Ihnen diese Unterlagen nicht gegeben? Denn diese Punkte sind ja in den Wirtschaftsförderungsausschüssen besprochen worden!

Nächster Beitrag, zu Herrn Kudella! Damit das auch deutlich wird: Wir gestalten hier die Politik und nicht Beamte in irgendwelchen Ressorts, um das hier von dieser Stelle auch einmal ganz klar zu sagen. Sie können sicher sein, daß wir Antworten auf das finden, was am Dienstag auch hier erörtert worden ist. Dazu hat Bürgermeister Wedemeier ja eine ganze Reihe von Punkten ausgeführt.

(D)

Nun zum Einzelplan Umweltschutz besonders! Die positiven Gesichtspunkte: Wir haben erstmalig konsumtive und investive Mittel für das Landschaftsprogramm. Nach Berlin, ich will das hier erwähnen, sind wir als Bundesland am weitesten mit der Vorlage eines Landschaftsprogramms. Alle anderen Länder hinken hinter uns her. Auch dies muß man in dieser Debatte einmal deutlich sagen, wie weit wir in Bremen mittlerweile gekommen sind in dieser Frage!

Dann gibt es erhöhte Ansätze, sowohl bei der Fortführung des Weser-Untersuchungsprogramms als auch für das Bodenschutzprogramm, als auch im Bereich des Luftmeßnetzes, wo über eine Million DM 1989 finanziert werden. Nächstes Jahr sind wir soweit, daß wir also auch ein vollständiges Smog-Warnsystem haben. Die Forstprogramme werden weitergeführt, Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte für fast drei Millionen DM und so weiter.

Dann muß man auch die Umweltaktivitäten der Ämter sehen, so beim Gartenbauamt: Gerade im Bereich Pflegemaßnahmen an Bäumen, an Wasserzügen, an neuen Programmen zur Sanierung von

(A) Bäumen und an weiteren Kleinmaßnahmen sind über 1,5 Millionen DM allein im Haushalt des Gartenbauamtes.

Oder im Bereich Stadtentwässerung, ohne Personalkosten 66 Millionen DM, sowohl beim Programm Mischwasser 1990 als auch bei anderen Maßnahmen, oder beim Müll, der Bekämpfung der Mülllawine! Eine Mülllawine, die sich nicht nur in Bremen bemerkbar macht, sondern in der Bundesrepublik und darüber hinaus! 60 Millionen DM wenden wir nächstes Jahr auf.

Wir gehen weiter vor in unserer Absicht, zu einer Abfallbewirtschaftung zu kommen unter anderem mit der Einrichtung eines Recycling-Hofs in Bremen-Nord. Das ist doch ein guter weiterer, positiver Ansatz. Außerdem soll mit der ersten Phase der Getrenntsammlung in den Geschosßwohngebieten begonnen werden. Wir erweitern maßgeblich die Schadstoffammelstelle. Dazu wird extra ein Schadstoff-Zentrallager errichtet für einige Millionen DM, und natürlich müssen wir die Blockland-Deponie erweitern, die voll ist.

Wir können aber doch nicht die Mülllawine, ich sagte das schon, von Bremen aus allein anhalten. Vielleicht ist Ihnen das nicht deutlich geworden bei der Beratung über die Gebührenordnung, die ja auch hier beschlossen werden soll im Rahmen der Haushaltsberatung, wir haben deutlich gemacht, Umweltgesichtspunkte spielen bei der Staffelung der Gebühren in bezug auf die Blockland-Deponie schon eine wesentliche Rolle.

(B) Ein weiterer Punkt zur Gebührenordnung: Wir sind in der Übergangsphase, das ist auch in der Deputation deutlich gemacht worden, bei der Umstellung der Abfallwirtschaft, da ist es klar, daß man noch nicht die Gebühren in der Art verändern kann, wie Sie es vielleicht wünschen, aber wir haben dafür gesorgt, daß eine gleichmäßige Staffelung durchgesetzt wird. Wir sind dabei, Altdeponien zu sanieren, nehmen Sie das doch bitte einmal zur Kenntnis!

Sie haben hier nur gemäkelt, und ich trage Ihnen einmal vor, was allein der Umwelthaushalt hergibt an neuen Perspektiven. Hören Sie sich die auch bitte an! Wir wollen den Altlastenbereich stärker untersuchen, dafür sind ja nun auch gerade Mittel zur Verfügung gestellt worden. Das ist doch keine Bankrotterklärung, wie ich es gelesen habe, wie die GRÜNEN dem Senat vorgeworfen haben. Hier sind vernünftige, gute, realistische Ansätze zum Weiterkommen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man über Umweltschutz redet, dann darf man sich doch nicht nur auf den Haushaltsplan Umweltschutz beziehen, dann muß man über den Tellerand hinwegsehen! Herr Senator Grobecker hat schon auf die enorme Steigerung der Investitionen hingewiesen, 30 Millionen DM mehr gegenüber 1988! Ich will weiter nennen den Bereich des Senators für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel mit seinen Fonds. Ich habe vorhin schon einmal dar-

auf hingewiesen: Ökologiefonds, gezielte Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Bereich der angewandten Umweltforschung, Mittel für neue Energietechnologien, für ökologische Gewerbeförderung und so weiter. (C)

Dazu gibt es noch eine Reihe von weiteren Fonds im WAP, wo Umwelt verknüpft wird mit Wissenschaft, Wirtschaft, mit Hafen. Ich erinnere daran, daß wir immer noch die Vorreiterfunktion haben im Bereich der hausmüllartigen Schiffsabfälle im Lande Bremen gegenüber den anderen Küstenländern. Das, Frau Dr. Hackstein, sind doch Ansätze! Ich sagte das eben schon, und ich wiederhole das gern: Im Bereich Arbeit und Umwelt, Ökologiefonds, sind 114 Einzelprojekte mit einem Volumen von 22 Millionen DM in 1988 gefördert worden, und für 1989 stehen sogar 33 Millionen DM für diese Maßnahmen zur Verfügung. Ist das denn nichts, frage ich hier. Dieses Programm hat doch gegriffen, das sind neue Ansätze, die wir verfolgen wollen.

Dann auch nur den Bereich Häfen, Schifffahrt und Verkehr! Dort muß man ja in dem Haushalt auch die Mittel für die Spülfelder und für Baggeruntersuchungen sehen. Darüber ist ja schon gestern debattiert worden. Dann gibt es wesentlich erhöhte Haushaltsansätze bei der Verbesserung der Abwasserentsorgung in den Überseehäfen in Bremerhaven. Das muß man doch einmal alles hier zur Kenntnis nehmen.

Ein Letztes: Umweltschutz ist nicht nur mit der Bereitstellung von Finanzmitteln zu leisten. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Wenn man Umweltschutz verwirklichen will, gehört dazu auch Personal. Darum ist an dieser Stelle besonders zu unterstreichen, daß fast hundert neue Stellen bereitgestellt worden sind, hier vor allen Dingen in den Bereichen Abfallwirtschaft und Entwässerung. Auch diesen Gesichtspunkt wollte ich bei meinem kurzen Debattenbeitrag zum Thema Umweltschutz nicht vergessen. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir sind jetzt im Bereich Umwelt, und zwar aus dem zweiten Komplex Wirtschaft, Umwelt, Stadtentwicklung, Häfen, Schifffahrt und Verkehr. Ich frage einmal: Ich habe jetzt hier zwei weitere Wortmeldungen, Frau Senator Lemke-Schulte und den Abgeordneten Griesche. Gibt es von den anderen Fraktionen noch zu diesem Komplex Wortmeldungen? Dann würde ich sie jetzt gern annehmen wollen, daß wir etwas mischen können. Wenn das nicht der Fall ist — —.

(Abg. Schmurr [SPD]: Mischen Sie einmal die beiden! — Heiterkeit — Zuruf: Oh, ja!)

Natürlich, die haben das Recht! Die haben jetzt — —.

(Zwischenrufe)

(A) Ja, ja, bei den beiden jetzt! Deswegen sage ich das ja, daß wir mischen könnten. Dann gebe ich das Wort Frau Senator Lemke-Schulte.

Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung

Frau Lemke-Schulte: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Nur ein paar wenige Bemerkungen zu dem, was hier vorgetragen worden ist von den Damen und Herren Abgeordneten, aber dennoch einige, weil hier manches so gesagt worden ist, was ich aus meiner Verantwortung nicht so hier im Raum stehen lassen kann, sondern was korrigiert werden muß, mindestens ergänzt werden muß!

Frau Hackstein, es ist ja fast müßig, sich mit Ihrem ewigen Wehklagen und Gejammer, was die ökologische Umsteuerung in diesem Land und dieses schwarz gemalte Bild — verursacht und finanziert durch diesen Haushalt — anbetrifft, das Sie uns hier immer wieder vor Augen führen wollen, weil es eben Ihre parteipolitische Richtung und Sicht ist, auseinanderzusetzen. Nur einige, ganz wenige Beispiele dazu!

Ich will noch einmal auf das Programm Arbeit und Umwelt hinweisen. Wir sind das einzige und erste Bundesland, das über ein solches Investitionsprogramm verfügt zur Umsteuerung von bestimmten Technologien in den Bereich der Umwelttechnologie hinein. Diversifikation nennt man das zum Beispiel beim Bremer Vulkan.

(B) Ich darf Ihnen sagen, und das ist sehr wichtig — sie grinst, merkwürdig, anstatt sich zu freuen, daß mit solchen Technologien nachgewiesenermaßen Arbeitsplätze geschaffen werden —, ich darf Ihnen sagen, daß dieses Programm im ersten Jahr seines Bestehens, das gibt es ja erst seit Januar dieses Jahres, eine große Beteiligung bei den bremischen und Bremerhavener Firmen und bei der bremischen und Bremerhavener Wissenschaft gefunden hat, die hier Hand in Hand zusammenarbeiten, und bisher 114 Einzelprojekte, die sich alle in diese Richtung bewegen — Fernwärme und so weiter, neue Technologien, Abwässeraufbereitung, Luftreinhaltung, in Großtechnologien, die sich alle in diese Richtung bewegen — bereits in diesem Berichtszeitraum, über den ich berichte, mit einem Volumen von über 20 Millionen DM bewilligt und genehmigt worden sind und von denen wir uns einiges versprechen. Wir wissen auch, daß dies nicht nur Versprechungen bleiben, sondern in die Tat umgesetzt werden, zum Beispiel, was Arbeitsplatzsicherung anbetrifft.

Der nächste Bereich, der Gebührenbereich, den Sie auch angesprochen haben und zu dem Sie einen Änderungsantrag zum Ortsgesetz vorgelegt haben! Sie haben das nicht verstanden, was wir dort auch in der Deputation beraten haben. Zunächst einmal ist es so, daß wir eine gleichmäßige Erhöhung der Gebühren vornehmen um zwölf Prozent. Die Realität müßte sein, daß, wenn ich den Gedanken der Müllvermeidung aufgreifen will, und das tue ich ja mit diesem Ortsgesetz, ich zum Beispiel den 120-Liter-Eimer oder auch die größeren Gefäße, ich fange einmal bei 120 Litern an, erheblich billiger machen

(C) müßte als den 35-Liter-Eimer, das ist die Realität, aus vielen guten Gründen erheblich günstiger machen müßte, aber wir gleichmäßig um zwölf Prozent anheben, eben um hier entsprechend progressiv die Müllgebühren zu gestalten.

Sie wissen, daß Bremen fast die einzige Großstadt in dieser Republik ist, die dieses kleine Behältnis noch hat, nämlich den 35-Liter-Eimer. Des weiteren wird aus diesem Gebührenbereich die Erstellung eines Schadstoffzentrallagers finanziert, weil sich erfreulicherweise die Giftmüllsortierung so gestaltet und forciert hat, wie wir das erwartet haben. Zweitens sind die Mittel dabei für den Ausbau der Kompostierungsanlage, die größte Kompostierungsanlage in der Bundesrepublik, also, ich weiß nicht, was Sie da noch überzeugen könnte, auf welchem richtigen Weg und welcher ökologischen Umsteuerung wir sind!

Außerdem die Mittel für die Umstellung der Abfuhr in den Großwohnanlagen! Was soll da passieren in den Großwohnanlagen? Da soll die getrennte und gesammelte Erfassung von Wertstoffen passieren! So, das schreibe ich Ihnen nun ein für allemal ins Stammbuch! Ich hoffe, daß man diese Debatte nicht immer wieder führen muß, sondern daß Sie das irgendwann einmal verinnerlichen, welche Umsteuerungen hier vorgenommen werden und welche Umweltschutzpolitik hier betrieben wird. Vielleicht springen Sie auch einmal über Ihr Parteibuch hinweg und erkennen die Realitäten, so wie das auch in Bonn geschehen ist bei Ihrer Bundesdelegiertenversammlung!

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Hackstein
[DIE GRÜNEN])

Zum Bereich der Stadtentwicklung! Herr Kudella und Herr Welke, Sie haben sich dazu geäußert, haben hier zitiert aus einem Beschluß der Architektenkammer und haben hier eine Schwarzmalerei betrieben. Herr Kudella hat sich sogar dazu hinreißen lassen und hat gesagt, der Stadt Bremen wird hiermit der Strick um den Hals gelegt, entsetzlicher Würgegriff und was man sich da noch so alles vorstellen kann. Was Sie den Bürgerinnen und Bürgern mit Ihrer Schwarzmalerei hier weismachen wollen, ist wirklich unglaublich, und ich denke nicht, daß auch nur einer hier in dieser Stadt auf das hereinfallen wird, was Sie ihnen hier vortragen wollen.

(Abg. Welke [FDP]: Das sind doch nicht unsere Stellungnahmen, das sind die Stellungnahmen der Verbände!)

Herr Präsident, ist es vielleicht möglich, daß ich hier auch einmal in Ruhe meine Ausführungen beenden kann? Ich will gar nicht lange Zeit in Anspruch nehmen, weil ich mich an die Zeiten des Senats auch halten will!

Ich darf Ihnen sagen, daß wir seit Januar dieses Jahres Bauvorhaben mit einem Finanzvolumen von über 700 Millionen DM insgesamt genehmigt haben.

(C)

(D)

(A) Dabei waren zum Beispiel Projekte wie Lloyd-Passage, Weserpark, Wunderland, Scandic Crown Hotel, Universitätsbereich, Technologiepark und so weiter, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, die sozusagen im Licht der Öffentlichkeit, in der öffentlichen Diskussion, auch gestanden haben. Was glauben Sie, wie hier in Bremen Investitionen getätigt und umgesetzt werden?

Nun sind wir ja auch gleichzeitig kommunal zuständig, und das ist eben der Vorteil eines Stadtstaates. Wenn zum Beispiel Wunderland oder Scandic-Crown hier investieren will, was wir alle für richtig halten, und wir haben ein unglaubliches Investitionsvolumen, oder auch Veranstaltungszentrum Stadthalle, dann arbeiten wir doch Hand in Hand auch mit anderen Ressorts, zum Beispiel mit dem Wirtschaftssenator, zusammen. Die Investoren rufen an, vereinbaren Gespräche mit der Dienststellenleitung, mit den Senatoren, man setzt sich zusammen und bringt etwas auf den Weg.

Es ist ja nicht so, daß hier immer nur einer der Ansprechpartner ist, das wissen Sie doch alle ganz genau! Sie fragen ja hier während der Sitzung oft genug, kannst du das regeln, kannst du jenes regeln, kannst du mit dem einmal ein Wort sprechen. So funktioniert das hier, und so soll es auch weiter funktionieren. Genau das ist die Bürgernähe, die wir auch weiterhin praktizieren wollen, das darf ich Ihnen versichern!

(B) Es wird keine Zersplitterung von Ämtern geben, so wie Sie das dargestellt haben. Im Gegenteil, es gibt keine Zersplitterung von Ämtern, darauf lege ich allergrößten Wert, sondern eine klare und eindeutige Zuordnung. Im Januar, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird der Senat über die Geschäftsverteilung beraten und beschließen, und ich darf Ihnen versichern, daß wir die Äußerungen, die wir zu diesen Bereichen Umweltschutz, Stadtentwicklung, Häfen, Schifffahrt, Bau und Verkehr bekommen, berücksichtigen und sicherstellen werden, daß auch weiterhin die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und diejenigen, die hier investieren wollen, und das sind sehr viele, weiterhin ihren Ansprechpartner, ihren konkreten Ansprechpartner haben werden und eben dann auch ihren entsprechenden Service. Das werden wir in der Geschäftsverteilung und im Senat so beraten und besprechen, das darf ich Ihnen versichern.

Ich halte das für sehr wichtig, weil ich von dieser Angstmacherei und dieser Panikmache — kein Bürger weiß mehr, an wen er sich wenden soll — überhaupt nichts halte. Im Gegenteil, ich finde das wirklich nun kein bewußtes Verhalten Ihrerseits mit dieser Panikmache, weil Ihnen bessere Argumente dazu nicht einfallen, diese Verunsicherung zu betreiben. Der Senat wird dafür sorgen, daß diese Verunsicherung nicht eintritt, sondern daß der konkrete Ansprechpartner und der entsprechende Service erhalten bleiben werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Griesche, (C) möchten Sie zu diesem Bereich sprechen?

(Abg. Griesche [SPD]: Bau!)

Zu Bau! Bitte sehr, als nächster hat das Wort der Abgeordnete Griesche.

Abg. Griesche (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will das relativ kurz machen. Ich habe hier die unangenehme Aufgabe, der Fraktion DIE GRÜNEN mitteilen zu müssen, daß, obwohl wie Herr Kudella meint, es knirscht und zuckt in diesem Ressort, die Planung trotzdem weitergeht und zumindest ein Teil der Maßnahmen, die diskutiert werden, auch realisiert werden. Wir werden sämtliche Ihrer Anträge ablehnen, was allerdings, und deswegen sage ich das hier ausdrücklich, keine Vorentscheidung zur Festschreibung dessen ist, daß wir nur Trassen bauen für Straßenbau, und das, was zugegebenermaßen auch bei uns in der Partei als Defizit diskutiert wird, Sie wissen das alle, nicht konsequent fortdenken.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Dittbrenner, hat heute morgen in der Generaldebatte schon ausgeführt, daß wir dieses Thema im nächsten Jahr grundsätzlich fortplanen werden, Konzeptionen überarbeiten werden zusammen mit der Bremer Straßenbahn und dann daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen werden, daß wir aber gleichzeitig neben diesem Umdenkungs- und Fortdenkungsprozeß auch die Straßenbaumaßnahmen, die nämlich innerhalb unserer Partei und Fraktion unstrittig sind, die wir im Bremer Westen hier haushaltsmäßig abgesichert haben, beginnen und auch beenden werden. Da geht es um die Hafensandstraße, um das Depot und anderes mehr.

Das, was im Bereich des Ostens zur Zeit an dem einen oder anderen Punkt noch umstritten ist, wird im Rahmen eines Gesamtkonzepts überdacht, aber auf der Basis dessen, was bislang diskutiert worden ist, weil nämlich zumindest ein Bereich, also etwa die Beneckendorffallee — ich darf das an dieser Stelle einmal sagen —, ganz entscheidend etwas mit der Verbesserung des ÖPNV zu tun hat. Dies werden wohl auch diejenigen, die nur für ÖPNV sind und sagen, sie wollten überhaupt keine Straßen mehr bauen, noch einmal überdenken müssen.

Insofern bedeutet diese Ablehnung Ihrer Anträge aber nicht, daß wir an dieser Stelle des ÖPNV diejenigen, die innerhalb unserer Partei über dieses Thema diskutieren, und das sind viele, viel, viel mehr als die, die bei Ihnen darüber diskutieren, nicht aufnehmen, sondern wir werden das nicht mit Schnellschüssen machen, daß wir einmal eben die Mittel von da nach da verlegen, sondern nachdem das konzeptionell begründet ist.

Herr Kudella, Sie haben ja zum Erstaunen aller in diesem Hause überhaupt nichts zum Thema Bau gesagt, außer daß es in diesem neu geschaffenen Res-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) sortzuschnitt knistert und morsch ist, und von Einsturz haben sie geredet, und was weiß ich. Das einzige, was Sie hier zum Haushalt gesagt haben, war das in bezug auf die VE, auf die Verpflichtungsermächtigung, und die Erhöhung.

Das darf ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal verdeutlichen: Genau dieser Punkt ist es, der mit den Straßenbaumaßnahmen im Bremer Westen, die unstrittig sind, jedenfalls bei uns völlig unstrittig sind, zusammenhängt. Deswegen betone ich das noch einmal hier, als deutliches Signal auch an alle jene, die meinten, Sie könnten weitere Straßenbaumaßnahmen hier zerreden. Im übrigen gestatte ich mir die Anmerkung, jene Kommunen, die erheblich weiter im Entgegenkommen, sage ich einmal, in bezug auf ÖPNV sind, als wir das zur Zeit diskutieren, stehen heute alle vor dem Problem, vielleicht bis auf Zürich als dem Paradebeispiel, daß sie die Probleme, daß die Leute massenhaft in den ÖPNV umsteigen, auch nicht gelöst haben, aber das nur am Rande.

Also, Herr Fücks, Sie haben ja hier noch nicht das Wort ergriffen, wir lehnen bedauerlicherweise diese Anträge ab, obwohl in der Richtung durchaus einiges richtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß der zweite Debattenteil damit auch abgehandelt ist, nämlich der Teil Wirtschaft, Umwelt, Stadtentwicklung, Häfen, Verkehr.

(B) Es würde jetzt der dritte Bereich aufgerufen werden, nämlich Bildung, Kultur und Hochschule, aber bevor ich ihn aufrufe, möchte ich wieder eine Zwischenstandsmeldung geben! Wir haben bei der SPD, ich spreche nur von den verbrauchten Zeiten, Sie müssen dann hochrechnen auf 120, damit Sie wissen, wieviel Redezeit Sie noch haben. Die SPD hat 68 Minuten verbraucht, die CDU 81 Minuten, DIE GRÜNEN 52 Minuten, die FDP 72 Minuten, und der Senat hat 30 Minuten verbraucht.

(Bürgermeister **W e d e m e i e r**: Der Senat ist unverbraucht, Herr Präsident!)

Das heißt, unverbraucht sind dann 90 Minuten.

(Bürgermeister **W e d e m e i e r**: Der Senat hat keine Redezeiten!)

Ja, ja, wir rechnen nur in Zeitkategorien, nicht in anderen!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schulte.

Abg. **Dr. Schulte** (CDU)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche für meine Fraktion zum gesamten Komplex Bildung, Wissenschaft und Kunst, aber auch zum Thema Jugendhilfe. Das darf ich den anderen Fraktionen mitteilen, weil die Zu-

schneidung bei uns im Ausschuß eine etwas andere ist. Meine Damen und Herren, dieser Gesamtkomplex liefert den besten Beweis dafür, daß eine schlechte Haushaltslage und schlechte Politik sich gegenseitig bedingen. Anders ausgedrückt, und das haben meine Fraktionskollegen und ich auch schon bei früheren Haushaltsberatungen gesagt, weil die falsche Politik gerade im Bereich Bildung, Wissenschaft und Kunst zu falschen Investitionen und damit auch zu tiefen Haushaltslöchern geführt hat, kann man heute nicht nur die Finanzenge beklagen, sondern man muß auch die Gründe offenlegen.

Unnötige Schulbauprogramme der Vergangenheit, meine Damen und Herren, und eine falsche Universitätsstruktur haben den bremischen Steuerzahler in der Vergangenheit bis heute Milliarden gekostet, und dieses Geld fehlt uns heute für Zukunftsinvestitionen. Von daher wird auch meine Fraktion dem Antrag der FDP zustimmen, die 2,2 Millionen DM für 1989, was das Schulausbauprogramm betrifft, zu streichen. Wir stimmen diesem Antrag zu.

Auf einen weiteren Aspekt der Interdependenz von Bildungspolitik und Finanzhaushalt will ich ebenfalls hinweisen, meine Damen und Herren.

(Vizepräsident **F r a u L e i n e m a n n** übernimmt den Vorsitz.)

Die Primärfunktion von Bildungsinvestitionen muß und soll dem Bürger selbst zugute kommen. Ihre Sekundärfunktion hingegen hat auch Einfluß auf die Standortqualität, und ein attraktiver Standort kann sich in positiver Weise haushaltswirksam auswirken. Im Umkehrschluß, je umstrittener die Bildungspolitik, desto weniger gehen positive Impulse für die Standort- und die Regionalpolitik aus!

Das Jahr 1988, meine Damen und Herren, war leider ein Musterbeispiel für falsch angelegte, in Bremen und nach außerhalb negativ ausstrahlende Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Hier gehe ich als erstes wieder, ich sage wieder, Herr Senator Franke, auf das Schulstandortprogramm ein. Dieses Programm ist ein Beweis, daß Senat und SPD ohne Rücksicht auf die breite Öffentlichkeit engstirnig und unbelehrbar ihre ideologisch begründeten Ziele durchsetzen.

Die Affäre um das Kippenberg-Gymnasium hat uns doppelte Erkenntnis gebracht. Erstens: Der Senat in Bremen ist nicht mehr glaubwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Ein gebrochenes Versprechen macht unseriös.

(Beifall bei der CDU)

Allen Bremern, meine Damen und Herren, sind die Augen geöffnet worden, die noch auf Zusagen des Senats gebaut haben.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Zweitens: Es gibt keinen Grund zu glauben, daß das integrierte Schulstufensystem nicht eingeführt wird, wie es ja auch in Paragraph 3 des Schulgesetzes formuliert ist. Bisher haben SPD-Sprecher und -Kollegen gesagt, sie wollten zwar die Schulstruktur in Bremen ändern, aber die schulartenspezifischen Bildungsgänge nicht antasten. Wer kann das heute noch glauben? Es geht den Schulideologen eben nicht nur um eine andere Schulstruktur, meine Damen und Herren, sondern um einen anderen Inhalt von Schule, und dies müssen endlich alle begreifen, die zwischen dem durchgängigen Gymnasium und einem Schulzentrum bisher nur einen graduellen Unterschied gesehen haben.

Letztendlich wird deutlich, daß sich innerhalb der SPD offensichtlich diejenigen durchgesetzt haben, die konsequent auf eine flächendeckende Regelschule Gesamtschule hinsteuern. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, und es gibt auch keinen Grund zu glauben, daß das bilinguale Gymnasium etwa oder das Alte Gymnasium hier adäquater Ersatz wäre, was Kollege Dittbrenner vorhin eingeworfen hatte, als unser Fraktionsvorsitzender Metz das bereits gesagt hat,

(Beifall bei der CDU)

denn das bilinguale Gymnasium oder auch das Alte Gymnasium ist keine Angebotsschule im Sinne einer anwählbaren Alternative zu einem Schulzentrum und von daher eben kein Ersatz für das geschlossene durchgehende Klippenberg-Gymnasium.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum wiederholten Mal, meine Damen und Herren: Bremen ist das einzige Bundesland mit einem Einheitsschulsystem, das keine freie Schulwahl zuläßt, und dies ist eine einzigartige Situation, die wir nicht oft genug und nicht laut genug wiederholen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich finde es auch bemerkenswert, daß hier ein breiter Bogen, von der CDU bis zu den GRÜNEN, auch gemeinsam für eine freie Angebotsvielfalt eintritt, mit inhaltlich unterschiedlichen Schwerpunkten, aber für eine freie Angebotsvielfalt eintritt, während die SPD ihre betonierte Einseitigkeit untermauert und nur eine Regelschule in Bremen zulassen will.

Ein weiteres kommt hinzu, meine Damen und Herren, und damit darf ich mich einem weiteren Thema zuwenden, nämlich die mangelhafte Unterrichtsversorgung und das Defizit an Lehrerstellen. Nach heutiger Erkenntnis gibt es ein Unterrichtsdefizit von 400 Wochenstunden in der Grundschule und von 3600 Wochenstunden im Berufsschulbereich. Der vom Senat beschlossene Einstellungskorridor für neue Lehrerstellen reicht ebensowenig aus wie alle anderen hier vom Senat angestrebten Maßnahmen, und ich darf, Herr Kollege Aulfes, ein Papier zitieren, das Sie formuliert haben, und Ihre Worte sind

hier vielleicht besser beredt als die Worte eines Oppositionssprechers. Da ist es der Bildungsbehörde nur mit besonderen Maßnahmen gelungen, den Unterrichtsbefehl in den Grundschulen zum 1. 8. 1988 abzudecken — sogenanntes Wahnsinnsprogramm —, nämlich die GyO-Lehrer in die Grundschulen, besondere Verträge, die ein Abfeiern von jetzt nicht bezahltem Unterricht im kommenden Schuljahr vorsehen und so weiter.

(C)

„Die durch verschiedene Maßnahmen kaschierte tatsächliche Unterversorgung einiger Grundschulen, die ein Abfeiern von Stunden aus der Schulanfangsphase und aus Schullandheimaufenthalten gar nicht zuläßt, hat zu erheblicher Unzufriedenheit in einer Reihe von Grundschulen geführt.“

Herr Kollege Aulfes, Sie haben völlig recht damit, daß hier eine Unzufriedenheit herrscht, dieses „Wahnsinnsprogramm“ gar nicht diese Lücken ausfüllen kann und daß deswegen auch die Absicht Ihrer Fraktion und des Senats nach unserer Überzeugung nicht ausreicht, jetzt Lehrer neu einzustellen, den Einstiegskorridor vorzunehmen, weil wir meinen, daß dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist und hier wesentlich massiver herangegangen werden muß angesichts der Unterrichtsausfälle und vor allen Dingen auch angesichts der Überalterung gerade in den Grundschulen und der fehlenden Innovationsfähigkeit, die in diesen Kollegien herrscht. Ich wiederhole deshalb die alte CDU-Forderung nach ausreichender Lehrereinstellung, um den Unterrichtsausfall kurzfristig und die Überalterung langfristig zu vermeiden.

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hierzu sind keine neuen Planstellen notwendig, wie dies die FDP und die GRÜNEN in ihren Anträgen glauben machen wollen. Planstellen sind ja vorhanden, sie müssen nur besetzt werden. Wir fordern die Wiederbesetzung von Stellen, die seit 1981 durch Freistellungen oder Beurlaubungen nach Paragraph 71 a Bremisches Beamtengesetz nicht wieder besetzt wurden. Das sind nach unserer Erkenntnis seit 1981 250 Stellen, die zu besetzen der Senat gesetzlich verpflichtet wäre, meine Damen und Herren. Hierzu hat meine Fraktion eine Kleine Anfrage vorbereitet, und Kollege Bürger wird dann zu gegebener Zeit auf diesen Punkt zurückkommen. Nur, eines macht es deutlich, Herr Kollege Aulfes, wir lassen nicht zu, daß Sie mit Nothäppchen das tatsächliche Ausmaß der Lehrerversorgung zu kaschieren versuchen.

Meine Damen und Herren, genauso sind die Forderungen nach Neueinstellungen im Kindergarten- und Hortbereich, und hier darf ich diesen Komplex ansprechen. Wie im Grundschulbereich dürfen hier nicht die aktuellen Finanzprobleme im Vordergrund stehen, sondern es müssen die mittel- und langfristigen Perspektiven von uns gesehen werden. Die 15 Stellen im SPD-Antrag 12/232 S reichen nicht aus, und die zehn Stellen der FDP erst recht nicht. Wir stimmen trotzdem beiden zu, um wenigstens einen Teil mit abzudecken.

(A) Herrn Bürgermeister Scherf hätte ich an dieser Stelle aufgefordert, um einem konkreten Anliegen meiner Fraktion Rechnung zu tragen, dem Horthaus Tenever endlich eine gesunde Finanzausstattung zu geben und eine gesunde Trägerkonstruktion, die notwendig sind, damit dieses Horthaus arbeiten kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf nun hinüberwechseln zu dem Hochschulbereich! Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Monaten des Hochschulgesetz hier diskutiert. Deshalb erspare ich mir, nur ganz cursorisch etwas zu sagen. Meine Fraktion unterstützt selbstverständlich die zumindest versuchte Umsteuerung der Universität im Bereich Naturwissenschaften und Technikwissenschaften. Nur, Herr Senator Franke, warum konterkarieren Sie dieses Bemühen durch Beruhigungsversuche wie zum Beispiel das Institut für Sozialpolitik, das ich nur so feststellen kann, und deshalb hat mein Kollege Herr Metz recht, wenn er sagt, daß diese Versuche nur halbherzig sind.

Ein anderer wichtiger Aspekt, Herr Senator Franke, meine Damen und Herren von der SPD, den Sie sehen müssen, betrifft das Stiefkind Fachhochschulen. Ich glaube, bei dem Bemühen, die Universität zu strukturieren — ich habe gesagt, daß ich das Universitätsthema heute kürzen möchte angesichts der Zeit und deshalb nur einen Satz zu den Fachhochschulen sagen will —, müssen wir bei den Fachhochschulen feststellen, daß hier die Kollegien überaltert sind und die Perspektive der Fachhochschulen angesichts einer solchen Personalsituation im argen liegt. Wir werden mit Sicherheit bei der Diskussion des Hochschulentwicklungsplans der Fachhochschulen diesen Punkt weiter zu behandeln haben.

Meine Damen und Herren, der Politikbereich mit immer größerer Bedeutung ist die Kulturförderung. Kulturarbeit selbst hat in einer immer anonymen werdenden Gesellschaft zunächst einmal eine eigene primäre Aufgabe. Zugleich aber gilt wie bei der Schulpolitik, daß Kulturaktivitäten auch einen innovativen und standortbezogenen Impuls haben können, meine Damen und Herren. Dies vorausgesetzt ist festzustellen, Herr Senator Franke, daß Kulturförderung im Haushalt 1989 nicht stattfindet. Es gibt eine Empfehlung des Deutschen Städtetages, daß drei Prozent, meine Damen und Herren, eines kommunalen Haushalts für die Kulturausgaben festzustellen sind.

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Bremen hat nur 1,5 Prozent.

Zweitens ist festzustellen, daß wir einen Ersatzhaushalt im Bereich der Toto-, Lottomittelausgaben haben, die mit Kulturförderung eigentlich nichts zu tun haben. Toto-, Lottomittel sollen Schwerpunktmaßnahmen, Zusatzmaßnahmen finanzieren, aber keine haushaltsmäßige Kulturförderung betreiben.

Dies ist ein mißbräuchlicher Einsatz von Toto-, Lottomitteln, -geldern.

Drittens: Wir haben einen mißbräuchlichen Einsatz von ABM-Stellen im Kulturbereich zu beklagen. Dies wird notgedrungen durch die Kürzung des AFG in dem kommenden Jahr zu Problemen führen. Hier müssen wir feststellen, daß keine Antwort des Senats vorliegt, wie dieses Problem in Angriff genommen werden kann. Wir begrüßen zusätzliche Kulturinvestitionen, wie sie offensichtlich jetzt vorgenommen werden, das unterstreichen wir. Nur, ein neues Museum Weserburg ist noch kein Indiz dafür, daß auch die Kulturförderung jetzt verstärkt in Angriff genommen werden soll.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Dies muß kommen, und ich kündige für meine Fraktion hier eine Initiative zum Anfang des neuen Jahres an.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, möchte ich zum Ausdruck bringen, daß gerade im Bereich Bildung, Wissenschaft und Kunst der, wie ich doch glaube, fundamental andere Politikansatz der CDU gegenüber Senat und SPD deutlich wird.

Erstens, wir wollen, daß der Bürger über die Qualität von Bildung entscheidet und nicht der Staat. Wir sind deshalb gegen eine verordnete Regelschule, aber für die Freiheit des einzelnen in einem differenzierten Schulsystem.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht neu, das hat die CDU schon immer vertreten, als die FDP noch nicht in der Bürgerschaft vertreten war,

(Abg. W e l k e [FDP]: Aber ihr wollt die Sau nicht mehr durch das Dorf jagen!)

meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP-Fraktion.

Zweitens, nicht der Staat entscheidet über die Glückseligkeit der Menschen, sondern der mündige Bürger trägt selbst Verantwortung. Er soll entscheiden über die Schule seiner Kinder, über die Inhalte seiner Forschung, über den Sinngehalt seiner kulturellen Betätigung. Und wehe dem Staat, der sich da einmischen will!

Drittens, die Bildungspolitik ist das Feld, in dem sich der liberale Verfassungsstaat bewähren muß. Um so zurückhaltender der Staat, desto mehr berührt sich und bewährt sich die Verantwortung des einzelnen. Diese Philosophie wird in Ihrer Politik, Herr Senator Franke, wie ich glaube, mißachtet.

Es ist nicht die Belastung des Doppelressorts, von dem Bürgermeister Wedemeier irrigerweise glaubt, daß Sie ihm nicht gewachsen wären und das er deshalb am liebsten teilen möchte. Ich glaube, Herr Senator Franke, daß Sie mit Ihrer politischen Potenz

(C)

(D)

(A) und Dynamik noch ganz andere Politikfelder aufrollen würden, wenn Sie könnten.

(Beifall bei der CDU — Abg. J ä g e r [FDP]:
Zum Beispiel Inneres!)

Was ich Ihnen vorwerfe, ist die Rücksichtslosigkeit, mit der Sie staatliche Bildungs-, Hochschul- und Kulturpolitik ausschließlich nach staatlichem Interesse organisieren, da Sie allein definieren und für verbindlich erklären.

(Beifall bei der CDU)

Sie allein entscheiden, was Sache ist, und übersehen dabei die Sache des Bürgers. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU — Senator F r a n k e:
Ich übersehe vielleicht die Sache von Herrn
Bürger!)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau von Schönfeldt.

Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP)*): Frau Präsident, meine Damen und Herren! Bildungspolitik in Bremen, Frau Grotheer-Hüneke, ein Alptraum! Eine Untat nach der anderen! Was fällt einem dazu nicht alles ein: Es werden Gelder verschwendet, der Wortbruch des Senators, Ideologie statt pädagogischer Argumente, das Abkoppeln Bremens von den anderen Bundesländern, neue Reformen ohne Abdeckung mit Lehrkräften, ein vorweggenommenes Fazit, ein Schulsystem, sehr kostenintensiv, unruhestiftend und ideologisch derart überfrachtet, daß man sich fragt, ob dies noch im Sinne und im Interesse aller Bremerinnen und Bremer ist, wie nun einmal der Verfassungsauftrag für die Regierung lautet!

Zu eins: Verschleuderung von Geldern! Wir als FDP meinen, daß die Kosten des Standortkonzepts ein Schlag ins Kontor sind.

(Beifall bei der FDP)

2,2 Millionen DM, man lasse diesen Betrag einmal auf der Zunge zergehen, unbeschreiblich, sind ein Unding! Dann kommen zum nächsten Haushalt schon wieder Kosten des Step hinzu. Wir sehen als FDP schon die Millionen auf uns zurollen.

Warum gehen Sie eigentlich nicht, Herr Senator, wenn Sie Schulen schließen müssen, nach einem Konzept mit einem vernünftigen Kriterienkatalog vor? Freie Standortwahl für Eltern und Schüler, Aufhebung der Einzugs Grenzen, Angliederung von Sek-I-Zentren mit zu schmaler Jahrgangsbreite an ausgedünnte Sek-II-Zentren, Änderung des Paragraphen 3, das sind klare, machbare Kriterien, das sind bildungspolitische Zielvorstellungen der FDP, und diese Zielvorstellungen sparen Geld,

(Beifall bei der FDP)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

weil sich die Schulschließung nach Angebot und Nachfrage richtet, und das ist nicht das freie Spiel des Mächtigen gegenüber dem Ohnmächtigen, wie Herr Aulfes am 23.8.88 sagte und dann auch noch mit den Worten schloß: „Uns Sozialdemokraten liegt Walle immer noch näher als Schwachhausen.“

(Beifall bei der FDP)

Nein, Herr Aulfes, mit dem Kriterienkatalog der FDP würde auch den Waller Schülern ermöglicht, die Schule ihrer Wahl zu besuchen.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Die Hauptschule! — Senator F r a n k e: In Schwachhausen!)

Wenn eine Schule überhaupt nicht angewählt wird, muß sie geschlossen werden. Dann war es aber keine Fremdbestimmung, sondern ein demokratisches Ergebnis. Deshalb stellen wir den Antrag in der Stadtbürgerschaft, den Anschlag von 2,2 Millionen DM für das Step bis 1990 zu streichen.

Ein weiterer schlagender Beweis für Geldverschwendung ist die Sanierung des Schulzentrums der Sek II Im Holter Feld. Für ein zehn Jahre altes Schulgebäude sollen im Haushalt 1989 2,2 Millionen DM für einen zweiten Sanierungsabschnitt — 1988 waren es 1,3 Millionen DM — bereitgestellt werden. Für uns als FDP ist es unverständlich, daß bei der Auftragsvergabe für ein 60 Millionen DM teures Projekt Regreßfristen von lediglich zwei Jahren vereinbart wurden.

(Beifall bei der FDP)

Wir zweifeln daran, ob von der zuständigen Fachbehörde die Regreßansprüche gegen die Neue Heimat hinreichend geprüft wurden, mit der damals ein Planungs- und Betreuungsvertrag abgeschlossen wurde. Es könnte ja aus politischer Rücksichtnahme vermieden worden sein. Wir halten das für eine ungeheure Schlamperei!

(Beifall bei der FDP)

Ich bin gespannt, Herr Aulfes, ob der einstimmige Deputationsbeschluß, diesem Phänomen nachzugehen, auch wirklich intensiv verfolgt wird. Ich werde das beobachten. Wir beantragen, die Sanierungsmaßnahmen für das Holter Feld zu streichen.

Ich komme zu Punkt zwei, dem Wortbruch des Senators. Dieser Wortbruch, Herr Senator Franke, gegenüber dem Präses der Handelskammer läßt sich nicht durch einen Haushaltsantrag revidieren, noch nicht einmal mit dem sogenannten Neuanfang des Bürgermeisters. Dieser Wortbruch, Herr Senator, hat nicht nur Ihren Goodwill, sondern den des ganzen Senats verspielt, denn Sie haben im Namen des Senats erklärt — und Frau Grotheer-Hüneke, wenn Sie das zum tausendsten Mal hören, Sie werden das bis 1991 immer wieder hören —, daß das Kippenberg-

- (A) Gymnasium eine Bestandsgarantie erhält. Diese Untat schlägt mehr zu Buche, als volkswirtschaftlich und haushaltsmäßig zu ermessen ist. Sie haben das Vertrauen von Schülern, Eltern und Lehrern verspielt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist überregional bekannt und für ein von anderen Bundesländern abhängiges Land schädlich.

(Beifall bei der FDP)

Nun Punkt drei meiner Ausführungen, Ideologie statt pädagogischer Argumente! Diesen Satz brauche ich, glaube ich, überhaupt nicht mehr zu erklären. Der Ansatz wurde schon im letzten Punkt angedeutet. Die Zerschlagung des durchgängigen Kippenberg-Gymnasiums entbehrt jeglicher pädagogischer Argumente! Ein Sparansatz ist auch nicht zu entdecken, da die Schülerzahlen bis 1995 das Soll von der Jahrgangsbreite 80 überschreiten. Diese Zerschlagung wird sogar Geld kosten, viel Geld, da Küchen in die Räume zum Beispiel des Kippenberg-Gymnasiums installiert werden müssen. Es läßt sich also mit pädagogischen Argumenten überhaupt nicht diskutieren, da dieses Phänomen, diese Untat nur ein parteipolitischer Kompromiß war.

(Senator F r a n k e : Pfui!)

- (B) Ein anderes Beispiel von krasser Ideologie läßt sich am Alten Gymnasium aufzeigen. Unsere beiden Änderungsanträge im Land- und im Stadthaushalt stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Während seinerzeit das Alte Gymnasium aus dem Gebäude Dechanatstraße heraus mußte, weil das Gebäude angeblich nicht mehr für einen Schulbetrieb sanierbar war, wird jetzt für Um- und Ausbau der Hochschule für gestaltende Kunst und Musik ein Betrag von sechs Millionen DM im Haushaltsplan eben zur Sanierung jenes Gebäudes eingeworben. Dieses Täuschungsmanöver der Schüler, Eltern und Lehrer und der Öffentlichkeit macht die FDP nicht mit.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden diesen Roßtäuschertrick auch gegenüber dem eventuellen Zuschußgeber aus Bonn bekanntmachen, denn hier wird sich auf Kosten des Steuerzahlers, das heißt des Bürgers, von einer Tasche in die andere gelogen!

(Beifall bei der FDP — Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Wollen Sie petzen?)

Natürlich! Erst die eine Schule heraus, eine bewährte Institution einer ehemals stolzen Hansestadt wird unter Vorspiegelung falscher Tatsachen von ihrem traditionellen Standort vertrieben, und dann kommt eine andere Schule wieder hinein. Abgesehen von der einmal mehr bildungspolitischen Barbarei, die in der Behandlung des AG zum Ausdruck

kommt, spielt die FDP bei den Haushaltstaschenspielertricks nicht mit.

(Beifall bei der FDP)

Streichen Sie den Ansatz von sechs Millionen DM im Landeshaushalt, und bringen Sie das AG dahin zurück, wo es hingehört, in die Dechanatstraße! Dazu beantragen wir zusätzlich drei Millionen DM im Haushalt Stadt, Deckung vorhanden, Streichung des Step und des Holter Feldes!

Der vierte Punkt meiner Ausführungen befaßt sich mit der exotischen bildungspolitischen Insellage Bremens im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Kein Bundesland setzt seine Bevölkerung einer so eindeutigen Fremdbestimmung aus wie Bremen. In allen Bundesländern, auch den SPD-regierten, herrscht Bildungsvielfalt. Überall wählen die Eltern und Schüler frei den Schulstandort. Auch in den anderen Bundesländern werden Schulen geschlossen, aber nach anderen Kriterien. Wenn man dann mit bildungspolitischen Sprechern anderer Bundesländer zusammenkommt und erzählt aus Bremen — unter anderem beim Bundesminister Möllemann —, dann erntet man nur Kopfschütteln.

(Senator F r a n k e : Der Herr ist sehr kompetent!)

Wenn ich dann noch erzähle, daß dieser ideologische Pipifax Geld kostet, viel Geld, ich denke gerade einmal an die Dezentralisierung der Berufsschulzweige und Angliederung an Sek-II-Zentren, leerstehendes BBZ, dann ist gar kein Verständnis mehr da.

(Beifall bei der FDP)

Wer will unter diesen Umständen, falls er noch schulpflichtige Kinder hat, nach Bremen ziehen? Das kostet uns Steuerausfälle.

Der letzte Punkt meiner Ausführungen beschäftigt sich mit den neuen Reformen und den dazu fehlenden Lehrern. Die lernbehinderten Schüler sollen flächendeckend in die Grundschulen integriert werden, ein Schritt, der von allen Parteien begrüßt wird. Nur, Integration zum Nulltarif gibt es nicht. Selbst wenn es mit Lehrerfortbildung vor Ort möglich wäre, so muß ich die Grundschullehrer doch erst einmal haben, um sie fortzubilden. Die alarmierenden Zeitungsberichte über Lehrermangel an Grundschulen sprechen eine deutliche Sprache.

Um Erwartungen, die bei Eltern und Schülern hinsichtlich dieser Reformen geweckt wurden, erfüllen zu können, müssen echte Neueinstellungen vorgenommen werden, wenn nicht, kann die Reform begraben werden. Deshalb fordern wir im Primarbereich zehn Lehrer mehr und stellen einen dementsprechenden Haushaltsantrag im Stellenplan und bei den Personalkosten. Wenn die Grundschule sich für Lernbehinderte öffnen soll, muß eine enge Kooperation mit den Sonderschulen angestrebt werden. Das beinhaltet aber, daß vermehrt Sonderschullehrer mit

(C)

(D)

(A) in der Grundschule unterrichten. Und haben wir jetzt genug Sonderschullehrer? Auch hier fordern wir zehn neue Stellen.

Neuordnung der Berufe! Es klingt gut und ist auch gut, wenn der Unterricht gegeben werden kann. Die Klagen des Unterrichtsausfalls in den beruflichen Schulen nehmen zu, und sie sind nicht mehr zu überhören. Wir werden uns ja in der Fragestunde am Freitag damit befassen. Um die Reform der Neuordnung der Berufe zum Erfolg zu bringen und den Unterricht in den beruflichen Schulen zu sichern, fordern wir zehn neue Lehrer für den Sek-II-Bereich berufliche Schulen. Lehnen Sie die Neueinstellungen nicht ab, sonst beweisen Sie damit, daß Sie die angesprochenen Reformen nur halbherzig betreiben und Ihr Parteiprogramm einmal mehr Täuschung ist!

(Beifall bei der FDP)

Zur Deckung dieser kostenintensiven Anträge bieten wir im Stellenplan des WIS folgendes an: Von den 87,5 Stellen A 15, Studiendirektor, werden 20 Stellen mit einem kw-Vermerk versehen, und 20 Stellen können umgewandelt werden. Darüber hinaus möchten wir bei der Behörde des Senators, daß die A-16-Gruppe, Oberschulrat, von 20 um sechs auf 14 vermindert wird. Gleichzeitig ist eine strukturelle Neuorganisation der Schulaufsicht einzuleiten.

Ich komme zum Schluß und übernehme die Diktion des Bürgermeisters aus seiner Rede vom Dienstag, dem 6.12.1988.

(B)

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das war die Nikolausrede!)

Es waren und sind Sozialdemokraten, die in Bremen die Vielfältigkeit des Schulwesens zerstört haben!

(Beifall bei der FDP)

Es waren und sind Sozialdemokraten, die in der Bildungspolitik Geld verschwendeten und Geld verschwendeten!

(Beifall bei der FDP)

Es sind Sozialdemokraten, die nur ideologischen Beton im Kopf haben statt pädagogischer Argumente. Es sind Sozialdemokraten, die Bremen in die bildungspolitische Insellage gebracht haben. An dies alles werden wir Sie immer wieder erinnern!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel-Rüdel.

Abg. Frau Dr. Trüpel-Rüdel (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind immer ein Anlaß, eine grundsätzliche Kritik an der Regierungspolitik zu leisten. Darauf ist auch heute schon öfter hingewiesen worden, und ich habe mir zu meiner heutigen Rede, in der es vor allem um Forschungspolitik gehen soll, einen Kron-

zeugen mitgebracht. Dieser Kronzeuge ist der ehemalige Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi. Mit einem ersten Zitat von Herrn von Dohnanyi, Ihrem Ex-Kollegen, Herr Wedemeier, möchte ich meine Rede beginnen: „Wir erleben eine vollständige Verwissenschaftlichung der Natur, eine Digitalisierung der Welt, eine Europäisierung aller Kulturen. Und dieser ganze Prozeß befindet sich außerdem in einer ungeheuren Beschleunigung. Wenn Bertolt Brecht heutzutage den ‚Galiläo Galilei‘ neu zu schreiben hätte, dann, vermute ich, wäre er in der großen Versuchung, sich auf die Seite der Kirche zu schlagen, die damals den wissenschaftlich-technischen Fortschritt verbot.“ — Soweit das Zitat von Herrn von Dohnanyi!

Ich will heute versuchen, wenn ich mich mit der Standortpolitik des Senats befasse, nicht ganz allgemein zu bleiben. Das weite Feld der Standortpolitik mit den einzelnen Politikbereichen wie Kulturpolitik, darauf hat Herr Dr. Schulte schon hingewiesen, Stadtentwicklungspolitik, war heute auch schon ein Schwerpunkt, Industrieansiedlungspolitik will ich mich exemplarisch einschränken auf den Bereich der Forschungspolitik. Ich will mich, weil es hier in Bremen unter anderem auch gerade darum geht, auf die Humangenetik, die Gentechnik und die Biotechnologie konzentrieren, um daran unsere Kritik an der Standortpolitik des Bremer Senats deutlich zu machen. Wenn es um unsere, die Standortpolitik der GRÜNEN ginge, würden wir die Frage stellen: Was sind heute eigentlich die Aufgaben der Politik?

(C)

(D)

Angesichts der enormen Beschleunigung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in den letzten Jahren sprechen heute viele von der sogenannten dritten industriellen Revolution. Computerisierung der Arbeits- und Lebenswelt hat vieles in den letzten Jahren verändert und wird in den nächsten Jahren noch weiterhin Veränderungen mit sich bringen. Die strukturelle Arbeitslosigkeit, mit der wir es heute zu tun haben, ist auf das Innerste mit den Rationalisierungstechniken verbunden. Computergesteuerte Maschinen, elektronische Datenverarbeitung, neue Kommunikationstechnologien sind einige der neuen Technologien, die unser aller Leben verändern. Angesichts der rasanten technischen Entwicklung und der neuen Probleme, die mit dem wissenschaftlichen Fortschritt auftauchen, hat man oft den Eindruck, daß die Politik ohnmächtig neben diesen weitreichenden Entwicklungen steht. Dazu auch ein Satz von Herrn von Dohnanyi, den er kurz nach seinem Rücktritt gesagt hat: „Wir erleben eine Entmachtung der Politik durch Wirtschaftsverflechtungen. Und die Frage ist, gibt es Wege für die Politik, Einfluß zurückzugewinnen in einer solchen Internationalisierung von wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen.“

So frage ich mich auch mit Herrn von Dohnanyi, hat Politik überhaupt noch einen Einfluß auf die technische, wissenschaftliche und auf die ökonomische Entwicklung. Hier in Bremen, und leider nicht nur in Bremen, hat man oft den Eindruck, daß diese

(A) entscheidenden politischen Fragen gar nicht mehr gestellt werden. Was ist mit der Fusion von MBB — Daimler oder auch mit der Einführung neuer Technologien in der Bremer Verwaltung? Da hat man schnell den Eindruck, daß die Politik nur noch der Erfüllungsgehilfe einer Modernisierungsnot des Kapitals ist. Emphatisches Verständnis von Politik war, Vorgaben zu machen, gestaltend in den Gesellschaftsprozeß einzugreifen, den politischen Rahmen zu gestalten zum Wohle der Menschen. Aber heute ist die Politik zum Vollstrecker eines immer fragwürdigeren wissenschaftlich-technischen Fortschritts geworden.

Standortpolitik bedeutet, mit anderen Standorten in Konkurrenz zu treten, in der Bundesrepublik immer der Süden gegen den Norden. EG-weit, und das jetzt mit der Einführung des europäischen Binnenmarkts, geht es immer weiter um die Konkurrenz in Europa, um möglichst große Firmen vor Ort zur Ansiedlung zu bewegen. Weltweit geht es darum, sich ökonomisch-technisch und wissenschaftlich nicht vom sogenannten Weltniveau abhängen zu lassen.

(B) Auch hier möchte ich noch einmal eine kurze Passage von dem früheren Bürgermeister Hamburgs vorlesen: „Wenn der Mensch weitermacht wie bisher, auch in solchen dramatischen Bereichen wie der Gentechnologie, dann führt das unvermeidlich irgendwann zum Ende der Menschheit, gewissermaßen wie durch eine Digitalisierung des Lebens. Die Natur und die Kreatur Mensch kann das nicht überleben, davon bin ich überzeugt! Und trotzdem fördere ich hier die Gentechnologie in Hamburg, weil ich nicht aus dem Wettbewerb zwischen München, Heidelberg und anderen bundesdeutschen Städten heraus kann. Ich verwende manchmal die Formulierung: Wir tun die Dinge nur noch, weil wir fürchten, wenn nicht wir, dann tun es die Japaner. Aber wir haben nicht begriffen, daß die denken, wenn wir es nicht machen, machen es die Deutschen.“

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist das Gesetz der herrschenden Politik geworden: Was ich nicht tue, tun die anderen, und bevor die anderen es tun, tun wir es lieber selbst!

Für Bremen gilt, mit anderen großen bundesdeutschen Städten mithalten zu können in der Kulturpolitik, so wie sie in Frankfurt oder Stuttgart formuliert wurde, in der Stadtentwicklungspolitik setzt man auf Metropolenschick und Glitzerfassaden, und in der Technologiepolitik kümmert man sich kaum um die Risiken der Modernisierung, sondern das handlungsleitende Interesse ist immer und immer wieder Standortpolitik, Konkurrenzfähigkeit. Die Konkurrenzfähigkeit in diesem platten Sinn ist das Goldene Kalb der Politik und insbesondere der Regierung geworden. Um diese Konkurrenzfähigkeit herzustellen oder zu erhalten, werden alle anderen Bedenken hintangestellt.

(C) Zweifel, Nachdenklichkeit und vor allem Vorausschau scheinen keine Politikertugenden zu sein, obwohl es ihre eigentliche Aufgabe wäre. Im Gegenteil, ignoranter Optimismus nach dem Motto, wir haben alles im Griff, ist gefragt! Wenn ich heute und auch am Dienstag hören mußte, wie Herr Wedemeier und heute dann Herr Dittbrenner, Herr Jäger und Herr Metz aufgetreten sind, hat sich diese Haltung, diese männliche Haltung, trotz aller Probleme zu sagen, wir haben alles im Griff, leider wieder bestätigt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und Nachdenklichkeit gilt schnell als weibliche Schwäche und als Politikunfähigkeit.

Eine Politik wie die des Bremer Senats, der wie das Kaninchen auf die Schlange auf die herrschenden Trends startt, um sich ihnen stromlinienförmig anzupassen, verkommt zum Verwaltungsmanagement. Und, Herr Wedemeier, mit Verlaub, Sie haben das Image eines Verwaltungsfachmanns ja nun wirklich für sich gepachtet!

(D) Gefragt wäre hingegen ein zukunftsweisendes Verhalten! Angesichts der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung zum Beispiel muß eine Technikfolgenabschätzung im Vorfeld der Entwicklung ansetzen. Es geht nicht nur darum, im nachhinein dann irgendwie etwas reparieren zu wollen, sondern heute sind wir an dem Punkt, wo man im Grunde von vornherein die möglichen Konsequenzen diskutieren muß, und da kann man auch nicht mehr Naturwissenschaften und Sozialwissenschaften so trennen, wie das früher immer der Fall war. Herr Dr. Schulte, in dem Sinne, denke ich, muß man auch sehen, daß sich da Veränderungen ergeben! Wenn dann Herr Metz hingehet und sagt, Geisteswissenschaften noch weiter abbauen, und Naturwissenschaften würden heilen, dazu kann ich nur mit Bestürzung feststellen: Biblis, Stade! Sich hier hinzustellen und zu sagen, Naturwissenschaften heilen, das ist doch wirklich etwas sehr einfach!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir geht es auch nicht um eine globale Ablehnung der Naturwissenschaften, aber ich glaube, was man doch aus der Kritik der letzten Jahre lernen konnte, es muß um eine Neubesinnung von Naturwissenschaften gehen. In einem letzten Protokoll des Bremer Hochschulbeirats von Herrn Professor Lemmert hat der genau darauf hingewiesen, daß es eine neue Synthese von Natur- und Sozialwissenschaften geben muß, und das wäre zukunftsweisende Politik auch für die Bremer Universität und nicht, in die alten Dichotomien zurückzufallen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider wird hier aber oft eine Politik gemacht, wo es eigentlich nur darum geht, herrschende Trends zu subventionieren, zum Beispiel noch einmal zu dieser Fusion von MBB und Daimler: Es wird nicht mehr gefragt, ob wir überhaupt so viele Flugzeuge brau-

(A) chen und ob vielleicht durch diesen so stark angewachsenen Flugverkehr das Ozonloch auch noch immer vergrößert wird, weil das ja eigentlich eine politische Frage wäre. Aber das wird nicht mehr diskutiert, weil es sozusagen nur noch um die Orientierung an Arbeitsplätzen, an Standortkonkurrenz und darum, etwas nach Bremen zu holen, geht, aber die eigentlich politischen Fragen, „Wie wollen wir leben?“ und „Was brauchen wir zu einem guten Leben?“ kommen in so einer Debatte nicht mehr vor. So kommen die Politiker und auch die Politikerinnen schnell in die Rolle, eine Entwicklung, die sie weder geplant haben noch gestalten können, verantworten zu müssen. Die politischen Institutionen werden zu Sachwaltern einer Entwicklung, die sie so gar nicht gewollt haben; jedenfalls viele haben es so nicht gewollt, wie es dann hinterher passiert, siehe Tschernobyl, Seveso oder sonst einige der Katastrophen, die uns in den letzten Jahren ereilt haben.

Bei einer Rede zur Standortpolitik des Bremer Senats wären, wie gesagt, viele Politikfelder zu kritisieren, aber ich will mich heute auf die Biotechnologie konzentrieren. Ich will zeigen, wie sich Entwicklungen, die dann keiner so gewollt haben wird, durchsetzen, wenn Politik nur noch aus mediengerechten Schlagworten besteht, und Standortpolitik ist ein solches Schlagwort. Unter der Leitidee der Umsteuerung der Universität wird die Universität in weiten Teilen zu einem Dienstleistungsunternehmen für Industrieinteressen gemacht. Es gibt da das neue Zauberwort vom Wissenschaftstransfer. Auch darauf hatte Bürgermeister Wedemeier am Dienstag schon hingewiesen.

(B) Früher gab es die Trennung zwischen reiner Grundlagenforschung und angewandter Forschung. Zwischen Erkenntnissen und ihrer technischen Umsetzung und gesellschaftlichen Anwendungen lagen oft Jahrzehnte. Die Entwicklung der letzten Jahre hat diese Trennung jedoch obsolet werden lassen. Insbesondere die Forschungsaktivitäten im Umkreis der sogenannten Hochtechnologien, von den molekularbiologischen Interpretationen des Aids-Virus bis zur künstlichen Intelligenz der sogenannten KI-Forschung, sind aber in ihren Erkenntnisinteressen weder auf reine Anwendungsbezüge zu reduzieren, noch lassen sie sich forschungsmethodisch in die Schublade reiner Grundlagenforschung einordnen. Das ist jetzt der entscheidende politische Punkt!

Damit endet natürlich auch für diese Bereiche die Autonomie der Universitäten. Wo Forschungsergebnisse unmittelbar Auswirkung auf Realität haben, auf unser aller Lebenszusammenhang, beginnt die Gestaltungsaufgabe von Politik. Aber die Entscheidungswege und Bescheidungsinstanzen über die inhaltlichen Schwerpunkte der Wissenschafts- und Forschungspolitik werden ausschließlich als Entscheidungen über Finanzmittel gefällt, in Bremen ist das auch so. Zwischen Kultusbürokratie und Hochschulgremien wird da alles ausgemauschelt. Es zeigt sich, und das gilt für alle Bundesländer, daß das Parlament als der eigentliche Gesetzgeber, der politi-

(C) sche Souverän in diesen Entscheidungsprozessen quasi nicht mehr existiert.

Meine Damen und Herren, haben wir ein einziges Mal ernsthaft über Forschungsschwerpunkte der Universität Bremen diskutiert und gestritten? Wissen Sie eigentlich, was da passiert? Wir können uns nicht mehr mit der Hochschulautonomie herausreden, denn wo es keine Trennung von Grundlagenforschung und Anwendung gibt, kann es auch keine Autonomie mehr geben. Diese Sicht von Hochschulautonomie bezog sich auf die angeblich reine Grundlagenforschung, die es zumindest heute nun wirklich nicht mehr gibt. Was heute in der Forschung passiert, hat hohe ethische und hochpolitische Implikationen. Sich darum zu kümmern ist unsere Aufgabe! Tun wir es nicht, dann sollten wir uns lieber gleich zum Debattierkränzchen mit beschränkter Haftung erklären!

Immer mehr werden die technisch-wissenschaftlichen Mittel, die zur Lösung gesellschaftlicher Probleme auserkoren scheinen, selbst zum Problem einer zusammenhängenden Krise. Es scheint ein Punkt erreicht, an dem die Anstrengungen, mit den Folgen wissenschaftlicher Forschung fertig zu werden, nicht weniger groß sind als die Anstrengungen, die hinter dieser Forschung und ihren Resultaten stehen. Jetzt ist Herr Metz leider nicht mehr da. Aber als er sich heute morgen kurz zu dieser Forschungspolitik und zur Hochschulpolitik äußerte, da hatte ich keine andere Idee, als ihm zu empfehlen, doch einmal einen Grundkurs in Wissenschaftstheorie zu machen,

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Wird er nicht verstehen!)

(D) und gerade im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Bremer Universität sind Gasthörer immer gern willkommen!

Wir haben den Antrag gestellt, den Haushaltstitel für das Gebäude für Humangenetik, der für das Jahr 1989 fünf Millionen DM beträgt, zu streichen. Wir haben letzte Woche, ein Teil der GRÜNEN-Fraktion zumindest, einen Besuch bei dem Bremer Humangenetiker der Universität, Herrn Professor Dr. Schloot, gemacht. Herr Professor Schloot und seine Mitarbeiter bieten humangenetische Beratung an und betreiben genetische Analyse und auch bedingt genetische Forschung. Ihr Selbstverständnis ist in erster Linie das einer Dienstleistung an erbkranken Menschen und erbkranken Embryonen. Herrn Professor Schloot und seinen Mitarbeitern bescheinigen wir die besten Absichten, nur bezweifeln wir sehr, auch wenn sie das Gute wollen, ob auch das Gute dabei herauskommen kann, denn die Humangenetik ist eine Erkenntnisform, die auf eine eugenische Praxis zielt, ja diese geradezu erzwingt. Das möchte ich Ihnen an einigen Beispielen noch deutlich machen.

In Bremen wird zum Beispiel in der humangenetischen Beratungsstelle eine Fruchtwasseruntersuchung durchgeführt. Bei der sogenannten Alters-

(A) indikation raten Frauenärzte und -ärztinnen einer Schwangeren, ab dem fünfunddreißigsten Lebensjahr in der Zeit von der siebzehnten bis zur einundzwanzigsten Schwangerschaftswoche eine Fruchtwasserprobe untersuchen zu lassen. Bei fortgeschrittenem Alter ist die Gefahr, ein mongoloides Kind, wie man landläufig sagt, zu gebären, erhöht. Mit dieser sogenannten Amniozentese wird festgestellt, ob die Trisomie 21, nämlich das dreifache Vorhandensein des einundzwanzigsten Chromosoms, vorliegt, das zum Down-Syndrom, sprich zum Mongolismus des Kindes, führt. An der Universität wird nur die Diagnose gestellt, ob erbkrank oder nicht. Die Beratung hinterher, ob Abtreibung oder nicht, erfolgt nondirektiv, das heißt, den Eltern wird nicht vorgeschrieben, sondern ihnen wird nur die Diagnose mitgeteilt, so daß diese sich dann frei entscheiden können, ob sie ein erbkrankes Kind wollen oder nicht.

(B) Meine Damen und Herren, Ihnen allen wird klar sein, in was für einer wahrhaft grauenhaften Konfliktsituation diese Eltern nun stecken. Im Grunde kann man sagen, sie sind fast mit gottähnlichen Möglichkeiten jetzt ausgestattet und mit Sicherheit überfordert. Sie müssen nun über Tod oder Leben ihres erbkranken Kindes entscheiden. Fast alle Eltern entscheiden sich bei negativer Diagnose für die Abtreibung. Wir machen den Eltern keinen Vorwurf, aber gesellschaftspolitisch haben wir die allergrößten Bedenken, denn die Humangenetik hat eine eugenische Implikation. Natürlich, in unserer Wunschkindergesellschaft will jede und jeder ein gesundes Kind. Weiß man um die Krankheit, lassen fast alle Betroffenen den Embryo abtreiben. Das führt zur vorgeburtlichen Aussonderung, heute schon nicht nur von Kindern mit Trisomie 21.

Ich frage Sie, wie wollen wir verhindern, daß hier eine Entwicklung in Gang kommt, gerade bei der Verbesserung der pränatalen Diagnostik, daß immer mehr erbkranken Kinder, später vielleicht, weil es ein Junge ist oder weil das Kind keine blonden Haare haben wird, abgetrieben werden! Ich möchte ein kurzes Beispiel noch —.

(Abg. Fluß [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Vizepräsident Frau Leinemann: Frau Abgeordnete Dr. Trüpel, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau **Dr. Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN): Ich würde nur ganz gern das eine Beispiel noch sagen, Herr Fluß! Hier in Bremen hat es eine Zeitlang bei Pro Familia eine Samenbank gegeben. Die GRÜNEN haben damals eine Veranstaltung dazu gemacht, weil wir das immer schon sehr bedenklich fanden. Inzwischen hat Pro Familia diese Samenbank wieder aufgegeben, weil sie festgestellt haben, daß sie anfangen auszusondern. Sie nahmen keine Männer mit zu großen Ohren, keine, die zu klein geraten waren, keine, die in besonderer Weise Pykniker waren. Das muß man sich einmal vorstellen, was diese Leute, die

(C) sich selbst für aufgeklärte Menschen hielten, an sich selbst festgestellt haben, und dann die Konsequenz zu ziehen, es zu lassen, verdient unsere Hochachtung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, Herr Fluß!

Vizepräsident Frau Leinemann: Bitte, Herr Fluß!

Abg. **Fluß** (SPD): Frau Trüpel, vielen Dank, daß Sie die Frage zulassen! Ich möchte nichts zur Samenbank sagen, sondern zum vorhergehenden Gesichtspunkt, zur Fruchtwasseruntersuchung. So sehr ich Ihre Problematisierungen alle begreife und gut nachvollziehen kann, würden Sie nun daraus die Konsequenz ziehen, die Sie nicht genannt haben bisher, daß Sie Frauen über 35 raten, keine Fruchtwasseruntersuchung machen zu lassen und lieber mit einer gewissen Ungewißheit zu leben?

Abg. Frau **Dr. Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN): Herr Fluß, ich möchte nicht so selbstgerecht sein zu sagen, daß ich das nie tun würde. Ich bin mir durchaus bewußt, daß jeder, und das habe ich auch gesagt, zu Recht den Wunsch hat, ein gesundes Kind zu haben. Ich weiß nicht, ich bin noch nicht 35, und falls ich in dem Alter schwanger sein sollte, ich hoffe, ich werde es nicht tun, aber ich denke, man soll nie nie sagen, und selbst, wenn man sich dieser Probleme bewußt ist, handelt man nicht immer unbedingt danach. (D)

Was ich aber sagen möchte, ist, wir machen keiner einzigen Frau und keinem Elternpaar einen Vorwurf, aber wir denken, daß es um dieses ganz schwierige Problem keine ausreichende gesellschaftliche Debatte bisher gibt, und die möchten wir. Wir werden auch Anfang nächsten Jahres ein Allparteienhearing zu diesen Fragen beantragen, in der Hoffnung, daß Sie sich dieser Sache nicht versperren und daß wir wirklich darüber eine gesellschaftliche Debatte zu diesem Bereich initiieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frau Leinemann: Frau Trüpel-Rüdel, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau **Dr. Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN): Ja!

Vizepräsident Frau Leinemann: Bitte, Herr Fluß!

Abg. **Fluß** (SPD): So sehr ich es begrüße, daß hier auch, insbesondere unter allen Parteien, die gesellschaftliche Debatte, die, wie ich meine, schon längst in Gang ist, vielleicht aber noch weiter stärker betrieben werden muß, möchte ich Sie doch fragen: Welches kann denn das Ergebnis sein, besonders die Frage, wenn Sie Herrn Schloot und seinen Mitarbeitern zubilligen, daß die sozusagen mit den besten Absichten, mit der besten Ausbildung, mit der größten

- (A) Problematisierung über gesellschaftliche Probleme an die Sache herangehen, wenn Sie das den zugehenden und dennoch sagen, die sollen nicht forschen? Wer soll dann überhaupt forschen können, oder soll man diesen ganzen Bereich überhaupt ausparen und sagen, in der Richtung Biotechnik, und zwar Biologie, muß man ja sagen im weiteren Sinne, gibt es überhaupt nichts mehr, da ist die Forschungsgrenze? Wie würden Sie das mit unserem Grundgesetz in Einklang bringen?

Abg. Frau **Dr. Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN): Vielleicht kann ich erst einmal weitermachen, und ich komme auch noch zu diesen Punkten, auch zu den Konsequenzen! Also, es ist so, heutzutage sind schon 4000 bis 5000 Erbkrankheiten bekannt. Wer garantiert, daß die Zahl der medizinischen Indikationen nicht sprunghaft ansteigen wird, da wir alle, wie gesagt, eben gesunde, hübsche und möglichst auch intelligente Kinder wollen? Aber wann sind wir dann so weit, daß es heißt, die Krankenkassen zahlen keine Pflegekosten mehr für Behinderte, die hätten ja abgetrieben werden können? So wird ein behindertes Kind vielleicht eines Tages zum persönlichen Luxus, den sich die Gesellschaft nicht mehr leisten kann.

- (B) Wir haben in unserer GRÜNEN-Frauengruppe eine Diskussion dazu gehabt von Müttern, die schon das zweite behinderte Kind hatten, und die sind konfrontiert worden, man hat gesagt, wieso habt ihr diese Kinder nicht abgetrieben, uns allen fallen die jetzt zur Last. Dieser Sache muß man sich doch bewußt sein, welche Entwicklung man damit entfachen kann, die man so vielleicht wirklich nicht gewollt hat.

Ich möchte dazu noch eins sagen, Herr Köttgen, ein Senatsrat der Behörde Bildung, Wissenschaft und Kunst, sagte mir, wir hatten ja in der Deputation schon einmal eine ähnliche Debatte, das Zentrum für Humangenetik, dessen Ausbau jetzt geplant ist,

(Senator **F r a n k e**: Läuft schon!)

sei ihm mit dem Argument angesprochen worden von Herrn Professor Schloot, daß die Gesellschaft dann doch ungeheuerere Kosten sparen könne, wenn es gelänge, die Behinderten erst gar nicht bis zur Geburt kommen zu lassen.

Meine Damen und Herren, hier versteckt sich doch hinter dem gutmeinenden Arzt und dem weißen Kittel des Wissenschaftlers die moderne, saubere Variante der Eugenik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kranken und die Erbkranken müssen nicht mehr wie im Dritten Reich ausgesondert, für nicht lebenswertes Leben erklärt und dann umgebracht werden, sondern im Reagenzglas und unter dem Lichtmikroskop wird an den Chromosomenpaaren abgelesen, daß das sich entwickelnde Kind erbkrank ist. Sozusagen wissenschaftlich verobjektiviert an einem Reagenzglas zu sagen, ja oder nein, ist leider doch

wesentlich einfacher, als erst einmal einen lebenden Menschen umzubringen. (C)

Auf diesem ganzen Gebiet der Gentechnik ist inzwischen eigentlich ein neues Forschungsgebiet aufgetaucht, nämlich das der Geisteskrankheiten. Jetzt steht auch zu befürchten, daß in einigen Jahren der Arzt den Eltern vielleicht sagen wird, daß sie damit rechnen müssen, daß ihr Kind einmal depressiv werden wird. Dann wird sich für die Eltern genau die gleiche Frage stellen, wollen wir es so weit kommen lassen, daß unser depressives Kind geboren wird, oder nicht. Werden diese Eltern das Kind dann abtreiben oder behalten? Das ist dann die große Frage.

(Abg. **F l u ß** [SPD]: Dürfen wir überhaupt noch Krankheiten bekämpfen, oder ist das nicht etwas Natürliches?)

Warten Sie einmal erst, ich sage dazu gleich noch etwas! Also doch jetzt einmal zu den Konsequenzen: Mir ist durchaus bewußt, daß das ein ganz schwieriges und brisantes Problem ist. Deswegen treten wir für ein Moratorium ein. Bei den Atomkraftwerken mußte erst Tschernobyl passieren, ehe viele aufgewacht sind, und da wurde auch immer die internationale Konkurrenzfähigkeit ins Feld geführt, wenn es um die AKW ging. Leider ist der Zug schon ziemlich weit abgefahren, aber noch haben wir die Möglichkeit, stopp zu sagen, und wir sollten uns das verdammt gut überlegen, ob es hier nicht sehr geboten ist, stopp zu sagen und erst einmal innezuhalten und zu überlegen, welcher Zug da eigentlich abfährt. Ich möchte Sie noch einmal an Herrn von Dohnanyi erinnern, der leider diese Sachen erst gesagt hat, nachdem er zurückgetreten war. Wieviel besser wäre es, wenn Bürgermeister so etwas einmal sagen würden, solange sie noch im Amt sind!

(Beifall bei den GRÜNEN) (D)

Herr Fluß, jetzt zu den weiteren Konsequenzen! Ich habe letzts mit der Gesundheitsbehörde in Bremen telefoniert, weil, wie Sie ja wohl wissen, der Bundesrat letzts über die 30 Millionen Dollar aus dem EG-Fonds beraten hat, die für die Erforschung des menschlichen Genoms zur Verfügung stehen. Auch in Bremen gibt es jetzt die Begehrlichkeiten, über diesen Topf Forschungsgelder zu beantragen. Sie wissen, Drittmittel ist ja das neue Zauberwort, und wer Drittmittel akquirieren kann, steht im Wissenschaftler- und Kollegenkreis besonders gut da.

Jetzt noch einmal zu den Vorstellungen der Gentechnologen! Ich sage gleich noch etwas zu der Unterscheidung zwischen Humangenetik, Biotechnologie und Gentechnologie! Es hat 1963 einen Kongreß von Ciba-Geigy gegeben, wo folgende Vorstellungen kamen: eine Maus mit einem Kaninchenpaaren zu können oder fasziniert Sie die Vorstellung, ein Affenembryo in eine Frau zu verpflanzen oder ein menschliches Embryo in eine Schimpansin? Solche Phantasien sind es aber, die die Gentechnolo-

(A) gen seit Jahren anheizen. Ich kann nur sagen, wenn die Fortschrittsverkünder immer noch sagen, die Menschheit hätte noch alle Probleme in den Griff bekommen, so kann ich diese Form von ignorantem Optimismus nicht teilen.

Das Schema ist immer das gleiche. Wir, die BRD, Bremen nicht von dem wissenschaftlichen Welt-niveau abzuhängen, wo sollen wir da hinkommen? Die BRD dürfe kein wissenschaftliches Entwicklungsland werden, denn dann haben wir auf dem Wissenschaftsmarkt weltweit nichts mehr zu melden. Ich glaube, wir müssen uns von der Ideologie einer Standortpolitik freimachen, die nur das eine Motiv kennt, nämlich das des Anything-goes. Die Frage muß sein, wie wollen wir menschenwürdig leben und was brauchen wir dazu. Ich glaube, dann kommen wir auch noch auf andere Antworten als die Arbeitsplätze, wir müssen mithalten können, wir müssen zeigen, daß wir auch wer sind in diesem Lande hier.

Ich bin überhaupt nicht, und jetzt komme ich zu Ihrer Frage, Herr Fluß, gegen eine moderne Forschung. Wie ich mir moderne Forschung vorstelle, habe ich eben schon angedeutet in bezug auf Herrn Dr. Schulte, daß es nämlich eine neue Synthese geben muß von Technikwissenschaften, Naturwissenschaften und Sozial- oder Geisteswissenschaften, und das bedeutet nämlich auch, Ethik und Wissenschaft nicht länger zu trennen.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, die Wissenschaft ist heutzutage an einem Punkt, wo wir uns das einfach nicht mehr leisten können, Ethik und Wissenschaft zu trennen.

(Abg. F l u ß [SPD]: Gründungsidee der Universität Bremen!)

Gut, jetzt sagen Sie, das ist die Gründungsidee der Universität Bremen! An vielen Punkten ist mit der Umsteuerung der Uni gerade das aber verlorengegangen.

In Bremen gibt es zum Beispiel bei den Biologen ein ganz, ganz klitzekleines Forschungsprojekt, bei dem es um Biotechnologie geht. Biotechnologie ist ein ganz weites Feld, es gibt da wirklich eher die gentechnologischen Verfahren, die ich äußerst problematisch finde, weil sie zu den genannten Folgen führen können, es gibt aber auch in der Tat die Möglichkeit, sanfte Biotechnologie zu machen, die auf einen bestimmten Eingriff in die Materie, also in den Zellkern oder in die Spaltung des Atoms als eine Variante von harter Naturwissenschaft, verzichtet. Das ist unsere Vorstellung von einer neuen Forschungspolitik, da auch einen eigenen Kopf zu beweisen und Ethik und Wissenschaft nicht länger zu trennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frau Leinemann: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch drei Wortmeldun-

gen zu dem Thema Bildung, Kultur, Hochschule. Wir wollten damit heute fertig werden, sonst schaffen wir morgen bis mittag die Abstimmung zum Haushalt nicht. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn die nächsten Beiträge etwas kürzer ausfielen als die eben.

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Könnten Sie uns einen Überblick geben über die Redezeit?)

Kann ich gern geben! Ich sage einmal eben, als nächster hat das Wort der Abgeordnete Barsuhn, dann hat sich Herr Senator Franke gemeldet. Die SPD hat bis jetzt beansprucht 68 Minuten, die CDU 89, die GRÜNEN, muß ich jetzt noch einmal eben ausrechnen, weil das gerade zu Ende war, 82, die FDP 85, der Senat erst 30 Minuten.

Abg. **Barsuhn** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt ein russisches Sprichwort, das heißt: „Lob ist des Menschen Untergang!“

(Abg. J ä g e r [FDP]: Manche können es nicht vertragen!)

Wenn ich mir hier so die Haushaltsdebatte anschau, dann bin ich ganz froh, daß wir noch nicht gelobt wurden.

(Abg. N e u j a h r [FDP]: Doch! Sie haben sich doch selbst gelobt!)

(D) Seit Beginn, meine Damen und Herren, der achtziger Jahre und insbesondere verstärkt nach Verabschiedung des Forschungsinfrastrukturplans im Jahre 1987 sind die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten stark angestiegen. Dies gilt für die Universität Bremen und für die außeruniversitären Einrichtungen des Landes Bremen. In der gegenwärtigen Phase des weltweiten Strukturwandels und der mit ihm verbundenen weitreichenden Veränderung der internationalen und interregionalen Arbeitsteilung in allen westlichen Industrieländern entwickelt sich die staatliche Wissenschafts- und Forschungsinfrastrukturpolitik immer stärker zu einem zentralen komplementären Element der Wirtschaftsstruktur-, Innovations- und Arbeitsmarktpolitik. Im Kern geht es um die Gewährleistung und dauerhafte Sicherung der Anpassungs- und Innovationsfähigkeit oberzentraler regionaler Strukturen auch unter den Bedingungen von außen einwirkender schneller technologischer und ökonomischer Veränderungen.

Die klassischen Metropolen und Oberzentren sind von diesem Prozeß des Strukturwandels besonders betroffen, da sie einen Teil ihrer herkömmlichen Funktionen verlieren und deshalb eine Neuorientierung im Gefüge der interregionalen Arbeitsteilung vornehmen müssen. Aufgrund der sich abzeichnenden Bedingungen der neuen Arbeitsteilung ist eine solche Neupositionierung nur auf der Basis einer gut ausgebauten und leistungsfähigen Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur möglich. Dies ist zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden,

(A) der zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und Oberzentren bestimmt.

Da Bremen hier einen nachweisbaren Nachholbedarf hatte, sind seitdem trotz schwieriger haushaltspolitischer Situation verstärkt Mittel in diesen Bereich geflossen. Allein in 1989 werden im investiven Bereich der Universität und der Fachhochschulen mehr als 34 Millionen DM ausgegeben. Diese baulichen Investitionen sind sichtbarer Ausdruck der Umsetzung einer Hochschul- und Forschungspolitik im Lande Bremen, die dazu dient, die Chancen der Region im überregionalen Wettbewerb langfristig zu sichern, gerade auch im Hinblick auf den künftigen EG-Binnenmarkt.

Die qualitative Verbesserung der Humankapitalbasis einer Region wird in Zukunft zum entscheidenden Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung werden. Informationen und Know-how auf jeder Stufe des Qualifikationsspektrums müssen fortentwickelt und vorgehalten werden. Universitäten und Fachhochschulen sind die Produzenten dieses Wissens, und je weiter das Netz der wissenschaftlichen und wissensvermittelnden Institutionen einer Wirtschaftsregion ausgebildet ist, desto größer ist die Chance, im Wettbewerb um Produkt- und Prozeßinnovationen zu bestehen und der heimischen Industrie und der Wirtschaft Anstöße zu vermitteln.

(B) Herr Dr. Schulte, ich will hier noch einmal sagen, Sie haben ausgeführt, daß Sie im großen und ganzen die Umsteuerung der Universität stützen. Wir haben, ich will das wiederholen, was Kollege Dittbrenner heute morgen sagte, in 1989 keine einzige Investition bei den Geistes- und Sozialwissenschaften. Es geht bisher alles nur in die Naturwissenschaften, aber ich will auch gleich sagen, wenn man die Geisteswissenschaften und Sozialwissenschaften weiter abbaut, dann ist die Uni keine Uni mehr.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben in der weiteren Planung, daß dieses Verhältnis 50 zu 50 angestrebt wird und daß es auch dann so bleiben soll. Wir werden den Antrag 12/370/3, Frau Dr. Trüpel, den Anschlag für das Gebäude für Humangenetik zu streichen, ablehnen, weil wir der Meinung sind, daß genetische Beratung und Diagnostik unter günstigeren Bedingungen als bisher durchgeführt werden müssen und eine mit den anderen Bundesländern vergleichbare räumliche Arbeitssituation hergestellt werden muß.

Ich will Ihnen ganz offen sagen, Teile Ihres Vortrags haben mich sehr beeindruckt. Ich bin auch nicht so tief darin. Aber bei der Technikfolgeschätzung, glaube ich, gilt es auch zu berücksichtigen, was an Positivem in der Folge herauskommt und wie sich dann sowohl das eine als auch das andere entwickelt und auch gegenseitig beeinflusst. Das kann man, glaube ich, immer nur sehr schwer tun. Auch Forscher haben eine gewisse Verantwortung, und ich denke, die kann man ihnen unterstellen, sie werden die auch tragen.

(C) Wir werden auch den Antrag der FDP, 12/386/1, ablehnen. Wir wollen in der Dechanatstraße die Hochschule für gestaltende Kunst und Musik ansiedeln. Sie von der FDP haben ja ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Sie das Schulstandortkonzept ablehnen, okay, das ist Ihre Sache, das haben Sie hier schon getan.

Ich will noch ein paar Takte zur Kultur sagen: Kunst und Kultur sind Ausdruck des schöpferischen Reichtums unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Erst der öffentliche Zugang und die Möglichkeiten aller Menschen, am Kulturgesehen teilzunehmen, lassen das kulturelle Erbe der Vergangenheit und die Leistungen der Gegenwart lebendig und für die Zukunft fruchtbar werden. Demokratische Politik ist ohne kulturelle Öffentlichkeit nicht denkbar.

(Beifall bei der SPD)

(D) Unter den Rahmenbedingungen der Wendepolitik ist es für Kommunen und so auch für unseren Stadtstaat immer schwerer geworden, Kulturpolitik im angemessenen Rahmen zu finanzieren. Demokratische Verantwortung jedoch liegt gerade darin, Freiräume für Kunst und Kultur zu sichern. Arbeitslosigkeit sowie die steuer- und sozialpolitische Umverteilung bewirken ein verstärktes finanzpolitisches Engagement der Länder in den Feldern, wo Bonn sich aus der Verantwortung zieht. Der Finanzdruck lastet auf den kommunalen und staatlichen Theatern. Die vielen alternativen soziokulturellen Initiativen können immer weniger mit öffentlichen Fördermitteln rechnen. Es genügt immer weniger, Ideen zu entwickeln, wie die in unserem Lande bestehende Kulturlandschaft verbessert und weiterentwickelt werden kann, sondern es muß mehr Kreativität dafür aufgebracht werden, aus welchen Töpfen dies alles finanziert werden soll.

Dabei soll eines betont werden: Wir wissen, daß Kulturarbeit ein eigenständiges Politikfeld der Zukunft ist mit großer gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischer Bedeutung. Investitionen in die Kultur sind Investitionen in die Zukunft!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Dann investieren Sie doch einmal! — Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Tun wir ja!)

Das tun wir mit unseren bescheidenen Mitteln ausreichend! Bei der Abwägung hat das eben dann den entsprechenden Stellenwert. Die kulturelle Infrastruktur hat zunehmende Bedeutung für die strukturelle Qualität einer Region, ihre Attraktivität für die Bürger und ansiedlungswilligen Unternehmen.

Trotz der genannten schwierigen Rahmenbedingungen, die die Kulturpolitik auch in Bremen hat, haben wir im Lande Bremen Marksteine gesetzt. Ich will die drei noch einmal wiederholen: Stiftung neues Museum Weserburg, Erwerb der Böttcher-

- (A) straße, Kultur auf dem Teerhof. Das sind Sachen, die wir uns richtig abgerungen haben bei der Abwägung, wofür wir bei diesem mageren Haushalt das Geld überhaupt ausgeben sollen.

(Beifall bei der SPD — Abg. J ä g e r [FDP]:
Das hörte sich aber bei Herrn Dittbrenner
nicht so an!)

Der Mittelansatz für Kultur steigt von 1988 auf 1989 um rund acht bis zehn Prozent. Das ist etwas und ist mehr, als überhaupt unsere ganzen Ausgabensteigerungen sind.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Wenn man niedrig
anfängt, gibt es hohe Zuwachsraten!)

Herr Jäger, das mag alles sein, aber wir haben schon erkannt, was Kultur auch für eine Wirtschaftsregion wie Bremen bedeutet. Herr Metz ist nun nicht da, aber das wird man ihm sicherlich sagen können. Das Problem, was wir sehen, meine Damen und Herren, wird in den Folgejahren das sein, daß die durch die neunte Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz wegbrechende Kulturarbeit in den Stadtteilen durch zahlreiche ABM-Kräfte aufzufangen ist. Das Land Bremen wird dies nicht zu 100 Prozent können, was durch die Kürzungen Bonns wegfällt. Weil wir uns jedoch der Verantwortung für die Kultur bewußt sind, hat die SPD-Fraktion in ihren Haushaltsberatungen die Stellenbestandssicherung für den Kulturplan beschlossen, und wir werden sicherlich im Frühjahr nächsten Jahres noch einmal darüber zu reden haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nach dem Wahlspruch, sprich nie vor Leuten, die von einer Sache mehr verstehen als du selbst, haben Herr Aulfes und ich es uns geteilt, über Bildung wird er reden. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als letzter in dieser Runde hat Herr Senator Franke das Wort. Damit wäre dann die Runde Bildung, Kultur und Hochschule abgeschlossen.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich will Sie jetzt nicht über Gebühr hier noch an diesem Abend festhalten, vielleicht nur noch ein paar kleine Akzente! Ich verspreche Ihnen auch noch am Ende einen kleinen unterhaltsamen Teil, wenn Sie mir jetzt zuhören.

(Heiterkeit)

Also, wenn ihr euch anständig benehmt, bringe ich noch etwas!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Erstes Argument, es sei so schlimm mit der Lehrerversorgung im Lande Bremen, Stundenausfälle und Unterrichtsversorgung seien eine Katastrophe: Meine Damen und Herren, ich würde ja an sich ganz gern in dieses Klagelied einstimmen, weil es mir helfen könnte, zusätzlich Lehrer zu akquirieren. Leider, leider sind die Fakten anders, und ich gebe einmal die Fakten zu Protokoll.

Das, was uns nach den Kriterien des bremischen Haushalts zusteht, ist das, was die Haushälter uns bewilligen. Dazu zählt zum Beispiel auch von Ihrer Seite Herr Klein, von unserer Seite Herr Klatt, Herr Barsuhn und andere, also, was die Haushälter uns aufgrund der vorhandenen Schülerzahlen als Soll bewilligen, sind im Grundschulbereich 24 180 Lehrerstunden. Wir haben zu beanspruchen nach Rechnung der Haushälter 24 180 Stunden, das ist beträgt 23 955 Stunden, das heißt, wir haben ein Minus von 225 Stunden, das ist ein Prozent! Dies halte ich nicht für eine Katastrophe, daß wir ein Prozent Fehlbestand in unserem Grundschulbereich haben.

Ich mache nun die Rechnung nicht im einzelnen auf, sondern sage nur noch die Prozentzahlen. Bei den Sonderschulen, meine Damen und Herren, haben wir, ich muß es leider gestehen, obwohl ich immer klage, daß es im Sonderschulbereich schlimm sei, nach der Rechnung, die für den bremischen Haushalt gültig ist, ein Plus von 1,1 Prozent. Wir haben im Sekundarstufen-I-Bereich ein Plus von 1,2 Prozent und bei den Sekundarstufen II, allgemeinbildende Schulen, also den gymnasialen Oberstufen, ein Plus von 8,7 Prozent! 8,7 Prozent im Bereich der gymnasialen Oberstufe! Das heißt also, wir können wirklich laut und deutlich sagen, daß Bremen im Bereich der Lehrerversorgung einen einigermaßen ausbalancierten Haushalt im Augenblick hat.

(Abg. K l e i n [CDU]: Besser als im Durchschnitt!)

Wir haben einen recht ausbalancierten Haushalt. Ich will allerdings eines nicht verhehlen: Unsere Pluspositionen sind in einem rapiden Abnahmeprozess. Das liegt daran, daß wir sehr hohe Abgänge im Lehrerbereich haben.

Im Schuljahr 1986/87 hatten wir ein Plus von 3000 Stunden im allgemeinbildenden Bereich. Wir haben dann im Schuljahr 1987/88 noch ein Plus von rund 2300 Stunden gehabt, und wir haben jetzt nur noch ein Plus von 1500 Stunden. Das heißt also, von 3000 Stunden Plus sind 1500 Stunden heruntergegangen. Der Vorsprung, den wir haben, schmilzt von Jahr zu Jahr dramatisch weg. Das muß gesehen werden, und deswegen ist die Ausnutzung des Einstellungskorridors in den kommenden Jahren von großer Bedeutung.

Ich werde von der Möglichkeit Gebrauch machen, die mir vom Senat eingeräumt worden ist, daß man Einstellungsquoten aus dem Einstellungskorridor vorziehen kann. Ich denke, es wird mehr nötig sein, als Sie mit Ihrem Antrag von der FDP hier zum Haus-

(C)

(D)

(A) halt stellen. Wir werden mehr als zehn Grundschullehrer vorziehen müssen. Im Bereich der Grundschule haben wir ein starkes Ausscheiden von Pensionären, so daß der Bedarf dort größer ist und ich von dem Vorziehen des Einstellungskorridors deutlich Gebrauch machen werde. Also, meine Damen und Herren, im Augenblick überhaupt gar keine besorgniserregende Bilanz, aber die Lage wird sich von Jahr zu Jahr dramatisieren, und deswegen müssen wir von dem Einstellungskorridor deutlich Gebrauch machen!

Wenn ich sonst noch etwas zu Ihren Anmerkungen zur Schulpolitik sagen darf: Wenn ich Oppositionsredner wäre, hätte ich den Ansatz ganz anders gewählt.

(Abg. v. d. S c h u l e n b u r g [CDU]:
Kommt jetzt das Nette?)

Das Nette kommt noch! Ich würde den Franke nicht bei den Schulstandorten nehmen, Kippenberg ja und Kippenberg nein, das ist eine langweilige Diskussion. Ich würde den Franke zu etwas ganz anderem fragen, und da ist er in der Tat in einer nach seinem eigenen Selbstverständnis durchaus nicht guten abschließend geregelten Position. Ich würde ihn nämlich danach fragen, wie ist das fachliche Leistungsniveau deiner Schulen im einzelnen. Bist du, Franke, zufrieden mit dem, was bremische Gymnasialbildung hervorbringt, bist du zufrieden mit dem, was bremische Realschulbildung hervorbringt, bist du zufrieden mit dem, was bremische Hauptschulen leisten?

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Da würde er sagen, nein!)

Wenn Sie mich auf diesen Punkt befragt hätten, was Sie nicht gemacht haben, dann hätte ich Ihnen nämlich sagen müssen, nein, ich bin damit nicht zufrieden! Das ist nämlich der Punkt, wo ich mich gefordert fühle, nicht, ob da der Standort so oder so herum kommt. Meine Aufgabe sehe ich in der Tat darin, das fachliche Leistungsniveau unserer Schulen entscheidend zu steigern und zu verbessern!

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]:
Späte Erkenntnis!)

Meine Damen und Herren, es ist ein entsetzliches Defizit von Ihnen, daß ich als Bildungssenator das aussprechen muß und die Opposition mich an diesem Punkte nicht fordert!

(Beifall bei der SPD)

Ich muß Ihnen hier noch die Flötentöne beibringen!

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]: Sie flirten mit Ihrem Ledenschurz!)

Der Zwischenruf von Klein war, ich flirtete mit meinem Ledenschurz. Also, Herr Klein, ein Mann flirtet immer mit dem, was darunter ist!

(Heiterkeit — Abg. Frau D r. T r ü p e l -
R ü d e l [DIE GRÜNEN]: Pfiu Teufel! Chauvi-
mäßig!)

Entschuldigen Sie, Chauvi, natürlich, ja!

(Abg. K l e i n [CDU]: Herr Kultursenator,
das hat mit Flirt nichts mehr zu tun! — Heiter-
keit)

Also, Frau Trüpel, wir reden nicht von dem!

Jetzt, meine Damen und Herren, ein paar Dinge zur Wissenschaftspolitik! Also, ich lache mich krank, wenn sich die CDU hier darüber aufregt, daß wir das Zentrum für Sozialpolitik, für Sozialwissenschaften, in Bremen etablieren. Wissen Sie, wen wir hier als einen der prägenden Wissenschaftler für dieses Bremer Zentrum gewonnen haben? Das ist Herr Professor Schmäh, seines Zeichens Vorsitzender des Sozialbeirats der gegenwärtigen Bundesregierung! Das ist ein CDU-Wissenschaftler, der allerdings Qualität hat!

(Beifall bei der SPD)

Den ziehen wir an Land, und darüber jammern Sie! Dann kommt hier die Rede, wir täten zuwenig für die Naturwissenschaften und für die Ingenieurwissenschaften!

Meine Damen und Herren, gehen Sie doch einmal auf das Universitätsgelände, und sehen Sie sich einmal die Baustellen an! Ich vermute, wir verbauen zur Zeit, ich habe die exakte Zahl nicht, mehr als 100 Millionen DM auf dem Universitätsgelände, mehr als 100 Millionen DM, und wofür? Wir bauen die Geowissenschaften neu, wir bauen ein neues Bremer Institut für angewandte Betriebstechnik, wir bauen neu das Institut für Oberflächentechnik, wir bauen neu das Zentrum für angewandte Raumfahrt und Mikrogravitation, wir bauen neu die Produktionstechnik, wir bauen neu die Humangenetik.

Meine Damen und Herren, sagen Sie mir ein Bundesland, das eine solche Palette von Neubauprogrammen im ingenieur- und naturwissenschaftlichen Bereich hat! Da werden Sie keines finden!

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]:
Nachholbedarf!)

Und da sagen Sie uns, wir täten zuwenig! Also, ich kann nur sagen, Ignoranten, wirklich Ignoranten!

(Abg. K l e i n [CDU]: Mäßigen Sie sich!)

Wenn Sie jetzt auf die Gesamtsituation der Universität zu sprechen kommen, wir haben hier in diesem Haus, meine Damen und Herren alle lebhaft beklagt,

(C)

(D)

(A) daß die Ländermitfinanzierung nicht mehr für Bremen trug, daß die anderen sich aus der Länderfinanzierung zurückgezogen haben. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen verkünden, die Universität Bremen bekommt heute an Forschungszuwendungen nichtbremischer Auftraggeber, also außerhalb des bremischen Haushalts, im Jahr mehr als 30 Millionen DM, sauer verdientes Geld. Das ist mehr, als die anderen Länder jemals für die Universität Bremen aufgebracht haben. Dies verdient die Universität inzwischen selbst. Also, das hat doch wohl Beifall verdient!

(Beifall bei der SPD)

Die anderen schenken uns ja das Geld nicht, sondern haben rigideste Prüfungsverfahren. Wenn eine Universität, die Sie jahrzehntelang — solange ich hier in diesem Hause bin, haben Sie das nämlich gemacht —, die Sie jahrzehntelang diffamiert und verketzert haben, die Sie immer schlechtgemacht haben, heute eine solche Leistung bietet, nicht weil Sie regieren, sondern weil wir regieren, dann könnten Sie am Ende auch einmal ein Kompliment aussprechen!

(Beifall bei der SPD)

(B) Also, meine Damen und Herren, ich denke, wir bestehen den Test, ob wir leistungsfähig sind oder nicht, glänzend, und dies ist an Resultaten und Fakten nachzuweisen. Ich freue mich, das am Ende einer solchen Debatte noch einmal für den Senat feststellen zu können. Aber jetzt wollte ich Ihnen noch eine

andere kleine Probe geben, das dauert nur ein paar Minuten. (C)

Ich habe heute von meinem Fraktionsvorsitzenden ein Buch geschenkt bekommen. Wilhelm Buschs „Viechereien“ hat er heute mittag — nicht nur mir, sondern allen — geschenkt. Ich habe darin geblättert und ein naturgeschichtliches Alphabet gefunden. Erlauben Sie mir, daß ich aus diesem naturgeschichtlichen Alphabet ein paar Verse zitiere! Ich gestehe, ich habe sie ein bißchen auf das Haus adaptiert. Ich bitte, mir das alles nicht zu verargen! Ich beginne mit Frau von Schönfeldt:

Frau von Schönfeldt in die Lüfte steigt und lauthals schimpft, wenn sie nicht schweigt. Die GRÜNEN reden wunderschön, wenn es ernst wird, kann man sie nicht sehen. Die SPD ist stets possierlich, doch manchmal wirkt sie unmanierlich.

(Beifall bei der CDU)

Der Metz tut niemand was zuleide und ist der alten Damen Freude.

(Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsident Frau Leinemann: Meine Damen und Herren, ich meine, so sollten wir eigentlich jede Bürgerschaftssitzung beschließen! Wir treffen uns morgen früh um 9.45 Uhr wieder.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). (D)

(Schluß der Sitzung 19.08 Uhr)

